



Abschied von der Kohle

Struktur- und Kulturwandel
im Ruhrgebiet und in der Lausitz

Abschied von der Kohle

Schriftenreihe Band 10751

Abschied von der Kohle

Struktur- und Kulturwandel im
Ruhrgebiet und in der Lausitz

Bonn 2021

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktion APuZ: Anne-Sophie Friedel, Julia Günther, Sascha Kneip, Johannes Piepenbrink, Anne Seibring (verantwortlich für diese Edition), Robin Siebert

Die Veröffentlichungen in »Aus Politik und Zeitgeschichte« sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagfoto: picture alliance/dpa | Marcel Kusch. Das Bild zeigt Kauenkörbe, in denen die Bergleute ihre Habseligkeiten verstauen konnten.

Satzherstellung: Naumilkat, Düsseldorf

Druck: Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – NichtKommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0751-8

www.bpb.de

Inhalt

Editorial 9

Vom Zeitalter der Kohle zu Dekarbonisierung und Rekultivierung

FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER

Das Zeitalter der Kohle in Europa, 1750 bis heute
Ein Überblick 12

LUTZ RAPHAEL

Abschied vom Malocher
Deindustrialisierung in Westeuropa 26

DIERK HOFFMANN

Im Hochgeschwindigkeitszug durch den Strukturwandel
Deindustrialisierung in Ostdeutschland 46

JÖRG KEMMERZELL · MICHÈLE KNODT

Dekarbonisierung der Energieversorgung
Der deutsche Kohleausstieg im europäischen Kontext 58

MARTIN BAUMERT · SIMON GROSSE-WILDE ·
RON-DAVID HEINEN · HELMUT MAIER

Umweltpolitik, Bergbau und Rekultivierung im
deutsch-deutschen Vergleich 74
Das Lausitzer Braunkohlerevier und das Ruhrgebiet (1949–1989/2000)

Ruhrgebiet

STEFAN BERGER

Was ist das Ruhrgebiet? 90
Eine historische Standortbestimmung

JULIANE CZIERPKA

Der Ruhrbergbau 104
Von der Industrialisierung bis zur Kohlenkrise

DELIA BÖSCH

Kohle geht, Kultur bleibt 117

DIETHELM BLECKING

Die Nummer 10 mit Migrationshintergrund 124
Fußball und Zuwanderung im Ruhrgebiet

JAN DINTER

Politischer Strukturwandel? 135
Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet

JÖRG BOGUMIL · ROLF G. HEINZE

Von der Industrieregion zur Wissensregion 149
Strukturwandel im Ruhrgebiet

Lausitz

CORNELIUS POLLMER

Endspiel in der Lausitz? 166

STEFAN WOLLE

Energie für die Zukunft 173
Das Kombinat »Schwarze Pumpe« und die sozialistische Wohnstadt
Hoyerswerda

WINFRIED MÜLLER · SWEN STEINBERG	
Region im Wandel	185
Eine kurze Geschichte der Lausitz(en)	
ASTRID LORENZ · HENDRIK TRÄGER	
Die Landtagswahlen 2019 in der Lausitz	200
Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts?	
KONRAD GÜRTLER · VICTORIA LUH · JOHANNES STAEMMLER	
Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz	215
Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt	
FABIAN JACOBS · MĚTO NOWAK	
Mehrwerte schaffen	230
Wie der Strukturwandel in der Lausitz von der sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit profitieren kann	
ANNA KURPIEL	
Verwaistes Erbe	242
Die Lausitz und die sorbische Kultur in Polen	
Autorinnen und Autoren	254

Editorial

Abschied von der Kohle – das fühlt sich anders an, als sich etwa von der Atomkraft zu verabschieden. Das hat zum einen zu tun mit der historischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus für die Industrielle Revolution, zum anderen mit der Kultivierung respektive Verklärung einer unwiederbringlich verlorengegangenen Arbeits- und Lebenswelt. Als NRW-Ministerpräsident Armin Laschet im Januar 2021 um die Stimmen der Delegierten des digitalen CDU-Bundesparteitages warb, zeigte er die Bergmannsmarke seines Vaters vor – als Zeichen dafür, dass man ihm vertrauen könne. Die in Nordrhein-Westfalen, aber auch anderswo tief verwurzelte Bergmannskultur machte den Abschied vom Steinkohlenbergbau mit der Schließung der letzten Zeche im Ruhrgebiet, Prosper-Haniel in Bottrop, Ende 2018 zu einem emotionalen Ereignis.

Der Steinkohlenbergbau hatte sich schon seit Ende der 1950er Jahre in einer strukturellen Krise befunden und starb einen langsamen, hoch subventionierten Tod. Auch beim nahenden Ende der umwelt- und klimaschädlichen Braunkohleverstromung, das durch das Kohleausstiegsgesetz 2020 besiegelt wurde, wird viel Geld fließen, um Kraftwerksbetreiber zu entschädigen, den Beschäftigungsabbau sozialverträglich zu gestalten und die betroffenen Regionen beim Strukturwandel zu unterstützen.

Die Lausitz, einst Zentrum des Braunkohlenbergbaus in der DDR und wichtiger Energielieferant, ist eine von ihnen. Ähnlich wie im Ruhrgebiet ist hier eine kulturelle Bedeutungsschicht relevant, die sich etwa in den Liedern des »singenden Baggerfahrers« Gerhard Gundermann niederschlägt. Der wirtschaftliche und soziale Strukturwandel wird in beiden Fällen von einem (erinnerungs-)kulturellen Wandel begleitet.

Diese APuZ-Edition versammelt Beiträge, die 2019 in der Ausgabe »Ruhrgebiet« und 2020 in der Ausgabe »Lausitz« erschienen sind, teils unverändert, teils aktualisiert. Fünf neue Beiträge bieten übergreifende, einordnende und vergleichende Perspektiven vom Zeitalter der Kohle bis hin zu den Prozessen von Deindustrialisierung, Dekarbonisierung und Rekultivierung.

Anne Seibring

Vom Zeitalter der Kohle zu Dekarbonisierung und Rekultivierung

Franz-Josef Brüggemeier

Das Zeitalter der Kohle in Europa, 1750 bis heute

Ein Überblick

Kein anderer Stoff hat die Geschichte Europas in den vergangenen 200 Jahren so sehr geprägt wie die Kohle. Dabei handelte es sich vor allem um Steinkohle, im geringeren Umfang auch um Braunkohle. Eine Ausnahme bildet Deutschland, wo derzeit weltweit am meisten Braunkohle gefördert wird und dieser Rohstoff die aktuellen Debatten über das Ende der Kohle bestimmt. Doch auch in Deutschland besaß Steinkohle eine erheblich größere Bedeutung, prägte die im Folgenden beschriebenen Entwicklungen und steht deshalb im Mittelpunkt der Darstellung.¹

Steinkohle brachte mit dem Bergbau eine mächtige Industrie hervor und beschäftigte auf ihrem Höhepunkt in den verschiedenen europäischen Revieren etwa drei Millionen Bergleute, die erst aus der näheren Umgebung stammten, dann aus wachsender Entfernung, bald aus ganz Europa und schließlich auch aus Nordafrika, der Türkei und selbst Asien zuwanderten. Ohne Kohle hätte die Industrialisierung gar nicht oder deutlich anders stattgefunden, und Europa hätte nicht die globale Vormachtstellung erlangt, die es Ende des 19. Jahrhunderts besaß. Sie lieferte die Energie für beide Weltkriege und war zentrales Thema der anschließenden Friedensverhandlungen; diese Energiequelle führte zu erbitterten Klassenkämpfen, erschwerte politische Reformen und bot zugleich nach dem Zweiten Weltkrieg die Basis sowohl für die Einigung Europas wie die Zusammenarbeit von Unternehmen und Gewerkschaften. Kohle begründete die heutige Bedeutung von Energie, sie legte die Grundlage der modernen chemischen Industrie, änderte die Bedeutung von Zeit und Raum und verschob die Schranken der Natur, während zugleich die Gewinnung und Nutzung von Stein- und Braunkohle zu erheblichen Eingriffen in Natur und Umwelt führten. Kohle schuf die Welt, in der wir heute leben, im Guten wie im Schlechten.

Anfänge

Kohle wird seit Jahrhunderten gefördert und genutzt, aber nur in kleinen Mengen. Denn sie setzt bei der Verbrennung Rauch, Staub, Ruß und unangenehme, teils schädliche Gase frei. Wer immer konnte, nutzte deshalb Holz, von dem es in Europa mehr als genug gab. Das galt sowohl für private Haushalte, die mit Holz heizten, wie für die meisten Gewerbe, die befürchteten, der Kohlerauch würde die Qualität ihrer Produkte mindern und etwa den Geschmack von Bier oder Brot verderben. Davon gab es Ausnahmen wie Schmieden, die Steinkohle wegen der höheren Temperaturen nutzten, oder Salinen, die bei der Salzgewinnung ebenfalls sehr viel Hitze benötigten und die umliegenden Holzvorräte rasch aufbrauchten. Hinzu kamen hohe Transportkosten und der erhebliche Aufwand, der erforderlich war, um Kohle zu fördern, was deren Verbreitung ebenfalls einschränkte.

Anders sah es in Großbritannien aus. Dort existierten reichhaltige Kohlelager in hügeligen Gegenden, die relativ leicht abgebaut und auf Flüssen sowie dem Meer preiswert transportiert werden konnten. Um 1800 förderten die britischen Zechen etwa 15 Millionen Tonnen Kohle, mehr als fünfmal so viel wie alle Bergwerke im restlichen Europa zusammen. Sie reichten fast 400 Meter in die Tiefe, und einige beschäftigten mehrere Hundert Bergleute. Einen vergleichbar entwickelten Bergbau gab es nur noch um Lüttich, während ansonsten Kohle in Europa ein Schatten-dasein fristete.

Durchbrüche

In wenigen Jahrzehnten änderte sich die Situation grundsätzlich. Bis 1850 stieg die Förderung in Großbritannien auf mehr als 60 Millionen Tonnen an, explodierte danach und erreichte 1913 fast 300 Millionen. In Deutschland, Frankreich und Belgien fand ein ähnlich furioses Wachstum statt, das oft erst nach 1870, in Spanien und Russland sogar erst gegen Ende des Jahrhunderts einsetzte. Um 1900 gab es in Europa Tausende Zechen, auf denen etwa zweieinhalb Millionen Bergleute mehr als 600 Millionen Tonnen Steinkohle förderten, die inzwischen aus mehreren Gründen unentbehrlich geworden war.

An erster Stelle zu nennen ist die Dampfmaschine. Sie wurde im Laufe des 18. Jahrhunderts in England für die großen Bergwerke entwickelt, um die anwachsenden Kohlemengen zu fördern und einströmendes Wasser

abzupumpen. Traditionell dienten dazu Pferde, die jedoch die gestiegenen Mengen nicht mehr bewältigen konnten und zunehmend durch Dampfmaschinen ersetzt wurden, die deutlich leistungsfähiger waren. Mit ihrer Hilfe entstanden im Laufe des 19. Jahrhunderts Großzechen, die Hunderte Meter in die Erde eindringen und Tausende Bergleute beschäftigten. Im Ruhrgebiet förderte um 1900 eine dieser Anlagen mehr Kohle als alle Zechen dieser Region 100 Jahre zuvor.

Für die Entstehung eines leistungsfähigen Bergbaus waren Dampfmaschinen unverzichtbar. Doch ihre Bedeutung ging weit darüber hinaus, denn sie boten eine ganz neue Antriebsquelle. Bis dahin dienten als Antrieb von Mühlen oder Förderrädern vor allem Wind oder Wasser, die jedoch erheblichen Schwankungen unterlagen, nur geringe Leistungen erbrachten und darauf beruhten, die Bewegung von Wind oder Wasser in eine andere – etwa von Mühlen – umzusetzen. Die Dampfmaschine hingegen nutzte Wärme und wandelte diese in Bewegung um. Das konnten zuvor nur Tiere und Menschen, die mit ihrer Muskelkraft ebenfalls wichtige Antriebsquellen waren und dazu Nahrung in Energie umwandelten. Allerdings erbrachten auch sie nur geringe Leistungen und erschöpften schnell. Dampfmaschinen hingegen waren viel leistungsfähiger, einzelne ersetzten bald Dutzende und dann sogar Tausende von Pferden. Sie konnten zudem rund um die Uhr betrieben werden und mit der Kohle auf eine schier unerschöpfliche Energiequelle zurückgreifen.

Als verstanden war, dass und wie sich Kohle zum Antrieb und damit als Energie nutzen ließ, bekam dieser Brennstoff eine ganz neue Bedeutung. Nur Kohle konnte die Energiemengen liefern, die für die zahlreichen Anwendungen nötig waren, die sich nach und nach eröffneten. Denn Dampfmaschinen fanden sich bald nicht nur im Bergbau, sondern dienten innerhalb weniger Jahre auch dazu, Schiffe, Eisenbahnen, Mühlen oder Hammerwerke anzutreiben, ebenso Webstühle, Gebläse, Pumpen, Kräne und zahlreiche andere Maschinen, die sich in alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft ausbreiteten und allesamt Energie benötigten. Einen wichtigen Schub hierfür bedeutete Ende des 19. Jahrhunderts die Einführung der Elektrizität, die viel flexiblere Einsatzmöglichkeiten bot, als die großen und vergleichsweise gefährlichen Dampfmaschinen – und zur Herstellung Kohle erforderte, die in Kraftwerken die Turbinen antrieben.

Riesige Mengen an Kohle verschlangen zudem nicht nur der Betrieb, sondern bereits die Herstellung von Eisenbahnen, Schiffen oder Bohrtürmen und insbesondere das Schmelzen von Eisen und Stahl, die für die Industrialisierung unentbehrlich waren. Zudem setzte sich Kohle auch in Haushalten durch, als neue Öfen und leistungsfähige Schornsteine es

erlaubten, den bis dahin unbeliebten Stoff zum Heizen und Kochen zu nutzen. Dabei zeigte sich allerdings ein Problem, das auch bei anderen Nutzungen von Kohle auftrat: Schornsteine haben die Belastungen durch unangenehme Emissionen nicht reduziert, sondern lediglich nach außen geleitet. In den Haushalten besserten sie die Situation, die Umgebung aber litt. Das führte zu Protesten, die aber nichts daran änderten, dass vor allem nach 1850 die Nachfrage nach Kohle in die Höhe schoss, zumal sich parallel dazu noch ganz andere Nutzungsmöglichkeiten ergaben: in der chemischen Industrie und bei der Beleuchtung von Straßen, Wohnungen und Fabriken.

Farbe und Licht

Seit Jahrhunderten war die Annahme verbreitet, dass die uns umgebenden Dinge aus kleinsten Atomen, Molekülen und darauf aufbauenden Verbindungen bestehen. Chemiker versuchten seit Langem, deren Zusammensetzung zu bestimmen und sie nachzubauen. Einen wichtigen Erfolg erzielte 1856 der Engländer William Henry Perkin, dem es erstmalig gelang, Mauvein, einen Farbstoff, synthetisch, das heißt durch chemische Verfahren zu erzeugen. Anfangs schufen Chemiker Kombinationen, die in der Natur bereits bestanden. Doch bald nahmen sie daran Veränderungen vor und erzeugten ganz neuartige Verbindungen. Dabei suchten sie zuerst vor allem nach Farben, an denen die Textilindustrie einen unersättlichen Bedarf hatte. Dann entstanden Medikamente, Düngemittel, Pestizide, erste Kunststoffe (Plastik) und eine Vielzahl weiterer Produkte, die oft nicht nur bessere Qualität besaßen als ihre natürlichen Vorbilder, sondern zunehmend in der Natur gar nicht vorkamen.

Ausgangspunkt dieser Produktionen war Teer, ein Abfallprodukt von Kohle, das bis zu 90 Prozent Kohlenstoff enthält, der für die meisten chemischen Verbindungen unverzichtbar ist. Ebenfalls als Abfallprodukt fielen Gase an, die immer schon aus Kohle austraten, als schädlich galten und Explosionen verursachen konnten. Jetzt wurde versucht, deren Zusammensetzung zu bestimmen und sie als Lichtquelle zu nutzen. Dazu dienten traditionell Kerzen oder Öllampen, die jedoch kostspielig waren, oft unangenehme Gerüche verbreiteten, nur schwaches Licht lieferten und bei Wind oder Regen ohnehin erloschen.

Die vielen Versuche, bessere Lichtquellen zu finden, wurden schließlich von Erfolg gekrönt. 1802 erhielt eine Gasbeleuchtung die Räume einer Maschinenfabrik in London, kurz darauf die ersten Plätze dieser Stadt. Von

dort breiteten Gaslaternen sich in ganz Europa aus, jede Stadt, die etwas auf sich hielt, wollte diese besitzen. Die »Kölnische Zeitung« sah 1819 darin einen Eingriff in Gottes Ordnung. Die Menschen dürften »den Weltplan nicht hofmeistern, die Nacht nicht in Tag verkehren«. Mit dieser Meinung blieb sie allerdings in der Minderheit. Zu groß war die Faszination über die Möglichkeit, Wohnungen, Straßen, Theater, Werkstätten und Fabriken endlich hell zu erleuchten, auch unabhängig vom Wetter. Dazu diente Gas bis weit in das 20. Jahrhundert hinein, zunehmend abgelöst von Elektrizität, die allerdings ebenfalls – wie erwähnt – zur Herstellung Kohle erforderte.

Raum, Zeit, Natur

Diese Entwicklungen zeigten, dass Kohle nicht nur ein schmutziger Rohstoff war, der unangenehme Stoffe freisetzte. Sie barg auch ungeahnte Schätze. Ausgehend von der Dampfmaschine begründete sie unser heutiges Verständnis von Energie, wurde die Basis der modernen Chemieindustrie, lieferte Gas für Beleuchtungen und ermöglichte es, Strom herzustellen. Schon einzeln schufen diese Entwicklungen neue, faszinierende Möglichkeiten und zusammen markierten sie einen grundsätzlichen Wandel.

Bis zum Siegeszug der Kohle waren natürliche Rohstoffe eine unverzichtbare Grundlage fast aller Aktivitäten. Holz diente zum Heizen und dem Bau von Schiffen und Gebäuden, daraus entstanden Räder, Geschirr und selbst Maschinen; Pflanzen, Früchte und Tiere lieferten Ernährung und zusätzlich Leder, Wolle, Tuche, Fette, Färbemittel und nahezu alles, was Menschen benötigten. Erze und Metalle hingegen besaßen nur eine geringe Bedeutung. Entscheidend waren organische, nachwachsende Rohstoffe, die allesamt der Landwirtschaft beziehungsweise der Nutzung des Bodens entstammten.

Nach heutigem Sprachgebrauch waren diese Gesellschaften nachhaltig, denn sie konnten von den Rohstoffen nur die Mengen verbrauchen, die Jahr für Jahr nachwachsen. In Krisenzeiten wichen sie davon ab, brauchten Vorräte auf oder setzten weniger Saatmaterial ein. Das war jedoch nur vorübergehend möglich, um die Existenzgrundlagen nicht zu gefährden. Diese Grundlagen konnten sie erweitern und eine größere Versorgungssicherheit erreichen, sei es durch Verbesserungen in der Landwirtschaft, ausgebauten Transportwege, wirksame Lagermöglichkeiten oder größere politische Stabilität. Ob diese Möglichkeiten um 1800 an ihre Grenzen stießen oder ob weiteres Wachstum damals noch möglich war, ist umstritten. Eines jedoch ist eindeutig: Die neuen Nutzungen der Kohle reduzierten die Abhängig-

keit von natürlichen Faktoren, veränderten die Bedeutung von Raum und Zeit und verschoben die Grenzen zwischen »natürlich« und »künstlich«.

Die Zeit verlor an Bedeutung, denn die Energie, die Kohle zur Verfügung stellte, musste nicht Jahr für Jahr nachwachsen. Kohle war vielmehr über Millionen von Jahren entstanden und lag zur sofortigen Nutzung bereit, während die Produkte, die mit ihrer Hilfe entstanden, in Monaten, Tagen oder gar Stunden erstellt werden konnten. Auch der Stellenwert von Räumen änderte sich. Die Gewinnung von Kohle war an Räume gebunden und erforderte Flächen, die jedoch sehr viel kleiner ausfielen als die Anbaugebiete der natürlichen Rohstoffe, die sie ersetzten.

Raum und Zeit änderten auch im Alltag ihre Bedeutung. Kutschen legten pro Tag etwa 50 Kilometer zurück, eine Fahrt von Berlin nach Köln dauerte fast zwei Wochen. Die Eisenbahn hingegen fuhr so schnell, dass Heinrich Heine 1843 vor seiner Haustür in Paris »die Nordsee branden« hörte, so nahe war sie herangerückt. Um 1900 fuhren Züge von Paris nach Istanbul oder Moskau und mit der Transsibirischen Eisenbahn kurz danach bis Wladiwostok. Getreide, Fleisch und zahllose weitere Nahrungsmittel kamen mit per Bahn und mit Schiffen aus Nord- und Südamerika, Australien oder Neuseeland nach Europa. Die Räume, aus denen sich dieser Kontinent versorgte, umfassten die ganze Welt. Der entscheidende Faktor war nicht länger die Entfernung zwischen zwei Orten, sondern die Zeit, die erforderlich war, um von A nach B zu gelangen. Die Zeit, wie Heine es formulierte, tötete den Raum.

Darauf musste sich auch die Zeitmessung einstellen. Traditionell zeigten Uhren die Mittagszeit an, wenn die Sonne am höchsten stand. Da diese um die Erde wandert, fällt der Höchststand je nach Ort unterschiedlich aus und ergibt zwischen Aachen und Berlin einen Unterschied von etwa einer halben Stunde. Für Wanderer und Kutschen schuf das kein Problem, sie reisten langsam und konnten ihre Uhren umstellen. Eisenbahnen hingegen legten diese Strecke in wenigen Stunden zurück; anfangs mussten Reisende in jedem Bahnhof ihre Uhren anpassen, bis schließlich 1884 eine internationale Übereinkunft die bis heute geläufigen Zeitzonen einführte. Seitdem gilt von Spanien bis Polen eine einheitliche Mittagszeit – die einfach zu handhaben ist, auf den Stand der Sonne aber keine Rücksicht nimmt.

Schließlich warfen die hier skizzierten Entwicklungen Fragen auf, die uns bis heute beschäftigen: Was ist natürlich? Offensichtlich all das, was die Natur selbst hervorbringt. Doch was ist mit den synthetischen Produkten, die unseren Alltag durchziehen? Plastik würden wir nicht als »natürlich« ansehen. Sind Farbstoffe, Medikamente oder Textilien, die in der Natur

nicht existieren, »unnatürlich« und deshalb abzulehnen? Antworten auf diese Fragen fallen nicht leicht. Denn grundsätzlich bedeuten diese synthetischen Produkte eine Bereicherung, einige sind unverzichtbar, während zugleich die Gefahr besteht, dass sie natürliche Kreisläufe überfordern und erhebliche Nebenwirkungen haben – wie etwa Plastikmüll.

Zuwanderung und Alltag

Im vorindustriellen Bergbau war die Mitarbeit von Frauen und Kindern verbreitet, wenngleich Männer schon damals eine führende Rolle einnahmen. Diese nahm anschließend noch zu, da Frauenarbeit untertage zunehmend verpönt war und nach 1850 auch gesetzlich verboten wurde. Davon gab es Ausnahmen, so in Belgien bis 1914, noch länger in der Sowjetunion und in beiden Weltkriegen, als Frauen im Bergbau benötigt und vor allem über, aber auch untertage eingesetzt wurden. Die Arbeit von Kindern und Jugendlichen, darunter auch Mädchen, war ebenfalls lange üblich. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts arbeiteten sie in Großbritannien bereits mit zehn Jahren untertage, bedienten Türen oder schleppten Wagen. Anschließend stieg das Alter allmählich an, aber in ganz Europa blieb es üblich, bereits mit 14 und dann mit 16 Jahren untertage zu arbeiten.

Die Arbeitskräfte des expandierenden Bergbaus kamen anfangs aus der näheren und weiteren Umgebung. Als die Nachfrage nach Kohle rapide zunahm, wanderten sie aus immer größeren Entfernungen zu, erst aus der Region, dann der Nation und schließlich von jenseits der Grenzen. Im Bergbau war diese Zuwanderung besonders wichtig, da viele Zechen in dünn besiedelten Gebieten lagen und die einheimische Bevölkerung oft wenig Neigung zeigte, die gefährliche und anstrengende Arbeit im Bergbau zu verrichten. Für Zuwanderer hingegen war sie attraktiv. Diese besaßen meist keine Ausbildung, sodass sie mit gering bezahlten und unregelmäßigen Tätigkeiten vorliebnehmen mussten. Im Bergbau hingegen waren sie gefragt, verdienten mehr und konnten beruflich aufsteigen. Das änderte allerdings nichts daran, dass die Arbeit anstrengend und gefährlich war, sodass viele nicht lange blieben und der Bergbau durch eine hohe Fluktuation geprägt war. Die Zechenbesitzer warfen ihre Netze deshalb immer weiter aus und warben schon vor dem Ersten Weltkrieg Arbeiter in ganz Europa an, nach 1945 auch in der Türkei, Nordafrika oder Korea.

Angeworben wurden Männer, und der Bergbau war weitgehend eine Männerwelt, die jedoch ohne den Beitrag von Frauen nicht bestehen konnte. Diese wuschen bis weit in das 20. Jahrhundert hinein die ver-

dreckte Arbeitskleidung, die erst dann von den Zechen gestellt wurde, waren für den Haushalt zuständig, der ohne die heute üblichen Maschinen harte körperliche Arbeit erforderte, kümmerten sich um Erziehung, Kleidung, Gärten, Ernährung und pflegten erkrankte und verwundete Bergleute. Diese Arbeit war unbezahlt und taucht in keinen Statistiken auf, besaß aber zentrale Bedeutung, weil es bis nach dem Ersten Weltkrieg bestenfalls Ansätze einer kommunalen oder staatlichen Sozialpolitik gab und die Bergwerke ebenfalls nur wenig Hilfe boten. Einen Ausgleich boten kirchliche und karitative Einrichtungen, aber ebenfalls nur begrenzt. Umso wichtiger waren deshalb Netzwerke von Familien, Verwandten, Bekannten oder Landsleuten. Vor allem Zuwanderer, die sich in ihren neuen Wohnorten erst zurechtfinden mussten und nicht immer herzlich aufgenommen wurden, waren auf diese Netzwerke angewiesen. Das gilt bis heute, war damals aber bedeutend wichtiger.

Bergleute, Unternehmer, Konflikte

Um den wachsenden Bedarf an Kohle zu stillen, wuchsen die Zechen, und zahlreiche technische Verbesserungen wurden eingeführt. Dazu gehörten zuverlässige Möglichkeiten, die Lagerstätten zu bestimmen und immer tiefer zu bohren; die Errichtung massiver Schächte und Streckennetze, die untertage mehrere Kilometer umfassen konnten; die Zufuhr ausreichender Mengen frischer Luft oder die Entwicklung besserer Lampen. Neue Formen des Managements und der Finanzierung setzten sich durch, der internationale Austausch nahm zu, und Kartelle entstanden. Zusammen trugen diese Faktoren dazu bei, dass der Steinkohlenbergbau sich nach 1850 zu einem äußerst dynamischen, ertragreichen und mächtigen Sektor der kapitalistischen Industrie entwickelte.

Daneben gab es einen anderen Bergbau, der nur geringe technische Veränderungen kannte. Das galt vor allem für die zentrale Aufgabe untertage: die Gewinnung der Kohle, die bis nach 1945 geprägt blieb durch Hacke, Axt und Schaufeln und damit durch körperlich anstrengende Handarbeit. Diese stellte hohe Anforderungen, wurde aber nicht systematisch erlernt, sondern beruhte auf *learning by doing*, das heißt auf eigenen Erfahrungen und der Anleitung durch Kollegen. Dabei mussten Bergleute Selbstständigkeit und Zusammenhalt entwickeln, schon wegen der allgegenwärtigen Gefahren. Zugleich bestanden Spannungen zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen, zwischen den zahlreichen Nationalitäten der Zuwanderer und unterschiedlichen religiösen und politischen Überzeugungen.

Hinzu kam das Verhalten der Vorgesetzten und Zechenunternehmer, die mit dem »Herr-im-Hause«-Standpunkt einen autoritären Führungsstil vertraten, besonders ausgeprägt im Ruhrbergbau, aber auch in den anderen europäischen Revieren.

Vereinfacht ausgedrückt bestand im industriellen Steinkohlenbergbau ein ausgeprägtes Spannungsverhältnis: Eine moderne, effiziente und autoritäre Betriebsstruktur mit machtbewussten Unternehmern auf der einen und relativ selbstständig handelnden Bergleute auf der anderen Seite, die durch gemeinsame Arbeitserfahrungen und Gefahren geprägt waren, aber auch erhebliche Spannungen untereinander kannten, was ihre kollektive Handlungsfähigkeit wiederum einschränkte. Doch im Vergleich zu anderen Industrien, wo Ungelernte und Zuwanderer am unteren Ende rangierten, befanden sie sich in einer besseren Position und waren eher in der Lage, Konflikte auszutragen. Dazu gehörten häufige Wechsel des Arbeitsplatzes, um die eigene Situation zu verbessern, ein Unterlaufen von Anordnungen, spontane Arbeitsniederlegungen und umfassende Streiks. Große Streikbewegungen fanden in vielen Revieren um 1889, 1905 und 1912 statt, dann nach Ende des Ersten Weltkrieges und 1926 in Großbritannien ein Generalstreik, der unter Führung der Bergleute die gesamte Wirtschaft lahmlegte, aber scheiterte.

Generell erzielten Streiks und andere Aktionen der Bergleute wenig Erfolg. Dazu waren die Unternehmer lange Zeit zu stark und unnachgiebig, die Bergleute hingegen zu schwach und oft in sich gespalten. Daran änderten auch Bemühungen von Behörden und Regierungen wenig, deren Lage zu verbessern. So blieb der Bergbau von Konflikten und Spannungen gekennzeichnet, die im Ersten und dann vor allem im Zweiten Weltkrieg eine Zuspitzung erfuhren. Hier waren Bergleute besonders gefordert, um die nötige Kohle zu fördern, und wollten dafür nach Ende des Krieges belohnt werden. Diese Erwartung wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg enttäuscht. Das sollte sich nach 1945 nicht wiederholen. Dieses Mal handelten Bergleute und ihre Gewerkschaften entschlossener und setzten wichtige Forderungen durch: In Großbritannien und Frankreich wurde der Bergbau verstaatlicht und in der Bundesrepublik nach heftigen Auseinandersetzungen im Bergbau und in der Schwerindustrie generell die paritätische Mitbestimmung durchgesetzt. Diese bedeutete keine Verstaatlichung, wohl aber, dass fortan in wichtigen Gremien Bergleute und Unternehmer die gleiche Stimmenzahl und damit die gleiche Macht besaßen. Im Ostblock wurden Zechen ohnehin verstaatlicht, sodass in ganz Europa der bis dahin so mächtige kapitalistische Bergbau nicht mehr oder nur noch in gebändigter Form bestand. Stattdessen setzte sich in Westeu-

ropa eine Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Unternehmern und Staat durch, die auf andere Bereiche ausstrahlte und wesentlich zur politischen Stabilität beitrug, die hier nach 1945 herrschte – im Gegensatz zu den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, als nicht nur in Deutschland, sondern in weiten Teilen Europas Demokratien scheiterten.

Krieg, Frieden und Europäische Einigung

Die beiden Weltkriege wurden nicht um Kohle geführt. Doch ohne Kohle wären sie bald beendet gewesen. Denn die Kriege beruhten auf dem massenhaften Einsatz von Waffen, Geräten und Munition, die ohne Kohle nicht hergestellt werden konnten. Im Zweiten Weltkrieg kam hinzu, dass Kohle auf deutscher Seite dazu diente, Öle, Fette, Gummi und insbesondere Flugbenzin herzustellen, um die Folgen einer Blockade zu verhindern. Diese hatte im Ersten Weltkrieg zu Engpässen geführt, und anschließend wurden Forschungen in der Kohlechemie intensiviert und unter den Nationalsozialisten umfangreiche Fabriken errichtet, um die genannten Stoffe zu produzieren. Eine große Rolle hierbei spielte Braunkohle, die lange Zeit nur eine geringe Bedeutung besaß, ab den 1920er Jahren aber einen Aufschwung erlebte, als es gelang, sie im Tagebau preisgünstig abzubauen. Gegenüber Steinkohle besaß sie einen deutlichen Kostenvorteil, wird seitdem vor allem zur Stromerzeugung eingesetzt und trug unter den Nationalsozialisten wesentlich zur Kriegsproduktion bei.

In beiden Kriegen herrschte ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften. Gesunde und kräftige Männer wurden nicht nur im Bergbau, sondern auch in anderen Industrien und zusätzlich als Soldaten benötigt. Einen gewissen Ausgleich boten Frauen, die jedoch weiterhin nicht untertage eingesetzt wurden – mit Ausnahme der besetzten Gebiete im östlichen Europa. Die deutschen Zechen gingen deshalb dazu über, Zwangsarbeiter einzusetzen, die aus verschiedenen besetzten Ländern kamen und besonders schreckliche, oft tödliche Behandlung erlebten, wenn sie aus Polen oder der Sowjetunion stammten. Im Ruhrbergbau stellten Zwangsarbeiter im Dezember 1944 etwa ein Viertel der Belegschaften und alle Ausländer zusammen fast 42 Prozent, wobei die Anteile bei der gefährlichen Arbeit untertage höher lagen.

Angesichts der enormen Bedeutung, die Kohle nicht nur für den Krieg, sondern ebenso für den Wiederaufbau besaß, spielte sie auch in den anschließenden Friedensbemühungen eine zentrale Rolle. Nach dem Ersten Weltkrieg stand die Überlegung im Vordergrund, die deutsche Wirtschaft zu

schwächen, um einen erneuten Krieg zu verhindern. Dazu besetzte Frankreich das Saargebiet und strebte eine Kontrolle über den Ruhrbergbau an, während die Reviere in Oberschlesien an den neuen polnischen Staat fielen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es ebenfalls darum, einen erneuten Krieg zu verhindern und zusätzlich den Wiederaufbau des weithin zerstörten Europas zu sichern. Dabei besaß der Ruhrbergbau wegen der Größe der Lagerstätten und der Qualität der Kohle eine besondere Bedeutung. Erneut wollte die französische Regierung darauf einen Zugriff erhalten – wiederum ohne Erfolg. Eine Vielzahl anderer Pläne scheiterte ebenfalls, bis sich eine tragfähige Lösung ergab: Das Ruhrgebiet und die Kohlelager in Frankreich, den Benelux-Ländern und Italien wurden einer gemeinsamen europäischen Kontrolle (Montanunion) unterstellt. Damit erhielt Frankreich die gewünschte Mitsprache über das Ruhrgebiet, während die westdeutsche Seite ebenfalls profitierte. Die Hoffnung, alleine über diese Region und deren Industrien verfügen zu können, war unrealistisch. Dazu waren die Ängste vor einem erneuten Aufleben deutscher Stärke zu groß. Die europäische Lösung hingegen bot einen Kompromiss und bewährte sich so sehr, dass dieselben Länder, die 1952 die Montanunion etablierten, kurz darauf (1957) die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begründeten. Kohle, deren fürchterliche Macht in zwei Weltkriegen so deutlich geworden war, bot anschließend die Grundlage für die EWG und die darauf aufbauende europäische Einigung.

Abschiede und Erbe

Um 1958 erreichten Fördermengen und Beschäftigtenzahlen im europäischen Bergbau einen neuen Höhepunkt, »König Kohle« regierte. Doch bei der Steinkohle stand der Thron auf wackligen Füßen. Öl und Gas erwiesen sich als starke Konkurrenz. Die Förderung ging stetig zurück und findet in Europa derzeit nur noch in Polen, der Ukraine und Russland statt.² Dieser Rückgang verlief nicht gradlinig, sondern stockte, wenn Öl knapp und teuer wurde, Kohlekraftwerke eine gesicherte Versorgung boten oder Regierungswechsel Erwartungen weckten. Auch kam es zu zahlreichen Protesten und Demonstrationen, die den Rückgang jedoch bloß verzögerten und nur noch wenig mit den erbitterten Auseinandersetzungen gemein hatten, die diese Industrie so lange kennzeichneten.

Die neuen Proteste richteten sich nicht gegen kapitalistische Unternehmer, sondern appellierten an Behörden und Regierungen, die inzwischen den Steinkohlenbergbau kontrollierten und mit Subventionen förderten.

In der Bundesrepublik fielen diese besonders groß aus und betrug seit 1945 insgesamt mehr als 200 Milliarden Euro. In anderen Ländern blieben sie deutlich darunter, doch überall waren Regierungen und Parlamente bereit, Bergleute und ihre Regionen mit erheblichen Mitteln zu unterstützen. Die Streiks und Demonstrationen richteten sich deshalb an Politiker, und an ihnen nahmen nicht nur Bergleute, sondern auch Zechenleitungen und die örtliche Bevölkerung teil. Zusammen setzten sie sich für den Erhalt der Zechen oder zumindest deren sozialverträgliche Schließung ein. Klassenkämpfe, die grundlegende politische Ziele anstrebten, schimmerten nur gelegentlich durch, so 1984 in Großbritannien unter Margaret Thatcher, oder in Polen und in der Ukraine, wo es jedoch nicht um Schließungen ging, sondern darum, endlich die demokratischen Rechte durchzusetzen, die im Westen seit Langem bestanden.

Eine deutlich andere Entwicklung erlebte nach 1945 die Braunkohle, die keine Subventionen benötigte, sondern bis heute profitabel ist und in beiden Teilen Deutschlands neue Förderrekorde erreichte. In der DDR trug dazu wesentlich der Anstieg des Ölpreises ab den 1970er Jahren bei. Importe dieses Rohstoffes kamen zu teuer, und Braunkohle war die einzige nennenswerte einheimische Energiequelle, die zugleich aber sowohl beim Abbau wie der Verbrennung Bewohner und Umwelt massiv belastete. Dabei hatten Belastungen den Einsatz von Kohle von Beginn an begleitet und ihn bis zur Industrialisierung erheblich eingeschränkt. Dann jedoch setzte sie sich durch und verursachte sowohl bei der Gewinnung wie Nutzung massive Probleme. Grubenwasser verschmutzte Flüsse, zahllose Schadstoffe gelangten in die Luft und den Boden, und Gebäude, Vegetation und nicht zuletzt Menschen litten darunter.

Dagegen gab es immer wieder Proteste, die jedoch bis in die 1960er Jahre wenig bewirkten. Erst dann entstand die moderne Umweltpolitik, die auf ein gestiegenes Bewusstsein reagierte und durch wirksame Gesetze, technische Neuerungen und verstärkte Kontrollen die Belastungen erheblich reduzieren konnte, wobei Emissionen von Schwermetallen, Stick- und Schwefeloxiden oder Feinstäuben weiterhin Sorge bereiten. Das gilt auch für Bergschäden, Halden, Braunkohlegruben und andere Eingriffe in Landschaft und Natur, die mit dem Bergbau verbunden waren und noch sind. Hier sind Korrekturen möglich, doch diese Eingriffe werden noch lange nachwirken, ebenso wie die Folgen auf Siedlungsstruktur und Arbeitsplätze. Viele Reviere waren durch eine Vormacht des Bergbaus, oft eine wirtschaftliche Monokultur geprägt, die in guten Zeiten nicht weiter auffiel, bei Stilllegungen jedoch erhebliche Probleme schuf und zu den erwähnten Protesten führten – die jetzt die Braunkohle betreffen.

Diese Herausforderungen sind örtlich begrenzt, und Lösungsmöglichkeiten stehen zur Verfügung. Die wohl größte Hinterlassenschaft der Kohle hingegen ist globaler Natur, und überzeugende Lösungen werden noch gesucht: die Freisetzung von CO₂ und der damit verbundene Anstieg der Temperaturen. Die Nutzung von Kohle ist dafür, zusammen mit anderen fossilen Energien, die wohl wichtigste Ursache, und wirksame Verfahren, den Anstieg von CO₂ zu begrenzen, stehen noch aus. Das ist umso wichtiger, als in Europa Kohle kaum noch gefördert wird und die Nutzung 2050, vielleicht sogar bereits 2030 eingestellt werden soll. Weltweit hingegen wird Kohle, ebenso wie fossile Energien generell, ihre große Bedeutung vermutlich deutlich länger behalten.

Das hängt eng mit einem anderen Erbe des Zeitalters der Kohle zusammen: die Abhängigkeit von einem konstanten Angebot an Energie. Die Energiewende versucht, diese erneuerbar herzustellen, geht aber zugleich davon aus, weiterhin die enormen Energiemengen zu liefern, auf die wir angewiesen sind. Es bedeutet eine enorme Herausforderung, die dafür erforderlichen Anlagen zu errichten, Speichermöglichkeiten zu entwickeln und Leitungsnetze auszubauen. Das muss gelingen, zumal die meisten Prognosen davon ausgehen, dass der Energiebedarf weiter ansteigen wird, sowohl in den industrialisierten Ländern als auch und vor allem global.

Ein anderes Erbe bedeuten die beschriebenen Durchbrüche in der Chemie und den Lebenswissenschaften generell, die heute eine vielfach größere Bedeutung besitzen und aktuell wesentlich zur Suche nach einem Impfstoff gegen Covid-19 beigetragen haben, während zugleich die synthetische Biologie nicht nur einzelne Verbindungen, sondern ganze biologische Systeme erzeugen möchte, die in der Natur nicht vorkommen. Schließlich ist zu fragen, ob mit dem Ausklingen des Steinkohlenbergbaus in Europa auch eine besondere Phase innerhalb des Kapitalismus endet – eine Phase, die neben heftigen Konflikten auch gekennzeichnet war durch die massenhafte Integration von Geringqualifizierten und Zuwanderern. Diese Integration verlief nicht ohne Probleme. Doch heute fällt es beiden Gruppen deutlich schwerer, ihren Platz zu finden und sich zu behaupten. Es gibt deshalb viele Gründe, sich mit dem Zeitalter der Kohle zu befassen, seine Vorzüge und Nachteile zu untersuchen, nach seinem Erbe zu fragen und zu überlegen, ob es tatsächlich beendet ist.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag beruht auf Franz-Josef Brüggemeier, Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018. Alle Nachweise dort.
- 2 Global hingegen verdoppelte sie sich innerhalb der vergangenen 20 Jahre, mit besonders raschem Anstieg in China, Indonesien, Indien, Australien und Russland. Ein schneller Rückgang ist nicht zu erwarten.

Lutz Raphael

Abschied vom Malocher

Deindustrialisierung in Westeuropa

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz steht im größeren Zusammenhang der »Deindustrialisierung« Westeuropas. Sie setzte in breiter Front Mitte der 1970er Jahre ein und veränderte das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge westeuropäischer Länder tiefgreifend. Vor allem die Fabriken der sogenannten alten Industrien, Stahlwerke, Kohlenzechen, Schiffswerften und Textilfabriken, verschwanden im Zuge dieses krisenbeschleunigten Strukturwandels. Ein vergleichender Blick auf die Entwicklungen in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in Frankreich soll im Folgenden helfen, die sozialen und politischen Begleiterscheinungen dieses Umbruchs jenseits regionaler Besonderheiten in den Blick zu nehmen.¹

Deindustrialisierung in Westeuropa: Beschreibung eines Basisprozesses

Die makroökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen der Deindustrialisierung waren zunächst in Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik weitgehend gleich.² Die Konjunkturzyklen der Industrieproduktion in den drei Ländern verliefen zeitlich parallel, wenn auch keineswegs gleichförmig. Die Konjunkturkrisen 1973/74, 1980–82, 1992–94 sowie 2000/01 führten in allen drei Ländern in den meisten Industriebranchen zu Produktionsrückgang, hatten Pleiten, Betriebsstilllegungen, Personalabbau und Rationalisierungsmaßnahmen zur Folge. Die westeuropäischen Industrien traten in eine neue Entwicklungsphase ein, in der sie unter einen starken strukturellen Anpassungsdruck gerieten. Das ergab sich zum einen aus der Entstehung des europäischen Binnenmarktes, aber zugleich auch aus der wachsenden Konkurrenz außereuropäischer,

vor allem ostasiatischer Anbieter. Der Deindustrialisierung in Westeuropa entsprach spiegelbildlich der Aufstieg anderer industrieller Standorte mit vielfach höheren Wachstumsraten. Aus einer globalgeschichtlichen Perspektive verschoben sich damit erstmals seit Beginn der Industriellen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts wieder Wachstumsraten und Wohlstandsvermehrung insgesamt vom »Westen« nach Asien.³

Technologisch sind diese Jahrzehnte geprägt durch die Ausbreitung EDV-basierter Datenspeicherung und Kommunikation. Die besondere Pointe der computergestützten technologischen Entwicklungen lag darin, auch in der Organisation der Industrieunternehmen, von der Produktion bis zum Kundenkontakt, weitreichende Strukturveränderungen anzuschieben.

Aus politökonomischer Perspektive ist wichtig, dass die Entscheidungen von Industrieunternehmen durch den Aufstieg des Finanzmarktkapitalismus beeinflusst wurden.⁴ Es entstanden neue Formen externer Kontrolle von Unternehmensleitungen durch die Seite der Kapitaleigner. Ratingagenturen und eine expandierende Unternehmensberatungsbranche verbreiteten eigene Standards für Renditeerwartungen, Geschäftsmodelle und unternehmerische Organisationsformate. Kreditbeziehungen und Standortentscheidungen großer Industriekonzerne gerieten seit den 1990er Jahren in den Sog dieser Veränderungen. Anders als erste zeitdiagnostische Analysen vermuten ließen, hat sich jedoch der dadurch angestoßene Strukturwandel industriekapitalistischer Produktion als richtungsoffener erwiesen, als von Politökonomien angenommen. Diesem marktradikalen Modell eines Finanzmarktkapitalismus standen Beharrungskräfte und Gegenteilstendenzen gegenüber, die in den drei Ländern sehr unterschiedlich stark waren.

Die sozialen Verhältnisse in allen drei Ländern sind infolge dieses Basisprozesses, vor allem in den 1980er und 1990er Jahren, tiefgreifend verändert worden, dabei haben sich Unterschiede in den Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen eher noch vertieft. Großbritannien erlebte die Deindustrialisierung als schockartigen Zusammenbruch alter Industrien, mit dem Ende traditionsreicher Großunternehmen, der Verödung von Industrieregionen im Norden des Landes und dem Verschwinden ganzer Branchen. Aus deutscher Sicht ist der britische Fall am ehesten mit der Abwicklung der Industrien in der früheren DDR zwischen 1990 und 1996 zu vergleichen.

In der alten Bundesrepublik und nach 1990 in den alten Bundesländern vollzog sich dieser Prozess sektoral und regional sehr ungleich, aber insgesamt viel weniger radikal und schnell. Insgesamt überlebten mehr Branchen und Unternehmen. Vor allem die Resilienz regional gut vernetzter mittelständischer Industrieunternehmen ist ein Phänomen, das keineswegs

spezifisch deutsch ist, aber in der alten Bundesrepublik häufiger anzutreffen war als in britischen oder französischen Industrieregionen.⁵

Mit dem »Abschied vom Malocher« vollzogen die europäischen Gesellschaften einen tiefgreifenden Wandel in ihren Zukunftsorientierungen: Sie verabschiedeten sich von ihren industriellen Zukünften, die um 1970 noch die kollektiven Fantasien beflügelten, und entwarfen sich neu als »postindustrielle« oder »Dienstleistungsgesellschaften«. Daran beteiligt waren viele, vorneweg Sozialwissenschaften, Politikberater und Journalisten. Prompt setzte eine Selbsthistorisierung der Industriegesellschaft als eine abgeschlossene Phase der westeuropäischen Moderne ein: Die Einrichtung beziehungsweise der Ausbau von Museen und Denkmälern der ersten Industrialisierung, die Musealisierung ganzer Regionen begleiteten den Strukturwandel.⁶ Diese Umorientierung kollektiver Zukunftserwartungen wurde befeuert durch die Wiederkehr von Massenarbeitslosigkeit.⁷ In allen drei Ländern stockte der bis Anfang der 1970er Jahre rundlaufende Motor industriebasierter Vollbeschäftigung. Als Folge der Deindustrialisierung breiteten sich in allen drei Ländern insbesondere Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit aus.

Von militanten Arbeitskämpfen zur diffusen Revolte

Industrielle Arbeitsplätze waren natürlich auch vor dem Beginn der Deindustrialisierungsphase abgebaut worden, vor allem Textilfabriken, Kohlenzechen und Stahlwerke waren davon betroffen. Aber erst die Wirtschaftskrise 1973/74 löste jenen Zyklus von Absatzkrise, Unternehmenspleiten und branchenweiten Strukturkrisen aus, der eine neue Ära einleitete. Sie traf eine Arbeiterschaft, die gerade erst in zahlreichen Streiks und Tarifauseinandersetzungen ihre Kampfbereitschaft und Durchsetzungsfähigkeit bewiesen hatte. Man darf nicht vergessen, dass der gesellschaftliche und politische Einfluss der westeuropäischen Industriearbeiterschaft in den frühen 1970er Jahren ein bis dahin weltweit nur selten erreichtes Niveau hatte.⁸ Ihre Stärke beruhte auf national ganz unterschiedlichen Säulen. In der Bundesrepublik und in Großbritannien waren dies die Verhandlungs- und Organisationsmacht ihrer Gewerkschaften und ihr Einfluss auf die linken Volksparteien Labour und SPD. In Frankreich war es die Mobilisierungsmacht ihrer Gewerkschaften in Arbeitskonflikten und bei Sozialprotesten sowie das Abschreckungspotenzial der Kommunistischen Partei Frankreichs, zu diesem Zeitpunkt noch die stärkste Arbeiterpartei im Land. In allen drei Ländern führte dieser Machtzuwachs zu einem in sei-

nen sozialen Auswirkungen vergleichbaren Ergebnis. Das Lohnarbeitsverhältnis hatte sich zu einem sozial- und arbeitsrechtlich vielfach abgesicherten Status verfestigt, der auch der un- und angelernten Lohnarbeiterin in der Industrie neben einem wachsenden Anteil am gesellschaftlichen Reichtum ein Maß an individueller sozialer Sicherheit ermöglichte, wie es noch gut eine Generation früher bestenfalls für die Mittelschichten, insbesondere die im Staatsdienst tätigen Angestellten und Beamten, üblich gewesen war.⁹

Für die politische Ereignisgeschichte der Deindustrialisierung ist die erste Hälfte der 1980er Jahre wichtig geworden, weil in vielen Ländern Westeuropas neue Regierungen die Weichen für eine andere Industrie- und Arbeitspolitik stellten.¹⁰ In Großbritannien zum Beispiel übernahm 1979 mit Margaret Thatcher eine konservative Ministerpräsidentin die Regierung, deren erklärtes Ziel es war, die sogenannte englische Krankheit militanter Arbeitskämpfe und wirtschaftlicher Stagnation mit marktradikalen Mitteln zu kurieren. In der Bundesrepublik setzte die 1982 ins Amt gekommene Mitte-Rechts-Koalition unter Helmut Kohl auf einen vorsichtigeren Kurswechsel in Richtung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, in Frankreich verfolgte nach dem Wahlsieg François Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen 1981 die neue Linksregierung knapp zwei Jahre lang einen linkskeynesianischen Kurs mit Nationalisierungen, Ausbau sozialer Rechte und staatlichen Investitionsprogrammen, schwenkte dann aber auf den angebotsorientierten Kurs ihrer europäischen Nachbarn um. In allen drei Ländern forderten Gewerkschaften beziehungsweise die direkt Betroffenen eine offensive Industriepolitik, staatliche Investitionen in die bedrohten Branchen und eine öffentliche Kontrolle der Unternehmensstrategien.

In dieser politisch aufgeladenen Situation richteten sich Streiks und öffentliche Protestaktionen in den Krisenbranchen direkt an die Regierungen, und es entwickelten sich regelrechte Medienevents sozialen Protests, die zugleich auch Wendemarken in der Chronik politisierter Arbeitskonflikte sind. Der »Abschied vom Malocher« wurde zu einem mit großen Emotionen und persönlichem Einsatz geführten lokalen beziehungsweise regionalen Abwehrkampf gegen die Schließung der Werke vor Ort und um den Erhalt von Arbeitsplätzen in den meist monoindustriellen Regionen. Dabei spielte der Zeitpunkt eine wichtige Rolle: In den späten 1970er Jahren, also noch vor Ausbruch der zweiten Ölkrise 1980–82, waren Handlungsspielräume und Erwartungen der Akteure noch deutlich größer, die Rückkehr zur industriellen »Normalität« der Boomphase schien noch im Bereich des Erreichbaren; mit Beginn der 1980er Jahre wurden die Aus-

sichten für den Erhalt der lokalen Industriestandorte immer schlechter, sodass vielfach nur noch die Option zwischen einem letzten kämpferischen Widerstand oder dem sang- und klanglosen Ende zu bestehen schien.

Die Befunde der politischen Protestgeschichte lassen erkennen, dass der Abbau der Netze sozialer Sicherheit, die in den drei Ländern rund um das Arbeitsverhältnis geknüpft worden waren, sich zunächst keineswegs lautlos vollzogen. Sozialproteste, Demonstrationen und Streiks hatten einen festen Platz in den politischen Auseinandersetzungen um die Sozial- und Wirtschaftspolitik in den drei Ländern.¹¹ Diese »Politik von unten« beeinflusste vor allem die sozialpolitischen Lösungen, die in allen drei Ländern angesichts der Deindustrialisierungswelle 1975 bis 1983 entwickelt wurden. Sie zielten auch darauf, die öffentlichen Proteste gegen Entlassungen einzugrenzen beziehungsweise bereits vorweg, wie häufig in der Bundesrepublik geschehen, durch einvernehmliche Lösungen zu vermeiden. Vor allem in den großzügigen Lösungen für Frühverrentungen in den Sozialplänen der Krisenbranchen wie Stahl- und Eisenproduktion oder Schiffsbau kann man die direkten lebenspraktischen Spuren dieser Mobilisierungsergebnisse wiedererkennen.

Das Jahr 1985 bildet so etwas wie eine Scheidelinie. Danach routinisierten sich die Prozeduren bei Massenentlassungen, und die Betroffenen verloren den Glauben daran, durch spektakuläre Aktionen die politische Öffentlichkeit für ihre Angelegenheit mobilisieren zu können. »Yesterday's industries« – »Industrien von gestern« – Thatchers kühle Bemerkung über die verstaatlichte britische Stahlindustrie war nur die besonders früh und offenherzig ausgesprochene Überzeugung der meisten Wirtschaftspolitiker mit Regierungsmacht. Deindustrialisierung wurde banalisiert: Die schiere Zahl und ständige Wiederholung von Werksschließungen in den besonders betroffenen Regionen entwaffneten die Betroffenen. Politische Mobilisierungserfolge bei der Verteidigung eigener Interessen wurden immer seltener und in der Öffentlichkeit immer häufiger mit dem Stigma belegt, soziale Besitzstände und Privilegien von Arbeitsplatzbesitzern zu verteidigen.

Seitdem haben sich ganz andere Formen des Sozialprotests von »unten« entwickelt beziehungsweise verbreitet. »Riots«, »émeutes«, Aufruhr oder Randalie wurde zum Signum von Sozialprotesten der nächsten Jahrzehnte.¹² In vielen Industriestädten der drei Länder produzierte die Deindustrialisierung eine soziale Krise der betroffenen Regionen. Der ersatzlose Wegfall industrieller Arbeitsplätze und das regionale beziehungsweise lokale Anschwellen der Jugendarbeitslosigkeit destabilisierten Haushalte und Familien. Eine vor allem durch die Privatisierung des Wohnungsmarktes befeuerte Segregation in den suburbanen Räumen verdichtete viele

frühere Großanlagen des sozialen Wohnungsbaus zu »Problemzonen«. Vor allem Polizeieinsätze provozierten Gewaltausbrüche mit Plünderungen, Zerstörung öffentlicher Gebäude oder privater Läden beziehungsweise Autos. Diese Form des Sozialprotests wurde medial jedoch in ganz andere Zusammenhänge gerückt: Es ging um jugendliche Delinquenz, Rassenunruhen oder Parallelgesellschaften. Solcher Aufruhr wurde zum Markenzeichen französischer und britischer Vorstädte. Der Protest der Jugendlichen aus den Vorstädten jedenfalls beruhte auf einem diffusen, apolitischen Gefühl der Ungerechtigkeit, verweigerter politischer Gleichheit und Bildungschancen. Er registrierte seismografisch die wachsende soziale Ungleichheit, artikulierte aber vor allem heftige politische Emotionen wie Ohnmacht und Hass gegenüber den Vertretern der öffentlichen Ordnung und »denen da oben«. ¹³ Überspitzt formuliert hatte sich der »demokratische Klassenkampf« der 1960er und 1970er Jahre spätestens am Ende der 1990er Jahre in einen »Klassenkampf ohne Klassen« zurückverwandelt, um einen Klassiker der britischen Sozialgeschichte, E. P. Thompson, zu zitieren. ¹⁴

Von der Normalität zur umkämpften Norm: Demokratische Sozialbürgerschaft als Erbe industrieller Lohnarbeit

Ein wichtiges sozialpolitisches Ergebnis des langen Nachkriegsbooms und des »demokratischen Klassenkampfes« beziehungsweise im westdeutschen Fall der »Konfliktpartnerschaft« ¹⁵ zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Staat war die Etablierung hoher Standards sozial- und arbeitsrechtlicher Absicherung für lohnabhängig Beschäftigte. ¹⁶ Die Pakete arbeits-, tarif- und sozialrechtlicher Garantien und Sicherheiten waren in den drei Ländern unterschiedlich groß, garantierten aber der großen Mehrheit von Arbeitern und Angestellten Schutz bei Entlassungen und Kündigungen, Unfall-, Invaliditäts- und Altersrenten, die den sozialen Lebensstandard annähernd sicherten. Dieses Modell blieb aber geprägt durch die ungleichen Geschlechterordnungen in den drei westeuropäischen Ländern. So stärkten arbeitsgebundene Sozialleistungen die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen in den Berufs- und Familienordnungen der drei Länder: Das Rollenmodell des männlichen Hauptverdieners ist durch den Ausbau des Lohnarbeiterstatus und die Vermehrung industrieller, meist männlicher Arbeitsplätze im Nachkriegsboom erheblich gestärkt worden. Aber dieses sozialpolitische Ordnungsmodell war nur indirekt mit den übergreifenden patriarchalischen Strukturen in den drei Ländern verknüpft. Grundsätzlich eröffnete es gleiche arbeits- und sozialrechtliche Sicherheiten für beide

Geschlechter, nur waren die gesellschaftlichen Realitäten um 1970 noch weit davon entfernt. Für die weitere Entwicklung wurde es auch wichtig, dass diese Industriebürgerschaft nur in eingeschränktem Maße für Arbeitsmigranten egal welchen Geschlechts galt. Deindustrialisierung wirkte in beiden Fällen als ein Katalysator weitreichender Veränderungen mit höchst ambivalenten Folgen.

Dieses sozial- und arbeitsrechtliche Ordnungsmuster des Industriebürgers war nie unumstritten. Es geriet in den politischen Deutungskämpfen seit Mitte der 1970er Jahre jedoch unter immer stärkeren Legitimationsdruck, bis Ende der 1990er Jahre selbst die sozialdemokratischen Parteien sich davon mehr oder weniger verabschiedeten. Die radikalste Kritik an der Verfestigung sozialer Ansprüche und Rechte aus Lohnarbeit und insbesondere an der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften artikulierte Neoliberale. Sie meldeten sich seit Mitte der 1970er Jahre vehement in den politischen Debatten zurück und drangen mit ihrer Kritik an den etablierten Arrangements der drei Wohlfahrtsstaaten immer mehr durch. Ihren Reformvorschlägen war gemeinsam, dass sie die Verbindungen lösen wollten, die den Arbeitsvertrag mit sozial- und arbeitsrechtlichen Besitzstands- und Statusgarantien verknüpften.¹⁷ Liberale Reformer forderten, meist lautstark unterstützt von Unternehmenseite, eine Auflockerung des Kündigungsschutzes, mehr Flexibilität in der Regelung von Beschäftigungszeiten und bei den Laufzeiten von Arbeitsverträgen, den Abbau von Lohnnebenkosten, konkret der Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zu Arbeitslosen-, Renten-, Alters-, Unfall- und Invaliditätsversicherungen der Beschäftigten. Schließlich verlangten neoliberale Reformer vehement, dass die rechtlichen Garantien für gewerkschaftliche Interessenvertretung abgebaut und damit die »Verzerrungen« auf den Arbeitsmärkten durch zu hohe Lohnkosten beseitigt würden. Im Ergebnis geriet das Ordnungsmodell der Industriebürgerschaft in eine langanhaltende Legitimationskrise.

Doch in allen drei Ländern bewiesen Umfragen immer wieder die Popularität dieses Ordnungsmodells, und für Regierungsparteien blieb die Kürzung von Sozialleistungen und der Umbau der Sicherungssysteme ein ebenso risikoreiches wie heikles Politikfeld. Alle Regierungen »kauften sich Zeit«,¹⁸ indem sie zunächst das Anwachsen sozialer Transferzahlungen hinnahmen und damit die gewachsenen Leistungserwartungen ihrer »Industriebürger« zunächst einmal befriedigten. Vorreiter eines sozialpolitischen Kurswechsels war Großbritannien, wo die konservative Regierung Thatcher die Weichen für Umbau und Abbau von Sozialleistungen stellte. Vor allem Formen quasi automatisierter Statussicherung wurden demontiert. Es begann mit der Abkoppelung der Leistungen der staatlichen Altersver-

sicherung von der Lohnentwicklung, der Verkürzung der Leistungszeiten und des Berechtigtenkreises der versicherungsbasierten Arbeitslosenunterstützung (Jobseekers' Allowance) und setzte sich im Abbau der staatlichen Zusatzrentenversicherung zugunsten privater Versicherungsverträge fort. In der Bundesrepublik begann der Abbau lohnabhängiger Sozialleistungen ebenfalls in den frühen 1980er Jahren, noch unter der sozialliberalen Regierung, setzte sich dann aber deutlich langsamer fort.¹⁹

Insgesamt ist die arbeits- und sozialpolitische Bilanz dieser Umbruchphase keineswegs eindeutig. Arbeitnehmer behielten einen Großteil ihrer Rechte, die mit ihrem arbeitsrechtlichen Status verbundenen sozialen Sicherungssysteme blieben weitgehend, wenn auch eingeschränkt beziehungsweise modifiziert, erhalten, das Arbeitsrecht wurde nur partiell »dereguliert«, sodass auch heute Briten, Franzosen und Deutsche in ihrer Mehrheit unter arbeits- und sozialrechtlichen Bedingungen arbeiten, die mit erheblichen Statusgarantien verbunden sind.

Aus der Normalität der Industriebürgerschaft wurde im Zuge der Deindustrialisierung die umkämpfte Norm demokratischer Sozialbürgerschaft.²⁰ Sie wurde vor allem seit der Jahrtausendwende immer stärker infrage gestellt durch die Ausbreitung irregulärer Arbeits- und Lohnformen, denen allen mehr oder weniger gemeinsam ist, dass in ihnen die Arbeitsbeziehungen wieder auf ein reines Lohnverhältnis und eine individuelle Vertragsbeziehung reduziert worden sind. Doch diese Erosionsprozesse verliefen in den drei Ländern und den verschiedenen Beschäftigungsbranchen ganz unterschiedlich. Die soziale Resilienz der alten Statusrechte war vor allem an die Beharrungskraft rechtlicher Regelungen und die Mikropolitik betrieblicher Partizipation gebunden.

Wie viel soziale Sicherheit mit den verschiedenen Arbeitsverträgen und Beschäftigungsformen zu erreichen war, wurde in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts für Arbeiter und Angestellte im privaten Sektor aber zusehends unübersichtlich und deutlich schwerer zu kalkulieren als für ihre Elterngeneration. Nicht die linearen Kürzungen, sondern die wachsenden Unsicherheiten und Unterschiede, also die Abkehr von weitgehend einheitlichen Standards im Paket sozialer Sicherung von Arbeitsverhältnissen stellte das wichtigste Ergebnis der Umbruchphase dar. Am ehesten lässt sich übergreifend für alle drei Länder von einer Erosion lohnbasierter sozialer Sicherheit sprechen. Für eine allmählich wachsende Minderheit der arbeitenden Bevölkerung in allen drei Ländern reduzierte sich das Arbeitsverhältnis wieder zu einem Lohnarbeitsvertrag mit nur noch geringem sozial- oder arbeitsrechtlichen Schutz und nicht mehr ausreichendem Sozialleistungsniveau.²¹

Grenzen der Flexibilisierung: Neue Wissensordnungen und Arbeitsteilungen

»Flexibilität« war das zeitgenössische Schlüsselwort der neuen beruflichen Tugendlehre angesichts unübersichtlicher Arbeitsmärkte und Karriereausichten.²² Flexibilität meinte dabei vieles: Anpassung an neue Anforderungen am Arbeitsplatz und Einarbeitung in neue technische Produktionsabläufe, Berufswechsel und räumliche Mobilität, Weiterbildung und Höherqualifikation. Hinter dem Wort verbergen sich also ganz unterschiedliche soziale Realitäten, sind Gewinner und Verlierer zu entdecken.

Schwere körperliche Anstrengung oder eintönige Routinearbeit hatten lange Zeit als Inbegriff von Industriearbeit schlechthin gegolten. »Jedermannswissen« und »Jedermannsfähigkeiten« waren die Voraussetzung für die Fabrikbeschäftigung einfacher Arbeiter. Die dritte Industrielle Revolution mechanisierte und automatisierte zahlreiche Produktionsabläufe, beseitigte viele Arbeitsplätze, die keinerlei Vorwissen und wenig Anlernzeiten erforderten. Die Gewichte von Hand- und Kopfarbeit, von Kundenservice und Produktentwicklung, von Wartung und Produktion verschoben sich tiefgreifend. Am Ende der 1990er Jahre arbeitete nur noch eine kleine Minderheit von Industriearbeitern direkt am Fließband, in Frankreich und der Bundesrepublik etwa jeder zehnte Arbeiter. Aber das waren immerhin noch etwa drei von zehn un- und angelernten Arbeiterinnen und Arbeitern. Industrielle Arbeitsplätze wurden Schauplatz einer »flexiblen Verbindung von Handarbeit und Kopfarbeit«. Generell wurden wissensfördernde und wissensfordernde Organisationsformen immer wichtiger.²³ Dabei stellte sich heraus, dass die neuen Technologien das Feld der Möglichkeiten zur Neuverteilung der Aufgaben, zur Rekombination von Arbeitsschritten enorm erweiterten. Diese Spielräume sind von den Unternehmen auch genutzt worden. Entsprechend kontrovers diskutierte die unternehmenskritische Industriesoziologie in allen drei Ländern die laufenden Veränderungen. Konsens herrschte früh darüber, dass das »fordistische Produktionsregime« in eine Krise geraten sei – nicht zuletzt unter dem Druck der wachsenden Streiks und Militanz der späten 1960er und 1970er Jahre. Aber bis heute ist die Industriesoziologie uns eine Antwort schuldig geblieben, was denn eigentlich an die Stelle getreten sei. Denn nach frühen Hoffnungen auf eine umfassende »Humanisierung der Arbeit«²⁴ folgte die Ernüchterung, denn Taylors Rezepte der Zerlegung von Handgriffen und der strikten Kontrolle der Produktionsabläufe ließen sich auch mit den neuen computergestützten Maschinen gewinnbringend umsetzen. Resigniert mussten die Trendbeobachter feststellen, dass sich weder die eine *best*

practice etwa nach dem Vorbild japanischer, US-amerikanischer oder bundesdeutscher Erfolgsunternehmen oder gar ein einziges neues kapitalistisches Produktionsregime durchsetzten. Stattdessen erweiterte die dritte Industrielle Revolution das Spektrum der betrieblichen Lösungen enorm. Die Zeit zwischen 1975 und 2000 war eine Zeit der Experimente in der Welt der industriellen Produktion. Nicht die neuen technischen Möglichkeiten, sondern die sozialen Konstellationen entschieden letztlich darüber, wie Arbeitsaufgaben neu verteilt, Produktionsabläufe zwischen den verschiedenen Berufs- und Statusgruppen in den Betrieben verteilt wurden.²⁵

Die technologische Entwicklung erhöhte den gesellschaftlichen Bedarf an technischem beziehungsweise mathematisch-naturwissenschaftlichem Grundwissen, aber auch an sprachlicher und kommunikativer Kompetenz. Dabei war zunächst relativ offen, wie dieser wachsende Bedarf an Wissen und Kompetenzen auf die verschiedenen Gruppen von Beschäftigten verteilt würde. Betriebe erprobten unterschiedliche Lösungen, dabei setzten aber die nationalen Bildungs- und Weiterbildungssysteme die entscheidenden Rahmenbedingungen für diese betrieblichen Experimente industrieller Arbeitsteilungen.

In allen drei Ländern erlebten die Bildungssysteme seit den 1960er Jahren Ausbau- und Wachstumsschübe, an deren Ende heute die Mehrheit der 16- bis 24-Jährigen tertiäre Bildungsdiplome in Schulen beziehungsweise an Hochschulen und Universitäten erwirbt. In allen drei Ländern blieb dabei die traditionelle Hierarchie der Bildungstitel gewahrt, neue Berufsfelder und -ausbildungen wurden in die bestehende Ordnung der Bildungsabschlüsse und Diplome eingefügt. Anders als es manche Propheten der Wissensgesellschaft erhofft hatten, kam es nicht zu einer Neuverteilung der Rangordnung oder gar zu einer Abwertung von Bildungsabschlüssen zugunsten lebenslangen Kompetenz- und Wissenserwerbs und sich ständig wandelnden Anforderungen in der Arbeitswelt. Insgesamt nahm in allen drei Gesellschaften der Anteil von Berufen und Ausbildungsgängen zu, die nach dem Modell der (akademischen) Professionen organisiert wurden. Vom Arzt über den Ingenieur bis zum Anwalt bestimmen in diesen Professionen Berufsorganisationen mit über Standards der Ausbildung und Berufstätigkeit, über Zulassungen zum Arbeitsmarkt und die Formen der arbeitsrechtlichen Regulierungen. Nur in der Bundesrepublik sind die Facharbeiterberufe diesem Organisationsmuster professionsspezifischer Arbeitsmärkte nahe geblieben. Sie stellen nach wie vor einen eigenen, weit verbreiteten Typ anerkannter Beruflichkeit dar. Dieser hat die Transformationen der industriellen Welt zwischen 1975 und 2000 überraschend unbeschadet überstanden.²⁶ Seine Wirksamkeit auf Arbeitsmärkten beruhte im

Wesentlichen auf der allgemeinen Anerkennung der Ausbildungsgänge und Berufstitel, der tarifrechtlichen Anerkennung der Berufsqualifikation und der gewerkschaftlichen Vertretungsmacht. Weder in Großbritannien noch in Frankreich haben die klassischen berufsorientierten Ausbildungsformate für *skilled workers* oder *ouvriers professionnels* in den Umbrüchen seit den 1970er Jahren ihre bis dahin ähnlich anerkannte und starke Stellung im Feld der Berufsausbildung und Bildungstitel halten können.²⁷ Inhaber entsprechender Ausbildungszertifikate sind unter den Industriearbeitern beider Länder an Zahl weniger geworden und unterliegen in wachsendem Maße der Bereitschaft ihrer Arbeitgeber, diese jeweilige Fachkompetenz überhaupt anzuerkennen.

Auffällig ist, wie wenig die technologische Revolution dieser Jahrzehnte die traditionelle Geschlechterordnung des Wissens verändert hat. Weder die Zunahme schulisch vermittelter Wissensbestände noch die wachsende Bedeutung sozialer und kommunikativer Kompetenzen hat den Anteil von Frauen unter Facharbeitern, Technikern oder Meistern erhöht. Es änderte sich nichts an den Grundmustern geschlechtsspezifischer Teilung von Wissen und Kompetenzen in der industriellen Arbeitswelt. Ganz im Gegenteil: Vielfach verstärkte die Einführung computergestützter Maschinen beziehungsweise Produktionsanlagen den Trend hin zur Marginalisierung von Frauen in industriellen Fachberufen. Ein wesentlicher Faktor für diese Reproduktion der Geschlechterdifferenz waren zweifellos die schulischen Bildungssysteme, sie lenkten frühzeitig Jungen und Mädchen in unterschiedliche Berufsfelder und entschieden damit die weiteren Selektionsprozesse (Abschluss der Lehre, Übernahme in die Betriebe) im Arbeitsprozess vor. Die ungebrochene Dominanz männlicher Absolventen in den industriellen Ausbildungsberufen sowie in den Ingenieurstudiengängen und Technikerausbildungen unterstreicht die Fortdauer dieser geschlechtsspezifischen Trennlinie. Dies gilt in schlichter Einfachheit für alle drei Länder mit den typischen individuellen Ausnahmen und den ebenfalls typischen branchenspezifischen Enklaven.

Berufswege und Lebensläufe im Zeichen der Deindustrialisierung²⁸

In den drei Jahrzehnten »nach dem Boom« veränderten sich die Biografiemuster in der Arbeitswelt, aber sie taten dies langsamer, als die zeitgenössische Wahrnehmung und Thematisierung von Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und nicht-standardisierten Beschäftigungsverhältnis-

sen (Teilzeit, befristete Verträge, Leiharbeit) dies zunächst erwarten lässt. Gerade angesichts wachsender Risiken auf den Arbeitsmärkten nahm das gesellschaftliche Bedürfnis nach Sicherheit zu, insbesondere nach stabilen Berufs- und Beschäftigungssituationen. Dieser aus Sicht der Industriebeschäftigten formulierten Bewältigungsstrategie angesichts wachsender beziehungsweise anhaltender Zukunftsrisiken kamen aber auch unternehmerische Strategien entgegen, die angesichts wachsender technologischer Komplexität, stärkerem Wettbewerbsdruck und sich rasch steigenden Qualitätsanforderungen auf Kompetenz und Kooperation ihrer Belegschaften setzten. Betriebstreue und Berufskontinuität waren vielfach Resultat von Sicherheitsstrategien der Beschäftigten, die immer lautstärker als »Arbeitsplatzbesitzer« adressiert wurden und kaum noch Spielräume für häufige Arbeitsplatzwechsel oder risikoreiche Umschulungen sahen.

Das westdeutsche System der dualen Berufsausbildung bildete in Verbindung mit dem tariflich abgesicherten Facharbeiterrecklohn eine viel stärkere institutionelle Stütze als das französische System allgemeiner, betriebs- und produktionsferner Berufsbildungsabschlüsse. Die Distanz wuchs noch gegenüber dem britischen System, das entweder den einzelnen Betrieb (*training on the job* und darauf bezogene *skills*) oder aber eng definierte und nur durch gewerkschaftliche Tarifmacht geschützte Einzelberufe (*trades*) kannte. Dies war der wichtigste Grund, warum in der alten Bundesrepublik die Berufskarrieren von jungen Facharbeitern auch nach dem Boom weitgehend im Fahrwasser des innerbetrieblichen Aufstiegs beziehungsweise der Beschäftigungskontinuität verblieben. Auch in Großbritannien und Frankreich pflegten einzelne Großunternehmen in ihrer Personal- und Ausbildungspolitik solche innerbetrieblichen Karrieren ihrer »Stammarbeiterschaft«. Aber es handelte sich eher um Inseln der Beschäftigungsstabilität in einer Arbeitswelt, die viel stärker als die Bundesrepublik durch Prekarität geprägt war und in der die Übergänge in die instabileren Beschäftigungsstrukturen der rasch wachsenden einfachen Dienstleistungsbereiche fließend wurden.²⁹

Ihren deutlichsten Ausdruck fand diese Form sozialer Resilienz gegenüber den wachsenden Zumutungen einer globalisierten Konkurrenz im vorgezogenen Ruhestand für Kerngruppen der Industriearbeiterschaft: Der »Abschied vom Malocher« verlegte in einer unerwartet kurzen Zeitspanne das Ende des effektiven Berufslebens für Stahlarbeiter, Bergleute, Werftarbeiter und andere Kerngruppen der männlichen Industriearbeit zurück in das fünfte Lebensjahrzehnt. Damit kam es in allen drei Ländern zu einem vorgezogenen Ausstieg der ersten Nachkriegsgeneration (Jahrgänge 1930 bis 1940) aus dem Arbeitsleben, gerade als die techno-

logischen und organisatorischen Veränderungen in der industriellen Produktion sich beschleunigten. In allen drei Ländern etablierte sich so etwas wie ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass der älteren Generation der »Malocher« das Recht zustünde, den Zumutungen von spätem Jobverlust und Dauerarbeitslosigkeit zu entkommen, die für sie mit Deindustrialisierung und Rationalisierungsmaßnahmen verbunden waren. Unternehmer, Gewerkschaften und Staat kooperierten dabei und schufen die Rahmenbedingungen für berufsbiografische Muster, die den wachsenden Zumutungen an Flexibilität und den Risiken der Prekarisierung entgegen waren.

Beiden Risiken waren dafür jugendliche Berufseinsteiger ausgesetzt, insbesondere in Großbritannien und Frankreich. Arbeitslosigkeit, prekäre (zeitlich befristete), eher schlecht bezahlte Beschäftigungen wurden zum Einstiegspreis in die Welt (relativ) stabiler industrieller Arbeit. Faktisch verlängerte sich damit die Phase des Einstiegs in eine Berufskarriere um gut zehn Jahre; sie begann für eine wachsende Zahl von Jugendlichen erst zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr. Im Ergebnis verkürzte sich in sehr kurzer Zeit die Gesamtdauer der Arbeitsphase im Lebenszyklus von männlichen Industriearbeitern von 40 Jahren auf nunmehr 25 bis 30 Jahre.

Eine große Bedeutung hatte dabei die Arbeitsmigration.³⁰ In der Bundesrepublik und in Frankreich hatten Arbeitsmigranten eine sehr wichtige Rolle als un- und angelernte Produktionsarbeiter in der Massengüterproduktion übernommen, die bis 1975 boomte. In Großbritannien taten sie dies auch, spielten aber quantitativ eine viel geringere Rolle. Die älteren unter ihnen gehörten später in erheblichem Maße zur Gruppe der frühverrenteten Malocher, waren also von dieser Sicherheitsstrategie keineswegs ausgeschlossen. Bei später zuwandernden beziehungsweise jüngeren Arbeitsmigranten und der sogenannten zweiten Generation zeigten sich aber deutlicher die Folgen der ethnischen Unterschichtung, die sich in vielen Betrieben im letzten Jahrzehnt des Booms etabliert hatte. Der Zugang zu Weiterqualifikation und Beruflichkeit blieb für diese Gruppe schwieriger; sie stellte in allen drei Ländern überproportional hohe Anteile an- und ungelernter Arbeiter, und entsprechend häufig lässt sich unter ihnen das Biografiemuster der gewundenen beziehungsweise aufgeschobenen Berufskarriere beobachten. Zu einer systematischen gruppenspezifischen Exklusion aus den deutlich besser bezahlten und sicheren Industriebeschäftigungen ist es jedoch nicht gekommen. Ganz im Gegenteil: Die industrielle Arbeitswelt blieb das Auffangbecken oder, neutraler formuliert, der Ort sozialer Inklusion für die erste und zweite Generation der Arbeitsmigranten in Frankreich und der Bundesrepublik.

Sozialräume der Deindustrialisierung: Krisenregionen, Problemviertel und Eigenheime³¹

Deindustrialisierung veränderte tiefgreifend die Sozialgeografie aller drei Länder. Sie erzeugte sozialräumlichen Umbrüche, die sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene ihre Spuren hinterlassen haben. Sie finden sich in Stadtvierteln, Wohnquartieren und Straßenzügen in der Umgebung beziehungsweise Nachbarschaft von Industriebetrieben. Für viele alte Industrie-regionen begann der Strukturwandel als Strukturbruch: Die Schließung der meisten Industriebetriebe, zumal der größeren, ließ sich nicht durch die Ansiedlung neuer Unternehmen kompensieren, die regionalen Arbeitslosenquoten schossen in die Höhe und verblieben für 10, 15 Jahre oder noch länger auf hohem Niveau. Abwanderung war die Folge.³² Nur wenigen Industriegroßstädten gelang es bis zur Jahrtausendwende, sich als Kultur- und Dienstleistungsmetropolen neu zu erfinden.³³

Alle drei Länder haben bis in die 1970er Jahre hinein in ihren mittleren und großen Städten jene grundlegende Zweiteilung weitergepflegt, die im Zuge der Industrialisierung Arbeiterviertel von bürgerlichen Wohnvierteln getrennt hatte. Auch die im 20. Jahrhundert rasch expandierenden neuen Wohnviertel für die aufstrebenden Mittelschichten waren an den meisten Orten in räumlicher Distanz zu älteren oder neueren Arbeiterwohnquartieren errichtet worden. Der Aufstieg des neuen Leitbildes »sozialer Durchmischung« gehört erst zu den Begleiterscheinungen des Nachkriegsbooms. Zumal die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges schufen die Möglichkeit, den egalitären Leitbildern eines demokratischen Wohlfahrtsstaats auch in entsprechenden sozialräumlichen Arrangements gerecht zu werden. In allen drei Ländern stellten die knapp drei Jahrzehnte zwischen 1950 und 1980 denn auch den Höhepunkt des öffentlich geförderten oder finanzierten sozialen Wohnungsbaus dar. Die baulichen Ergebnisse des sozialen Wohnungsbaus der Nachkriegszeit, Trabantenstädte, Hochhaus-siedlungen und kompakte Mietwohnanlagen in sanierten Wohnvierteln der Industriestädte, haben bis zum Ende der 1970er Jahre die Wohnsituation der städtischen Industriearbeiterschaft deutlich verbessert. In allen drei Ländern hatten sich dabei nicht zuletzt aus Kostengründen die Anhänger der Betonmoderne durchgesetzt und für monotone Gleichförmigkeit jenseits der historischen Altstadtviertel und der repräsentativen Bauten der Innenstädte gesorgt. In den 1970er Jahren waren auf diese Weise die noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Slums weitgehend verschwunden, die Baulücken in den zerbombten Industriezentren geschlossen und zahlreiche neue Städte beziehungsweise Vorstädte errichtet worden.³⁴

Diese späte bauliche Erbschaft der industriellen Expansionsphase war gerade erst zehn, zuweilen sogar nur fünf Jahre alt, als die Deindustrialisierung die gerade erbaute sozialräumliche Ordnung in vielen Industriestädten außer Kraft setzte. Zugespitzt formuliert: Noch rascher als die Gebäude baulich verfielen, verwahrlosten die sozialen Ordnungen in den neu errichteten Sozialwohnungsquartieren.³⁵ Besonders markant ist der Zusammenhang in den großstädtischen Ballungszentren. In Frankreich und Großbritannien lagen Ende der 1990er Jahre die sogenannten Problemviertel sozialpolitischer Interventionsprogramme typischerweise in den Randzonen von Großstädten wie London, Liverpool, Manchester, Paris, Strasbourg oder Lyon. Sie alle hatten dramatische Rückgänge ihrer industriellen Produktion zu verkraften. Vor allem die in Wohntürmen und kompakten Trabantenstädten verdichteten Neubauquartiere der Boomphase überlebten sozial die seit Mitte der 1970er Jahre einsetzende Krise der »sozialen Durchmischung« nur mit Mühe oder gar nicht.

Zeitgleich kam es in allen drei Ländern zu einem Kurswechsel in der öffentlichen Wohnungspolitik. Öffentliche Mittel für den Bau von Sozialwohnungen wurden gekürzt, die öffentliche Hand beschränkte sich weitgehend darauf, den Bestand an bezahlbaren Mietwohnungen »in Stand zu halten«, gleichzeitig wurde der Erwerb von Wohneigentum zum erklärten Leitbild öffentlicher Förderpolitik. So entstanden in allen drei Ländern neue Massenmärkte für den kreditfinanzierten, steuerlich geförderten oder anders öffentlich subventionierten Erwerb von Wohneigentum.³⁶

Denn parallel zum Boom des städtischen Sozialwohnungsbaus hatte sich in allen drei Ländern das Einfamilienhaus als Eigenheim als Leit- und Traumbild fester denn je etabliert, ohne dass jedoch die groben sozialen Unterschiede zwischen Arbeiterschaft, Mittelschichten und Bürgertum aufgehoben worden wären. Besonders die konservativen Parteien und Regierungen förderten durch öffentliche Subventionen, Steuervergünstigungen und Kreditvergünstigungen den Wunsch nach den »eigenen vier Wänden« oder nach dem Eigenheims mit Garten »im Grünen« (so die in allen drei Ländern populäre Wunschvorstellung idealen Wohnens).

Es war diese dreifache Trendumkehrung – Deindustrialisierung, Durchsetzung des Leitbilds Wohneigentum und Erleichterung der Kreditfinanzierung –, die dafür sorgte, dass es ab Mitte der 1970er Jahre vielerorts zu dramatischen Veränderungen in den sozialräumlichen Strukturen der drei Länder kam. Überall sorgte die bald einsetzende Privatisierungswelle für eine rasche Binnendifferenzierung der Wohnblöcke beziehungsweise Sozialbauquartiere. Die ungünstig gelegenen, stigmatisierten und/oder baulich schlechten beziehungsweise unzulänglichen Wohnungen/

Wohnblocks verblieben in den Händen der kommunalen Wohnungsverwaltungen, während die besseren Wohnungen oder lukrativeren Immobilienobjekte in private Hände wechselten. Die Suburbanisierung, die lange vorher begonnen hatte, erhielt weiteren Auftrieb, nicht zuletzt, weil neue Fabriken oder Logistikcenter in verkehrsgünstigen urbanen Randlagen oder direkt auf der grünen Wiese gebaut wurden.

Fazit

Welche übergreifenden Trends lässt eine solche vergleichende Perspektive auf drei westeuropäische Länder erkennen?

Erstens werden die Breitenwirkungen sichtbar, die die demokratische Partizipationswelle der späten 1960er und der 1970er Jahre in den westeuropäischen Industriegesellschaften hinterlassen hat. Erst vor diesem Hintergrund erkennt man die Dramatik hinter der Erosion politischer Partizipation und Repräsentation von Arbeiterinnen und Arbeitern seit Mitte der 1980er Jahre. In der Tat lässt sich von einer langen Vorgeschichte unserer Gegenwart sprechen. Die heutige Repräsentationskrise der liberalen Demokratien hat hier eine ihrer Ursachen.

Zweitens trat mit den politischen Streiks der späten 1970er und der 1980er Jahre noch einmal und bis heute letztmalig der »demokratische Klassenkampf« auf die politische Bühne: Ob militant oder gemäßigt überlebte diese Form des organisierten politischen Konflikts zwischen Kapital und Arbeit nicht den Verlust gesellschaftsintegrierender Zukunftsperspektiven, der mit der Deindustrialisierung für »Arbeiterpolitik« und ihre bisherigen Protagonisten, Linksparteien und Gewerkschaften, verbunden war. Die Industriearbeiterschaft Westeuropas trat von der politischen Bühne ab und ist dort seitdem auch nicht mehr wieder aufgetreten.

Drittens zeigt der Blick auf die arbeits- und sozialrechtlichen Fundamente von Industriearbeit die Bedeutung des Ordnungsmusters »Industriebürgerschaft« als Gegenmodell zu den marktorientierten Programmen postindustrieller Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeschaffung auf. In Großbritannien war es 1997 bereits weitgehend verschwunden und wurde auch nach der Regierungsübernahme durch New Labour nicht wiederbelebt. Dort hat die Sozialbürgerschaft nur in Form eingeschränkter individueller Schutzrechte überlebt. In Frankreich wie in Deutschland hat dieses Modell institutionell und normativ den Abbau arbeitsbezogener Sozialleistungen überlebt, konnte sich aber nur teilweise in den neu geschaffenen Arbeitswelten der privaten Dienstleistungssektoren durchsetzen. Dass heute über eine Revi-

sion der Hartz-IV-Gesetze diskutiert wird, zeigt die Prägekraft dieses politisch-moralischen Ordnungsmusters über den ökonomischen Strukturwandel hinweg.

Viertens springt der Rückzug industrieller Arbeits- und Lebenswelten in »Randzonen« beziehungsweise in die »Peripherie« ins Auge. Dies betrifft sowohl den Auszug der Großindustrien aus den städtischen Zentren als auch die Verlagerung neuer Industrien in kleinstädtisch-ländlich geprägte Räume. Ihm entsprach die Verlagerung von Arbeiterquartieren in großstädtische Randlagen oder direkt in Klein-, Mittelstädte und »Dörfer«. Diese Peripherisierung hat erheblich dazu beigetragen, die kollektive Neuerfindung aller drei Gesellschaften als »Dienstleistungsgesellschaften« voranzutreiben. Deren Zentren wurden nun großstädtische Kernräume, deren kulturelle und ökonomische Aufwertung via Gentrifizierung, urbanistische Imagepflege, architektonische Großprojekte und touristische Attraktionen seit den 1990er Jahren in allen drei Ländern zu beobachten ist. Diese räumliche Verlagerung umfasste zugleich auch eine symbolische Rückstufung, die von den Betroffenen durchaus sensibel als Exklusion registriert worden ist. Ein Teil der *working classes*, der *classes populaires* sah sich erneut an den Rand gedrängt, quasi unsichtbar gemacht.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag fasst Ergebnisse einer vergleichenden Studie zu den Folgen und Begleitscheinungen der Deindustrialisierung in der britischen, französischen und bundesrepublikanischen Gesellschaft zusammen. Vgl. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019.
- 2 Vgl. ebd., S. 35–91.
- 3 Vgl. Peter Dicken, *Global Shift. Reshaping the Global Economic Map in the 21st Century*, London u. a. 2006⁴.
- 4 Vgl. Paul Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt–Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Wiesbaden 2005; Michael Faust/Reinhard Bahnmüller/Christiane Fisecker, *Das kapitalmarktorientierte Unternehmen. Externe Erwartungen, Unternehmenspolitik, Personalwesen und Mitbestimmung*, Berlin 2011; Hartmut Berghoff, *Varieties of Financialization? Evidence from German Industry in the 1990s*, in: *Business History Review* 1/2016, S. 81–108.
- 5 Vgl. Marc Bonaldo, »Alles außer Hochdeutsch«? Die Region Stuttgart im wirtschaftlichen Anpassungsprozess nach dem Boom, in: Morten Reitmayer/Christian Marx (Hrsg.), *Gewinner und Verlierer nach dem Boom. Perspektiven auf die westeuropäische Zeitgeschichte*, Göttingen 2020, S. 83–104.
- 6 Vgl. Stefan Berger (Hrsg.), *Constructing Industrial Pasts. Heritage, Historical Culture and Identity in Regions Undergoing Structural Economic Transformation*, New York–Oxford 2019.
- 7 Vgl. als zeittypische Debatte: Joachim Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft. Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg, Frankfurt/M. 1983*.
- 8 Vgl. Colin Crouch, *Social Change in Western Europe*, Oxford 2004, S. 34 ff.
- 9 Vgl. als exemplarische Langzeitstudie am Beispiel Frankreichs Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000.
- 10 Vgl. Raphael (Anm.1), S. 170–192.
- 11 Vgl. Arne Hordt, Kumpel, Kohle und Krawall. *Miners' Strike und Rheinhausen als Aufruhr in der Montanregion*, Göttingen 2018; Andy McSmith, *No Such Thing as Society*, London 2011, S. 152–170; zu Frankreich Raphael (Anm.1), S. 173–177.
- 12 Vgl. Ferdinand Sutterlüty, *The Hidden Morale of the 2005 French and 2011 English Riots*, in: *Thesis Eleven* 1/2014, S. 38–56; Alain Betho, *Le temps des émeutes*, Paris 2009.
- 13 Vgl. Stéphane Beaud/Michel Pialoux, *Violences urbaines, violence sociale. Genèse des nouvelles classes dangereuses*, Paris 2006.
- 14 Vgl. Edward P. Thompson, *Eighteenth-century English Society: Class Struggle without Class?*, in: *Social History* 3/1978, S. 133–185.
- 15 Walther Müller-Jentsch (Hrsg.), *Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen industrieller Beziehungen*, München–Mering 1991.
- 16 Vgl. Hans Günter Hockerts/Winfried Süß (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich*, München 2010.
- 17 Besonders radikal in Großbritannien mit deutlichen Spuren im Arbeits- und Sozialrecht: Paul L. Davies/Mark R. Freedland, *Labour Legislation and Public Policy. A Contemporary History*, Oxford u. a. 2006.

- 18 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2014⁵.
- 19 Vgl. Raphael (Anm.1), S. 229–243.
- 20 Zum Begriff siehe Alain Supiot, *Wandel der Arbeit und Zukunft des Arbeitsrechts in Europa*, in: Jürgen Kocka/Claus Offé (Hrsg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/M.-New York 2000, S. 293–307; *Union Européenne, Commission Européenne* (Hrsg.), *Au-delà de l'emploi. Transformations du travail et devenir du droit du travail en Europe*, Paris 1999.
- 21 Vgl. Wolfgang Schroeder/Samuel Greef, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen nach dem Boom*, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 245–270, hier S. 269 f.
- 22 Vgl. Dietmar Süß, *Der Sieg der grauen Herren. Flexibilisierung und der Kampf um Zeit in den 1970er und 1980er Jahren*, in: Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Anm. 21), S. 109–128.
- 23 Vgl. Hermann Kocyba, *Wissensbasierte Selbststeuerung: die Wissensgesellschaft als arbeitspolitisches Kontrollszenario*, in: Wilfried Konrad (Hrsg.), *Wissen und Arbeit. Neue Konturen von Wissensarbeit*, Münster 1999, S. 92–119, Zitat S. 95.
- 24 Nina Kleinöder/Stefan Müller/Karsten Uhl (Hrsg.), *»Humanisierung der Arbeit«. Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts*, Bielefeld 2019.
- 25 Vgl. die Fallstudie von Hermann Kotthoff/Josef Reindl, *»Fitneßtraining« – Betriebliche Reorganisation im Saarland, Saarbrücken 1999*.
- 26 Vgl. Kathleen Ann Thelen, *Institutionen und sozialer Wandel: die Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland*, in: Jens Beckert et al. (Hrsg.), *Transformationen des Kapitalismus. Festschrift für Wolfgang Streeck zum sechzigsten Geburtstag*, Frankfurt/M. 2006, S. 399–424; Marius R. Busemeyer, *Wandel trotz Reformstau. Die Politik der beruflichen Bildung seit 1970*, Frankfurt/M. 2009; zusammenfassend Raphael (Anm.1), S. 260–266.
- 27 Vgl. ebd., S. 266–276.
- 28 Ausführlicher Lutz Raphael, *Arbeitsbiografien und Strukturwandel »nach dem Boom«. Lebensläufe und Berufserfahrungen britischer, französischer und westdeutscher Industriearbeiter und -arbeiterinnen von 1970 bis 2000*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1/2017, S. 32–67.
- 29 Vgl. Raphael (Anm.1), S. 297–354.
- 30 Vgl. Karin Hunn, *»Nächstes Jahr kehren wir zurück...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik*, Göttingen 2005; Sarah Vanessa Losego, *Fern von Afrika. Die Geschichte der nordafrikanischen »Gastarbeiter« im französischen Industrie- und Revier von Longwy (1945–1990)*, Köln 2009.
- 31 Vgl. Raphael (Anm.1), S. 419–430, S. 440–457.
- 32 Vgl. Arthur Marwick, *British Society since 1945*, London u. a. 2007⁴, S. 248 f., S. 254, S. 423; Hervé Le Bras/Emmanuel Todd, *Le mystère français*, Paris 2013; zur Lausitz und zum Ruhrgebiet siehe die Beiträge in diesem Band.
- 33 Vgl. die Studien zu Glasgow, Hamburg und Manchester: Jamie Peck/Kevin Ward (Hrsg.), *City of Revolution. Restructuring Manchester*, Manchester u. a. 2006; Tobias Gerstung,

- Stapellauf für ein neues Zeitalter. Die Industriemetropole Glasgow im revolutionären Wandel nach dem Boom (1960–2000), Göttingen 2016; Arndt Neumann, Unternehmen Hamburg. Eine Geschichte der neoliberalen Stadt, Göttingen 2018.
- 34 Vgl. Tilman Harlander/Gerd Kuhn (Hrsg.), Soziale Mischung in der Stadt. Case Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse, Stuttgart 2012; Günther Schulz (Hrsg.), Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen, 1918–1960, Düsseldorf 1993.
- 35 Vgl. Lynsey Henley, *Estates. An Intimate History*, London 2012; Beaud/Pialoux (Anm. 13).
- 36 Vgl. Martin J. Daunton, *A Property-Owning Democracy? Housing in Britain*, London 1987; Guy Groux/Catherine Lévy, *La possession ouvrière. Du taudis à la propriété (XIX^e – XX^e siècle)*, Paris 1993; Pierre Bourdieu, *Der Einzige und sein Eigenheim*, Hamburg 1998; Tilman Harlander/Harald Bodenschatz (Hrsg.), *Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland*, Stuttgart 2001.

Im Hochgeschwindigkeitszug durch den Strukturwandel

Deindustrialisierung in Ostdeutschland

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat sich der ökonomische Strukturwandel in den modernen Industriegesellschaften Europas und Nordamerikas stark intensiviert und an der Schwelle zum 21. Jahrhundert nochmals beschleunigt. Er erstreckt sich nicht nur auf Branchen und Regionen, sondern hat auch Folgen für die Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte¹ der betroffenen Menschen. Deswegen gilt es, die Perspektive von oben mit einer Perspektive von unten zu ergänzen. Denn die individuellen Erfahrungswelten konstruieren Erinnerungsorte,² die ihrerseits nicht nur Wandlungsprozessen unterliegen, sondern auch mitunter langlebig sein können. In der Zeitgeschichtsforschung hat sich in den vergangenen Jahren die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass insbesondere mit dem Ende des Booms Anfang der 1970er Jahre Transformationsprozesse einsetzten, die mit einem forcierten Strukturwandel einhergingen und die bis dahin bekannten Arbeitswelten umkremelten sowie die damit verbundenen kollektiven Gewissheiten infrage stellten.³ Mittlerweile mehren sich jedoch die Stimmen derjenigen, die Kritik an der bisherigen Analyse des Strukturwandels üben und beispielsweise die Tragfähigkeit von nationalen Bezugsgrößen hinterfragen.⁴ Darüber hinaus wird das dem Strukturwandel zugrunde liegende Drei-Sektoren-Modell – mit der Grundannahme einer stetigen Ausweitung des Dienstleistungssektors auf Kosten der Landwirtschaft und der Industrie – kritisch diskutiert und nach Alternativen gesucht, um den wirtschaftlichen Strukturwandel begrifflich neu zu bestimmen und empirisch zu fassen.⁵

Beim Thema Strukturwandel richtete sich der Blick der Forschung bisher in erster Linie auf Westeuropa und Nordamerika.⁶ Dagegen wurden die kommunistisch regierten Staaten Ostmittel- und Osteuropas eher stief-

mütterlich behandelt.⁷ Das betrifft auch die DDR, der sich der folgende Beitrag widmet. Im Folgenden werden *erstens* die strukturellen Defizite der DDR-Wirtschaft untersucht, *zweitens* der mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft verbundene Strukturwandel und die staatlichen Gegenmaßnahmen in den Jahren nach dem Mauerfall 1989 kurz skizziert und *drittens* die kulturellen und mentalen Folgen der sozioökonomischen Umbrüche analysiert. Angesichts des teilweise sehr umfangreichen Forschungsstands und der Breite des Forschungsthemas können nur Schlaglichter auf einzelne Aspekte geworfen und neue Perspektiven eröffnet werden.

Der verschlafene Strukturwandel in der DDR

Am Anfang war der Erdölpreisschock. Der dramatische Anstieg des Weltmarktpreises für Rohöl traf die DDR etwas zeitversetzt erst Ende der 1970er Jahre, als der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine Reform des Preismechanismus beschloss. Die Sowjetunion wälzte nun die gestiegenen Preise nicht nur auf die DDR ab, sondern weigerte sich auch, dem Wunsch Ost-Berlins nach einer Erhöhung der Liefermenge zu folgen. Damit geriet die bis dahin sicher geglaubte Energieversorgung der DDR ins Wanken. Die SED-Führung und die Staatliche Plankommission (SPK), die bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne bis 1976 rund 50 Prozent des Weltmarktpreises für das aus der Sowjetunion importierte Öl veranschlagt hatten, mussten bei ihren Neuberechnungen 1978 bereits von 80 Prozent ausgehen.⁸ Daraufhin fasste die Führung in Ost-Berlin einen Beschluss mit fatalen wirtschaftlichen und ökologischen Folgen: die Rückkehr zur Braunkohle. Auslöser für diese Weichenstellung war jedoch nicht nur die globale Erdölpreiskrise, sondern auch das Außenhandelsbilanzdefizit der DDR, denn Ost-Berlin war dazu übergegangen, sowjetisches Erdöl zu verarbeiten und in den Westen zu exportieren, um an dringend benötigte Devisen zu gelangen.⁹

Die rückwärtsgewandte Energiewende hatte wiederum Folgen für die Technologiepolitik und die Beschäftigtenstruktur des Landes: Die Umrüstung der ostdeutschen Heizkraftwerke von Öl auf Braunkohle verschlang gewaltige Investitionsmittel, die an anderer Stelle fehlten. Der technologische Rückstand, den die DDR gegenüber westlichen Industriestaaten schon Anfang der 1970er Jahre aufwies, vergrößerte sich weiter. Das zeigte sich etwa bei dem ambitionierten Mikroelektronikprogramm, in das die SED-Führung große Hoffnung gesetzt hatte, die sich jedoch nicht erfüllte. Als die DDR 1989 die 256-Kilobit-Chips in kleiner Menge produzierte, lief in Japan schon drei Jahre lang die Massenproduktion von Megabit-Chips.¹⁰

Darüber hinaus wurde mit dem Ausbau der Braunkohle als Energieträger eine Arbeitswelt mit primär industriellen Erwerbsstrukturen alter Prägung konserviert: Die Zahl der Beschäftigten im Bergbau sowie der Energie- und Wasserversorgung stieg zwischen 1970 und 1989 von 291 200 auf 349 600.¹¹

Mit dem ersten Erdölpreisschock 1973, der die westlichen Volkswirtschaften in die tiefste Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stürzte, sah sich die SED in ihren Prognosen zunächst bestätigt. Seit Ende der 1940er Jahre hatte das Politbüro den Zusammenbruch des Kapitalismus herbeizureden versucht. Dieser schien nun unmittelbar bevorzustehen. Noch auf dem IX. Parteitag im Mai 1976 unterstrich Erich Honecker die angebliche Überlegenheit der Planwirtschaft gegenüber der schwächelnden Marktwirtschaft. Insbesondere der rasante Anstieg der Langzeitarbeitslosen schien der SED-Führung Recht zu geben. Doch obwohl sich die Bonner Republik in einer veritablen Wirtschaftskrise (mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Inflationsrate) befand, konnte Ost-Berlin kein Kapital daraus schlagen. Denn die DDR hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mit eigenen Problemen zu kämpfen: Neben dem ostdeutschen Außenhandelsdefizit, der damit verbundenen Außenverschuldung und dem technologischen Rückstand gegenüber dem Westen konnte das Politbüro auch das Problem des chronischen Arbeitskräftemangels nicht lösen. Ostdeutsche Wirtschaftsexperten hatten schon in den 1950er Jahren das Phänomen der betrieblichen Arbeitskräftehortung erkannt, das westliche Ökonomen als »verdeckte Arbeitslosigkeit« bezeichneten. Sie lag nach Schätzungen des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 1990 bei 15 Prozent; unter marktwirtschaftlichen Bedingungen wurde sogar mit einem Verlust von drei Millionen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland gerechnet.¹²

Als weiterer Hemmschuh für die ökonomische Entwicklung erwies sich der 1949 gegründete RGW, der die osteuropäischen Volkswirtschaften vor den Turbulenzen der Weltwirtschaft schützen sollte. Die von der Sowjetunion dominierte Wirtschaftsgemeinschaft war weit davon entfernt, einen Beitrag zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu leisten. Zwar hatte es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zaghafte Ansätze gegeben, die Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder untereinander effizienter zu gestalten. Doch der Versuch, den RGW zu einer »supranationalen Planungsinstanz«¹³ auszubauen, war 1963 letztlich am Veto Rumäniens gescheitert. Obwohl die Kooperation bei der Güterplanung und -herstellung teilweise verbessert werden konnte, kam es weder zu einer Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen noch zu einer nennenswerten Stärkung der Arbeitsteilung und Innovationsfähigkeit, sodass die Integration des RGW auf halbem Wege

stecken blieb. Das war wiederum eine Ursache für das Ungleichgewicht, das die Handelsbilanz der DDR gegenüber den sozialistischen Bruderstaaten (vor allem zur Sowjetunion) aufwies.¹⁴ Da Ost-Berlin zeitgleich in immer größere Abhängigkeit vom Westen geriet, hatte die DDR ab Mitte der 1970er Jahre in zunehmendem Maße Forderungen sowohl westlicher als auch östlicher Gläubiger zu erfüllen.

Trotz Auslandsverschuldung, trotz technologischer Rückständigkeit und trotz Arbeitskräftehortung war die DDR-Wirtschaft 1989 aber nicht pleite. Und die ostdeutsche Arbeitsgesellschaft war über vier Jahrzehnte hinweg keineswegs erstarrt. So ging der Beschäftigtenanteil im primären Sektor auch in der DDR zurück: von 27,9 (1950) auf 11,8 (1970) und 10,0 Prozent (1989).¹⁵ Im sekundären Sektor gab es dagegen nur geringfügige Veränderungen, denn hier stieg zunächst der Beschäftigtenanteil von 43,3 (1950) auf 48,0 Prozent (1970), um dann bis 1989 auf 45,0 Prozent abzufallen. Ende der 1980er Jahre entsprach die Struktur der DDR-Wirtschaft *grosso modo* jener der Bundesrepublik von 1981.¹⁶ Von langfristiger Bedeutung war die Tatsache, dass die DDR im tertiären Sektor einige von westlichen Industriegesellschaften abweichende Merkmale aufwies. Die offiziellen Statistiken Ost-Berlins wiesen zwar einen Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor von 45,0 Prozent (1989) aus. Doch diese Zahl kaschierte die spezifischen Besonderheiten der staatssozialistischen Industriegesellschaft, die beispielsweise mit einem stetig wachsenden Personalbedarf im Staats-, Sicherheits- und Wirtschaftslenkungsapparat zusammenhingen. Dagegen wurden Beschäftigte, die in den volkseigenen Betrieben für Dienstleistungen der betrieblichen Sozialpolitik zuständig waren (etwa Kinderbetreuung und ärztliche Versorgung), dem industriellen Sektor zugeordnet. Da für die SED-Führung die Garantie der Vollbeschäftigung stets oberste Priorität genoss, geriet die Anpassung der DDR-Wirtschaft an den sich weltweit vollziehenden Strukturwandel in der Ära Honecker immer mehr ins Hintertreffen. Das wiederum lastete als schwere Hypothek auf den volkseigenen Betrieben, wie sich nach 1990 zeigte: Nun musste der Preis dafür gezahlt werden, dass sich die Staats- und Parteiführung der DDR in den 1970er und 1980er Jahren geweigert hatte, auf den Veränderungsdruck, der vom globalen Strukturwandel ausging, zu reagieren.

Strukturwandel in Ostdeutschland als Schocktherapie?

Bereits mit dem 9. November 1989 setzte ein tiefgreifender Wirtschafts- umbruch in der DDR ein, denn mit dem Mauerfall verlor die SED ihr

Außenhandels- und Devisenmonopol.¹⁷ Noch vor dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Sommer 1990 gingen ostdeutsche Betriebe dazu über, die Zahl der bis dahin gehorteten Arbeitskräfte abzubauen. Im Juni 1990 registrierte die Zentrale Arbeitsverwaltung der DDR einen sprunghaften Anstieg der Erwerbslosenzahlen auf 142 096.¹⁸ In der ostdeutschen Öffentlichkeit tauchte erstmals ein Phänomen auf, das es in den zurückliegenden 40 Jahren offiziell nicht gegeben hatte: Arbeitslosigkeit. Damit deutete sich auch eine Angleichung der sektoralen Wirtschaftsstrukturen zwischen Ost und West an.¹⁹ Die Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 und der politisch festgelegte Umrechnungskurs bedeuteten für die ostdeutschen Betriebe einen Aufwertungsschock. In der Folge brach die Auslandsnachfrage (vor allem in Osteuropa), aber auch die Binnennachfrage bei ostdeutschen Konsumgütern drastisch ein. Außerdem sank die Industrieproduktion und erreichte im August 1990 nur noch die Hälfte des Vorjahresmonats.²⁰ Die ostdeutsche Wirtschaft schien sich im freien Fall zu befinden: Ein erster Tiefpunkt wurde im Frühjahr 1991 erreicht. Der Einheitseuphorie vom Sommer 1990 folgte die Katerstimmung nur ein halbes Jahr später.

Der wirtschaftliche Niedergang läutete einen Deindustrialisierungsprozess ein, der mit Betriebsschließungen und Massenarbeitslosigkeit einherging. Mit dieser Niedergangsgeschichte ist der Name der Treuhandanstalt eng verbunden, der die Politik rasch zusätzliche Aufgaben zuwies. Sie war keineswegs nur zuständig für die Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Betriebe, sondern auch für deren Sanierung. Außerdem war sie ein wichtiger arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Akteur und musste schließlich einen Beitrag zum notwendigen Strukturwandel in Ostdeutschland leisten. Durch die Privatisierung veränderte sich nicht nur radikal die Eigentumsstruktur in den ostdeutschen Bundesländern, sondern auch die Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur. Die Abschlussbilanz der am 31. Dezember 1994 aufgelösten Treuhandanstalt – deren Arbeit im Übrigen von der bis heute noch existierenden (wenn auch in Auflösung befindlichen) Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) fortgesetzt wird – ist niederschmetternd: Von den rund 12 000 Treuhandunternehmen waren etwa 30 Prozent liquidiert worden, von den ursprünglich vier Millionen Industriebeschäftigten blieb nur etwas mehr als ein Drittel übrig.

Nachdem sich die Konjunktur und das Investitionsklima in Ostdeutschland zum Jahreswechsel 1990/1991 rapide verschlechtert hatten, fiel in Bonn die politische Entscheidung, Großbetriebe, die als sanierungsfähig eingestuft wurden und die über eine regionale Leuchtturmfunktion ver-

fügten, vor einer angestrebten Privatisierung umfassend zu sanieren. So entstand das Konzept der sogenannten industriellen Kerne, das sich vor allem auf die alten Schwergewichte der ostdeutschen Industrie fokussierte. Dieses strukturpolitische Konzept wurde zwar erst 1992 offizieller Bestandteil der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Ostdeutschland,²¹ hatte seinen Ursprung aber in der Rettung des mitteldeutschen Chemiedreiecks im Frühjahr 1991.²² Der damit gespannte Rettungsschirm erfasste in der Folgezeit Großbetriebe der Stahl- und Werftenindustrie²³ sowie der optischen Industrie.²⁴ In diesen Fällen ging der Abbau alter industrieller Anlagen mit dem Neuaufbau hochmoderner Produktionsanlagen einher. Parallel zur Deindustrialisierung kam es also partiell zu einer Reindustrialisierung Ostdeutschlands. Doch der Aufbau neuer Industriestrukturen konnte den massiven Beschäftigungsabbau nicht kompensieren. Das Konzept der industriellen Kerne hatte freilich zur Folge, dass bei den politischen Akteuren der Aufbau mittelständischer Strukturen etwas aus dem Blick geriet. Die Mittelstandspolitik der Treuhandanstalt konzentrierte sich vielmehr auf die Reprivatisierung der 1972 enteigneten DDR-Betriebe, deren Restitution sich aufgrund der ungeklärten Eigentumsfrage oftmals über mehrere Jahre hinzog.²⁵

Die Fokussierung auf den Erhalt industrieller Kerne kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weder auf westdeutscher noch auf ostdeutscher Seite einen Masterplan zur Transformation der Wirtschaft in Ostdeutschland gab. Die Planlosigkeit beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft resultierte aus der enormen Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich bereits nach dem Fall der Berliner Mauer in der noch bestehenden DDR entfaltete und verlässliche Prognosen und tragfähige Konzepte zunichtemachte. Die Halbwertszeit der damals von Wirtschaftsexperten veröffentlichten Empfehlungen erwies sich als äußerst gering. Als sich die Treuhandanstalt Anfang 1991 bereits mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen beschäftigen musste, um eine Antwort auf die sich abzeichnende Massenarbeitslosigkeit zu finden, betrachtete der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium noch immer die rasche Privatisierung als die zentrale Voraussetzung, um die Beschäftigungslage nachhaltig zu verbessern. Die Tätigkeit der Treuhandanstalt dürfe nicht zu einer »großen Subventionsveranstaltung« werden.²⁶ Rüdiger Pohl, Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der Fernuniversität Hagen, warnte wiederum vor falschen Weichenstellungen und riet der Politik, »den Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht unnötig zu verzögern.«²⁷

Der in der Öffentlichkeit, aber auch in der Wissenschaft kursierende Begriff der »Schocktherapie« suggeriert eine zielgerichtete und stringente

Politik – etwa auf Seiten der Bundesregierung und der Treuhandanstalt –, die es in dieser Form nicht gegeben hat.²⁸ Dass 1990 die Stunde der Exekutive – gemeint ist oft: der Bonner Regierung – schlug, ist nur eine Seite der Medaille. Denn diese Zuschreibung verkennt, dass die Bundesregierung selbst von der Dynamik der Ereignisse getrieben wurde. Ordnungs- und marktwirtschaftliche Gewissheiten gerieten dabei auf den Prüfstand. So trafen sich im Frühjahr 1991 Vertreter des CDU-Wirtschaftsflügels unter der Leitung von Matthias Wissmann, um über die »wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern« zu diskutieren. Der eingeladene parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Erich Riedl (CSU), kritisierte die Arbeit der Treuhandanstalt und forderte, die Marktwirtschaft müsse wieder »Oberhand« gewinnen.²⁹ Der Staat habe schon zu viel interveniert und laufe »insofern Gefahr, wie Belgien und Großbritannien mit [seiner] Industriepolitik zu scheitern«. Der Deutschlandchef von McKinsey & Co., Herbert Henzler, zeichnete auf dem Treffen dagegen ein ganz anderes Szenario: Da die »Selbstheilungskräfte des Markts« in Ostdeutschland versagt hätten, sei »in dieser Extremsituation (...) eine staatliche Investitionspolitik« erforderlich.³⁰ Henzler, der sicher auch die Chance auf einen neuen riesigen Markt für die Unternehmensberatung erkannt hatte, forderte ein umfassendes »Beschäftigungskonzept« für die ostdeutsche Wirtschaft. Ein namentlich nicht genannter Teilnehmer zeigte sich danach sichtlich deprimiert und wollte »BMF [Bundesfinanzministerium], BMWi [Bundeswirtschaftsministerium] und Juristen (d.h. McKinsey-Berater) in einem Raum eingeschlossen sehen, bis ein wirkliches Konzept für die Probleme vorliege«.³¹

Soziale, mentale und kulturelle Folgen

Der nach dem Ende der DDR einsetzende und durch die Öffnung zu den Weltmärkten bedingte ökonomische Strukturwandel Ostdeutschlands vollzog sich in nur wenigen Jahren. Nur zum Vergleich: Der Strukturwandel im westdeutschen Ruhrgebiet setzte mit der Talfahrt der Kohle Ende der 1950er Jahre ein und kam erst Ende 2018 zu einem vorläufigen Abschluss. Damit fallen zunächst einmal die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Anpassungsprozesse in Ost und West ins Auge.³² Dabei entwickelte sich der Rückgang der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ganz unterschiedlich, was wiederum ein Resultat des 1990 einsetzenden Strukturwandels in Ostdeutschland war: Der Beschäftigungsgrad in der Land- und Forstwirtschaft lag Ende 1994 nur noch bei 27 Prozent

im Vergleich zur Ausgangslage Ende 1989, im Bergbau- und Energiesektor war er auf 36 Prozent gesunken, in der Metall- und Elektroindustrie sowie im verarbeitenden Gewerbe auf 49 beziehungsweise 55 Prozent. Deutliche Zuwachsraten verzeichneten dagegen die Bereiche Bau (115 Prozent) sowie Banken und Versicherungen (266 Prozent).³³

Die offizielle Arbeitslosenstatistik wies für Ostdeutschland 1991 im Jahresdurchschnitt eine Quote von 10,2 Prozent auf, die deutlich über dem Wert in den sogenannten alten Bundesländern lag (6,2) und in den folgenden Jahren noch weiter ansteigen sollte (1994: 15,7).³⁴ In dem Zusammenhang ist auf mindestens drei Besonderheiten hinzuweisen: *Erstens* lag die Unterbeschäftigung durch Kurzarbeit, Vorruhestand, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulung de facto sehr viel höher. *Zweitens* waren Frauen sehr viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. *Drittens* zeigten sich deutliche regionale Unterschiede, wie etwa in Sachsen: Während im Arbeitsamtsbezirk Dresden die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1991 bei 7,9 Prozent lag, betrug sie im Arbeitsamtsbezirk Oschatz 11,0 Prozent.³⁵ In den ländlich geprägten Regionen Sachsens machte sich zudem der Eindruck breit, den Anschluss an die ohnehin beschwerliche wirtschaftliche Entwicklung beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft verloren zu haben. Die desolate Stimmungslage brachte ein Kirchenvertreter aus Zittau prägnant auf den Punkt: »Christus kam nur bis Eboli – und Biedenkopf nur bis Dresden«. ³⁶ In der öffentlichen Wahrnehmung schienen sich Teile der sächsischen Provinz schon 1991 zu einem deutschen Mezzogiorno zu entwickeln.

Die Erfahrung von Massenarbeitslosigkeit, die viele Ostdeutsche nach 1990 machen mussten, schuf nicht nur neue soziale Ungleichheiten, sondern prägte auch nachhaltig die politischen und mentalen Einstellungen vieler Menschen in den ostdeutschen Bundesländern. Mit den Betriebs-schließungen gingen nicht nur sicher geglaubte Arbeitsplätze verloren. Es verschwand auch die betriebszentrierte sozialistische Arbeitswelt, die für die Bevölkerung bis zum Mauerfall 1989 eine Rundumversorgung von Polikliniken, Kitas und Ferienheimen bis hin zu Feierabendheimen und Kulturhäusern bereitgehalten hatte. Deshalb war die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft für viele Betroffene mit mehreren Verlust-erfahrungen verbunden. Damit veränderten sich einerseits die Arbeitswel-ten³⁷ und die daran gebundenen tradierten Familien- und Frauenbilder. Andererseits zeigte sich bereits Anfang der 1990er Jahre, dass die sozialistische Arbeitswelt die Erwartungshaltungen großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung langfristig geprägt hatte. So wurde das in der DDR-Verfas-sung garantierte Recht auf Arbeit auch von Bürgerrechtlern aufgegriffen

und gelangte in die Sozialcharta des Runden Tisches Anfang 1990. Allem Anschein nach favorisierten viele Ostdeutsche einen starken, das heißt fürsorgenden Staat, der die Ausgestaltung der sozialen Lebenswirklichkeit eben nicht den Tarifparteien oder den Marktkräften überlässt. Die wirtschaftliche Talfahrt in den ostdeutschen Bundesländern und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in den 1990er Jahren haben diese Grundhaltung noch einmal verfestigt.

Das rasante Tempo, mit dem sich der Strukturwandel in Ostdeutschland 1990 vollzog, ließ vermutlich auch kaum Spielräume für eine stringente, kommunikative Krisenbewältigungsstrategie. Falls es jemals eine solche gegeben haben sollte, so schien sie mit dem Fall des Kalibergbaus in Bischofferode und dem dortigen Hungerstreik der Kalikumpel 1993 endgültig gescheitert zu sein.³⁸ Bischofferode stellt bis heute nicht nur einen hochgradig kontaminierten Erinnerungsort des ostdeutschen Strukturwandels dar, sondern zeigt auch die selektive Perzeption sozioökonomischer Prozesse in der Medienöffentlichkeit. Andere Treuhandbetriebe erhielten sehr viel weniger Aufmerksamkeit und geraten erst in jüngster Zeit wieder in den Fokus des öffentlichen Interesses.³⁹

Obwohl auch der Strukturwandel im Ruhrgebiet mit großen sozialen Konflikten verbunden war, hatte sich hier doch eine entsprechende Kommunikationsstrategie über einen längeren Zeitraum entwickeln können, die für viele glaubhaft und authentisch wirkte: Als am 21. Dezember 2018 offiziell die letzte Zeche im Ruhrgebiet (Zeche Prosper-Haniel in Bottrop) geschlossen wurde, waren unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) anwesend. In seiner Ansprache erklärte Laschet nicht nur, dass das Bundesland dem »schwarzen Gold« viel zu verdanken habe, er betonte auch, dass das Zeitalter der Kohle eine »Erfolgsgeschichte« gewesen sei.⁴⁰ Am Vorabend hatte noch ein ökumenischer Gottesdienst im Essener Dom stattgefunden. Die dabei ausgestrahlten Bilder, die eine kulturell eingeübte Praxis des Abschiednehmens von einer Industriebranche dokumentierten, sucht man in Ostdeutschland nach 1990 vergebens. Dies könnte ein Beleg dafür sein, dass wir es im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in Ostdeutschland auch mit einem Verlust kultureller Identität zu tun haben.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Reinhard Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: Ulrich Engelhardt/Volker Sellin/Horst Stuke (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 13–33.
- 2 Vgl. grundsätzlich dazu: Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt/M. 1998.
- 3 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; dies., Nach dem Boom. Neue Einsichten und Erklärungsversuche, in: dies./Thomas Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016, S. 9–34.
- 4 Vgl. Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4/2011, S. 479–508, hier S. 484f.
- 5 Vgl. André Steiner, Abschied von der Industrie? Wirtschaftlicher Strukturwandel in West- und Ostdeutschland seit den 1960er Jahren, in: Werner Plumpe/André Steiner (Hrsg.), Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960–1990, Göttingen 2016, S. 15–54, hier S. 20; Jan-Otmar Hesse, Ökonomischer Strukturwandel. Zur Wiederbelebung einer wirtschaftshistorischen Leitsemantik, in: Geschichte und Gesellschaft 1/2013, S. 86–115, hier S. 93–107.
- 6 Einschlägig: Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.
- 7 Vgl. zur DDR: André Steiner, Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 29–48; ders. (Anm. 5). Vgl. zu den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen in Ostmitteleuropa nach 1989/90: Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas, Berlin 2016.
- 8 Vgl. André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007, S. 192.
- 9 Vgl. Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes, »Faktor Öl«. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 341.
- 10 Vgl. Kristie Macrakis, Das Ringen um wissenschaftlich-technischen Höchststand: Spionage und Technologietransfer in der DDR, in: Dieter Hoffmann/dies. (Hrsg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 59–88, hier S. 84.
- 11 Siehe André Steiner/Matthias Judt/Thomas Reichel, Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 (Band SBZ/DDR), hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2006, S. 145 (Tabelle 3.1.1.2.).
- 12 Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2006, S. 426, Anm. 27.
- 13 Ralf Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln-Weimar-Wien 2000, S. 12.

- 14 Ebd., S. 270.
- 15 Zu den folgenden Prozentangaben: Steiner (Anm. 7), S. 32 (Tabelle 2).
- 16 Ralf Ahrens/André Steiner, Wirtschaftskrisen, Strukturwandel und internationale Verflechtung, in: Frank Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Bonn 2015, S. 79–115, hier S. 92.
- 17 Bundesarchiv Berlin, B 102/714614, Teil 1, Bl. 15–53, hier Bl. 19f., Deutsche Bundesbank, Positionspapier »Ansätze für eine Wirtschaftsreform in der DDR und begleitende Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik« (Vertraulich), [28.11.1989]. Auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft diagnostizierte früh eine »latente Wirtschaftskrise« in der DDR aufgrund der Maueröffnung. Archiv Grünes Gedächtnis, B.II.1, Bd. 1722, Vorläufiger Entwurf eines Kurzgutachtens vom 18.11.1989, S. 1.
- 18 Arbeitslosigkeit weiter gesunken, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.7.1990.
- 19 Steiner (Anm. 5), S. 47.
- 20 Ders., Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 441–455, hier S. 453.
- 21 Vgl. dazu Gerhard Heimpold, Was wurde aus den industriellen Kernen der ehemaligen DDR?, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), *Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt*, Berlin 2020, S. 161–173.
- 22 Dazu ist im Rahmen des Treuhandprojekts am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin eine Branchenstudie von Rainer Karlsch in Vorbereitung.
- 23 Dazu sind im Rahmen des Treuhandprojekts am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin Branchenstudien von Wolf-Rüdiger Knoll und Eva Lütkemeyer in Vorbereitung.
- 24 Vgl. zum Sonderfall der Carl-Zeiss-Stiftung: Louis Pahlow/André Steiner, *Die Carl-Zeiss-Stiftung in Wiedervereinigung und Globalisierung 1989 bis 2004*, Göttingen 2017.
- 25 Vgl. Max Trecker, Die Wiedervereinigung als »Stunde Null« des ostdeutschen Mittelstands?, in: Hoffmann (Anm. 21), S. 84–95.
- 26 Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags (PA), Bestand 3107, Finanzausschuss, 12. Wahlperiode, Drucksache 15, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 16.2.1991, S. 7.
- 27 Die Politik sollte den Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht unnötig verzögern, in: *Handelsblatt*, 25.1.1991.
- 28 So aber Ther (Anm. 7), S. 94. In jüngster Zeit wurde sogar die Behauptung aufgestellt, eine Denkschrift von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard von 1953 habe als »Blaupause für das (...) Modell einer marktwirtschaftlichen »Schocktherapie« gedient. Marcus Böick, *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994*, Bonn 2018, S. 726. Diese These findet sich auch bei: Thomas Großbölting, *Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90*, Bonn 2020, S. 408.
- 29 Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 6/206, Bü 157, Vermerk der Landesvertretung Baden-Württemberg (Beobachter für Wirtschaft Lindenmeyer) über die Sitzung der CDU-AG Wirtschaft betr. Treuhand und östliche Bundesländer am 13.3.1991 (Vertraulich!), S. 2.
- 30 Ebd., S. 4.
- 31 Ebd., S. 5.

- 32 Aufgrund der Geschwindigkeit des Strukturwandels bietet sich eher ein Vergleich mit Nordengland an, den Lutz Raphael mit guten Gründen vorschlägt. Vgl. Raphael (Anm. 6), S. 327f., S. 425.
- 33 Zu den Zahlen: Günther Schmid/Frank Oschmiansky, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 11: Bundesrepublik Deutschland 1989–1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung, Baden-Baden 2007, S. 435–489, hier S. 451.
- 34 Dietmar Hobler/Svenja Pfahl/Lisa Schubert, Arbeitslosenquoten 1991–2019 (= WSI-Genderdatenportal 2020), S. 5 https://www.wsi.de/data/wsi_gdp_2020-09-14_EA-Arbeitslosigkeit-01.pdf (letzter Zugriff: 6.1.2021).
- 35 Landesarbeitsamt Sachsen, Jahreszahlen 1991 (= Statistische Mitteilungen), S. 20.
- 36 Christus kam bis Eboli – und Biedenkopf nur bis Dresden, in: Frankfurter Rundschau, 7.5.1991.
- 37 Vgl. Wolfgang Engler, Von der arbeiterlichen Gesellschaft zur Marktwirtschaft. Der Umbruch der Arbeitswelt im Osten, in: Martin Sabrow/Alexander Koch (Hrsg.), Experiment Einheit. Zeithistorische Essays, Göttingen 2015, S. 75–93.
- 38 Vgl. dazu Böick (Anm. 28), S. 459–462.
- 39 Vgl. etwa das umfangreiche Datenprojekt des MDR, das jedoch nicht alle Treuhandbetriebe erfasst: www.treuhand-mythos.de.
- 40 Ende einer Ära: Schlussakt für den Steinkohlebergbau in Deutschland, 21.12.2018, www.zeit.de/news/2018-12/21/schlussakt-fuer-den-steinkohlebergbau-in-deutschland-181220-99-304792.

Dekarbonisierung der Energieversorgung

Der deutsche Kohleausstieg im europäischen Kontext

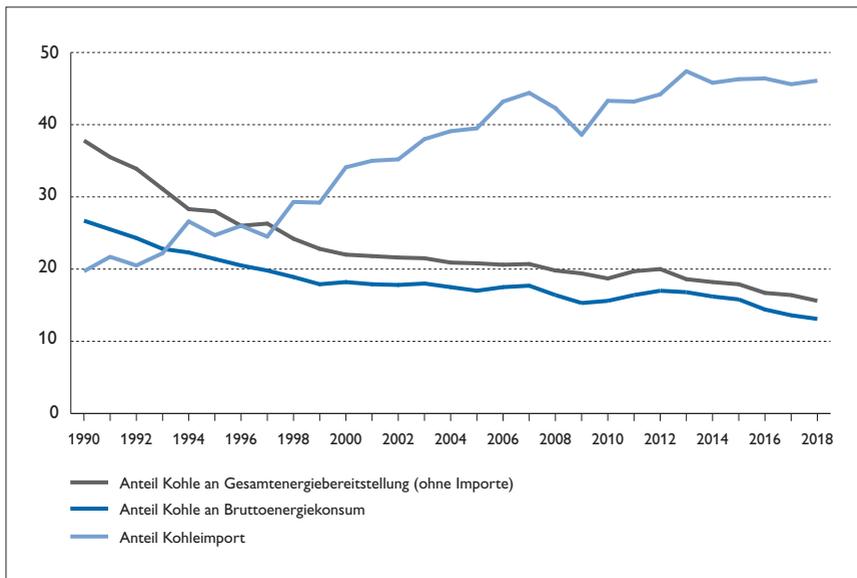
Um die verschärften energie- und klimapolitischen Ziele der Europäischen Union¹ – eine 55-prozentige Reduktion des Treibhausgasausstoßes bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 und Klimaneutralität bis 2050 – zu erreichen, ist eine weitgehende Dekarbonisierung der Energieversorgung unabdingbar. Ein Schlüsselement ist der Ausstieg aus der Förderung und Nutzung von Kohle. In diesem Beitrag ordnen wir den deutschen Kohleausstieg in den europäischen Kontext ein.

Wenn von Kohle die Rede ist, muss zwischen Braun- und Steinkohle unterschieden werden. Große Braunkohlevorkommen finden sich unter anderem in Mitteleuropa, wobei Deutschland 2018 weltweit das größte Förderland war, knapp gefolgt von China und der Türkei. Hinter Deutschland sind innerhalb der Europäischen Union Polen und die Tschechische Republik die wichtigsten Förderländer und gleichzeitig Nutzer der Braunkohle. Braunkohle wird aufgrund ihres geringen Heizwertes und des hohen Wasseranteils kaum über größere Distanzen transportiert, sondern in Kraftwerken in unmittelbarer Nähe der Förderanlagen verbrannt. Dabei wirken sich die relativ geringen Förderkosten der im Tagebau zu gewinnenden Braunkohle positiv auf deren Wirtschaftlichkeit aus.² Diese räumliche Konzentration hat etwa in der Lausitz oder im tschechischen Nordböhmen dazu geführt, dass typische Kohleregionen entstanden sind. Von allen gängigen fossilen Energieträgern verfügt die Braunkohle über die schlechteste Treibhausgasbilanz.

Steinkohle, der erdgeschichtlich ältere Rohstoff, verfügt über einen deutlich höheren Heizwert und eine etwas günstigere Treibhausgasbilanz. Die globalen Steinkohlereserven sind mehr als doppelt so groß wie die Braunkohlereserven. Aufgrund ihrer physikalischen Eigenschaften existiert ein globaler Handelsmarkt für Steinkohle; über die Hälfte der heute in der

EU verbrauchten Steinkohle stammt aus Importen.³ Steinkohle wird als Kesselkohle in der Stromerzeugung und als Kokskohle in der Eisen- und Stahlproduktion eingesetzt. In Deutschland wurde die aufgrund der immer schwieriger auszubeutenden Lagerstätten hoch subventionierte Steinkohleförderung 2018 beendet. Bei der in Energiewirtschaft und Industrie eingesetzten Steinkohle handelt es sich nun ausschließlich um Importe, insbesondere aus Kolumbien, Südafrika und Russland. Innerhalb der Europäischen Union ist Polen inzwischen das einzige Land mit einer bedeutenden Steinkohleförderung, alle anderen klassischen Steinkohleländer wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien oder die Tschechische Republik haben die Steinkohleförderung eingestellt oder deutlich reduziert. Mit dieser Reduktion der Förderung geht allerdings kein proportionaler Rückgang des Verbrauchs einher. Während der Anteil der Kohle (Stein- und Braunkohle) an der inländischen Primärenergiebereitstellung⁴ innerhalb der Europäischen Union⁵ von 1990 bis 2018 um 70 Prozent gesunken ist, sank der Anteil der Kohle am Bruttoenergieverbrauch⁶ lediglich um 50 Prozent. Dies zeigt, dass der Rückgang der Fördermengen zumindest zum Teil durch Importe substituiert wurde (*Abbildung*).

Abb.: Kohleförderung und -konsum in der Europäischen Union



Quelle: Eurostat, Energy Data 2020, Luxemburg 2020.

Abschied von der Kohle im Vergleich

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union unterscheiden sich deutlich hinsichtlich der Rolle der Kohle in ihrem Energiemix. Zum *coal heartland*,⁷ wo die Kohleförderung und die Verbrennung von Kohle zur Stromerzeugung eine nach wie vor wichtige Rolle spielen, zählen Polen (mit 47 Millionen Tonnen Öläquivalente, Mtoe,⁸ der größte Produzent), Deutschland (mit 69 Mtoe der größte Verbraucher), die Tschechische Republik, Bulgarien, Griechenland und Slowenien, in geringerem Maß auch Ungarn und Rumänien. Ehemalige Kohleförderländer, in denen die Kohleförderung deutlich zurückgegangen ist oder sogar beendet wurde, sind das Vereinigte Königreich, Spanien, die Slowakei, Belgien und Frankreich. Einen deutlichen Rückgang des Kohlekonsums verzeichnen auch die reinen Kohlekonsumenten, also Länder, die Kohle nahezu ausschließlich importieren. Zu dieser Ländergruppe zählen unter anderem Österreich, Italien, Dänemark und die Niederlande. Schließlich ist noch eine Gruppe insbesondere kleinerer Länder zu unterscheiden, die weder Kohle fördern, noch einen signifikanten Anteil Kohle im Energiemix verzeichnen. Dazu zählen Litauen, Lettland, Zypern oder Luxemburg. Eine Sonderrolle nimmt Estland ein, das etwa 75 Prozent seines Bruttoenergiekonsums durch die Verbrennung von Ölschiefer bestreitet. Ölschiefer zählt wie Kohle zu den fossilen Festbrennstoffen, besitzt aber eine noch schlechtere CO₂-Bilanz. Daher gilt die estnische Wirtschaft als kohlendioxidintensivste in der Europäischen Union.

Tab.: Kohleausstieg in der EU

Kohleausstieg	Länder
Vollzogen	Belgien (2016), Österreich (2020), Schweden (2020)
Politisch beschlossen*	Dänemark (2028, 2023 möglich), Deutschland (2038, 2035 möglich), Finnland (2029, 2025 möglich), Frankreich (2022), Griechenland (2028, 2023 möglich), Irland (2025), Italien (2025), Niederlande (2029), Portugal (2023, 2021 möglich), Slowakei (2030, 2023 möglich), Ungarn (2030), Vereinigtes Königreich (2024)
In der Diskussion	Polen (2049 möglich), Spanien, Tschechische Republik (2038 möglich)
Kein Beschluss	Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Slowenien
Keine Kohle im Energiemix	Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Zypern, Estland (aber Ölschieferverbrennung)

* die erste Jahreszahl bezeichnet das politisch festgelegte Ausstiegsdatum, die zweite einen möglichen früheren Termin

Für einen Abschied von der Kohle bestehen innerhalb der EU sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Beim Kohleausstieg können fünf Gruppen von Ländern unterschieden werden: mit vollzogenem Kohleausstieg, mit beschlossenem Kohleausstieg, mit Diskussion um Kohleausstieg, ohne Ausstiegsbeschluss, ohne relevanten Anteil der Kohle im Energiemix. Die *Tabelle* bietet einen Überblick, sie bezieht sich auf Daten der Initiative »Europe Beyond Coal«.⁹

Der Überblick zeigt, dass der Abschied von der Kohle in den meisten EU-Staaten bereits Realität ist oder in naher Zukunft bevorsteht. Die Wege zu einem Kohleausstieg sind allerdings sehr unterschiedlich. Um sie zu analysieren, wird zunächst der deutsche Kohleausstieg dargestellt. Daran schließt sich ein Vergleich mit ausgewählten Ausstiegsvarianten an, wobei die dort eingesetzten politischen Instrumente des Ausstiegs sowie der jeweilige Kontext der Energieversorgung berücksichtigt werden. Auch wird ein Blick auf das Nachbarland Polen und die dortige Diskussion um die Kohle geworfen. Diese ist insofern interessant, da in Polen Kohle die größte wirtschaftliche Bedeutung unter allen EU-Mitgliedern besitzt und, Stand April 2021, dort das einzige neue Kohlekraftwerksprojekt innerhalb der EU in Planung ist.

Kohleausstieg in Deutschland

Der deutsche Kohleausstieg wurde ordnungsrechtlich per Gesetz festgelegt. Das Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) und das damit verbundene Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen traten am 14. August 2020 in Kraft. Der Gesetzgebung vorausgegangen war der Bericht der sogenannten Kohlekommission, in dem die Grundlinien des späteren Gesetzes ausgearbeitet wurden.¹⁰ Gemäß der Ankündigung im Koalitionsvertrag nahm die Kommission 2018 ihre Arbeit auf. Ihre Aufgabe bestand darin, einen Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung sowie begleitende struktur- und wachstumspolitische Maßnahmen vorzuschlagen. Der Kommission gehörten 28 stimmberechtigte Mitglieder an, die ein breites Spektrum gesellschaftlicher Interessen sowie die von einem Kohleausstieg besonders betroffenen Regionen (Lausitz, Rheinisches Braunkohlerevier, Mitteldeutsches Braunkohlerevier) repräsentieren sollten.¹¹ Nach kontroversen Diskussionen wurde am 26. Januar 2019 der Abschlussbericht vorgelegt, dem 27 der 28 Kommissionsmitglieder zugestimmt hatten. Die Vorschläge der Kommission wurden in der Gesetzgebung weitgehend, jedoch nicht

vollumfänglich umgesetzt. Insbesondere die Inbetriebsetzung des bereits genehmigten neuen Steinkohlekraftwerks Datteln 4 durch den Energiekonzern Uniper, gegen die sich die Kommission ausgesprochen hatte, entfachte eine Kontroverse.¹² Eine weitere öffentliche Debatte betrifft den Ausstiegspfad. Während sich die Kommission für einen linearen Ausstiegspfad aussprach, der zu einem geringeren Brennstoffeinsatz geführt hätte, sieht das Gesetz für Braunkohlekraftwerke ein Stufenmodell mit endgültigen Abschaltzeitpunkten, an denen eine größere Zahl von Kraftwerken gleichzeitig außer Betrieb geht, vor.

Angeschoben wurde der Kohleausstieg durch eine sich seit 2010 intensivierende Debatte über die stockende Reduktion des CO₂-Ausstoßes. In Stakeholder- und Medienanalysen wurde zum einen eine langsame diskursive Destabilisierung des fossilen Energieregimes festgestellt.¹³ Eine Analyse von Kohle-Narrativen in den Printmedien verweist zum anderen auf ein mehrheitlich negatives Framing von Kohle. Sie wird in den beiden als dominant identifizierten Narrativen »ökologische Nachhaltigkeit« und »technischer Wandel« entweder als schmutzigste Form der Stromerzeugung oder als Technologie der Vergangenheit gedeutet.¹⁴ Der zunehmend kritische Blick auf die Kohle kann sicherlich erklären, warum der Kohleausstieg in Deutschland trotz der hohen Bedeutung des Brennstoffes im Energiemix auf eine breite Akzeptanz stößt.

Das Kohleausstiegsgesetz regelt den Ausstieg aus der Braun- und Steinkohle.¹⁵ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Steinkohleförderung in Deutschland bereits 2018 beendet wurde, weshalb die erwarteten Effekte des Braunkohleausstiegs auf Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur der betroffenen Regionen stärker sind. Die Kohlekommission geht in ihrem Abschlussbericht von etwa 20 000 unmittelbar in der Braunkohlewirtschaft Beschäftigten aus, weitere 60 000 Arbeitsplätze seien zudem direkt von der Braunkohle abhängig.¹⁶ Die wichtigste gesetzliche Festlegung betrifft den Ausstiegspfad:

- Die im Jahr 2019 in Betrieb befindliche Kraftwerks-Nettonennleistung von 22,8 Gigawatt (GW) Steinkohle und 21,1 GW Braunkohle soll bis Ende 2022 auf jeweils 15 GW reduziert werden.
- Bis 2030 erfolgt eine Reduktion auf höchstens 8 GW Stein- und 9 GW Braunkohle.
- Spätestens 2038 soll der Ausstieg vollendet werden, wobei im Rahmen verbindlicher Überprüfungen in den Jahren 2026, 2029 und 2032 als früheres Enddatum 2035 festgelegt werden kann.

Weitere wichtige Aspekte des Kohleausstiegsgesetzes sind die Festlegung von Entschädigungszahlungen an Kraftwerksbetreiber und die Möglich-

keit, Zertifikate im Europäischen Emissionshandelssystem (ETS) durch die Bundesregierung zu löschen. Damit soll vermieden werden, dass die durch den Kohleausstieg freiwerdenden CO₂-Zertifikate zu einem Verfall des Preises führen und einfach anderswo in Europa eingesetzt werden («Wasserbetteffekt»). Damit reagierte die gesetzliche Implementierung des Kohleausstiegs auf einen der wichtigsten Kritikpunkte, nämlich dass die Klimawirkung des ordnungsrechtlichen Kohleausstiegs durch diesen Effekt neutralisiert würde.¹⁷ Entschädigungszahlungen werden unterschiedlich gehandhabt. Für Steinkohlekraftwerke sowie Braunkohle-Kleinanlagen (unter 150 Megawatt Nennleistung) werden Stilllegungsprämien ausgeschrieben und versteigert. Die erste Versteigerungsrunde erfolgte im Herbst 2020, für 4,8 GW stillgelegte Kraftwerkskapazität zahlt der Bund 317 Millionen Euro an Stilllegungsprämien.¹⁸ Die Betreiber von Braunkohlekraftwerken werden hingegen nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel entschädigt, wobei sich das Volumen auf 4,35 Milliarden Euro beläuft.

Strukturpolitische Konsequenzen des Kohleausstiegs werden im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen adressiert, wobei das Maßnahmenpaket ein Volumen von 40 Milliarden Euro umfasst. Zur Unterstützung des Strukturwandels erhalten die vom Kohleausstieg aus der Kohleverstromung betroffenen Braunkohleregionen bis 2038 Finanzhilfen von bis zu 14 Milliarden Euro. Hinzu kommen Direktinvestitionen des Bundes in diesen Regionen von bis zu 26 Milliarden Euro, die vor allem in die Forschungsförderung, die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur fließen sollen.¹⁹

Der deutsche Kohleausstieg ist grundlegend ordnungsrechtlich konzipiert und setzt feste Zeitpunkte, um die Kraftwerkskapazität zu reduzieren. Auf die Wirkung von Anreizen, also ein Ansteigen der Zertifikatspreise im ETS oder, um der damit verbundenen Unsicherheit entgegenzutreten, die Einführung von Mindestpreisen, wurde nicht vertraut. Dass ein solches Instrument durchaus erfolgreich angewendet werden kann, zeigt das Vereinigte Königreich. Auch wurde in Deutschland nicht versucht, den Ausstieg indirekt über verschärfte Grenzwerte für Schadstoffemissionen zu erreichen, ein Instrument, das zum Teil in Frankreich Anwendung findet. Dass das mit hohen Kosten verbundene Ausstiegsmodell trotz der möglichen Inkonsistenzen mit dem ETS gewählt wurde, hat drei Gründe: *erstens* die vergleichsweise hohe Rechtssicherheit,²⁰ *zweitens* die Möglichkeiten den Strukturwandel mit aktiver distributiver Politik zu begleiten und *drittens* die hohe Akzeptanz des ordnungsrechtlichen Modells bei den Betroffenen, die dadurch Planungssicherheit erhalten.

Kohleausstieg bei den europäischen Nachbarn

Im europäischen Vergleich stellt das deutsche Modell des Kohleausstiegs insbesondere aufgrund der hohen fiskalischen Aufwendungen eine Ausnahme dar. Andere Länder setzten stärker auf negative Anreize, indirekte Besteuerung oder auch freiwillige Vereinbarungen mit den Kraftwerksbetreibern.

Das Vereinigte Königreich gilt als Vorreiter beim Kohleausstieg. Die Regierung hat angekündigt, bis 2024 endgültig aus der Kohleverstromung auszustiegen. Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung ist in Großbritannien seit 1990 rückläufig. Zurückzuführen ist der Niedergang der Kohle ursprünglich auf den Konflikt zwischen der konservativen Regierung und der Bergarbeitergewerkschaft in den 1980er Jahren. Dieser politische Konflikt hatte keine ökologische Dimension, führte aber zu einer drastischen Reduktion der britischen Kohleförderung und zu einer Umstellung auf das durch die Regierung geförderte Erdgas. Im britischen Kraftwerkspark entstand zudem ein Modernisierungstau, alte Anlagen wurden wegen Überschreitung von Schadstoffgrenzen oder fehlender CCS-Technologie schrittweise abgeschaltet. CCS steht für Carbon Capture and Storage, ein Verfahren zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in die Atmosphäre durch technische Abspaltung und zumeist unterirdische Einlagerung von CO₂, das seit 2009 in britischen Kohlekraftwerken vorgeschrieben ist. 2013 wurde der Carbon Floor Price (CFP) eingeführt, der als Aufschlag auf den Zertifikatspreis im ETS entrichtet wird und derzeit 30 Pfund pro Tonne CO₂ beträgt. Die Betriebskosten besonders CO₂-intensiver Anlagen werden dadurch dauerhaft erhöht.²¹ Der Anteil der Kohle am Bruttoenergiekonsum hatte sich in den 2000er Jahren bei etwa 15 Prozent eingependelt. Durch die erschwerten Betriebsgenehmigungen und den CFP trat seitdem ein neuerlicher Abwärtstrend auf 4,2 Prozent 2018 ein, der auch mit einem Rückgang der Treibhausgasemissionen einherging. Die britische Stromversorgung wird durch Gas und Kernkraft dominiert, wobei auch die bis dahin unter ihren Möglichkeiten bleibenden erneuerbaren Energien von der Einführung des CFP profitiert haben.

In Belgien und Österreich liegt dem inzwischen erfolgten Ausstieg aus der Kohle keine gesetzliche Regelung oder politische Entscheidung zugrunde. In Belgien erfolgte die Schließung des letzten Kohlekraftwerks im März 2016 aufgrund von EU-Bestimmungen zum Schadstoffausstoß.²² Mit der sukzessiven Stilllegung der heimischen Kohleförderung seit den 1960er Jahren blieb auch eine Modernisierung der belgischen Kohlekraftwerke aus, sodass diese sowohl unrentabler wurden, als auch nicht mehr den Ansprüchen an Schadstoffgrenzwerte genügten. In den 1990er Jah-

ren trug Kohle noch zu einem erheblichen Teil zur belgischen Stromproduktion bei und erreichte 1994 mit einem Anteil von 27 Prozent ihren historisch höchsten Wert. Ersetzt wurde die Kohle vor allem durch Gaskraftwerke sowie in den vergangenen Jahren durch erneuerbare Energien, auch importierten Wind- und Solarstrom.²³ Den größten Anteil an der belgischen Stromerzeugung hat mit 45 Prozent allerdings nach wie vor die Kernkraft, obwohl Belgiens Kraftwerkspark stark gealtert ist. Ursprünglich sollten die ersten zwei der sieben in Betrieb befindlichen AKW-Blöcke bereits 2015 vom Netz gehen. Aufgrund fehlender Alternativen, unter anderem bedingt durch den schleppenden Ausbau erneuerbarer Energien, wurde die Laufzeit der Kernkraftwerke jedoch bis 2025 verlängert.

Der österreichische Kohleausstieg beruht dagegen auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Kraftwerksbetreiber. Ursprünglich wurde 2022 als Ausstiegsdatum angepeilt, von den Betreibern allerdings auf 2020 vorgezogen. Damit ist Österreich nach Belgien das zweite ehemalige Kohleland, das komplett aus der Kohle ausgestiegen ist. Allerdings spielte Kohle im österreichischen Energiemix immer schon eine untergeordnete Rolle, weshalb der Ausstieg relativ einfach zu bewerkstelligen war. Nach Angaben der Regulierungsbehörde E-Control ist der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung zwischen 2007 und 2017 von 6,5 auf 2,4 Prozent gefallen. In diesem Zeitraum wurde die Wasserkraft als wichtigste Quelle der Stromerzeugung weiter ausgebaut (von 52 auf 71 Prozent), sodass Österreich den Kohleausstieg ohne Kernkraftnutzung bewältigen kann.²⁴ Substituiert wird die Kohleverstromung zudem durch einen Ausbau von Wind- und Solaranlagen, Biomasse und Gaskraftwerke.

In Frankreich wird der endgültige Kohleausstieg bis 2022 durch die Kombination eines gesetzlich festgelegten Enddatums und scharfer CO₂-Emissionsgrenzwerte angestrebt. Bereits die frühere französische Regierung hat sich zu einem Kohleausstieg bis 2023 verpflichtet, allerdings keine dezidierten Maßnahmen zur Zielerreichung ergriffen. Präsident Macron hat diese Verpflichtung in einer Rede beim UN-Klimagipfel 2017 auf das Ausstiegsjahr 2022 korrigiert. Das Ende der Kohleverstromung wurde im Bergbaugesetz festgelegt, die Umsetzung erfolgte 2019 durch das Energie- und Klimagesetz. Es sieht eine Obergrenze für CO₂-Emissionen vor, die am 1. Januar 2022 in Kraft tritt und nach dem gegenwärtigen Stand der Technik die Kohlekraftwerke aus dem Markt drängen wird. Der französische Strommix wird allerdings noch stärker als in Belgien durch Kernkraftwerke abgedeckt, die etwa 70 Prozent zur Stromerzeugung beitragen. Die Regierung plant zwar mittelfristig eine Reduktion zugunsten erneuerbarer Energien auf etwa 50 Prozent, allerdings

werden Kernkraftwerke auf absehbare Zeit zentraler Baustein der französischen Energieversorgung bleiben.²⁵

Neben den westeuropäischen Beispielen gehört mit der Slowakei nun auch ein mittelosteuropäisches Land zu den Pionieren des Kohleausstiegs, was angesichts der immer noch bestehenden Relevanz des Energieträgers – der Bruttoenergiekonsum wurde 2018 zu fast 20 Prozent aus Kohle bestritten – bemerkenswert ist. Darüber hinaus erklärte die slowakische Regierung noch 2005 vor dem Hintergrund der Gaskrisen der 2000er Jahre, dass die heimische Braunkohleförderung notwendig sei, um die nationale Energiesicherheit zu gewährleisten. Sowohl die umweltschädlichen Tagebaue als auch das veraltete Großkraftwerk des Betreibers ENO sahen sich allerdings zunehmender Kritik ausgesetzt. Einige Blöcke des Kraftwerks sind zudem nur noch aufgrund einer Ausnahmeregelung von europäischen Immissionsschutzbestimmungen in Betrieb. Ein Weiterbetrieb würde erhebliche Investitionskosten für die öffentliche Hand bedeuten, da vom Betreiber kein Interesse an einer Modernisierung der Anlagen bekundet wurde.²⁶ 2017 wechselte die Regierung ihre Strategie und erklärte, bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen zu wollen. In ihrer Antrittsrede konkretisierte die neue Präsidentin Zuzana Čaputová diese Planung und kündigte an, bis 2023 Braunkohletagebau und Braunkohlekraftwerke stillzulegen. Aufgrund des Betriebsalters der Anlagen stehen diesem Plan keine rechtlichen oder wirtschaftlichen Argumente entgegen. Zudem wurde die Region Horná Nitra von der Europäischen Kommission als eine von 14 Pilotregionen in eine Plattform aufgenommen, die eine *just transition* zu einer Post-Kohle-Ökonomie ermöglichen soll.²⁷ Nach einem Kohleausstieg wird die Energieversorgung zu gleichen Teilen über Kernkraft und Erdgas bestritten werden. Erneuerbare Energien spielen in der Slowakei bislang, auch im Vergleich etwa zu den Nachbarländern Tschechien und Ungarn, eine geringe Rolle. In der slowakischen Debatte um Dekarbonisierung gilt die Kernenergie als zentrales Mittel zur nachhaltigen Verringerung des Treibhausgasausstoßes.²⁸

Polen als Sonderfall

Im Hinblick auf die Kohle stellt Polen einen Sonderfall dar. Von allen EU-Mitgliedern ist die polnische Wirtschaft am stärksten von der Kohle abhängig. Gegenwärtig hat die Kohle einen Anteil von 77 Prozent an der polnischen Primärenergieerzeugung (in Deutschland 33 Prozent), Elektrizität wird zu fast 80 Prozent aus Kohle erzeugt (in Deutschland 23 Pro-

zent). Hinzu kommt die Bedeutung der Kohlewirtschaft als Arbeitgeber mit etwa 120 000 Beschäftigten.²⁹ Polen plant als inzwischen einziges EU-Land den Neubau eines Kohlekraftwerks. Politisch ist die Kohle weitgehend unumstritten, sie garantiert als einzige nennenswerte heimische Ressource nationale Energiesicherheit und gilt als Rückgrat der Industrie. Zwar stimmte Polen den globalen und europäischen Klimazielen zu, ein möglicher Abschied von der Kohle war dennoch lange Zeit ein Tabu und wurde von keiner der relevanten politischen Parteien thematisiert.³⁰ Trotz der allgemeinen Bekenntnisse zur Kohle ist die polnische Kohlewirtschaft, neben der schlechten CO₂-Bilanz, von weiteren ungünstigen Entwicklungen betroffen. Der zunehmend veraltete Kraftwerkspark leidet an einem erheblichen Modernisierungstau, die Kritik am Schadstoffausstoß der Kraftwerke wird zunehmend lauter,³¹ außerdem sinkt deren Wettbewerbsfähigkeit.

In seiner aktualisierten Energiestrategie hat Polen Ende 2020 erstmals einen langfristigen Kohleausstieg angekündigt, allerdings noch nicht gesetzlich fixiert. Zugrunde liegt dem eine Vereinbarung der Regierung mit den Bergarbeitergewerkschaften und dem staatlichen Kohleunternehmen PGG, die Kohleförderung bis spätestens 2049 einzustellen.³² Damit setzt sich Polen zumindest theoretisch in die Lage, das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, was zuvor immer als unrealistisch abgelehnt wurde. Mit der Umsetzung des Ziels sind jedoch ernsthafte Schwierigkeiten verbunden. Polens Energieversorgung ist derzeit kaum diversifiziert, unter anderem, da der Ausbau erneuerbare Energien immer wieder politisch blockiert wurde.³³ Um die Kohle zu ersetzen, erscheint hier eine stärkere Dynamik unabdingbar, insbesondere auch, da ein Einstieg in die Nuklearenergie zwar seit Langem diskutiert wird, konkrete Pläne aber nicht entwickelt wurden. Das zweite Problem betrifft Beschäftigung und Strukturwandel, und zwar in einem viel stärkeren Ausmaß als in Deutschland. In der Vereinbarung wurde festgelegt, dass der Kohleausstieg möglichst ohne Entlassungen ablaufen soll und andernfalls großzügige Entschädigungen geleistet werden. Für die Finanzierung beschäftigungs- und strukturpolitischer Maßnahmen verweist Polen auf den im Rahmen des europäischen Green Deal eingerichteten Just Transition Fund. Aus diesem sollen etwa 13 Milliarden Euro in die polnischen Kohleregionen fließen, was angesichts des derzeit vorgesehen Volumens von 17,5 Milliarden Euro für alle hilfsbedürftigen Kohleregionen in Europa kaum realistisch scheint. Folgerichtig lobte Polens Klimaminister Michał Kurtyka in einem Interview zwar die europäischen Bemühungen, verlangte aber gleichzeitig eine Aufstockung des Just Transition Fund: »Was auf dem Tisch liegt,

geht nicht weit genug. Im Zuge der Diskussionen um den Next Generation EU-Wiederaufbaufonds ist es sinnvoll, die Mittel aus dem Just Transition Fund aufzustocken.«³⁴

Mechanismus für einen gerechten Übergang

Der Just Transition Fund ist zentrales Element des europäischen Mechanismus für einen gerechten Übergang im Rahmen des europäischen Green Deal. Er soll sicherstellen, dass die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft fair verläuft und »niemand zurückgelassen wird«.³⁵ Der Fokus der Förderung soll besonders auf CO₂-intensiven Regionen liegen sowie auf Regionen, in denen viele Arbeitsplätze von fossilen Brennstoffen abhängen. Die Mitgliedstaaten erhalten Zugang zu den finanziellen Mitteln, indem sie für den Zeitraum bis 2030 Strategien einer gerechten Transformation ausarbeiten und die betroffenen Regionen identifizieren. Mit dem Mechanismus für einen gerechten Übergang hat die EU auf die Erkenntnis reagiert, dass ein Ausstieg aus der Kohle gerade in ärmeren Mitgliedstaaten ohne europäische Unterstützung kaum zu realisieren ist, aber ohne einen solchen Ausstieg die europäischen Energie- und Klimaziele nicht erreicht werden können. Angesichts der allein im deutschen Strukturstärkungsgesetz vorgesehenen 40 Milliarden Euro zur Bewältigung des Kohleausstiegs scheint seine Finanzierungsbasis allerdings noch zu knapp bemessen. Bei vielen der betroffenen Länder, neben Polen etwa Bulgarien, Griechenland oder Rumänien, dürften die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung begrenzt sein, sodass das Volumen zweckgebundener Transfers in Zukunft wohl ausgeweitet werden muss.

Ein Blick über die Grenzen der EU

Auch wenn die Kohleausstiegspläne der EU-Staaten noch nicht ausreichen, um die Klimaziele des Paris-Abkommens zu erreichen,³⁶ ist die EU doch die einzige Weltregion, in der die Kohle einem signifikanten Abwärtstrend unterliegt. Dies zeigt sich am sinkenden Anteil am Energieverbrauch (*Abbildung*), aber auch daran, dass abgesehen vom polnischen Kraftwerkprojekt Łęczna keine Kraftwerksneubauten geplant sind. Übergroßer Optimismus ist allerdings verfehlt, wenn man den Blick über die Grenzen der EU hinaus lenkt. Dazu ist es gar nicht nötig, die asiatischen Großverbraucher China, Indien und Indonesien zu betrachten, in denen der Anteil

der Kohle im Energiemix wächst und nach wie vor Kohlekraftwerke gebaut werden.³⁷ Es genügt schon ein Blick in die unmittelbare Nachbarschaft, etwa in die Ukraine und die Türkei, um die Schwierigkeiten der Dekarbonisierung zu illustrieren. Die Ukraine ist gerade erst knapp einem Staatsbankrott entkommen, und immer noch sind fast 100 000 Menschen im Kohlesektor beschäftigt, vor allem in der vom Krieg gebeutelten Donbass-Region. Im Oktober 2020 präsentierte die ukrainische Regierung ihre Pläne zur Reform des Kohlesektors, die auf eine mittelfristige Stabilisierung der Kohleindustrie auf dem gegenwärtigen Stand abzielen. Die Ankündigung, bis 2027 25 Prozent weniger Kohle zu fördern, sei, so der Ukraine-Experte Martin Schön-Chanishvili, »ohne klaren Ausstiegspfad in erster Linie als Effizienzmaßnahme zu verstehen«. Ohne Unterstützung der EU, etwa im Rahmen einer Energiepartnerschaft, sei ein Kohleausstieg für ein Land wie die Ukraine nicht zu realisieren.³⁸

Noch problematischer sieht es mit Blick auf die Türkei aus. Hinsichtlich des wachsenden Energieverbrauchs und der Ausweitung der Kohlewirtschaft entwickelt sich die Türkei entgegengesetzt zum europäischen Trend. So ist der Anteil fossiler Energie am Bruttoenergieverbrauch in der Türkei seit 1990 um etwa 250 Prozent gestiegen (in Deutschland ist er im Vergleich um fast 50 Prozent gesunken). Aufgrund ihrer schwierigen energiepolitischen Lage und zur Absicherung geopolitischer Ambitionen plant die Türkei den Bau neuer Kohlekraftwerke im großen Stil.³⁹ Derzeit sind 42 neue Kohlekraftwerkseinheiten mit einer Kapazität von 50 GW in Bau oder in Planung.⁴⁰ Dies alleine würde die heute noch in Deutschland betriebene Kraftwerkskapazität übertreffen.

Fazit

Im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele zeigt die Entwicklung der Kohlenutzung in der EU eine positive Dynamik. Während vor zehn Jahren der Kohleausstieg kaum ein Thema war, haben die meisten Länder mittlerweile politische Entscheidungen zum Kohleausstieg getroffen und diese sogar sukzessive verschärft. In einigen Ländern ist der Ausstieg bereits abgeschlossen, in anderen vollzieht er sich schneller als politisch geplant. Leider entspricht die positive Dynamik der EU nicht der globalen Entwicklung, sodass die Frage im Raum steht, ob sich angesichts eines sowieso sinkenden Anteils Europas an den globalen CO₂-Emissionen die Investitionen in eine forcierte Dekarbonisierung überhaupt lohnen. Für ein »Ja« sollten zumindest drei Gründe sprechen.

Erstens hat ein Ausstieg aus der Kohle auch positive ökologische Effekte jenseits des Klimaschutzes. Der immense Landschaftsverbrauch durch Braunkohletagebaue wird beendet, ebenso leistet ein Kohleausstieg einen positiven Beitrag zur Luftqualität. Dies ist insbesondere im Hinblick auf den nach wie vor hohen Schadstoffausstoß durch Kohleverbrennung in vielen osteuropäischen Ländern ein nicht gering zu schätzendes Argument. *Zweitens* haben sich alle Vertragspartner des Pariser Klimaabkommens auf individuelle Beiträge zur CO₂-Reduktion geeinigt. Somit löst der Kohleausstieg in der EU *drittens* zwar nicht alleine das globale Klimaproblem, kann aber jenseits der quantifizierbaren CO₂-Reduktion Wege aufzeigen, wie eine weitgehend dekarbonisierte Energieversorgung umgesetzt werden könnte. Daher wird es wichtig sein, das Versprechen einer *just transition* einzuhalten und die Möglichkeit der Entkopplung wirtschaftlicher Entwicklung vom Einsatz fossiler Energieträger zu demonstrieren.

Anmerkungen

- 1 Neues Klimaziel: EU-Kommission schlägt 55 Prozent weniger Emissionen bis 2030 vor, 17.9.2020, ec.europa.eu/germany/news/20200917-neues-klimaziel_de.
- 2 Vgl. Hermann-Josef Wagner, Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts? Ein Wettlauf um die Lagerstätten, Frankfurt/M. 2010.
- 3 Alle Daten in diesem Beitrag wurden, soweit nicht anders angegeben, folgender Publikation entnommen: Eurostat, Energy Data 2020, Luxemburg 2020 sowie der zugehörigen Datenbank, abrufbar unter: ec.europa.eu/eurostat/web/energy/data/database.
- 4 Primärenergie bezeichnet die Energie, die mit den ursprünglich vorkommenden Energieformen oder Energiequellen zur Verfügung gestellt wird.
- 5 Die Daten beziehen sich auf die EU 28, also noch inklusive Großbritannien.
- 6 Als Bruttoenergieverbrauch eines Landes wird die gesamte inländische Erzeugung plus Energieimporte minus Energieexporte definiert.
- 7 Jan Osička et al., What's Next for the European Coal Heartland? Exploring the Future of Coal as Presented in German, Polish and Czech Press, in: Energy Research & Social Science 61/2020, 101316.
- 8 Die Einheit Öläquivalent wird gewöhnlich für Energiemengen, die in Verbrennungsprozessen freigesetzt werden, verwendet.
- 9 Vgl. Europe Beyond Coal, Overview: National Coal Phase-Out Announcements in Europe, Status March 2021, <https://beyond-coal.eu/wp-content/uploads/2021/03/Overview-of-national-coal-phase-out-announcements-Europe-Beyond-Coal-22-March-2021.pdf>.
- 10 Vgl. Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«, Abschlussbericht, Berlin 2019.
- 11 Für einen Überblick über die Mitglieder der Kommission siehe: de.wikipedia.org/wiki/Kommission_f%C3%BCr_Wachstum,_Strukturwandel_und_Besch%C3%A4ftigung.
- 12 Vgl. Gordon Wüllner-Adomako/Christopher Onkelbach, Datteln 4 als zweiter »Hambi«? Uniper findet Drohungen »paradox«, 17.1.2020, www.waz.de/politik/landespolitik/datteln-4-als-zweiter-hambi-uniper-findet-drohungen-paradox-id228157675.html.
- 13 Vgl. Anna Leipprand/Christian Flachsland, Regime Destabilization in Energy Transitions. The German Debate on the Future of Coal, in: Energy Research & Social Science 40/2018, S. 190–204.
- 14 Vgl. Osička et al. (Anm. 7).
- 15 Vgl. Julian Wettengel, Spelling Out the Coal Exit – Germany's Phase-Out Plan, 3.7.2020, www.cleanenergywire.org/factsheets/spelling-out-coal-phase-out-germanys-exit-law-draft.
- 16 Vgl. Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« (Anm. 10).
- 17 Vgl. Michael Pahle et al., Die unterschätzten Risiken des Kohleausstiegs, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 6/2019, S. 31–34.
- 18 Vgl. Bundesnetzagentur, Liste der Zuschläge – Gebotstermin 1.9.2020, www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Kohleausstieg/Sep2020/Liste_Zuschlaege_01092020_1.html?nn=933984#download=1.
- 19 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Pressemitteilung: Altmaier: »Mit Strukturstärkungsgesetz sichern wir Strukturförderung von Kohleregionen bis 2038«, 28.8.2019,

- www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/2019-08-28-altmaier-mit-sturkturstaerkungsgesetz-sichern-wir-strukturfoerderung-von-kohleregionen-bis-2038.html.
- 20 Vgl. Becker Büttner Held Rechtsanwälte, Ein Kohleausstieg nach dem Vorbild des Atomausstiegs? Eine juristische Analyse des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2016, im Auftrag von Agora Energiewende, Berlin 2017.
- 21 Vgl. Matthew Lockwood/Catherine Mitchell/Richard Hoggett, Energy Governance in the United Kingdom, 2019, in: Michèle Knodt/Jörg Kemmerzell (Hrsg.), Handbook of Energy Governance in Europe, doi.org/10.1007/978-3-319-73526-9_34-1.
- 22 Vgl. Europe Beyond Coal (Anm. 9).
- 23 Vgl. Thijs Van de Graaf/Erik Laes/Aviel Verbruggen, Energy Governance in Belgium, 2019, in: Knodt/Kemmerzell (Anm. 21), doi.org/10.1007/978-3-319-73526-9_4-1.
- 24 Vgl. E-Control, Unsere Energie gehört der Zukunft. Jahresbericht 2017, Wien 2018.
- 25 Vgl. France Rules out Increasing CO₂ as it Closes Nuclear Reactors, 26.1.2018, www.reuters.com/article/us-france-nuclearpower/france-rules-out-increasing-co2-as-it-closes-nuclear-reactors-idUSKBN1FF28A.
- 26 Vgl. Matuš Mišík/Veronika Oravcova, Energy Governance in Slovakia, 2020, in: Knodt/Kemmerzell (Anm. 21), doi.org/10.1007/978-3-319-73526-9_27-1.
- 27 Vgl. JRC, EU Coal Regions: Opportunities and Challenges Ahead, EUR 29292 EN, Publications Office of the European Union, Luxembourg 2018.
- 28 Vgl. Misik/Oravcova (Anm. 26).
- 29 Vgl. JRC (Anm. 27). Inklusive mittelbar Beschäftigter hängen etwa 700 000 Arbeitsplätze von der Kohle ab.
- 30 Vgl. Maksymilian Zoll, Energy Governance in Poland, 2020, in: Knodt/Kemmerzell (Anm. 21.), doi.org/10.1007/978-3-319-73526-9_22-1.
- 31 Vgl. Osička et al. (Anm. 7).
- 32 Vgl. Jo Harper, Poland's Coal-Phaseout Plans: Fact or Fiction?, 30.9.2020, www.dw.com/en/polands-coal-phaseout-plans-fact-or-fiction/a-55102698.
- 33 Vgl. Zoll (Anm. 30).
- 34 Ich fordere einen Solidaritätsfonds für die Transformation, 30.10.2020, <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/ich-fordere-einen-solidaritaetsfonds-fuer-die-transformation>.
- 35 Europäische Kommission, Der Mechanismus für einen gerechten Übergang: Niemand darf zurückgelassen werden https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/actions-being-taken-eu/just-transition-mechanism_de.
- 36 Vgl. Climate Analytics, Global and Regional Coal Phase-Out Requirements of the Paris Agreement: Insights from the IPCC Special Report on 1.5°C, 3.9.2019, climateanalytics.org/publications/2019/coal-phase-out-insights-from-the-ipcc-special-report-on-15c-and-global-trends-since-2015.
- 37 Vgl. Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change, MCC-Kurz dossier, Das Ende der Kohle unter Dach und Fach bringen, Berlin 2018.
- 38 Martin Schön-Chanishvili, Klimaneutralität endet nicht an EU-Grenze, 4.11.2020, <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/klimaneutralitaet-endet-nicht-an-eu-grenze>.

39 Vgl. Emre İşeri/Tuğçe Uygurtürk, Energy Governance in Turkey, 2021 (i.E.), in: Knodt/Kemmerzell (Anm. 21).

40 Vgl. MCC-Kurzdossier (Anm. 37).

Martin Baumert · Simon Große-Wilde ·
Ron-David Heinen · Helmut Maier

Umweltpolitik, Bergbau und Rekultivierung im deutsch-deutschen Vergleich

Das Lausitzer Braunkohlerevier und das Ruhrgebiet (1949–1989/2000)

In der Umweltgeschichte zählt der Bergbau zu den stärksten Verursachern von Umweltproblemen.¹ Systematische Rekultivierungsversuche von devastierten Flächen setzten im Lausitzer Revier Anfang der 1920er Jahre ein. Die Herausforderung bestand darin, die riesigen Flächen wieder einer forstlichen Nutzung zuzuführen. Denn die chaotischen Schüttungen der Deckgebirge hinterließen für die Bepflanzung untaugliche Böden.² Demgegenüber sahen sich die Menschen des Ruhrgebiets mit einer ebenso problematischen Hinterlassenschaft konfrontiert. Dabei handelte es sich um die Bergealden, die in großen Mengen Staub und durch Selbstentzündung giftige Abgase emittierten.³

Der »Abschied von der Kohle« zog sich im Ruhrgebiet über Jahrzehnte hin. Dort begann der Rückbau nach dem Fördermaximum 1957 mit rund 494 000 Beschäftigten. Die letzte Zeche wurde 2018 stillgelegt. Demgegenüber wurde die Braunkohlenförderung in der DDR fast schlagartig zurückgefahren. So erreichten das Lausitzer und das Mitteldeutsche Revier ihr Fördermaximum im Wendejahr 1989 mit über 160 000 Beschäftigten.⁴ Danach stürzte ihre Zahl in der Lausitz von rund 65 000 (1990) auf rund 19 000 (1995) ab.⁵ Die hoch umstrittenen Braunkohlen-Großtagebaue sollen 2038 auslaufen.

Aus verschiedenen Gründen verspricht der Vergleich der beiden Reviere ein erhebliches Erkenntnispotenzial. So erlangten beide als energie-wirtschaftliche Zentren ihrer Volkswirtschaften überragende ökonomische Bedeutung. Da sie als gesundheitsgefährdende Katastrophenzonen einen

erheblichen Handlungsdruck erzeugten, avancierten sie zu den umweltpolitischen Laboren der politischen Akteure. Überdies kam es zur Herausbildung von Forschungskomplexen zur Rekultivierung sowie zur Entwicklung erfolgreicher Praktiken zur Umwandlung der »Mondlandschaften« in Felder, Wälder, Fischteiche sowie Erholungslandschaften und der Bergehalden in »Landmarken«. ⁶

Als gleichermaßen reizvoll erweist sich die Rekultivierungsgeschichte im deutsch-deutschen Systemvergleich. Dieser bildet zugleich die größte Herausforderung des hier vorgestellten Verbundvorhabens, denn es gilt, die Diskurse und ihre Folgen für die normativen Setzungen der Systeme zu rekonstruieren. So rückte die Lausitz im Rahmen der »Landschaftsdiagnose der DDR« (1950–52) früh in den Fokus. ⁷ Parallel erfuhr die Rekultivierungsforschung in der DDR einen signifikanten Aufschwung. ⁸ Ebenfalls im Lausitzer Revier wurde bereits Anfang der 1970er Jahre das Tagebaurestloch Niemtsch in eine »sozialistische Erholungslandschaft« umgewandelt. ⁹ Dagegen hatte die Bundesrepublik in den 1950er Jahren keine vergleichbaren Entwicklungen vorzuweisen, obwohl die Umweltprobleme im Ruhrgebiet immer dramatischere Ausmaße annahm. ¹⁰ Auch in der Gesetzgebung eilte die DDR der Bundesrepublik voraus und avancierte zur Vorreiterin der Umweltgesetzgebung in Europa. ¹¹

Die Vorreiterrolle der DDR bestätigt sich mit der Gründung ihres Ministeriums für Umwelt und Wasserwirtschaft (MUW) (1972), die Bundesrepublik folgte mit ihrem Umweltbundesamt 1974. Erst 1986 kam es zur Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Wasserwirtschaft. Wiederum die Lausitz führt jedoch in dramatischer Weise vor, wie die DDR nach den positiven Entwicklungen bis Anfang der 1970er Jahre dann doch auf die ökologische Katastrophe zusteuerte. Denn nach der Kürzung der Erdöllieferungen 1981 mutierte das Revier zur »verheizten Lausitz«. ¹² 1990 beanspruchte der Bergbau eine Betriebsfläche von rund 152000 Hektar, wovon rund 61000 Hektar als devastiert galten. ¹³ Das Ruhrgebiet hatte zwar einen erheblichen Zuwachs an Bergehalden zu verzeichnen (1979: 235 Halden, 2544,5 Hektar), ¹⁴ doch lagen inzwischen erste wissenschaftliche Grundlagen der Haldenbegrünung vor. Die Ironie der Geschichte liegt darin, dass diese ausgerechnet durch einen der führenden Köpfe der DDR-Rekultivierungsforschung, Wilhelm Knabe (1923–2021), geschaffen worden waren. ¹⁵

Die folgenden Abschnitte präsentieren die ersten Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojektes der Teilprojekte zur Lausitz, zum Ruhrgebiet und zur Biografie. ¹⁶ Dabei zielt das BMBF auf die Vertiefung der DDR-Forschung

und die Hinterfragung der im kollektiven Gedächtnis eingeschriebenen Narrative.¹⁷ Der oben skizzierte Vergleich Lausitz/Ruhrgebiet deutet bereits an, dass die Charakterisierung der DDR als *failed state* zu kurz greift.¹⁸ Ein maßgeblicher Schlüssel zum Verständnis der disparaten Entwicklungen liegt in den Biografien der umweltwissenschaftlich und -politisch Handelnden.¹⁹ Insgesamt erschließen sich durch die systemvergleichende Perspektive des Verbundvorhabens neue, zum Teil querliegende Erkenntnisebenen, die gerade auch die Interaktionen zwischen den jeweiligen gesellschaftlichen Subsystemen – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft – erstmals erschließen.

Martin Baumert

Wiedernutzbarmachung von Braunkohlenbergbauen in der DDR

Kein anderes Land war jemals so abhängig von einem Rohstoff wie die DDR von der Braunkohle. Neben den ökologischen Folgen stellte sich vor allem die Frage der Gestaltung der Bergbaufolgelandschaften. Jährlich devastierte die DDR zwischen 1100 Hektar (1951) und 3700 Hektar (1986/88) Äcker, Wälder und Siedlungen für die Tagebaue.²⁰ Somit war der Umgang mit dem bergbaubedingten Ödland eine große Herausforderung. Als ökologische Antwort auf den extensiven Bergbau initiierte Reinhold Lingner (1902–1968) die »Landschaftsdiagnose der DDR«.²¹ Sie bildete weltweit das erste nationale Umweltmonitoring. Schon sein Auftakt beschäftigte sich 1949 mit dem Tagebaugebiet Klettwitz bei Senftenberg.

In der Folge wurde die Hauptverwaltung Kohle aktiv. Staatssekretär Hans Lehmann (1904–1989) verfasste den ersten Artikel zur Wiederurbarmachung von Braunkohlentagebauen in der DDR und beteiligte sich maßgeblich an der ersten Wiedernutzbarmachungsverordnung vom 6. Dezember 1951. Fortan waren für eine Rekultivierung geeignete Erdschichten separat zu gewinnen und als oberste Schicht wieder auf die Kippen aufzutragen. Dies bildete den Auftakt zu einer umfassenden Gesetzgebung mit drei Wiedernutzbarmachungsverordnungen (1951, 1970, 1985). Es folgten die Aufnahme der Tagebausanierung in das Berggesetz von 1969, dann zwei Anordnungen über die Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Bodenflächen (1979, 1985) sowie zwei Rekultivierungsanordnungen (1971, 1984).

Die Vorarbeiten der Landschaftsdiagnose regten die Erforschung der Bergbaufolgelandschaften an. So baute ab 1951 Georg Bela Pniower (1896–1960) das Institut für Garten- und Landschaftsbau an der Humboldt-Universität zu Berlin auf. Pniower fand in Wilhelm Knabe den geeigneten Kandidaten für die Untersuchung der Umwandlung vegetationsfreier Kippen in Kulturland.²² Bereits im Dezember 1952 fasste Knabe die bisherige Sanierungsforschung zusammen und bewertete ältere Rekultivierungsversuche.²³ 1953 fand er heraus, dass der Säurehaushalt des Bodens einen natürlichen Pflanzenbewuchs verhinderte.²⁴ Hierzu entwickelte er ein Verfahren zur Aufbereitung dieser Böden, das nach dem Ort der ersten Anwendung »Schwarzkollmer Verfahren« benannt wurde. Der Säurehaushalt wurde durch Kalk beziehungsweise Kraftwerkstasche neutralisiert und der Boden zusätzlich gedüngt. Knabe flüchtete 1959 kurz nach Veröffentlichung seiner Dissertation in die Bundesrepublik. Hier wirkte er sowohl in der Rekultivierungsforschung von Steinkohlenbergeländen als auch Braunkohlenbergeländen²⁵ und machte sich einen Namen in der internationalen Forschung.²⁶ Als Mitgründer der Grünen und Unterstützer der DDR-Umweltbewegung zählt Knabe zu den faszinierendsten Persönlichkeiten der deutsch-deutschen Umweltgeschichte.

Die DDR weitete ihre Forschung zur Bergbausanierung an andere Standorte aus. In Leipzig entstand Anfang der 1950er Jahre das Institut für Landschaftsgestaltung. Hier forschte Egon Brüning (1923–2019) zur landwirtschaftlichen Rekultivierung. Er entwarf ein eigenes Konzept gegen die übersäuerten Böden (»Böhleiner Verfahren«) und verfolgte dessen großflächige Umsetzung durch die Entwicklung neuer beziehungsweise die Verbesserung bestehender Bodenbearbeitungsgeräte.²⁷ 1960 übernahm er die Leitung der Arbeitsgruppe Wiedernutzbarmachung in Finsterwalde. Brüning, Darmer, Knabe und Pniower verband nicht nur ein intensiver fachlicher Austausch, auch hielten sie Kontakte zu anderen Forschenden in der DDR, der Bundesrepublik und bis in die USA.²⁸

In den 1960er Jahren überführte der Bergbau die Verfahren in die Praxis. Gleichzeitig wurde die Frage der Restlochgestaltung immer dringlicher. Besonders die Transformation des Tagebaus Niemtsch in den Senftenberger See zwischen 1965 und 1973 als größte geschlossene Bergbaufolgelandschaft der DDR ist bemerkenswert: Sie fällt mit dem Höhepunkt der DDR-Umweltpolitik zusammen (1970 Landeskulturgesetz, 1972 Gründung des MUW) und wurde von Otto Rindt (1906–1994) geplant. Rindt, vor 1945 Landschaftsarchitekt beim Reichsautobahnbau, war bereits bei der »Landschaftsdiagnose« und danach ab 1957 in Cottbus als Leiter des Büros für Territorialplanung tätig. In ihm vereinigte sich Pioniergeist mit einem

Blick für die Erholungsbedürfnisse der Bevölkerung.²⁹ Bereits 1965 hatte er seine Vision für ein Lausitzer Seenland nach Ende des Bergbaus entworfen.

Gleichzeitig war die Entstehung des Senftenberger Sees der Kipppunkt der Bergbausanierung in der DDR. Nach der außenpolitischen Anerkennung der DDR verlor Honecker – im Gegensatz zu seinem Vorgänger Ulbricht – das Interesse an einer progressiven Umweltpolitik. Hinzu kamen wirtschaftliche Probleme im Zuge der gedrosselten Erdölimporte aus der Sowjetunion. Die damit verbundene extensive Ausbeutung der Braunkohlenvorkommen überstrapazierte – zusammen mit der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« – die Ökonomie der DDR. Die fehlenden Investitionsmittel führten bei der Wiedernutzbarmachung zu Einsparungen, was die Ausbreitung der »Mondlandschaften« beschleunigte.³⁰ Somit führte eine Gemengelage aus fehlenden Ressourcen und mangelndem politischen Willen zum »Sozialistischen Ökozid«.³¹ Gleichzeitig befeuerte die gescheiterte Sanierungspolitik den Aufstieg der unabhängigen DDR-Umweltbewegung.

Simon Große-Wilde

Wissenstransfer und internationale Naturschutzarbeit in den 1970er Jahren

Mit der Angliederung der Abteilung Wiedernutzbarmachung des Wissenschaftlich-Technischen Zentrums Schöneiche avancierte das Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) in Halle 1967 zur Zentralstelle für Rekultivierungsforschung der DDR.³² Dabei kamen der Forschung und dem Wissenstransfer auf nationaler und internationaler Bühne – insbesondere im Bereich der Nichtregierungsorganisationen – eine zentrale Funktion zu.³³

Der Ost-West-Konflikt führte zu erheblichen Einschränkungen des Wissenstransfers. So versuchte der Leiter des ILN, Ludwig Bauer (*1927), am 35. Deutschen Geographentag 1965 in Bochum teilzunehmen. Die Ausreisegenehmigung blieb ihm jedoch versagt.³⁴ Daraufhin intervenierte sein Vorgesetzter Hans Stubbe (1902–1989), Leiter der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, beim Staatssekretariat für Forschung und Technik:³⁵ »Der *Raum des Ruhrgebiets* mit seinen Problemen der Wasserknappheit, Luft- und Gewässerverunreinigung, Siedlungsdichte, Walderneuerung und Planung der Naherholungsgebiete usw. bietet zweifellos wichtige Vergleichsmöglichkeiten für die Aufgaben, die unser Institut auf landeskulturellem Gebiet in den industriellen Ballungszentren der DDR

zu lösen hat. Besonders aus diesem Grund muß darauf Wert gelegt werden, daß Professor Bauer am Bochumer Kongreß teilnimmt.«³⁶

Gänzlich andere Voraussetzungen lagen für die Aufnahme des ILN in die International Union for Conservation of Nature (IUCN) 1969 vor. Der Anstoß hierzu ging auf die Tätigkeit des ILN im Osteuropäischen Komitee der Kommission für Erziehung und Bildung (OEK) zurück. Im OEK stellte die DDR den Vizepräsidenten und war dort überdies durch ein Mitglied des Staatlichen Komitees für Forstwirtschaft, einen Mitarbeiter des ILN sowie ein Mitglied der Zentralen Kommission Natur und Heimat des Kulturbundes vertreten.³⁷ Im Oktober 1968 legte der amtierende IUCN-Generalsekretär, Joe Berwick, dem ILN nahe, sich trotz vorheriger Ablehnung³⁸ um eine Mitgliedschaft zu bewerben.³⁹ Alle administrativen Stellen der DDR sprachen sich für eine IUCN-Mitgliedschaft aus: »Die politische Bedeutung der DDR-Mitgliedschaft in der IUCN besteht vor allem in der wirksamen Entkräftung der Bonner Alleinvertretungsmaßnahme (...) Wir möchten (...) auf die Maßnahmen der Bodenerhaltung (Erosionsschutz), zur Kippenrekultivierung (...) hinweisen. Die Mitgliedschaft (...) würde dazu beitragen, durch Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie durch die Möglichkeit der Übernahme technischer Errungenschaften eigene finanzielle und personelle Kapazitäten auf dem Gebiet der Forschung zu dieser Problematik einzusparen.«⁴⁰

Die hier zitierten Interna unterstreichen den Stellenwert des Erfahrungsaustauschs, überdies die Verschränkung von wissenschaftlichen Zielsetzungen mit politisch-ideologischen Motiven. Dabei wurde der Wissenstransfer nicht als Einbahnstraße verstanden.⁴¹

Während die IUCN-Mitgliedschaft für die SED politisches Prestige generierte, waren die Rekultivierungsforscher am internationalen Wissenstransfer interessiert. So pflegte die IUCN enge Verbindungen zur UNESCO und dem 1970 initiierten Programm Man and Biosphere (MAB). Dieses erforschte den anthropogenen Einfluss auf die natürliche Umwelt.⁴² Die Umsetzung wurde von nationalstaatlichen MAB-Komitees übernommen, wobei es für jedes Projekt einen internationalen Koordinator gab. Nicht zufällig stellte das Nationalkomitee (NK) der DDR den Koordinator für das MAB-Projekt zehn »large engineering works«, da hier in hohem Maße auf die Ergebnisse der Rekultivierungsforschung des ILN zurückgegriffen werden konnte.⁴³ Durch die bis zum Ende der 1980er Jahre fortgesetzten Arbeiten und die daraus hervorgehenden Publikationen wurden die Forschungsergebnisse auch anderen Nationen zugänglich.⁴⁴ Am 28./29. Mai 1990 versammelten sich die beiden deutschen NK, um die Arbeiten im vereinten Deutschland fortzuführen.⁴⁵

Ron-David Heinen

Steinkohlebergehalde im Ruhrgebiet nach 1945

Berge sind das Neben- beziehungsweise Abfallprodukt der Steinkohlenförderung. Dabei fällt unvermeidlich taubes Gestein an, das obertägig auf Halden gesammelt wurde. Der Bergeanteil in der Rohförderung stieg von 18 Prozent (1940) auf 47 Prozent (1980) an und war auf die Mechanisierung der Steinkohleförderung⁴⁶ ab den 1950er Jahren zurückzuführen.⁴⁷ Dadurch entstand die paradoxe Situation, dass sich – trotz deutlich sinkender Gesamtfördermengen – der Bergeanteil zwischen 1960 und 1980 ständig vergrößerte. 1989 mussten 71 Prozent der Bergemenge auf Halden genommen werden (35,9 Millionen Tonnen).⁴⁸

Die älteren Halden waren zumeist kleinere Spitzkegel- oder Plateauhalden mit einer durchschnittlichen Höhe von 19 Metern und einer Fläche bis zu zehn Hektar.⁴⁹ Die verbliebenen Kohlenstoffanteile von bis zu 20 Prozent führten zu Haldenbränden. Dabei entstanden »weitgehend witterungsbeständige, teilweise verbackene Gesteinstrümmer«,⁵⁰ die im Bauwesen vermarktet werden konnten. Daher wurden bereits erfolgreich begrünzte Halden wieder abgebaut, und es entstanden »regellose Berge mit bizarren Oberflächen, trostlos an Mondlandschaften erinnernd.«⁵¹

Als Reaktion auf die Luftverschmutzung und die Störung des Landschaftsbildes erließen verschiedene NRW-Ministerien die »Richtlinien für die Zulassung von Bergehalde im Bereich der Bergaufsicht vom 4. September 1967« (Runderlass).⁵² Dabei wurde der Tafelberg als neue Grundform festgelegt, wobei die Vermeidung von Haldenbränden oberste Priorität besaß.⁵³ Die unterste Terrasse sollte nicht höher als zwölf Meter sein und die Höhe aller weiteren Terrassen acht Meter nicht überschreiten. Dadurch erhöhte sich der Flächenbedarf auf 40 bis 60 Hektar. Die Richtlinien legten zwar »neue Maßstäbe für Schütttechnik, die Böschungsneigung, die Gliederung des Haldenkörpers und die Begrünung fest«,⁵⁴ doch sowohl die Kommunen als auch die Bevölkerung protestierten gegen die landschaftsfremden Tafelberge und ihre regionalplanerische Festschreibung.⁵⁵

Forderungen nach einer landschaftsgerechten Gestaltung und die Konzentration auf wenige leistungsfähige Schachthanlagen machten die Suche nach neuen Haldenstandorten notwendig.⁵⁶ Diese Pläne lösten vor allem zu Beginn der 1980er Jahre eine umfassende Planung aus. Parallel wurde die dritte Generation von Großhalden konzipiert, die in »Abstimmung mit den Gemeinden (...) nun als Landschaftsbauwerke entwickelt wurden.«⁵⁷ Bereits zu Beginn sollte das Bauwerk hinsichtlich »Größenordnung,

Formgebung und Wiederherstellung oder Neubegründung naturbezogener Verhältnisse an die Belastbarkeit des Standortes und die landschaftlichen Gegebenheiten« angepasst werden.⁵⁸ Diese Leitlinien wurden 1984 festgeschrieben und sahen Maßnahmen zum Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft vor. Ziel war es, die Landschaftsbauwerke »größflächig in möglichst natürlichen Formen« anzulegen, um »bei gleichzeitiger optimaler Bergeunterbringung eine Eingliederung in die Landschaft zu ermöglichen«.⁵⁹

Die Konzeption des Landschaftsbauwerks, das in den 1980er Jahren als Teil einer zu gestaltenden Landschaft verstanden wurde, bildete den entscheidenden Wendepunkt im Umgang mit den Halden – sie würden durch die »Wiedereinbindung in die Landschaft und den Naturkreislauf [renaturiert]«.⁶⁰ Damit einher gingen Überlegungen zu ihrer Erschließung für Freizeit- und Erholungszwecke. Das »Wohnen am Haldenhang«⁶¹ oder die Errichtung von Skianlagen⁶² wurden diskutiert.⁶³

In diesem Kontext begannen 1987 erste Überlegungen zur Schaffung einer Internationalen Bau-Ausstellung »IBA Emscher Park« im nördlichen Ruhrgebiet, die im Mai 1988 von der Landesregierung beschlossen wurde. Ziel war es, »alte Industrieanlagen umzubauen, Landschaft zu erneuern und neue Standorte für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region aufzubereiten.«⁶⁴ Halden wurden zu »Landmarken« stilisiert, sollten durch künstlerische Akzente auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Ruhrgebiets verweisen und waren nunmehr »sowohl traditionelle Landmarken als auch urbane bzw. landschaftliche Identifikations- wie vorwärtsweisende ideelle Fixpunkte«.⁶⁵

Seit 1951 wurde versucht, die Probleme der Halden durch Begrünung zu kontrollieren. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) begann 1951 mit Untersuchungen der Böden.⁶⁶ Ab 1957 avancierte der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) zum Dreh- und Angelpunkt bei Haldenfragen. In den Abteilungen »Forstwesen« und »Landschaftspflege« wurden Untersuchungen durchgeführt und die Bergbautreibenden beraten.⁶⁷ Bis zum Erlass der Richtlinien vom 4. September 1967 war die Begrünung freiwillig. Erst danach wurde die Begrünung verpflichtend, wobei die Bereitschaft des Bergbaus wie zuvor nicht immer gewährleistet war.⁶⁸ Nach der Gründung der Ruhrkohle AG 1968 intensivierte sich die Zusammenarbeit von Bergbau und SVR beziehungsweise seiner Nachfolgeorganisation, dem Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR). Erstmals entwickelte der Bergbau Konzepte zur Bergeverbringung.⁶⁹ Auch die wissenschaftliche Erforschung der Halden begann außerhalb des SVR/KVR erst in den 1980er Jahren. Dabei avancierte die Gesamthochschule Essen zum Zentrum.⁷⁰

Schließlich wurde die Bergehalde in den 1990er Jahren durch die Stilisierung zur Landmarke zu etwas vollständig Neuartigem umfunktioniert.⁷¹ Der Übergang von der Spitzkegelhalde zur Landmarke zog grundlegende Veränderungen nach sich: Die Halden veränderten sich nicht nur optisch und flächenmäßig. Vielmehr wandelte sich auch ihre Wahrnehmung in der Bevölkerung.

Schluss

Die Bergbausanierung in der DDR ordnet sich in ein bekanntes Phänomen der Umweltgeschichte der Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG) ein: Die Akteure der frühen Umweltbewegungen waren häufig systemkonforme, privilegierte Gruppen, die teilweise Zugang zur Macht besaßen und im Interesse des Umweltschutzes agieren konnten.⁷² So ist die Sanierung des Braunkohlenbergbaus als ein Teil einer Umweltbewegung »von oben« zu verstehen, die im Gegensatz zu ihrem westlichen Pendant von staatlichen, wissenschaftlichen und betrieblichen Akteuren getragen wurde. Bis mindestens 1975 war die DDR in der Lage, ökologische Innovationen zu entwickeln und großflächig in der Industrie zu etablieren.

Im Gegensatz zur Lausitz erfolgte die Haldenbegrünung im Ruhrgebiet in Kooperation zwischen dem Bergbau und dem SVR auf freiwilliger Basis. Erst 1967, also 16 Jahre nach der Wiedernutzbarmachungsverordnung der DDR vom 6. Dezember 1951, reagierte das Land NRW mit seinem Runderlass auf die Haldenbrände und verordnete die Rekultivierungspflicht. Auch die Forschung hinkte im Vergleich zur DDR hinterher. Außerhalb des SVR waren die Bergehalden bis in die 1980er Jahre fast nicht erforscht. Dennoch gelang es im Ruhrgebiet mit den ökologischen Herausforderungen umzugehen. Dafür entscheidend war die IBA Emscher Park, die die Halde zum Identifikationspunkt des Ruhrgebiets stilisierte. Gemeinhin gilt die IBA Emscher Park als Vorbild für die IBA Fürst-Pückler-Land im Lausitzer Braunkohlenrevier, die das Thema »Landschaft« von 2000 bis 2010 in den Mittelpunkt rückte. Doch auch hier hatte die DDR mit dem Senftenberger See bereits ein Vorbild nachhaltiger Gestaltung einer Bergbaufolgelandschaft vorzuweisen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Frank Uekötter, Bergbau und Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, in: Dieter Ziegler (Hrsg.), Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert, Münster 2013, S. 539–570, hier S. 539.
- 2 Vgl. Torsten Meyer, 1922 – Ein »turning point« in der Geschichte der Rekultivierung von Bergbaufolgelandschaften?, in: Der Anschnitt 5–6/2019, S. 206–222.
- 3 Vgl. Michael Kerth/Hubert Wiggering (Hrsg.), Bergehalden des Steinkohlenbergbaus. Beanspruchung und Veränderung eines industriellen Ballungsraumes, Braunschweig 1991.
- 4 Vgl. die unterschiedlichen Daten in Hermann Wittig, Braunkohlen- und Sanierungsplanung im Land Brandenburg, in: Wolfram Pflug (Hrsg.), Braunkohlentagebau und Rekultivierung. Landschaftsökologie – Folgenutzung – Naturschutz, 1998, S. 475–486, hier S. 475 f.; Susanne Kailitz, Das Revier im Osten, in: Magazin Mitbestimmung 5/2011, www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-das-revier-im-osten-10705.htm.
- 5 Vgl. Günter Bayerl, F60 – Die Niederlausitzer Brücke. Eine Abraumförderbrücke als Wahrzeichen eine Tagebauregion, in: Blätter für Technikgeschichte 2001, S. 33–59, hier S. 45.
- 6 Vgl. Ron-David Heinen, Vom »Kummer der Hausfrauen« zur Landmarke. Die Bergehalden des Ruhrgebiets und der Wandel des Mensch-Umwelt-Verhältnisses nach 1945, in: Der Anschnitt 3–4/2020, S. 84–91.
- 7 Vgl. Martin Baumert, »In der Landschaft eine klare Ordnung setzen« oder »die Verunstaltung der Umwelt«? Konjunkturen der Braunkohlenbergbausanierung im Lausitzer Revier 1949 bis 1990, in: Der Anschnitt 3–4/2020, S. 75–83, hier S. 76.
- 8 Vgl. Wilhelm Knabe, Untersuchungen über die Voraussetzungen der Rekultivierung im Braunkohlenbergbau, Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1957.
- 9 Christoph Bernhardt, Von der »Mondlandschaft« zur »sozialistischen Erholungslandschaft«? Die Niederlausitz als Exerzierfeld der Regionalplanung in der DDR-Zeit, in: Günter Bayerl/Dirk Maier (Hrsg.), Die Niederlausitz vom 18. Jahrhundert bis heute: Eine »gestörte« Kulturlandschaft?, Münster 2002, S. 301–323.
- 10 Vgl. Frank Uekötter, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2011, S. 79.
- 11 Vgl. Tobias Huff, Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen 2015.
- 12 Umweltzentrum Hoyerswerda (Hrsg.), Verheizte Lausitz – Der Braunkohlenbergbau und seine Probleme im ostelbischen Raum, Hoyerswerda 1990.
- 13 Vgl. Albrecht Krummsdorf, Wiederurbarmachung und Rekultivierung im Braunkohlenbergbau, in: Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Hrsg.), Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, Bd. 2, München 2007, S. 395–414, hier S. 397.
- 14 Vgl. Heinen (Anm. 6), S. 84.
- 15 Vgl. Wilhelm Knabe et al. (Hrsg.), Haldenbegrünung im Ruhrgebiet, Essen 1968.
- 16 Hinzu kommen das Teilprojekt an der TUBA Freiberg zum Themenkomplex »Wismut« und das Teilprojekt »Sonderausstellung« am Deutschen Bergbau-Museum Bochum. Vgl. Sabine Loewe-Hannatzsch, Umweltpolitik und Uranerzbergbau der SAG/SDAG Wismut in der DDR, in: Der Anschnitt 3–4/2020, S. 92–98; Michael Farrenkopf/Regina Göschl, Umweltgeschichte am Deutschen Bergbau-Museum Bochum und

- aus geschichtsdidaktischer Perspektive, in: ebd., S. 99–120. Zum Verbundprojekt vgl. insgesamt www.bergbaumuseum.de/forschung/forschungsprojekte/projekt-detailseite/umweltpolitik-bergbau-und-rekultivierung-im-deutsch-deutschen-vergleich-das-lausitzer-braunkohlenrevier-die-wismut-und-das-ruhrgebiet-1949-1989-2000.
- 17 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Wissenslücken über die DDR schließen, 12.6.2018, www.bmbf.de/de/wissensluecken-ueber-die-ddr-schliessen-6346.html.
 - 18 So auch bereits Huff (Anm. 11) zur DDR-Umweltgeschichte insgesamt.
 - 19 Vgl. Simon Große-Wilde, Prosopographie und Wiedernutzbarmachung: Zur Zentralisierung der Rekultivierungsforschung der DDR in den 1960er Jahren, in: *Der Anschnitt* 3–4/2020, S. 121–129.
 - 20 Vgl. Hannsjörg F. Buck, Umwelt- und Bodenbelastung durch eine ökologisch nicht abgesicherte industriemäßig organisierte Tier- und Pflanzenproduktion, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft*, S. 420–449, hier S. 427 f.; Hans Lehmann, *Die Wiederurbarmachung der Tagebaue im Rahmen des Fünfjahresplanes*, in: *Bergbautechnik* 6/1951, S. 257–263, hier S. 258.
 - 21 Olaf Hiller, *Die Landschaftsdiagnose der DDR. Zeitgeschichte und Wirkung eines Forschungsprojektes aus der Gründungsphase der DDR*, Berlin 2002, S. 122.
 - 22 Vgl. Torsten Meyer/Axel Zutz, *Rekultivierung von Braunkohlentagebauen in der Niederlausitz 1920–1960. Institutionalisierungen und Interventionen als Wegbereiter des Senftenberger Seengebietes*, in: Carsten Benke et al. (Hrsg.), *Paradigmenwechsel und Kontinuitätslinien im DDR-Städtebau. Neue Forschungen zur ostdeutschen Architektur- und Planungsgeschichte*, Erkner 2010, S. 273–328, hier S. 304.
 - 23 Vgl. Ernst Kirst, *Braunkohlentagebau – Anleitungen für Planung und Betrieb. VI Verkipfung der Abraummassen*, S. 60–114.
 - 24 Vgl. Wilhelm Knabe, *Zur Wiederurbarmachung im Braunkohlenbergbau. Allgemeine Darstellungen des Problems der Wiederurbarmachung und spezielle Untersuchungen im Lausitzer Braunkohlenbergbau*, Berlin 1959, S. 86–99.
 - 25 Vgl. ders., *Die Rekultivierung im Rheinischen und Lausitzer Braunkohlenrevier*, Wiesbaden 1961; ders. et al. (Anm. 15).
 - 26 Vgl. ders., *Methods and Results of Strip-Mine Reclamation in Germany*, in: *The Ohio Journal of Science* 2/1964, S. 75–105.
 - 27 Vgl. Egon Brüning, *Zur Frage der Rekultivierbarkeit tertiärer Rohbodenkippen des Braunkohlenbergbaus*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig* 11/1962, S. 325–359, hier S. 346.
 - 28 Vgl. Universitätsarchiv Leipzig (UAL), *Nachlass Darmer, Akte 01, Band 1/2*; *Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin (AHUB), Bestand Institut für Landschaftsgestaltung, Akte 28 und 29*.
 - 29 Vgl. Torsten Meyer, *Der Senftenberger See oder das Ende der »Mondlandschaft«?* in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 2005, S. 113–142, hier S. 128 f.
 - 30 Vgl. Krummsdorf (Anm. 13), S. 397.
 - 31 Vgl. Julia Obertreis, *Von der Naturbeherrschung zum Ökozid? Aktuelle Fragen einer Umweltgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas*, in: *Zeithistorische Forschungen* 1/2012, S. 115–122.

- 32 Vgl. ebd.; auch Hermann Behrens, Art. »Naturschutz und Landeskultur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR«. Ein historischer Überblick, in: Günter Bayerl/Torsten Meyer (Hrsg.), *Die Veränderung der Kulturlandschaft*, Münster 2003, S. 213–271, hier S. 231 ff.; Lutz Reichhoff, *Kurze Geschichte der strukturellen Entwicklung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle*, in: ders./Uwe Wegener (Hrsg.), *ILN, Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts*, Berlin 2016, S. 28–39, passim.
- 33 Große-Wilde (Anm. 19).
- 34 Vgl. Paul Busch et al. (Hrsg.), *Bochum und das mittlere Ruhrgebiet. Festschrift zum 35. Deutschen Geographentag vom 8. bis 11. Juni 1965 in Bochum, Paderborn 1965*; Jürgen Körber, *Probleme, Aufgaben und Ziele der Landesplanung im mittleren Ruhrgebiet*, in: Ebd., S. 209–215, hier S. 214 f.
- 35 Bach, *Abteilungsleiter der Abteilung Koordinierung der internationalen Zusammenarbeit*, an Stubbe, 05.03.1965; Bundesarchiv (BArch), DK107/8320.
- 36 Stubbe an Weiz, *Staatssekretär für Forschung und Technik*, 12.02.1965; ebd.
- 37 Vgl. Behrens (Anm. 32), S. 226 f.
- 38 Vgl. Bericht von Bauer über die Teilnahme an der 9. Generalversammlung und der 10. Technischen Versammlung der IUCN, 21.07.1966; ebd.
- 39 Vgl. Dr. Graul, *Abteilung Internationale Zusammenarbeit*, an Münch, *Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft*, 26.02.1969; BArch, DK1/14409.
- 40 Ewald, *Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft*, an Winzer, *Minister für Auswärtige Angelegenheiten*, 17.09.1969; ebd.
- 41 Vgl. *Besprechung als Vorbereitung der 11. Generalversammlung der IUCN in Banff*, 25.08.1972; BArch, DK1/14410.
- 42 Vgl. *Deutsches Nationalkomitee MAB, Das Unesco-Programm »Der Mensch und die Biosphäre«. Eine Übersicht über seine Projekte und den Stand der Beiträge*, in: *MAB-Mitteilungen 1977*, S. 1–28, hier S. 5.
- 43 Vgl. John Elicia, *International Co-ordinating Council of the Programme on Man and Biosphere (MAB)*, Paris 1974, S. 27.
- 44 Vgl. Egon Seidel et al., *Studie zur Gestaltung von Bergbaufolgelandschaften. Fallstudie der DDR*, o. A. ca. 1985.; Hildebrand Sauer et al., *Erfahrungen bei der Anwendung umweltfreundlicher Methoden zur Wiedernutzbarmachung im Niederlausitzer Braunkohlerevier der DDR. Ein Beitrag zum MAB-Projekt 10: Auswirkungen großtechnischer Anlagen auf den Menschen und seine Umwelt*, Berlin 1988; Egon Seidel, *Förderung des Umweltbewußtseins der Öffentlichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik. Beitrag der DDR 3/1982*, S. 1–20. *Umfassend Kommission für Umweltschutz beim Präsidium der Kammer der Technik (Hrsg.)*, *Wiedernutzbarmachung devastierter Böden*, Leipzig 1977.
- 45 Vgl. Karl-Heinz Erdmann/Ulla Steer, *Bericht über die 1. gemeinsame Sitzung der deutschen MAB-Nationalkomitees zugleich 26. Sitzung des MAB-Nationalkomitee der Bundesrepublik Deutschland am 28. und 29. Mai 1990 in Bonn*, in: Wilfried Goerke (Hrsg.), *Tagung der MAB-Nationalkomitees der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Am 28. und 29. Mai 1990 in Bonn*, Bonn 1990, S. 12–16.
- 46 Vgl. Dietmar Schulz/Hubert Wiggering, *Die industrielle Entwicklung des Steinkohle-*

- bergbaus und der Anfall von Bergematerial, in: Kerth/Wiggering (Anm. 3), S. 9–20, hier S. 13.
- 47 Vgl. Dietmar Bleidick, Bergtechnik im 20. Jahrhundert: Mechanisierung in Abbau und Förderung, in: Ziegler (Anm. 1), S. 355–411.
- 48 Vgl. Schulz/Wiggering (Anm. 46), S. 12 ff.
- 49 Vgl. Wolfgang Hofmann/Thomas Winter, Steinkohlenbergehaldden als Landschaftsbauwerke, in: Kerth/Wiggering (Anm. 3), S. 33–46, hier S. 34.
- 50 Vgl. Horst Dannemann/Winfried Lange, Steinkohlenbergehaldden als Ingenieurbauwerke, in: Kerth/Wiggering (Anm. 3), S. 21–32, hier S. 21.
- 51 Vgl. Helmut Blaurock/Jörg Wipf, Begrünungsaktion Ruhrgebiet, in: Allgemeine Forstzeitschrift 22-23/1990, S. 540 ff., hier S. 541.
- 52 Ministerien: Wirtschaft, Ernährung, Wohnungsbau sowie Staatskanzlei. Vgl. Land Nordrhein-Westfalen, Zulassung von Bergehaldden im Bereich der Bergaufsicht, Gem. Rund-erlass vom 4.9.1967, Ministerialblatt NRW vom 10.10.1967, Nr. 138, S. 1689–1692.
- 53 Vgl. Dannemann/Lange (Anm. 50), S. 26.
- 54 Vgl. Schulz/Wiggering (Anm. 46), S. 16.
- 55 Vgl. Ulrike Hüpke, Freiraumverluste und Freiraumschutz im Ruhrgebiet. Common-Property Institutionen als Lösungsansatz?, Dortmund 2012, S. 243.
- 56 Schulz/Wiggering (Anm. 46), S. 17.
- 57 Vgl. AHGR Bochum, Regionalverband Ruhr, RVR 411, Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Planungsfragen am 07.10.1980, S. 17.
- 58 Hofmann/Winter (Anm. 49), S. 36.
- 59 Ministerien: Wirtschaft, Ernährung, Landes- und Stadtentwicklung. Vgl. Land Nordrhein-Westfalen, Zulassung von Bergehaldden im Bereich der Bergaufsicht, Gem. Rund-erlass vom 16.08.1984, Ministerialblatt NRW vom 16.08.1984, Nr. 55, S. 931–936, S. 932, 934.
- 60 Hofmann/Winter (Anm. 49), S. 36.
- 61 Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-bezirk GmbH, Wohnen am Haldenhang, Essen 1981.
- 62 Vgl. AHGR Bochum, Regionalverband Ruhr, RVR 1084, Matten-Skipiste auf Halden im Ruhrrevier.
- 63 Vgl. Hofmann/Winter (Anm. 49), S. 34.
- 64 Vgl. Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen 1988 (Hrsg.), Internationale Bauausstellung Emscher Park. Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete, Düsseldorf 1988.
- 65 AHGR Bochum, Internationale Bauausstellung Emscher Park, AfSB IBA-Archiv 214 B, »Landmarken«: Zeichen des Wandels. Ausstellungskonzeption der Triennale Ruhr für das Jahr 1996, S. 1.
- 66 Vgl. Landesverband Nordrhein-Westfalen, Vermehrung der Grünflächen im Ruhrge-biet, in: Unser Wald 9/1951, S. 25.
- 67 Vgl. Wolfram Pflug, Landespflege durch den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, in: Ludger Wierling (Hrsg.), Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. 1920–1970, Essen 1970, S. 77–114; Knabe et al. (Anm. 15).
- 68 Vgl. AHGR Bochum, Regionalverband Ruhr, 01-60.07.00. KARO-Club, Steinke an

Umweltpolitik, Bergbau und Rekultivierung im deutsch-deutschen Vergleich

den Regierungspräsidenten Köln, Herr Fensterer, bezüglich des Problems des Neuaufreißens alter Bergehalden vom 03. Juni 1981.

69 Vgl. Dietmar Schulz, Das Bergehaldenkonzept der Ruhrkohle AG, in: Glückauf 125/1989, S. 84–88; Heinrich Rawert/Günther Krebs, Bergehalden als Raumnutzungsproblem, in: Glückauf 118/1982, S. 710–713.

70 Vgl. Hubert Wiggering/Peter Neumann-Mahlkau, Bergeverwitterung. Voraussetzung der Bodenbildung auf Bergehalden des Ruhrgebiets. Haldenökologische Untersuchungsreihe Heft 1, Essen 1986; Guido-Benno Feige/Thomas Schmiegelt, Haldenrekultivierung. Nährstoffe in Substrat- und Pflanzenmaterial, Haldenökologische Untersuchungsreihe Heft 3, Essen 1987.

71 Vgl. Heinen (Anm. 6).

72 Vgl. Obertreis (Anm. 31), S. 118f.

Ruhrgebiet

Was ist das Ruhrgebiet?

Eine historische Standortbestimmung

Als im Jahr 2010 Essen für das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas war, schrieb der Autor und Kabarettist Frank Goosen in der »Zeit«: »Herzlich willkommen, Europa! Wir im Ruhrgebiet sind vorbereitet, und wenn nicht, dann wird improvisiert. Kulturhauptstadt. Schöne Sache. Wissen Sie, was Sie erwartet? Macht nichts, wir sind uns auch nicht ganz sicher. Damit Sie aber nicht so völlig ahnungslos hierherkommen, wollen wir mal vorab ein paar Dinge erklären und klarstellen. Wir Einheimischen stehen bisweilen auf unseren Eisenbahnbrücken, schauen auf die halbherzigen Skylines unserer zusammenwuchernden Gemeinden und denken: Boah! Schön is dat nich. Wir im Ruhrgebiet laden Auswärtige gern ein, zu uns zu kommen, um ihren Begriff von Schönheit zu erweitern. Eine mittelalterliche Garnisonsstadt mit Stadtmauer, Fachwerkhäusern und Fürstenresidenzen schön finden, das kann jeder. Aber auf dem Gasometer in Oberhausen stehen, sich umgucken und sagen: Wat 'ne geile Gegend!, das muss man wollen.«¹

Goosens trockener, selbstironischer Humor gilt als typisch für das Ruhrgebiet. In seinen Romanen und Comedy-Shows lässt er keinen Zweifel daran, dass er das Ruhrgebiet liebt – trotz alledem und wegen alledem. In seinem Kultsong »Bochum« singt eine weitere Ikone des Ruhrgebiets, Herbert Grönemeyer: »Du bist keine Schönheit/Von Arbeit ganz grau/Du liebst Dich ohne Schminke/Bist 'ne ehrliche Haut.« Bei Goosen wie bei Grönemeyer ist das Ruhrgebiet geprägt vom Industriezeitalter – Grönemeyer spricht vom »Pulsschlag aus Stahl«. Es ist gezeichnet von der Geschichte der Schwerindustrie, die die Landschaft in der Region, die man heute Ruhrgebiet nennt, grundlegend verändern sollte. Auch in seinen weitgehend postindustriellen Landschaften bleibt die Region über die in ihr so reichhaltig erhaltene Industriekultur in ihren Erinnerungshorizonten dieser Zeitschicht seiner Entwicklung verhaftet.²

Dabei gibt es im Ruhrgebiet durchaus eine weiter zurückreichende Geschichte. Die Hellwegstädte³ der Region, Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund, waren allesamt Hansestädte; ihre Geschichte beginnt bereits im frühen Mittelalter. Doch diese wird in aller Regel mit der Geschichte eben dieser Städte, nicht mit der Geschichte des Ruhrgebiets verbunden. Sie ist Geschichte im Ruhrgebiet, aber nicht Geschichte des Ruhrgebiets. Letztere beginnt mit der Industrialisierung, als die reichen Steinkohlevorkommen der Region eine Ansiedlung von Eisen- und Stahlindustrie nach sich ziehen und die Grundlage legen für den wichtigsten schwerindustriellen Ballungsraum Deutschlands und einen der wichtigsten Europas. Im Folgenden werde ich das historische Gewordensein dieser Region von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart Revue passieren lassen, um abschließend die Frage zu diskutieren, welche Zukunft sie wohl im 21. Jahrhundert haben wird.

Der »rheinisch-westfälische Kohlenbezirk« in der Industrialisierungsgeschichte des langen 19. Jahrhunderts

In den südlichen Regionen des Ruhrgebiets, im Ruhrtal, kam die Kohle fast bis an die Oberfläche, und hier konnte man bereits vor dem 19. Jahrhundert Kohle gewinnen. Lange Zeit gab es aber keinen rechten Bedarf für das »schwarze Gold«, denn als Heiz- und Brennstoff konnte man sich des reichlich vorhandenen Holzes bedienen. Erst als im Zuge der Industrialisierung die Kohle zur Energieerzeugung unbedingt benötigt wurde, bekam sie ihren unermesslichen Wert als zentrale Antriebskraft der industriellen Revolution. Die Dampfmaschine machte es möglich, die Mergeldecke zu durchbrechen und in tiefere Erdregionen vorzudringen, um Kohle zu fördern. In der zweiten Jahrhunderthälfte entwickelte sich der Steinkohlenbergbau in der Region rasend schnell. 1845 wurden gut eine Million Tonnen Steinkohle gefördert; 1914 waren es über hundert Millionen Tonnen. Die Ansiedlung einer Eisen- und Stahlindustrie nach 1850 machte die Region zu einem Pionier der Industrialisierung in den deutschen Landen und zum Motor des Aufstiegs des Deutschen Reiches nach 1871 zur wichtigsten Industriation Europas, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg sogar das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien, als Wirtschaftsmacht überholte.⁴

Die Bedeutung der Kohle für die Region macht sich auch im Namen bemerkbar, der sich für die Region in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend einbürgerte. Sie wurde am häufigsten als »rheinisch-

westfälischer Kohlenbezirk« bezeichnet. Besonders die nördlichen Teile des Ruhrgebiets an Lippe und Emscher entwickelten sich nach 1860 von ländlichen, landwirtschaftlich geprägten Regionen zu Industriedörfern, die innerhalb von 20 Jahren von hundert auf hunderttausend Einwohner wuchsen. Die entstehende Industriegesellschaft war eine Migrationsgesellschaft, die Zehntausende von Migranten aus allen Teilen des Deutschen Reiches anzog, insbesondere polnischsprachige Migranten aus den Ostprovinzen des Reiches, die im Ruhrgebiet ihr eigenes Milieu bildeten. Einige Zechen waren bald als »Polenzechen« bekannt. Die polnischsprechenden Bergarbeiter verlangten, sofern sie Katholiken waren, Gottesdienste in ihrer eigenen Sprache, und sie gründeten eigene Gewerkschaften, eigene Sportvereine, eigene Sparkassen und eigene soziale Netzwerke, die sich von ihrer deutschsprachigen Umgebung absetzten. Die Diskriminierung der polnischsprachigen Bevölkerung und Versuche im Kaiserreich, sie zu »germanisieren«, stärkten nur ihren Widerstand und die nationalpolnische Agitation unter ihnen.⁵

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schien vielen Beobachtern die Region durch eine überbordende Proletarität gekennzeichnet, die Vertretern bürgerlicher Schichten durchaus bedrohlich erschien. Bald hatte das Revier einen Ruf als der »wilde Westen« des Kaiserreichs, in dem bürgerliche moralische Werte nicht galten und ein oftmals von Alkohol, Prostitution und anderen Lastern geprägter Alltag herrschte. Aber das Ruhrgebiet war nicht nur in moralischer Hinsicht ein Schreckgespenst des deutschen Bürgertums. Es wurde auch politisch als Hort von Unruhe und potenziellem Umstürzertum gesehen. Bereits 1889 erschütterte ein bis dahin in dieser Größe noch nicht gekannter Bergarbeiterstreik das Revier. Auch wenn die meisten Forderungen der Bergarbeiter, trotz Einmischung des jungen Kaisers, Wilhelm II., von den selbstherrlichen Unternehmern nicht erfüllt wurden, gründete sich infolge des Streiks doch eine dauerhafte Gewerkschaft, der sozialdemokratische Alte Verband, der nach 1889 die Interessen der Bergarbeiter vertrat – gegenüber renitenten Unternehmern, die einer Ideologie des »Herr-im-Hause«-Standpunkts huldigten. In weiteren großen Streikwellen 1905 und 1912 forderten die Bergarbeiter die Anerkennung ihrer Gewerkschaften, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Dabei waren sich die Proletarier der Region durchaus nicht einig in ihrer sozialen Position als Arbeiter. Sie waren ethnisch, religiös und politisch gespalten. Am wichtigsten in der Region waren die christlichen Gewerkschaften, die die katholischen Arbeiter mobilisierten. Politisch unterstützten sie die Zentrumspartei. Erst mit einigem Abstand kamen die sozialdemokratischen Arbeiter, die den Kirchen eher skeptisch gegenüber-

standen. Die polnischsprachigen Arbeiter hatten, wie bereits angedeutet, ihre eigenen Gewerkschaften und ihr eigenes Milieu.⁶

Die Erfindung des Ruhrgebiets in der Zwischenkriegszeit

War vor dem Ersten Weltkrieg das Ruhrgebiet (schwer)industrielle Herzkammer des Deutschen Reichs, das so manchem braven Bürger ein Schaudern abverlangte, so wurde das Ruhrgebiet nach dem verlorenen Weltkrieg und der Revolution von 1918/19 auch politisch immer bedeutender. Gegen den antirepublikanischen Kapp-Lüttwitz-Putsch von rechts formierte sich 1920 im Ruhrgebiet eine Rote Ruhrarmee, die für einige Wochen die Region weitgehend kontrollierte, bevor sie von rechtsgerichteten Freikorps und regulären Armeeeinheiten im Auftrag der Reichsregierung militärisch besiegt wurde. Die Rote Ruhrarmee stand für das revolutionäre Ruhrgebiet der Arbeiter – immerhin wurde die Region in der Weimarer Republik zu einer Hochburg der Anarchosyndikalisten (in dem kurzen Zeitraum zwischen 1920 und 1922) und der Kommunisten, auch wenn während der gesamten Weimarer Zeit das Zentrum die stärkste Partei im Ruhrgebiet blieb. Ihr gaben die meisten katholischen Arbeiter ihre Stimme.

1920 war nicht nur das Jahr der Roten Ruhrarmee, sondern auch das Jahr der Gründung des Siedlungsverbands Ruhrgebiet (SVR), der ins Leben gerufen wurde, um die Reparationsforderungen der Alliierten über eine Steigerung der Kohleproduktion besser erfüllen zu können. Da zu diesem Zweck weitere 600 000 Menschen im Ruhrgebiet beheimatet werden sollten, bedurfte es eines zentralen administrativen Koordinationsapparates. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte es erste Ansätze zu solch überkommunaler, regionaler Koordination gegeben, vor allem bei der Wasserhaltung. Die Emschergenossenschaft, 1889 gegründet, sollte für Unternehmen und Kommunen die Abwasserregelungen im Emschergebiet kontrollieren, um der Entstehung von Seuchen entgegenzuwirken. Wie wichtig das war, zeigte die Typhusepidemie in Gelsenkirchen 1901. Nach 1901 stellte die Emschergenossenschaft Pläne zur Abwasserreinigung im Emschergebiet auf.

In der Zwischenkriegszeit kamen einige der innovativsten und interessantesten Ideen zur Stadtplanung aus dem Ruhrgebiet. Stadtplaner wie Robert Schmidt gelten heute als Pioniere einer modernen Regionalplanung. Mit dem SVR als eigene regionale Administration war die Region auch zum ersten Mal territorial definiert. Denn wo genau das Ruhrgebiet begann und wo es endete, war von Anbeginn bis heute durchaus umstrit-

ten. Welche Stadt und welche Gemeinde gehört noch dazu, welche nicht? In der Zuständigkeit des SVR und seiner Nachfolgeorganisationen bestand und besteht bis heute die Möglichkeit, das Ruhrgebiet territorial abzugrenzen, auch wenn sich dadurch eine gewisse Unschärfe der territorialen Zugehörigkeiten nicht gänzlich vermeiden lässt.

1923 rückte das Ruhrgebiet erneut ins Blickfeld der Nation, als französische und belgische Truppen die Region besetzten, um die stockenden Reparationen des Reiches über eine direkte Kontrolle der Kohleförderung zu kompensieren.⁷ Der vom Reich ausgerufene und finanzierte passive Widerstand in der Region heizte die Inflation an, aber seine weitgehende Befolgung machte die Region zum Hort des nationalen Widerstandes gegen die alliierten Sieger des Ersten Weltkrieges und ihr verhasstes »Friedensdiktat«. Neben die wirtschaftliche Bedeutung der Region trat nun eine politische, die die Konturen der Region in der nationalen Wahrnehmung schärfte. Sie trat nun zunehmend unter dem Namen »Ruhrgebiet« auf.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gab es bedeutende Sozialreportagen, die eine Art von Entdeckungsreisen in einen im übrigen Deutschland wenig bekannten industriellen Raum darstellten. Heinrich Hausers mit zahlreichen Fotografien versehene Ruhrgebietsreportage »Schwarzes Revier«, 1928 entstanden, zeichnete eine Region, die in ihrem städtischen Alltagsleben ganz von der Schwerindustrie beherrscht war.⁸ Erik Regers Romane und Erich Grisars Fotografien waren ebenfalls auf je unterschiedliche Weise darum bemüht, das Arbeiterleben in der Region zu dokumentieren.⁹

Für die Nationalsozialisten war das Ruhrgebiet eher feindliches Terrain. Hier hatten diejenigen Milieus das Sagen, die sich den braunen Horden gegenüber am resistentesten zeigten – das katholische, sozialdemokratische und kommunistische Arbeitermilieu. Nach 1933 unterdrückten die Nationalsozialisten brutal diejenigen, die sich ihnen in den Weg gestellt hatten. Viele Arbeiterführer kamen entweder in den Konzentrationslagern um, oder sie wurden gefoltert und gedemütigt und mussten Deutschland verlassen. Aber die Nationalsozialisten bemühten sich auch, die Arbeiter mit positiven Angeboten für sich zu gewinnen. »Ehre der Arbeit« und »Schönheit der Arbeit« wurden gepriesen, die »Kraft durch Freude«-Gemeinschaft machte Freizeitangebote für junge Arbeiter, all dies gepaart mit den Versprechungen eines rassistischen Sozialstaates. Sie blieben zwar zu einem Gutteil ideologisches Blendwerk, aber sie waren für manche Arbeiter auch Verlockungen und Versprechungen auf eine bessere Zukunft. Im Zweiten Weltkrieg, als auch im Ruhrgebiet ein Heer von Zwangsarbeitern die Rüstungs- und Schwerindustrie am Laufen hielt, konnten viele deutsche

Arbeiter einen sozialen Aufstieg verbuchen, der sie zutiefst in die rassistische und unmenschliche nazistische Diktatur verwickelte.¹⁰

Auferstanden aus Ruinen – das Ruhrgebiet im Wirtschaftswunder und die europäische Einigung

Nach 1945 wollte daran niemand mehr erinnert werden. Es fiel leicht, die Erinnerung an die eigene Verstricktheit in das nationalsozialistische Unrechtsregime abzustreifen, konnte man sich doch als Opfer der Nationalsozialisten und des Krieges neu erfinden. War das Ruhrgebiet, wie andere deutsche Städte, nicht weitgehend unter dem Bombenhagel der alliierten Kriegsgegner in Schutt und Asche versunken? Hatte man nicht zahlreiche Familienangehörige im Krieg verloren? Waren nicht Millionen Deutsche am Ende des Krieges aus Ostmitteleuropa vertrieben worden und mussten nun mühsam in westdeutschen Regionen, wie dem Ruhrgebiet, integriert werden? Hatte sich nicht der sowjetische »Untermensch« bei seinem Vormarsch in Deutschland bestialisch und barbarisch ausgelebt? War die nationalsozialistische Ideologie nicht zumindest im Hinblick auf den sowjetischen Kommunismus gerechtfertigt? Wie sich deutsche Soldaten in Russland verhalten hatten, danach wurde ebenso wenig gefragt wie nach den Millionen und Abermillionen toten russischen Zivilisten im Zweiten Weltkrieg.

Im Ruhrgebiet, wie andernorts in Deutschland, konzentrierte man sich auf den Wiederaufbau. Mit alliierter Hilfe wurde das Ruhrgebiet bald zum Zentrum des bundesrepublikanischen »Wirtschaftswunders«. Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Vorläufer der Europäischen Union, avancierte die Region auch zum Schrittmacher der europäischen Einigung in der zweiten Jahrhunderthälfte. Wie bereits um 1900 wurde das Ruhrgebiet erneut zum Synonym einer Migrationsgesellschaft. Zunächst wurden viele der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten integriert, danach kamen viele Wirtschaftsflüchtlinge aus der DDR und schließlich viele »Gastarbeiter« aus Südeuropa und der Türkei. Bei allen Gruppen gab es zunächst große Probleme mit dem Zusammenleben – ähnlich wie bei den Ruhrpolen um 1900 –, aber dennoch entwickelte sich insgesamt über eine lange Zeit ein Mit- und Nebeneinander, das die multikulturelle Gesellschaft des Ruhrgebiets bis heute prägt und auch zu einer Kultur des »Leben und leben lassen« beigetragen hat, die die Menschen in der Region bis heute kennzeichnet.¹¹ Im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie verdienten weitgehend männliche Arbeiter

gutes Geld, das den Arbeiterfamilien in den 1950er Jahren eine Teilnahme an den Segnungen des wirtschaftlichen Booms erlaubte – das erste Auto, die erste Fernreise, die erste Waschmaschine, der erste Fernseher, eine verbesserte Ernährung. Es ging materiell mit dem proletarischen Milieu der Region durchaus bergauf.

Die nach 1945 neu gegründeten Einheitsgewerkschaften waren im Ruhrgebiet stark – besonders die Gewerkschaft der Bergarbeiter. Ihr Organisationsgrad lag bei über 90 Prozent, da das Formular für die Mitgliedschaft de facto häufig mit der Einstellung unterzeichnet wurde. Aber auch die IG Metall verzeichnete im Ruhrgebiet hohe Mitgliedszahlen. Politisch zeichnete sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wandel im Ruhrgebiet ab. War die Region noch in der Weimarer Republik mitnichten eine Hochburg der Sozialdemokratie, gelang es der SPD nach 1949 zur klassischen »Kümmererpartei« vor Ort zu werden. »Geh mal zu Hermann [dem lokalen Parteisekretär], der macht das schon«, wurde zum geflügelten Wort in der Region, und die starken Einheitsgewerkschaften, die eng mit der Sozialdemokratie verbündet waren, taten das ihrige, um ihre Mitglieder auf die SPD zu norden. So wurden im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre die meisten Städte und Kommunen sozialdemokratisch, und die Region trug zur Formierung der ersten sozialdemokratisch geführten Landesregierung unter Fritz Steinhoff im Jahre 1956 bei. Zwischen 1966 und 2005 stellte die SPD kontinuierlich die Ministerpräsidenten in Düsseldorf. Daran hatte das Ruhrgebiet einen wichtigen Anteil.¹²

Das Ruhrgebiet in der Deindustrialisierung – Weltmeister der Industriekultur

Das Ende des wirtschaftlichen Booms nach dem Zweiten Weltkrieg wird in der Regel auf das Jahr 1973 datiert. Doch im Ruhrgebiet kam die Krise bereits mit der sogenannten Kohlenkrise Ende der 1950er Jahre. Viele Wirtschaftsfachleute sahen zum damaligen Zeitpunkt darin noch eine zyklische Krise, die sicher bald wieder überwunden war. Im Verlauf der 1960er Jahre zeigte sich allerdings immer deutlicher, dass der Industriezweig trotz erhöhter Modernisierungsanstrengungen nicht von allein den Weg aus der Krise finden würde. Es kam zu ersten Zechenschließungen, und die mächtige Bergarbeitergewerkschaft organisierte Massendemonstrationen unter schwarzen Fahnen. Die schwarzen Fahnen an der Ruhr regten bei einigen Politikern Erinnerungen an die militanten Kämpfe der Zwischenkriegszeit. Doch die industriellen Beziehungen und die politi-

sche Kultur in der Region hatten sich massiv gewandelt. Die starke Versäulung in politische Milieus hatte sich aufgelöst, und die konfrontative Haltung der schwerindustriellen Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften war einer kooperativen korporatistischen Haltung gewichen. Der »rheinische Kapitalismus« hatte sich im Ruhrgebiet nahezu in Reinform ausgeprägt, sodass Unternehmer, Gewerkschaften und staatliche Institutionen gemeinsam überlegten, wie man mit der Krise umgehen wollte. Das Resultat war die Zusammenführung aller Steinkohlezechen in der 1969 gegründeten Ruhrkohle AG (RAG), die mithilfe einer auf Jahrzehnte angelegten Subventionspolitik für die deutsche Steinkohle weiterexistieren konnte. So erfolgte ein geregelter Stellenabbau und die zunehmende Schließung von Zechen, ohne dass ein einziger Bergarbeiter »ins Bergfreie« gefallen wäre.¹³

Als die Stahlindustrie in den 1970er Jahren in die Krise rutschte, hatten sich die wirtschaftlichen Bedingungen für eine solche korporatistische Lösung bereits wesentlich verschlechtert. Aber auch hier endeten ikonische Arbeitskämpfe, wie in Hattingen 1986/87 oder in Duisburg-Rheinhausen ab 1987, mit generösen Sozialplänen und politisch abgedeckten Versuchen, den Arbeitern zu helfen, neue Arbeit zu finden, nicht zuletzt dadurch, dass neue Industrien im Ruhrgebiet angesiedelt wurden. Ein starker Sozialstaat und starke Gewerkschaften planten einen wirtschaftlichen Strukturwandel, der die Region, anders als andere schwerindustrielle Ballungsräume in der westlichen Welt, nicht zu einer postindustriellen Wüstenlandschaft mit schweren sozialen Verwerfungen abrutschen ließ. Vergleicht man das Ruhrgebiet mit dem *rust belt* der USA oder mit den zahlreichen schwerindustriellen Ballungsräumen Großbritanniens, wird der Erfolg des Strukturwandels im Ruhrgebiet sehr deutlich.¹⁴

Die Kohle- und Stahlindustrie hatten das Antlitz der Region seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dominiert. Mit der Schließung von Zechen und Stahlwerken wurden nun riesige Flächen in der Region frei, die zudem oftmals mitten in den städtischen Ballungsgebieten lagen. Wie sollte man damit umgehen? Auf einigen dieser Flächen zogen neue Industrien ein. So siedelte sich bereits in den 1960er Jahren das Bochumer Opel-Werk, 2014 wieder geschlossen, auf einem ehemaligen Zechenstandort an. Doch der Abrisshammer wurde nicht überall willkommen geheißen. Massiver Protest formierte sich Ende der 1960er Jahre gegen den Abriss der Maschinenhalle auf Zeche Zollern in Dortmund – einem Juwel des Jugendstils. Es waren in der Tat Kunsthistoriker, die gemeinsam mit Stadtplanern, Konservatoren, Hochschullehrern und Intellektuellen erfolgreich gegen den Abriss zu Felde zogen. Vielerorts gründeten sich Geschichtsbewegun-

gen von unten, die sich für den Erhalt industriekultureller Landschaften einsetzten. Der Kampf um den Erhalt der Arbeitersiedlung Eisenheim in Oberhausen war ein wichtiger Meilenstein dieser Bewegung. Eine Allianz aus Intellektuellen und linken Stadtplanern, allen voran Roland Günter, mit den in der Arbeitersiedlung ansässigen Arbeitern konnte schließlich die lokale Politik davon überzeugen, dass eine Modernisierung und Erhaltung der Siedlung einem Abriss vorzuziehen sei.¹⁵

Diese Überzeugungsarbeit war oftmals schwierig. Noch bei der Schließung der Zeche Zollverein in Essen 1986 wollte die RAG den möglichst schnellen Abriss und die Sanierung des Geländes, um Kosten zu senken und Neues zu planen. Auch die Gewerkschaften waren in den 1970er und 1980er Jahren kaum Freunde der Industriekultur, ging es ihnen doch vorrangig um den Erhalt von Arbeitsplätzen, nicht um ihre Musealisierung. Doch die soziale Bewegung von unten fand mächtige politische Verbündete, vor allem in der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Bauminister Christoph Zöpel integrierte die Idee des Erhalts industriekultureller Landschaften in eine moderne Konzeption von Stadtplanung, die vom Betonbrutalismus der 1960er Jahre Abschied nahm. Auf ihn geht unter anderem die Entscheidung zurück, Zollverein unter Denkmalschutz zu stellen und damit die Zerstörung des heutigen Weltkulturerbes zu verhindern. Unter der sozialdemokratischen Regierung von Johannes Rau Ende der 1970er Jahre avancierte die Industriekultur zur Leitkultur des Ruhrgebiets. Sie konnte konstruiert werden als die Kultur »des kleinen Mannes«, des »aufrechten Arbeiters« und der »einfachen Leute«, unter denen die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet die meisten Wähler hatte. Die Sozialdemokratie profilierte sich als erfolgreicher Gestalter des Strukturwandels unter Beibehaltung vieler industriekultureller Standorte, die zu Museen und Landschaftsparks transformiert oder anderen Neunutzungen zugeführt wurden.

Besonders das Dekadenprojekt der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park in den 1990er Jahren etablierte die Industriekultur im Erinnerungshaushalt der Region. Der Gasometer in Oberhausen, der Landschaftspark Nord in Duisburg, die Jahrhunderthalle in Bochum – sie alle und viele andere industriekulturelle Ikonen des Reviers haben ihren Ursprung in der IBA. Ihr Konstrukteur, Karl Ganser, hatte die Fähigkeit, Bündnisse zu schließen und Gelder aufzutreiben für Dutzende von industriekulturellen Projekten, die auch die Ästhetik der Industriekultur in der Region verankerte. Es gab wichtige Vorläufer, etwa die Fotografien von Bernd und Hilla Becher, von Chargesheimer und von Albert Renger-Patzsch, auf deren Visualisierungen Ganser ebenso aufbauen konnte wie auf der starken Geschichtskulturbewegung von unten. Der IBA gelang es

auch, die Unternehmer und die Gewerkschaften von der Industriekultur zu überzeugen. So formierte sich in und seit den 1990er Jahren eine überaus einheitliche Erinnerungslandschaft mit mächtigen Erinnerungsakteuren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Industriekultur wurde zur Sache des rheinischen Kapitalismus.¹⁶

Startete die Industriekultur in den 1970er Jahren als sozialdemokratisches Projekt, so ist sie spätestens seit den 1990er Jahren zu einem überparteilichen Interesse geworden. Christdemokratisch geführte Landesregierungen sind ihr ebenso verbunden wie sozialdemokratische. Die RAG und die RAG-Stiftung haben sich zu wichtigen Förderern einer vor allem dem Erbe des Bergbaus verpflichteten Industriekultur entwickelt. Die Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur, die auf Initiative der RAG und des Landes NRW 1995 gegründet wurde, vereint unter ihrem Dach wichtige denkmalgeschützte Industrieanlagen des Bergbaus. Das Ruhrmuseum in Essen ist seit seinem Einzug auf der einstigen Kohlenwaschanlage auf Zeche Zollverein zu einem der besten Regionalmuseen der Bundesrepublik geworden, das den industriekulturellen Konsens in seiner Dauerausstellung ebenso nach- wie eindrücklich inszeniert. Die Industriemuseen der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland sind auch international außergewöhnlich beeindruckende Museen, die wesentlich zur Institutionalisierung der kulturellen Industrie-Erinnerungslandschaft Ruhrgebiet beigetragen haben. Nach wie vor gibt es in der Region eine der lebendigsten Geschichtskulturen der Bundesrepublik, in der sich Engagement »von unten« verbindet mit zahlreichen Fördermöglichkeiten von oben und einer kooperativen Kultur des Miteinanders.

Mittlerweile kommen Delegationen nicht nur aus anderen europäischen postindustriellen Ballungsräumen, sondern aus der ganzen Welt, besonders viele derzeit aus China, um sich über Strukturwandel und Industriekultur im Ruhrgebiet zu informieren und zu lernen von einem weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus so wahrgenommen Erfolgsmodell.¹⁷ Die Pioniere der Etablierung einer industriekulturellen Erinnerungslandschaft, wie der Gründungsdirektor des Ruhrmuseums, Ulrich Borsdorf, sind international zu gefragten Beratern geworden, wenn es um industriekulturelle Transformationen geht. Als einer der wichtigsten Förderer von industriekulturellen Erinnerungslandschaften fungiert der Regionalverband Ruhr (RVR), die heutige Nachfolgeorganisation des 1920 gegründeten SVR. Mit der gemeinsam mit dem Land NRW umgesetzten Route der Industriekultur hat er international Maßstäbe gesetzt und wesentlich zur Etablierung der Europäischen Route der Industriekultur beigetragen. 7,25 Millionen Besucher pro Jahr zählte die Route der Industriekultur im

Ruhrgebiet 2018; sie sichert mittlerweile 6 000 Stellen und ist zum Aushängeschild der Tourismusindustrie in der Region geworden.¹⁸

Die Zukunft des Ruhrgebiets

Liegt die Zukunft des Ruhrgebiets also in einem industriellen *theme park*? Erschöpft sich die Industriekultur in einem cleveren *region branding*, das neue Touristenströme in die Region bringt? Ist die Ästhetisierung von Kohle und Stahl nicht auch eine Verhöhnung derjenigen, die im Bergwerk und auf der Hütte eine äußerst dreckige, gesundheitsgefährdende, gefährliche und oftmals ungeliebte Arbeit machen mussten? Ist die Kommerzialisierung und Kommodifizierung von Industriekultur eine neoliberale Strategie der Enteignung derjenigen, die diese Kultur hervorgebracht haben?

Im nördlichen Ruhrgebiet wählen in einigen Regionen heute bis zu 17 Prozent die rechtspopulistische AfD. Es sind dies die Regionen, die die höchsten Arbeitslosenzahlen aufweisen, in denen die meisten Hartz-IV-Empfänger wohnen, wo beinahe jedes zweite Kind in relativer Armut aufwächst. Hier gibt es viele, die am erfolgreichen Strukturwandel nicht partizipiert haben oder zumindest diesen Eindruck haben. Die AfD ist in ihren Hochburgen, ebenso wie Donald Trump im *rust belt* der USA oder die Rassemblement (bis Juni 2018: Front) National im Nord-Pas-de-Calais in Frankreich, Hoffnungsträger von sozial abgehängten Schichten. Die etablierten Parteien stehen hier vor einer politischen Herausforderung: Es gilt, einen neuen Solidarpakt zu schmieden, der die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer breiter werden lässt. Die industriegulturelle Verankerung der kollektiven Erinnerung in der Region bietet hier wichtige Ressourcen, steht sie doch für eine positive Erinnerung an Solidarität und die Werte sozialer Demokratie, die weit über die Sozialdemokratische Partei hinausreichen, auch wenn die SPD historisch die vielleicht beste Inkarnation dieser Idee war. Nicht umsonst warb die AfD im Ruhrgebiet mit einem Plakat eines ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten, der zur AfD übergelaufen war, im Kittel des Bergmanns, mit den Worten: »Im Herzen Sozi. Deshalb bei der AfD«.

Doch der Rechtspopulismus ist nicht die einzige Herausforderung für das heutige Ruhrgebiet.¹⁹ Die Region, mitsamt ihrem Namen, ist ein Produkt der Industrialisierung. Mit dem Ende des Bergbaus 2018 und dem absehbaren Ende des Stahls im nächsten Jahrzehnt verliert die Region die Grundlagen, die sie überhaupt zu einer Region gemacht haben. Wäre es nicht logisch, wenn dann auch die Region zu einem Ende käme? In ihren

älteren Zeitschichten hat sich eine wichtige Trennlinie erhalten, die heute noch das Ruhrgebiet sichtbar durchzieht – die Trennlinie zwischen dem Rheinland und Westfalen. Die Stadt Dortmund identifiziert sich (nicht erst seit heute) stark mit dem angrenzenden westfälischen Umland. Am anderen Ende des Ruhrgebiets, in Duisburg, fühlen sich viele eng mit dem Niederrhein verbunden. Im Norden des Ruhrgebiets ist man fast Münsterländer, und im Süden, im grünen Ruhrtal, blickt man auf die sanften Hügel des Bergischen Landes. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass das Ruhrgebiet auch im 21. Jahrhundert Ruhrgebiet bleiben wird. Dennoch stehen die Chancen nicht schlecht. Das industriekulturelle Narrativ ist mittlerweile zu einem wichtigen identitären Bindemittel geworden, das die Menschen im Ruhrgebiet zusammenhält. Auf dem Gasometer in Oberhausen stehend, finden hier viele, dass das Ruhrgebiet »ne geile Gegend« ist – insofern hat die Industriekultur ohne Frage die regionale Identität maßgeblich geprägt.

Allerdings wäre zu fragen: Wessen regionale Identität? Die meisten Personen, die sich hier angesprochen fühlen, inklusive des Autors, gehören wohl mittlerweile zum neuen Bürgertum, das die Region mental dominiert. Ausgebildet weitgehend an der diversifizierten Hochschullandschaft der Region, die sich seit Gründung der Ruhr-Universität Bochum 1965 herausgebildet hat und die wohl die mit Abstand größte Erfolgsgeschichte des Strukturwandels darstellt, muss dieses neue Funktionsbürgertum nicht weit schauen, um in der eigenen Familie Berg- und Stahlarbeiter zu entdecken. Hier mischt sich das Familiengedächtnis mit dem regionalen Gedächtnis, wie es in der Industriekultur verankert ist. So ist es nicht überraschend, wenn die Industriekultur ihre begeistertsten Verfechter in den Reihen dieses Bürgertums findet. Sie pilgern zu den Klavier- und Theaterfestivals, die in den industriekulturellen Stätten behaust sind, und sie nutzen die Radfahrtschnellwege auf ehemaligen Erzbahntrassen und ergötzen sich an der auf ehemaligen Halden prominent ausgestellten Skulpturen. Sie können sich abends in ihre Designermöbel sinken lassen und bei einem guten Glas Wein, wo die Flasche nicht unter fünf Euro kosten darf, gegenseitig beteuern, wie weit man in der Region und mit der Region gekommen sei.

In ihrem mentalen Horizont wird Industriekultur so zur depolitisierten Selbstbestätigung. Das wird allerdings für die Zukunft kaum ausreichen. Vielleicht ist es an der Zeit, die überbordende Industriekultur der Region wieder zu politisieren und sie zu einer agonalen Erinnerungskultur zu formen,²⁰ aus der politische Konsequenzen zu ziehen sind. Diese Kultur steht nämlich für Werte und Normen, die eine solidarische Gesell-

schaft anmahnen, in der soziale Gleichheit keine bloße Worthülse ist und in der das Versprechen von sozialem Aufstieg nicht auf Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern beruht. Es lohnt sich, um die Politik der Zukunft zu streiten, und in diesem Streit ist die Industriekultur der Region eine wichtige Ressource. Geht man dem Streit aus dem Weg, überlässt man das Feld den Rechtspopulisten.

Der Beitrag erschien erstmals in der APuZ-Ausgabe 1-3/2019 »Ruhrgebiet« vom 7. Januar 2019.

Anmerkungen

- 1 Frank Goosen, »Ey, Kundschaft«, 7.1.2010, www.zeit.de/2010/02/Ruhrgebiet.
- 2 Dies ist auch das Hauptergebnis einer breit angelegten Studie zu den Erinnerungsräumen im Ruhrgebiet, deren Ergebnisse veröffentlicht sind in Stefan Berger et al. (Hrsg.), *Zeit-Räume Ruhr. Die Erinnerungsorte des Ruhrgebiets*, Essen 2019.
- 3 Der Hellweg war eine wichtige mittelalterliche Heer- und Handelsstraße.
- 4 Vgl. Franz-J. Brüggemeier, *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute*, München 2018.
- 5 Vgl. Christoph Kleßmann, *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet, 1870–1945: Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Göttingen 1978.
- 6 Zu Geschichte und Entwicklung des Ruhrgebiets allgemein siehe Wolfgang Köllmann et al. (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter*, 2 Bde., Düsseldorf 1990.
- 7 Vgl. Conan Fischer, *The Ruhr Crisis, 1923–1924*, Oxford 2003.
- 8 Vgl. Heinrich Hauser, *Schwarzes Revier*, hrsg. von Barbara Weidle, Bonn 2010.
- 9 Vgl. Matthias Uecker, *Der Publizist als Romancier. Erik Regers Ruhrgebiets-Romane*, in: Konrad Ehlich/Wilhelm Elmer/Rainer Noltenius (Hrsg.), *Sprache und Literatur an der Ruhr*, Essen 19972, S. 167–182; Erich Grisar, *Ruhrgebietsfotografien 1928–1933*, hrsg. von Heinrich Theodor Grütter et al., Essen 2016.
- 10 Vgl. Hans-Christoph Seidel, *Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg: Zechen, Bergarbeiter, Zwangsarbeiter*, Essen 2010; siehe auch Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933–1939*, Bonn 1999; ders., *In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939–1945*, Bonn 2014.
- 11 Vgl. Hans-Christoph Seidel, *Die Bergbaugewerkschaft und die »Gastarbeiter«*. Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1/2014, S. 35–68.
- 12 Vgl. Jürgen Mittag/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Versöhnen statt Spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte*, Oberhausen 2007.
- 13 Das Projekt »Menschen im Bergbau« (Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bergbau-Museum) bereitet eine *oral history* der RAG vor. Siehe <https://menschen-im-bergbau.de>.

- 14 Vgl. Christian Wicke/Stefan Berger/Jana Golombek (Hrsg.), *Industrial Heritage and Regional Identities*, London 2018.
- 15 Vgl. Janne und Roland Günter, »Sprechende Straßen« in Eisenheim, Essen 1999.
- 16 Vgl. Heiderose Kilper, *Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Studie zur Steuerungsproblematik komplexer Erneuerungsprozesse in einer alten Industrieregion*, Wiesbaden 1999.
- 17 Vgl. Stefan Goch, *Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet*, Essen 2002.
- 18 Vgl. Michael Kohlstadt, *Auf Augenhöhe mit dem Eiffelturm*, 13.11.2018, www.nrz.de/politik/auf-augenhoehe-mit-dem-eiffelturm-id215789997.html.
- 19 Vgl. Jörg Bogumil et al., *Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet*, Essen 2012.
- 20 Vgl. Anna Cento Bull/Hans Lauge Hansen, *On Agonistic Memory*, in: *Memory Studies* 4/2015, S. 390–404. Eine Anwendung auf das Ruhrgebiet versucht Stefan Berger, *Industrial Heritage and the Ambiguities of Nostalgia for an Industrial Past in the Ruhr Valley, Germany*, in: *Labor* 1/2019, S. 36–64.

Juliane Czierpka

Der Ruhrbergbau

Von der Industrialisierung bis zur Kohlenkrise

Der Ruhrbergbau, also der Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet, nahm der Legende nach seinen Anfang, als ein Hirtenjunge an der Ruhr morgens unter seinem abgebrannten Lagerfeuer glimmende Steine entdeckte.¹ Diese Geschichte der Entdeckung der Steinkohlen im südlichen Bereich des Ruhrgebiets lässt sich weder datieren noch verifizieren, belegen lässt sich allerdings der vorindustrielle Bergbau in just diesem Gebiet und die enorm starke Zunahme der Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet während der Industrialisierung. Das Wachstum von Ruhrbergbau und Eisen- und Stahlindustrie im 19. Jahrhundert machte das Ruhrgebiet zu der wichtigsten Montanregion Europas. Die Bedeutung des Ruhrgebiets beschränkte sich dabei nicht auf die wirtschaftliche Ebene, vielmehr war die Region auch immer von hoher politischer Relevanz. Zum einen bildete der Ruhrbergbau lange Zeit die Basis für die Versorgung von Bevölkerung und Industrie weit über die Grenzen der Region hinaus, und zum anderen war das Ruhrgebiet ein Kernstück der deutschen Rüstungsindustrie in den Weltkriegen. Im Versailler Vertrag kam dem Ruhrbergbau eine ebenso hohe Bedeutung zu wie in den Plänen zur europäischen Einigung und den Deutschlandpolitiken der Alliierten nach 1945. Der Niedergang nahm mit der Kohlenkrise von 1957 seinen Anfang und ließ den Ruhrbergbau in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit stürzen, sodass die Schließung der letzten Zeche im Dezember 2018 ein symbolischer Akt ohne Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft bleibt.

Der Beitrag zeigt im Folgenden das starke Wachstum des Ruhrbergbaus während der Industrialisierung und dessen hohe Bedeutung am Vorabend des Ersten Weltkrieges, um dann auf die Rolle des Bergbaus an der Ruhr in beiden Weltkriegen und bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einzugehen und sich über die Kohlenkrise dem Ende des Ruhrbergbaus zu nähern.

Der Ruhrbergbau in der Europäischen Industrialisierung

Dem Ruhrgebiet kam fraglos eine führende Rolle im Prozess der Industrialisierung zu, auch wenn diese im Ruhrgebiet relativ spät begonnen hatte. Während in Großbritannien in der Mitte des 18. Jahrhunderts jährlich über fünf Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert wurden und bis 1780 bereits 455 Dampfmaschinen zur Wasserhaltung errichtet worden waren, wurden im Ruhrgebiet in den 1760ern etwa 55 000 Tonnen Steinkohlen gefördert, die erste Dampfmaschine nahm hier 1799 ihren Betrieb auf.² Der größte Teil der an der Ruhr gewonnenen Steinkohlen wurde von den Salinen im nahen Umland nachgefragt, Teile aber auch über Ruhr und Rhein in weiter entfernte Gebiete transportiert.³ In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich diese Entwicklung fort. Die Steinkohlenförderung nahm stetig zu und lag in der Jahrhundertmitte bei 1,6 Millionen Tonnen im Jahr. Dennoch blieb die jährliche Förderung weit hinter derjenigen der großen britischen und belgischen Montanreviere zurück.⁴

In die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fielen einige Entwicklungen und Ereignisse, die von großer Bedeutung für das spätere Wachstum des Ruhrgebiets waren. So gelang 1830 erstmals die Durchdringung der wasserführenden Mergelschicht, wodurch der Abbau der tieferliegenden Flöze im nördlichen Bereich der Region möglich wurde. Hierdurch konnten die Zechen von der Ruhrzone aus in die Hellwegzone⁵ vordringen – der Bergbau begann seine Nordwanderung, die ihn im weiteren Verlauf auch in die Emscher- und Lippezone führen sollte. Die nun tieferen Anlagen führten auch dazu, dass verstärkt Dampfmaschinen eingesetzt wurden.⁶ Zugleich begann sich in der Region eine moderne, auf Steinkohlen basierende Eisenindustrie zu entwickeln, die starke Nachfrageimpulse auf den Ruhrbergbau auslöste. Auch der Bau der ersten Eisenbahnstrecke im Ruhrgebiet fiel in die späte erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, allerdings verlief die Strecke der 1847 fertiggestellten Köln-Mindener-Eisenbahn nördlich der Hellwegzone durch bisher brachliegendes Gebiet. Dies verzögerte den Anschluss der meisten Hellwegstädte, jedoch förderte die Streckenführung die Erschließung und industrielle Entwicklung der Emscherzone.⁷

Mit der Nordwanderung der Zechen veränderte sich auch die Qualität der abgebauten Steinkohlen. Die nun geförderten Fettkohlen eigneten sich sehr gut zur Verkokung und damit zur Verwendung im Hochofen. Nach der Inbetriebnahme des ersten Kokshochofens in der Region in der Mitte des Jahrhunderts kam es zu einer raschen Ausbreitung der Kokshochöfen und einer damit einhergehenden starken Zunahme der Roheisenproduktion. Eine Verdrängung der Holzkohle als Energieträger lässt sich auch bei

der Erzeugung von Stabeisen⁸ beobachten. Waren zehn Jahre zuvor noch etwa 17 Prozent des Stabeisens mit Holzkohle gefrischt worden, wurde 1860 der überwiegende Teil des Stabeisens gepuddelt – also unter Nutzung von Steinkohle entkohlt. Das starke Wachstum der Eisenindustrie führte zu einer verstärkten Nachfrage nach Steinkohlen. So verdreifachte sich die geförderte Menge in den 1850er Jahren auf etwa fünf Millionen Tonnen 1861. Damit überholte das Ruhrgebiet die belgischen Reviere und einige der vormals führenden britischen Reviere, in denen das Wachstum bereits nachließ. Mit den in den großen britischen Revieren geförderten Mengen konnte das Ruhrgebiet jedoch auch 1860 noch nicht mithalten.⁹ Durch die Nutzung neuer Verfahren kam es nach 1860 zu einem starken Anstieg der Eisen- und Stahlproduktion und in deren Folge auch zu einer deutlichen Zunahme der Steinkohlenförderung. 1913 wurden im Ruhrbergbau über 114 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert – das entsprach in etwa 40 Prozent der gesamten britischen Förderung in diesem Jahr.¹⁰

Mit der Nordwanderung der Zechen stieg auch die Tiefe der Schächte, wodurch sich die Größe der Unternehmungen und die Anforderungen an die Technik, aber auch an die Betriebsorganisation veränderten. Mit der wachsenden Förderung in der Dekade nach 1850 ging auch eine verstärkte Gründungsstätigkeit einher, die zu der Entstehung einer Vielzahl von Aktiengesellschaften führte, durch die eine Finanzierung der neuen Tiefbauzechen möglich wurde. In den 1870er Jahren kam es zu einer weiteren Periode verstärkter Unternehmensgründungen und zu einer Zunahme der Zusammenschlüsse einzelner Bergbauunternehmen. Zugleich kam es auch zu einer vertikalen Konzentration, also der Zusammenfassung unterschiedlicher Produktionsstufen in einem Unternehmen. Hierdurch entstanden die für das Ruhrgebiet typischen Großunternehmen mit ihrer engen Verflechtung zwischen den verschiedenen Teilbereichen der Montanindustrie – die Verbundwirtschaft. Ende des 19. Jahrhunderts kam es zudem zu einer Kartellierung des Ruhrbergbaus, dessen Zechen sich – nachdem vorherige Zusammenschlüsse nicht von Dauer gewesen waren – im Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat (RWKS) zusammenschlossen.¹¹

Das starke Wachstum der Montanindustrie im Ruhrgebiet wurde begleitet von einer starken Zuwanderung von Arbeitskräften, wodurch sich die Bevölkerung der Städte vervielfachte. So wuchs Dortmund von etwa 10 000 Einwohnern in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf über 44 000 Einwohner zu Beginn der 1870er Jahre und 144 374 Einwohner zur Jahrhundertwende.¹²

Der Ruhrbergbau in den Weltkriegen und der Zwischenkriegszeit

Der Kriegsbeginn 1914 führte zu Engpässen bei der Eisenbahn, wodurch der Schwerindustrie im Ruhrgebiet nicht in ausreichendem Maße rollendes Material zur Verfügung stand. In Verbindung mit einem konjunkturell bedingten Rückgang in dem Winter vor Kriegsausbruch sank die Fördermenge um etwa 16 Millionen Tonnen auf 98 Millionen Tonnen im Jahr 1914. Erst 1927 erreichte die Förderung im Ruhrbergbau wieder den Stand von 1913. Infolge der Einberufung von Bergarbeitern ging die Belegschaft der Ruhrzechen in den ersten Kriegsjahren stark zurück. Dieser Rückgang konnte erst etwa zwei Jahre nach Kriegsbeginn durch die Anwerbung von niederländischen und belgischen Arbeitskräften und den Einsatz von Kriegsgefangenen kompensiert werden. Trotz der hohen Bedeutung des Ruhrbergbaus für die Kriegswirtschaft – 1913 kamen etwa 60 Prozent der im Reich geförderten Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet – gelang es den Zechenunternehmen, ihre unternehmerische Unabhängigkeit auch in der Kriegswirtschaft zu wahren, indem sie die vom Staat geforderten Ziele über das RWKS umsetzten und so eine direkte Lenkung durch staatliche Stellen überflüssig machten.¹³

Durch den Versailler Vertrag stieg die Bedeutung der Ruhrkohle in doppelter Hinsicht. Zum einen erlangte das Ruhrrevier durch die Gebietsabtretungen – das Deutsche Reich verlor die Reviere an der Saar und in Elsass-Lothringen sowie Teile des oberschlesischen Reviers – einen noch höheren Stellenwert in der nationalen Kohlenwirtschaft. Zum anderen waren die Ruhrkohlen ein wichtiger Teil der zu leistenden Reparationen und in dieser Funktion auch der Auslöser für die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen. Die Ruhrbesetzung wiederum beschleunigte die ohnehin schon hohe Inflation weiter, die so zu einer Hyperinflation wurde. Die französische Regierung hatte mit Unterstützung der belgischen und der italienischen Verantwortlichen der deutschen Regierung vorgeworfen, ihren Kohlelieferungen nicht nachgekommen zu sein, die Entsendung internationaler Kontrolleure in das Ruhrgebiet verlangt und war schlussendlich in dieses einmarschiert. Die Finanzierung des passiven Widerstands an der Ruhr und die Importe britischer Kohle, die zur Deckung der inländischen Steinkohlennachfrage nötig wurden, führten das Reich dann in die Hyperinflation.¹⁴

Nach der Währungsreform 1924 und dem Ende der Ruhrbesetzung 1925 stand der Ruhrbergbau wirtschaftlich deutlich besser da als die übrigen europäischen Reviere. Die als Reparationen gelieferten Ruhrkohlen

erschwerten den Absatz der aus diesen Revieren stammenden Steinkohlen, während die deutsche Regierung nach der Freigabe der Zollpolitik die Einfuhr britischer Kohlen kontingentierte und sich die Ruhrkohle aufgrund der Reparationen nicht über Absatzprobleme beklagen konnte.¹⁵ Dies und die Gebietsverluste führten dazu, dass 1925 drei Viertel aller im Deutschen Reich geförderten Steinkohlen aus dem Ruhrrevier stammten.¹⁶ Allerdings zeigten sich zu dieser Zeit strukturelle Probleme des Ruhrbergbaus – namentlich die Konkurrenz der Braunkohle auf verschiedenen Märkten, der Wettbewerb mit neu aufsteigenden Steinkohlenrevieren auf den verbleibenden Märkten und die Verschiebung der Absatzmärkte infolge der Gebietsabtretungen sowie ein auf technologischem Fortschritt beruhender Rückgang der industriellen Nachfrage. Entsprechend stand die zweite Hälfte der 1920er Jahre im Zeichen einer Modernisierung und Rationalisierung des Ruhrbergbaus, die sich unter anderem in einem Anstieg der maschinell geförderten Steinkohle auf 66 Prozent zeigte – vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges hatte dieser Wert bei zwei Prozent gelegen.¹⁷

Nur wenige Jahre später traf die Weltwirtschaftskrise das Ruhrgebiet – zwar mit leichter Verzögerung, dafür jedoch umso stärker. Im Deutschen Reich fiel die Industrieproduktion um 40 Prozent, entsprechend schwerwiegend waren die Auswirkungen im schwerindustriell geprägten Ruhrgebiet. Hier fiel der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Handwerk von knapp 60 Prozent im Jahr 1925 auf etwa 30 Prozent im Jahr 1933, während zugleich über ein Viertel der Beschäftigten erwerbslos wurde. Die Belegschaft im Ruhrbergbau schrumpfte zwischen 1929 und 1932 von knapp 353 000 auf 190 000 Beschäftigte, während die Fördermenge von über 123 Millionen Tonnen im Jahr 1929 auf knapp 74 Millionen Tonnen im Jahr 1932 sank, bevor 1933 eine erste Erholung einsetzte, die aber deutlich länger andauerte als in anderen Branchen.¹⁸

Auch wenn die jährliche Kohlenförderung erst 1937 wieder über den Wert von 1929 stieg, blieb die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Ruhrreviers unbestritten.¹⁹ Im Rahmen des Vierjahresplans bildete die Steinkohle, und damit vor allen anderen Revieren die Ruhrkohle, die Basis der Rüstungs- und Autarkiewirtschaft. Zudem kam der Ruhrkohle aufgrund ihrer Exportstärke eine wichtige Rolle für die Devisenbeschaffung zu.²⁰ Die Zechenbesitzer an der Ruhr scheuten jedoch größere Investitionen in den Ausbau ihrer Anlagen – Mittel für staatliche Investitionen waren für den Steinkohlenbergbau nicht vorgesehen – und bevorzugten eine Steigerung der geförderten Mengen durch eine Ausweitung der Belegschaft. Vor dem Hintergrund der durch die Aufrüstung und die Autarkiebestrebungen ausgelösten Hochkonjunktur misslang jedoch nicht nur

die Anwerbung neuer Arbeitskräfte, vielmehr musste der Ruhrbergbau eine starke Abwanderung der Beschäftigten hinnehmen.²¹ Erleichterung brachte weder die Schichtzeitverlängerung noch die Anwerbung in- und ausländischer Arbeitskräfte, sodass der Arbeitskräftemangel bis Kriegsbeginn nicht behoben werden konnte. Anders als zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurden Förderung und Transport der Ruhrkohlen 1939 nicht durch die Mobilmachung und Einberufung gestört. Allerdings wurden auch Teile der Belegschaft der Zechen eingezogen, sodass sich der Mangel an Bergleuten weiter verschärfte. In der Folge kam es zu einer Anwerbung ausländischer Zivilarbeiter. Im weiteren Kriegsverlauf wurden massiv Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in den Ruhrzechen eingesetzt.²²

Bis Anfang der 1940er Jahre gelang den Ruhrzechen eine Steigerung ihrer Förderung. Nachdem 1941 mit fast 130 Millionen Tonnen fast der Spitzenwert aus dem Jahr 1939 erreicht wurde, sank die Fördermenge in den kommenden beiden Jahren jedoch leicht und stürzte dann 1944 auf etwa 111 Millionen und 1945 auf 33 Millionen Tonnen.²³ Diese Zahlen spiegeln den Zusammenbruch der Kohlewirtschaft Ende 1944 wider. Infolge konzentrierter Luftangriffe gegen die Verkehrsinfrastruktur des Ruhrgebiets im Herbst 1944 war ein Transport von Gütern aus dem Ruhrgebiet in die übrigen Teile des Reichs ab Oktober faktisch nicht mehr möglich. So konnten selbst die geringen Fördermengen der letzten Kriegsmonate nicht mehr an die Verbraucher geliefert, geschweige denn nach Dringlichkeit verteilt werden.²⁴

Der Ruhrbergbau nach dem Zweiten Weltkrieg

War der Ruhrbergbau eine Basis der Kriegswirtschaft, kam ihm nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik zu. Unmittelbar nachdem der Krieg im Ruhrgebiet im April 1945 geendet hatte, waren jedoch zuerst einige Schwierigkeiten zu überwinden. Während die Zechen von Kriegsschäden verhältnismäßig gering betroffen waren, waren große Teile des Wohnraums im Ruhrgebiet zerstört. Mit dem Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft im Winter 1944/45 war auch die Versorgung der Einwohner im Ruhrgebiet zusammengebrochen, sodass weder ausreichend Wohnraum noch Lebensmittel für die ohnehin stark dezimierte Bevölkerung zur Verfügung standen.²⁵ Während sich die Menschen auf zu wenig Wohnraum drängten, mangelte es den Zechen nach der Befreiung der Zwangsarbeiter an Arbeitskräften. Verschiedene Anwerbe- und

Zwangsverpflichtungsmaßnahmen der Alliierten blieben ohne Wirkung, was nicht zuletzt an der weiterhin schlechten Ernährungslage im Ruhrgebiet lag, die zudem die Förderleistung der Bergarbeiter beeinträchtigte. Erst Ende der 1940er Jahre stellten sich erste Erfolge ein, die jedoch mit der ohnehin starken Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einhergingen.²⁶ Negativen Einfluss auf die Förderleistung des Ruhrbergbaus hatte auch der während der Kriegsjahre betriebene Raubbau, bei dem sich der Abbau auf die leicht zu gewinnenden Flöze konzentriert hatte. Aufgrund der lange Zeit ungeklärten Eigentumsverhältnisse im Ruhrbergbau und des staatlich festgesetzten Kohlepreises verzögerten sich zudem dringend nötige Investitionen, sodass die Entwicklung des Ruhrbergbaus Anfang der 1950er Jahre hinter der anderer Branchen zurückblieb.²⁷

Die Organisation des Ruhrbergbaus hatten die Alliierten mit der Gründung der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) 1947 und des Deutschen Kohlen-Verkauf (DKV) weitestgehend in die Hände der Deutschen gelegt. Zuvor hatte die britische Militärregierung, die außerdem die Liquidation des RWKS verfügt hatte, verschiedene Kontroll- und Verteilungsstrukturen geschaffen, bis der operative Teil 1948 an den DKV übergeben wurde, der fortan als zentrale Verkaufs- und Vertriebsorganisation für Steinkohlen fungierte.²⁸ Vor dem Hintergrund der immer moderater werdenden Deutschlandpolitiken der Briten und US-Amerikaner fürchteten die Franzosen einen Verlust der Kontrolle über das Ruhrgebiet und seine Schwerindustrie. Zum einen trieb die Franzosen die Angst vor einer erneuten Aufrüstung Deutschlands, zum anderen war die französische Stahlindustrie von den Koks kohlen aus dem Ruhrrevier abhängig. Als sich abzeichnete, dass die übrigen westlichen Alliierten an einer strengen Fortführung der Kontrollen nicht interessiert waren, änderte die französische Regierung ihre Strategie, und Außenminister Robert Schuman stellte im Mai 1950 seine Vision einer europäischen Montanunion vor. Bundeskanzler Konrad Adenauer begrüßte den Vorschlag, die europäischen Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien aus der Zuständigkeit der nationalen Regierungen herauszulösen und einer supranationalen Behörde – der sogenannten Hohen Behörde – zu unterstellen. Er erhoffte sich für die junge Bundesrepublik einen Rückgewinn an relativer Macht und Souveränität.²⁹ Auch der Ruhrbergbau stand den Plänen Schumans anfangs nicht ablehnend gegenüber. Hier sah man eine Möglichkeit, sich durch die Montanunion vor den Interventionen der Alliierten – die Eigentumsfrage war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt – schützen zu können. Als im Laufe der Verhandlungen jedoch die französische Delegation die Liquidation des DKV und ein Kartellverbot forderte, kippte die Stimmung an der Ruhr.

Erbittert kämpften die Akteure des Ruhrbergbaus für ihre zentralisierte Verkaufsorganisation, deren Abschaffung sie für nicht praktikabel hielten.³⁰ Infolge des Widerstandes des Ruhrbergbaus kam es beinahe zum Scheitern der Verhandlungen, woraufhin die Alliierte Hohe Kommission starken Druck auf die Bundesregierung ausübte, die daraufhin die Notwendigkeit einer Liquidation des DKV anerkannte und damit den Weg zur Gründung der EGKS freimachte.³¹ Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Ruhrbergbaus war somit eines der Motive für die Bemühungen einer europäischen Einigung nach 1945, auf der wiederum die heutige Europäische Union fußt. Aus Sicht der Akteure des Ruhrbergbaus hatten sie für die politisch gewollte Gründung der EGKS »ein schwer erträgliches Maß wirtschaftlicher Opfer«³² zu erbringen. Die Schaffung der Montanunion gegen die Interessen des Ruhrbergbaus ist jedoch eher ein Beleg für die hohe Bedeutung des Ruhrbergbaus in Europa – der Anteil der Ruhrkohlen an der gesamten Förderung in der EGKS lag 1952 bei knapp 48 Prozent³³ – denn für eine mangelnde Durchsetzungskraft der Akteure.

Auch Anfang der 1950er Jahre war der Ruhrbergbau noch immer nicht in der Lage, die stetig wachsende Nachfrage nach Energie zu befriedigen. Zur Deckung der Energielücke wurden zusätzliche Steinkohlen sowie Öl importiert, zudem wurden Anreize zur Stimulierung der Erzeugung von Heizöl gesetzt. Parallel zu dieser Entwicklung begann Anfang der 1950er Jahre auch die Modernisierung des Ruhrbergbaus und das Abteufen neuer Schächte, hierfür waren mit dem Investitionshilfegesetz Mittel für die zu langsam wachsenden Grundstoffindustrien zur Verfügung gestellt worden.³⁴ Nachdem die Kriegsfolgen überwunden waren, setzte ein Wachstum der Förderung ein; 1956 wurde der Spitzenwert der Zwischenkriegszeit übertroffen. An die starke Förderleistung der Jahre 1937 bis 1943 reichten die in den 1950er Jahren geförderten Mengen jedoch nicht heran.³⁵ Die 1956 geförderten 124,6 Millionen Tonnen Ruhrkohle machten dabei mehr als 82 Prozent der bundesrepublikanischen Steinkohlenförderung aus.

Der Ruhrbergbau in der Europäischen Kohlenkrise

Im Februar 1958 wurden auf den Zechen im Ruhrgebiet erste Feierschichten eingelegt, erstmals seit der Rüstungskonjunktur überstieg die Förderung die Nachfrage. Einen langfristigen Rückgang der Steinkohlennachfrage hatte kaum jemand prognostiziert, vielmehr waren auch die Akteure im Ruhrbergbau davon ausgegangen, auch weiterhin in hohem Maße an einem stark wachsenden Energiebedarf zu partizipieren. Entspre-

chend überraschend begann mit dem Einbruch der Nachfrage im Winter 1957/58 die Kohlenkrise. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre hatte sich das Mineralöl auf dem deutschen Markt durch den Wegfall des Heizölzolls verbilligt, zudem war es zu einer Erschließung neuer Fördergebiete gekommen, und nach dem Ende der Suezkrise 1956 waren die Transportpreise stark gefallen. Zwischen 1957 und 1960 halbierten sich die Preise für Heizöl, während die gesunkenen Frachtraten auch die importierte amerikanische Steinkohle stark verbilligten. Auch andere Entwicklungen, wie der Wechsel von Schiene zur Straße oder die Umstellung der Lokomotiven auf Dieselkraftstoffe, wirkten gegen den Ruhrbergbau.³⁶

Die strukturellen Verschiebungen in der Energienachfrage stürzten nicht nur den Ruhrbergbau, sondern alle westeuropäischen Steinkohlenreviere in die Krise. In den Mitgliedsländern der EGKS sank der Anteil der Steinkohle an der Deckung des gesamten Energiebedarfs von 74 Prozent 1950 auf 53 Prozent 1960. Weitere fünf Jahre später, 1965, wurden nur noch 38 Prozent des Energiebedarfs durch Steinkohle gedeckt. In dem gleichen Zeitraum stieg der Anteil des Erdöls zunächst von zehn auf 27 Prozent und dann auf 45 Prozent.³⁷ In Deutschland lag die Bedeutung der Steinkohle höher als im europäischen Durchschnitt, sodass 1957 etwa 68 Prozent des Primärenergieverbrauchs durch Steinkohle, 15 Prozent durch Braunkohle und etwa zwölf Prozent durch Mineralöl gedeckt wurden. 1969 war der Anteil der Steinkohle auf knapp 32 Prozent gesunken.³⁸ Anders als die IG Bergbau, deren Vertreter recht früh auf die strukturellen Ursachen der Bergbaukrise hinwiesen und eine Neuordnung des Steinkohlenbergbaus forderten, postulierten die Vertreter der Unternehmenseite den konjunkturellen und damit vorübergehenden Charakter der Krise. Entsprechend konzentrierten sich die Maßnahmen in der unmittelbaren Folgezeit der Krise auf die Betriebsebene. Zur Erleichterung der Absatzsituation wurde die Notgemeinschaft deutscher Steinkohlenreviere GmbH gegründet, über die bestehende Verträge über den Import von US-amerikanischen Steinkohlen abgelöst wurden. Trotz des starken Rückgangs der Steinkohlenimporte gingen die Förderzahlen weiter zurück, was wiederum zu massenhaften Entlassungen der Beschäftigten führte. Waren 1957 noch 397 000 Menschen bei den Zechen an der Ruhr beschäftigt, waren es 1961 nur noch 296 000 und 1966 nur noch etwas über 200 000.³⁹ Das Bundeswirtschaftsministerium unterstützte die Anpassungsmaßnahmen zwar mit finanziellen Hilfen, gab jedoch den Forderungen des Ruhrbergbaus nach einem Schutz der Steinkohlen vor der Konkurrenz durch andere Energieträger erst 1960 mit der Einführung einer Heizölsteuer nach. Allerdings konnte Ruhrkohle an vielen Orten die künstlich angehobenen Ölpreise trotzdem nicht unter-

bieten. 1961 und 1962 kam es, nach einer kurzen Erholung im Jahr 1960, zu erneuten Zechenschließungen. Die Zahlung von Stilllegungsprämien ab Dezember 1962 ließ die Zahl der Schließungen weit über das erwartete Maß hinaus in die Höhe schießen, führte jedoch nicht zu der Stilllegung der unrentabelsten Zechen des gesamten Ruhrbergbaus. Vielmehr wurden jeweils die in ihrem Unternehmensverbund defizitären Zechen geschlossen. Zudem hemmte die Prämie die Ansiedelung neuer Industrien, da die Zechenunternehmen keinen unmittelbaren finanziellen Druck zur Veräußerung von Flächen spürten. Eine weitere Verschärfung der Krise Mitte der 1960er Jahre mündete in Verhandlungen über die Gründung einer Einheitsgesellschaft für die Ruhrkohle – eine solche war bereits zehn Jahre zuvor von Seiten der Gewerkschaften vorgeschlagen worden. 1969 kam es dann zur Gründung der Ruhrkohle AG, unter deren Dach etwa 94 Prozent der geförderten Ruhrkohlen vereint waren.⁴⁰

Der Niedergang des Ruhrbergbaus

Rückblickend markierte die Kohlenkrise den Anfang vom Ende des Ruhrbergbaus. In den nachfolgenden Jahrzehnten kam es nicht zu einer Stabilisierung oder gar einem Wachstum des Ruhrbergbaus. Allgemein verlor die Steinkohle, die ihre hohe Bedeutung vom 18. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts der ersten großen Energiewende verdankte, ihre Dominanz in der zweiten und dritten Energiewende.⁴¹ Auch innerhalb des stetig schrumpfenden Steinkohlensegments – 2017 lag der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik bei knapp elf Prozent, die benötigten Steinkohlen wurden zum größten Teil importiert⁴² – erwies sich die Ruhrkohle als nur noch begrenzt konkurrenzfähig, weswegen hohe Subventionszahlungen nötig wurden, um das Ende des deutschen Steinkohlenbergbaus hinauszuzögern. In diesen hohen Subventionen für einen sozialverträglichen Niedergang des deutschen Steinkohlenbergbaus spiegelte sich noch einmal die große Bedeutung des Ruhrbergbaus.

Der Beitrag erschien erstmals in der APuZ-Ausgabe 1-3/2019 »Ruhrgebiet« vom 7. Januar 2019.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu diesem Mythos Franz-Josef Brüggemeier, *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute*, München 2018, S. 15.
- 2 Vgl. Michael W. Flinn, *The History of the British Coal Industry*, Bd. 2.: 1700–1830: *The Industrial Revolution*, Oxford 1993, S. 26; Wolfgang Köllmann, *Beginn der Industrialisierung*, in: ders. et al. (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter*, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 11–80, hier S. 36, S. 69.
- 3 Vgl. Michael Fessner, *Steinkohle und Salz. Der lange Weg zum industriellen Ruhrrevier*, Bochum 1998, S. 211.
- 4 Vgl. zu anderen europäischen Revieren Juliane Czierpka, *Montanindustrielle Führungsregionen der frühen europäischen Industrialisierung im Vergleich. Das Black Country und das Borinage*, Stuttgart 2017, S. 309–315, S. 319f.
- 5 Der Hellweg war eine wichtige mittelalterliche Heer- und Handelsstraße; Hellwegstädte waren Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund (*Anm. d. Red.*).
- 6 Vgl. Toni Pierenkemper, *Der Bergbau. Leitsektor der deutschen Industrialisierung*, in: Klaus Tenfelde/ders. (Hrsg.), *Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Münster 2016, S. 45–102, hier S. 59f.
- 7 Vgl. Klara van Eyll, *Aspekte der Industrialisierung des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert – unter besonderer Berücksichtigung der Eisen- und Stahlindustrie*, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung*, Wuppertal 1983, S. 186–196, hier S. 188f., S. 191f.
- 8 Bei Stabeisen handelt es sich um entkohltes und damit schmiedbares Roheisen. Von Stahl unterscheidet sich Stabeisen durch den Anteil noch enthaltenen Kohlenstoff und anderer Verunreinigungen.
- 9 Vgl. Czierpka (Anm. 4), S. 309, S. 315ff. Zu den Förderzahlen des Ruhrgebiets siehe Carl-Ludwig Holtfrerich, *Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse*, Dortmund 1973, S. 16ff.
- 10 Vgl. Werner Abelshauer, *Wirtschaft, Staat und Arbeitsmarkt 1914–1945*, in: Köllmann et al. (Anm. 2), S. 435–489, hier S. 437.
- 11 Vgl. Pierenkemper (Anm. 6), S. 64f., S. 67, S. 75, S. 86f.
- 12 Vgl. Heinz-Günter Steinberg, *Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert: Ein Verdichtungsraum im Wandel*, Münster 1985, Daten entnommen aus: GESIS Datenarchiv, Köln.
- 13 Vgl. Abelshauer (Anm. 10), S. 436ff.
- 14 Vgl. Conan Fischer, *The Ruhr Crisis, 1923–1924*, Oxford 2003, S. 29ff., S. 80; Dieter Ziegler, *Kriegswirtschaft, Kriegsfolgenbewältigung, Kriegsvorbereitung. Der deutsche Bergbau im dauernden Ausnahmezustand (1914–1945)*, in: ders. (Hrsg.), *Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert*, Münster 2013, S. 15–182, hier S. 58.
- 15 Vgl. ebd., S. 64, S. 131f.
- 16 Vgl. Hans-Christoph Seidel, *Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg: Zechen, Bergarbeiter, Zwangsarbeiter*, Essen 2010, S. 65.

- 17 Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 460; Seidel (Anm. 16), S. 62ff.; Ziegler (Anm. 14), S. 131 f., S. 137 ff.
- 18 Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 437, S. 467, S. 479; Ziegler (Anm. 14), S. 142.
- 19 Vgl. zur Bedeutung des Ruhrbergbaus Seidel (Anm. 16), S. 64 ff.
- 20 Vgl. ebd., S. 67 ff.
- 21 Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 485; Seidel (Anm. 16), S. 69 ff., S. 90 ff.; Ziegler (Anm. 14), S. 146 ff.
- 22 Vgl. Seidel (Anm. 16), S. 139 ff., S. 168 ff., S. 562 f.
- 23 Vgl. Abelshäuser (Anm. 10), S. 437.
- 24 Vgl. Seidel (Anm. 16), S. 366 ff.
- 25 Vgl. Dietmar Petzina, *Wirtschaft und Arbeit im Ruhrgebiet 1945 bis 1985*, in: Köllmann et al. (Anm. 2), S. 491–567, hier S. 492 f.
- 26 Vgl. Michael Farrenkopf, *Wiederaufstieg und Niedergang des Bergbaus in der Bundesrepublik*, in: Ziegler (Anm. 14), S. 183–302, hier S. 201 ff.
- 27 Vgl. ebd., S. 197, S. 204 f.
- 28 Vgl. Werner Abelshäuser, *Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung*, München 1984, S. 50 f.; Farrenkopf (Anm. 26), S. 199 f.; Heinz Vogelsang, *Die deutsche Kohlenverkaufsorganisation in ihrer historischen Entwicklung*, München 1957, S. 123 f.
- 29 Vgl. Gerhard Brunn, *Die europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2002, S. 70–82.
- 30 Vgl. Heinrich Kost an Konrad Adenauer, 11.1.1951, Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv (BBA) 32/3980.
- 31 Vgl. zu der Rolle der US-Amerikaner Volker R. Berghahn, *Industriegesellschaft und Kulturtransfer. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 228 f.; Klaus Schwabe, *Fürsprecher Frankreichs? John McCloy und die Integration der Bundesrepublik*, in: Ludolf Herbst/Werner Bühner/Hanno Sowade (Hrsg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990, S. 517–533, hier S. 522 f.
- 32 Heinrich Kost (DKBL) und August Schmidt (IG Bergbau) an Konrad Adenauer, 7. 2. 1951, Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv (BBA) 32/3980.
- 33 Vgl. zu den Förderzahlen Wilhelm Gumz/Rudolf Regul, *Die Kohle. Entstehung, Eigenschaften, Gewinnung und Verwendung*, gemeinverständlich dargestellt, Essen 1954, S. 193; vgl. Petzina (Anm. 25), S. 517.
- 34 Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 212 f.
- 35 Vgl. zu den Daten Abelshäuser (Anm. 10), S. 437; Petzina (Anm. 25), S. 517.
- 36 Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 215 f.; Petzina (Anm. 25), S. 518 f.
- 37 Vgl. Fritz Hellwig, *Sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Kohle*, in: Wirtschaftsdienst 6/1947, S. 279–287, hier S. 279.
- 38 Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 216.
- 39 Vgl. Christoph Nonn, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969*, Göttingen 2001, S. 387 f.

- 40 Vgl. Jochen Streb, Energiewenden aus historischer Perspektive, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1956, S. 587–608, hier S. 598.
- 41 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Einfuhr von Steinkohle in Deutschland, 20.9.2017, www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energietraeger/energiedaten-energietraeger-24.html; dass., Primärenergieverbrauch in Deutschland 2017, 1.8.2018, www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energiegewinnung-und-Energieverbrauch/energiedaten-energiegewinnung-verbrauch-03.html.
- 42 Vgl. Farrenkopf (Anm. 26), S. 216 ff., S. 220 ff., S. 231.

Kohle geht, Kultur bleibt

»Förderturm? Dat issen Fördergerüst!« Günter Stoppas Stimme dröhnt über den Ehrenhof von Zollverein, der einst modernsten und leistungsfähigsten Steinkohlenzeche der Welt und seit 2001 UNESCO-Welterbe. »Und zwar ist datt ein Doppelstrebengerüst!«

Stoppa, erkennbar an seiner Bergmannskluft mit Helm, weißem Fahrmantel und Sicherheitsschuhen, ist einer der letzten seiner Art. Einer der wenigen »Ehemaligen« oder auch »Zollvereiner«, wie sie sich untereinander nennen, die selbst noch auf der Zeche beziehungsweise Kokerei Zollverein gearbeitet haben, bevor sie sich mit der kreativen Umwidmung dieses herausragenden Monuments des Industriezeitalters anfreundeten und Gästeführer wurden. 150 000 zahlende Besucher aus aller Welt führen die mehr als 120 Guides pro Jahr über den »Weg der Kohle«, geben Auskunft über die Produktionsabläufe der gigantischen Anlage, über Arbeits- und Lebensbedingungen.

2018, im Jahr des endgültigen Ausstiegs aus der Steinkohlenförderung in Deutschland, war Stoppa besonders gefragt, als stolzer Zeit- und Kronzeuge einer Epoche, in der die Kohle aus dem Ruhrgebiet Treibstoff der Moderne war, Motor für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und für das westdeutsche »Wirtschaftswunder«. Von diesem Mythos zehrt das Ruhrgebiet bis heute.

Alle wissen es, aber keiner spricht wirklich gerne darüber: Der Abbau konnte seit der Bergbaukrise Ende der 1950er Jahre nur mit massiven Subventionen am Leben gehalten werden – zuletzt mit über 100 Euro pro Tonne. Nach Expertenschätzungen flossen bis zu 200 Milliarden Euro Subventionen in die Branche, ehe sie einen würdevollen Tod sterben durfte. Dazwischen liegt nach Ansicht von Kritikern jede Menge verlorene Zeit, die die Region kaum noch aufholen kann, da durch die jahrzehntelange Subventionierung der Steinkohle mit Blick auf die Zukunft des Ruhrgebiets falsche Weichenstellungen erfolgten.

Die spinnen: Ein Pütt als Denkmal!

Der heute 86-jährige Stoppa arbeitete seit 1955 im Bergbau und hat das Auf und Ab und »alles wieder anders« des Ruhrgebiets hautnah erlebt. Nach Stationen auf kleineren Zechen fing er Mitte der 1960er Jahre auf der Zeche Zollverein an, erst als Bauführer, später wurde er Leiter der Abteilung Baubetrieb. Eine sichere Bank, wie er damals glaubte. Als Zollverein 1986 als letzte Zeche der früheren Kohle- und Stahlstadt Essen stillgelegt wurde und 1300 Kumpel zur letzten Schicht ausgefahren waren, blieb er einfach da und gehörte zu den allerersten Gästeführern im Industriedenkmal Zollverein. Anders übrigens als die meisten Kumpel, die die Schließung des Bergwerks als schwere Niederlage erlebten und jahrelang keinen Schritt mehr auf dieses Gelände taten, das sich langsam von der »verbotenen Stadt« in einen öffentlichen Raum für Jedermann wandelte. »Die Kumpel haben sich schlapp gelacht, als sie von den Plänen hörten«, erinnert sich Stoppa. »Alle sagten, die spinnen doch. Das hat es noch nie gegeben. Ein Pütt als Denkmal!«

Den meisten Bergmännern war nicht bewusst, dass die riesige Steinkohlenförderanlage Zollverein mit ihren harten und früher teilweise menschenverachtenden Arbeitsbedingungen eben nicht nur ein Arbeitsplatz war, sondern ein bedeutendes Kulturgut mit universellem Wert. Durchgestaltet bis in die Details der Lampen, Treppengeländer und Türgriffe, ist der komplett erhaltene Komplex von Zeche und Kokerei Zollverein ein Gesamtkunstwerk und repräsentiert exemplarisch die soziale und ökonomische Geschichte des Kohle- und Stahlzeitalters sowie ihre spezielle Ästhetik.

Geschaffen von 1927 bis 1932 von den visionären Architekten Fritz Schupp und Martin Kremmer, ist die Zeche Zollverein Schacht XII ein Meisterwerk der Bergbauarchitektur und sozusagen gebautes Design. Noch heute besticht die symmetrische Anordnung der Gebäude auf zwei Blickachsen. Die 20 Einzelgebäude bilden die technischen Arbeits- und Produktionsabläufe der Kohleförderung ab, und zwar nach der Bauhaus-Maxime, dass sich die Form an der Funktion (*form follows function*) orientieren soll. Dieses funktionale Prinzip verbindet Zollverein mit den zukunftsweisenden Visionen der Bauhauszeit in den 1920er Jahren, die schließlich auch im Ruhrgebiet, dem industriellen Westen, zum Nährboden für die Moderne wurden.

Als die Zeche und Kokerei Zollverein am 14. Dezember 2001 als »Industriekomplex Zeche Zollverein« den Welterbe-Status erhielt und erste Pläne für die künftige Entwicklung die Runde machten, gab es in den umlie-

genden Quartieren viel Kopfschütteln. Kultur? Das ist doch Killefitt, hieß es. Viele verstanden die Pläne als Entwertung der harten Arbeit im Bergbau. Doch wenn der Steinkohlenbergbau 2019 endgültig Geschichte ist und die Branche sozusagen für immer ins Museum wechselt, hat die ehemalige Industrieanlage längst die Metamorphose geschafft und präsentiert sich als ein internationales Best-Practice-Modell für den Umgang mit industriellem Erbe. Heute ist Zollverein neben dem Kölner Dom die am zweithäufigsten besuchte kulturtouristische Sehenswürdigkeit in Nordrhein-Westfalen mit rund 1,5 Millionen Besuchern jährlich. Der berühmte Doppelbock der Zeche Zollverein gilt als der »Eiffelturm des Ruhrgebiets« und ist zum Symbol für den Wandel der gesamten Region avanciert.

Watt? Tourismus?

Belächelt wird das Thema Fremdenverkehr von einigen Einheimischen und Auswärtigen noch immer. Die Region mit dem nur bedingt werbewirksamen Namen Ruhrgebiet galt ohnehin jahrzehntelang als Zumutung – da hat es das kleine zarte Pflänzchen Tourismus, das viel Finger-spitzengefühl bei der Vermarktung der vermeintlichen postindustriellen Provinz braucht, besonders schwer. Zumal die Agglomeration an der Ruhr mit mehr als fünf Millionen Bewohnern ein einzigartiges baulich-ästhetisches Gebilde ist: Viele Städte sind hier nämlich nicht entstanden wie anderswo – von der Mitte aus wachsend. Im Ruhrgebiet sind sie um die Fabriken und Hochöfen, Schachtanlagen und Fördertürme herum gewachsen – mit unzähligen Kolonien und Kiezen. Und wenn man mal von den Hellwegstädten Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund absieht, scheint das Ruhrgebiet kaum mehr als eine Ansammlung von Zechensiedlungen zu sein, die von einem Netz von Schnellstraßen und Autobahnen zusammengehalten werden – so jedenfalls das gängige Klischee.

Es musste erst ein Schwabe kommen, um den Einheimischen den Wert und das Potenzial der Relikte des Industriezeitalters klarzumachen. Karl Ganser, legendärer Direktor der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park, machte von 1989 bis 1999 im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines städtebaulichen Erneuerungsprogramms für das geschundene nördliche Ruhrgebiet das Thema Industriekultur zum Programm und startete damit einen Bewusstseinswandel in den Köpfen. Bis dahin regierte in den Revierkommunen nämlich die Abrissbirne: Nahezu alles, was nach Kohle roch, wurde jahrzehntelang mit großem Eifer plattgemacht, um Platz für den Strukturwandel zu schaffen –

mit der kohlenstaubigen Vergangenheit sollte ein für alle Mal Schluss sein. Ganser machte die baulichen Hinterlassenschaften aus der prägenden Epoche der Industrialisierung des Ruhrgebiets zum großen Thema: Malakoff-Türme und Maschinenhallen, Kokereien und Zechen, Halden und Fördergerüste.

Selbst die Zeche Zollverein – die bereits bei Inbetriebnahme der neuen, modernen Schachanlage XII im Jahr 1932 als »schönste Zeche der Welt« galt – sollte dem Abrissbagger zum Opfer fallen. 1986, kurz vor der Stilllegung, hatte die Ruhrkohle AG (RAG) als damaliger Bergwerksbetreiber einen bereits unterschriebenen Abrissantrag in der Tasche, bevor der oberste Denkmalschützer des Landes Nordrhein-Westfalen die Anlage sozusagen in letzter Minute, nämlich wenige Tage vor der Schließung am 23. Dezember 1986, unter Denkmalschutz stellte und auf diese Weise rettete.

Manche halten es übrigens für eine Ironie der Geschichte, dass die RAG seit Kurzem zusammen mit der RAG-Stiftung, die sich ab 2019 um die Ewigkeitslasten des Bergbaus kümmern, in einem schicken Green-Building-Neubau unter der Adresse »Im Welterbe 10« auf eben diesem Bergwerk Zollverein firmiert. Andererseits könnte man auch diese Kehrtwendung als erfolgreichen Bewusstseinswandel bezeichnen: Kurz bevor die Grubengold-Ära endet, kehrt das Unternehmen zurück zu seinen Wurzeln.

Jedenfalls wurden die Relikte der Industrialisierung allmählich zu positiven Imageträgern – und der Doppelbock zu einer Art trotzigem Markenzeichen einer Region, die sich neu erfindet. Oder besser gesagt: neu definiert. 2018 hat das Ruhrgebiet ein ganzes Jahr lang unter dem Motto »Glückauf Zukunft!« seine große Vergangenheit gefeiert und mit vielen Veranstaltungen von der Bergparade bis zum spartenübergreifenden Ausstellungsprojekt »Kunst & Kohle« all das beschworen, was die Region geprägt und groß gemacht hat: vom Stolz auf Herkunft und Traditionen, den sprichwörtlichen Zusammenhalt der Kumpel bis zu ausgefeilten technischen Leistungen. »Wir wollen den Steinkohlenbergbau und seine Errungenschaften für die Region würdigen und zugleich Zeichen des Aufbruchs setzen«, betonte Werner Müller Anfang 2018 als scheidender Vorsitzender des Vorstands der RAG-Stiftung, die die Festivitäten steuerte und finanzierte.

Die zentrale kulturhistorische Ausstellung zeigte das Ruhr Museum in der ehemaligen Mischanlage auf der Kokerei Zollverein in Essen – ein spektakulärer Ort, der selbst ein Exponat ist und wie kein anderer für den Titel der Schau stand: »Das Zeitalter der Kohle. Eine europäische Geschichte«. Auch Stoppa und viele andere »Ehemalige« waren mit ihren Familien, Freunden und mit vor Stolz geschwellter Brust bei der offiziellen

Ausstellungseröffnung dabei, die in der ehemaligen Sauger- und Kompressorenhalle auf der Kokerei stattfand. An dem Abend hatte mindestens jeder zweite »Pippi inne Augen«, wie es im Ruhrgebiet heißt, und endgültig seinen Frieden mit Kultur und Kreativwirtschaft auf Zollverein gemacht – mit Killefitt halt.

Europas erste Adresse für Gigantomanie und Sprücheklopfen

Allerdings hatten die Regionalstrategen in kluger Voraussicht geahnt, dass bei all dem Kohle-Abschied und dem sentimental-schluchzenden Blick zurück der langsam entstehende Ruf des Ruhrgebiets, eine Hochburg für Zukunftstechnologien zu sein, wohl ziemlich leiden würde. Deshalb lief parallel zum Kohle-Abschied 2018 eine millionenschwere Standortkampagne unter dem Motto »Metropole Ruhr: Stadt der Städte« an – eine konzertierte Aktion, um den Blick nach vorne zu richten und die wirtschaftlichen Stärken des Ruhrgebiets offensiv zu verkaufen.

Ein wenig zu breitbeinig, wie man es von den Entscheidern in der traditionell männlichen Ruhrwirtschaft gewohnt ist, wurde mit der Erinnerung an den Bergbau also gleichzeitig die #ZukunftsMetropoleRuhr beschworen, gekoppelt mit starken Bekenntnissen zur Region. Und aus dem »starken Stück Deutschland«, dem Werbeslogan der 1980er Jahre, wurde flugs der »Weltmarktführer des Wandels«. Günter Stoppa, das Doppelbock-Fördergerüst, überhaupt das schwerindustrielle Erbe fehlten in dieser Kampagne komplett. Das dürfte damit zusammenhängen, dass man die kohlenstaubigen Vorurteile endgültig abstreifen will, um die Attraktivität des Unternehmensstandortes Ruhrgebiet für eine Zielgruppe aus Entscheidern und jungen Arbeitnehmern nicht zu gefährden.

Für das Ruhrgebiet jedenfalls bedeutet das Ende des Steinkohlenbergbaus eine Zäsur, ein Schlussstrich unter 200 Jahre Industriegeschichte. Schicht im Schacht. Für immer. Und eine Zeitenwende, die von einer breiten Allianz aus Ruhrwirtschaft, Landes-, Kommunal- und Stadtpolitik, Wirtschaftsförderungen bis hin zum Ruhrbischof flankiert wird. Im Sommer 2018 fiel der Startschuss für die sogenannte Ruhr-Konferenz der Landesregierung, die als Signal gesehen wird, um die Zukunft des Ruhrgebiets aktiv zu gestalten. Erklärtes Ziel ist es, die Region Ruhr zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Metropolregion im digitalen Zeitalter zu entwickeln – mit neuen Perspektiven für die gesamte Region und begleitet von Appellen an den legendären Gründergeist der

Industriepioniere, der das Revier einst groß, reich, wirtschaftlich wie politisch bedeutend gemacht hat. Symbolträchtig hatte man auch den NRW-Tag nach Essen gelegt, der an die Gründung des Landes am 23. August 1946 erinnert. Auch diese Eröffnung fand auf Zollverein statt, dem neuen Symbolort des Ruhrgebiets.

Die breite Allianz der Ruhr-Konferenz erinnerte in Vielem an die Gründung des Initiativkreises Ruhrgebiet im Jahr 1989. Seinerzeit hatte eine Runde um den damaligen Ruhrbischof Kardinal Franz Hengsbach, Alfred Herrhausen, Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, und Adolf Schmidt, ehemals Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, sowie anderen Vertretern aus Unternehmen und Institutionen den Entschluss gefasst, als starker Zusammenschluss der dramatischen Strukturkrise in der Region ein positives Signal entgegenzusetzen und aus dem sterbenden Ruhrgebiet einen starken, vitalen Wirtschaftsstandort und ein attraktives Lebensumfeld zu gestalten. Vieles ist seitdem geschafft, aber erreicht eben noch längst nicht alles.

Glückauf Zukunft?

Während man im Süden des Ruhrgebiets das Thema Kohle schon lange gar nicht mehr auf dem Schirm hat, ächzt der Norden des Reviers nach wie vor unter den Folgelasten der schwerindustriellen Ära. In den ehemaligen Arbeitervierteln fühlen sich viele Menschen zunehmend abgehängt, Arbeitslosenquoten im zweistelligen Bereich sind hier nach wie vor die Regel. Verrückt: Jetzt, wo der Himmel über der Ruhr wieder blau ist, die Stadt Essen 2017 sogar Grüne Hauptstadt Europas war, gibt es für die einfachen Leute keine Arbeit mehr. Die SPD als einstige Partei der Kümmerer und Kohlekumpel verliert in der »Herzkammer der Sozialdemokratie« seit Jahren an Zuspruch. Zuwächse hingegen verzeichnet hier überdurchschnittlich die AfD.

Woher aber sollen neue Arbeitsplätze kommen? Viele Hoffnungen im Ruhrgebiet ruhten 2018 auf einem Zukunftscampus, den der Berliner Investor und Projektentwickler Reinhard Müller rund um den ehemaligen Gasometer der Kokerei Zollverein errichten wollte. Ziel war es, das Areal als bevorzugten Standort für Unternehmen aus den Bereichen Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Energie zu etablieren. 50 Millionen Euro wollte Müller investieren, 2000 Arbeitsplätze sollten in dem Gründerzentrum entstehen – nach Berliner Vorbild, wo Müller bereits vor zehn Jahren mit dem Aufbau eines Reallabors für Unternehmen und Startups

begonnen hat. Im Zentrum der Ansiedlung auf Zollverein sollten wie in Berlin die Zukunftsthemen Klimawandel, Energiewende und intelligente Mobilität der Stadt stehen.

Ein Vorhaben mit starker Symbolkraft, das bereits Ende 2018 geplatzt ist. Und die Zukunft von Zollverein als Hochburg für Zukunftstechnologien und Start-Ups rückte in weite Ferne. Glückauf Zukunft eben nicht. Günter Stoppa hätte dem Campus bestimmt gerne einen Besuch abgestattet und erzählt, wie das noch vor 25 Jahren so funktionierte mit der Energie. Als in den 306 Kokskohleöfen auf der einst größten Kokerei Europas 20 Stunden lang die Kokskohle zu Koks gebacken wurde, bevor sie ausgedrückt und dann gelöscht wurde, um in das nächste Stahlwerk transportiert zu werden.

Der Beitrag erschien erstmals in der APuZ-Ausgabe 1-3/2019 »Ruhrgebiet« vom 7. Januar 2019 und wurde an einer Stelle aktualisiert.

Die Nummer 10 mit Migrationshintergrund Fußball und Zuwanderung im Ruhrgebiet

Der Fußballsport spielt europaweit eine wichtige Rolle für die bergmännische Kultur: als aktiv betriebener Sport und als Zuschauersport. Beispiele für Fußballvereine, die eine besondere Bedeutung für die regionale Identität und für die Einwohner in Bergbauregionen besitzen, sind zahlreich: vom Nordosten Englands im »Mutterland« des Fußballs, »Where coal was king and football was a religion«, mit Vereinen wie dem AFC Sunderland und Newcastle United über die Regionen, aus denen Menschen zur Arbeit ins Ruhrgebiet kamen, wie Górnik (Bergmann) Zabrze in Oberschlesien und Kömürspor (Kohlensport) in der Kohleregion von Zonguldak in der nördlichen Türkei.¹ Zum Kohlerevier an der Ruhr zog es seit den 1890er Jahren Hunderttausende polnisch und masurisch sprechende Menschen. Hier sind deshalb über mehrere Generationen Menschen mit Migrationsbiografien in den Fußballvereinen präsent. Die Namen von Spielern mit polnischer oder masurischer Herkunft finden sich mit über 50 Erwähnungen auch in der deutschen Fußballnationalmannschaft.² Vereine wie Rot-Weiss Essen, der deutsche Meister von 1955, und der siebenfache Meister Schalke 04 zählten seit den 1920er Jahren zahlreiche Spieler mit polnischen Namen in ihren Reihen. Die »neue« Migration nach dem Zweiten Weltkrieg setzte diese Tradition fort. Der 92-fache Nationalspieler Mesut Özil mit der Nummer 10 des Spielmachers auf dem Deutschlandtrikot, der bis zum Sommer 2018 ein Schlüsselspieler der Nationalelf war, wurde in Gelsenkirchen geboren, spielte unter anderem für Rot-Weiss Essen und Schalke 04.

Schimanski spielt Fußball: Polen und Masuren im Ruhrgebietsfußball

Die Zuwanderung von polnisch sprechenden Menschen aus den Ostprovinzen Preußens war unter anderem der agrarischen Überbevölkerung im Osten und den besseren Lebensperspektiven an der Ruhr geschuldet.³ Aus Ostpreußen wanderten Masuren.⁴ Sie sprachen einen altpolnischen Dialekt und unterschieden sich von den Polen durch ihren evangelischen Glauben und ihre preußentreue Haltung. Die einheimische Bevölkerung ignorierte solche Unterschiede. Vor 1914 kann im Revier geschätzt von einer polnischen Wohnbevölkerung von etwa 300 000 bis 400 000 Menschen ausgegangen werden,⁵ dazu kam noch etwa die Hälfte an Masuren. Die polnischen Zuwanderer, die die preußische Staatsangehörigkeit besaßen und in der Regel im Bergbau beschäftigt waren, organisierten bald ihre eigene Zivilgesellschaft in einem weit differenzierten Vereinswesen, zu dem auch Turnvereine, die sogenannten Sokolvereine, gehörten.⁶ Diese Klubs vereinten die männlichen polnischen Zuwanderer im Geiste eines polnischen Nationalismus.

Fußball war in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg keine Angelegenheit des Proletariats, sondern der neuen Klasse der Angestellten, die versuchte, sich im modernen Sport zu vergesellschaften.⁷ Mit dem Ende des Krieges änderte sich diese Situation von Grund auf: Die polnische Kolonie an der Ruhr löste sich durch Rückwanderung in den wieder gegründeten polnischen Nationalstaat und in die Kohlengruben Nordfrankreichs, Belgiens und der Niederlande zum großen Teil auf.⁸ Gleichzeitig erlebte der Fußballsport einen fulminanten Take-off. Der Westdeutsche Spielverband, zu dem die meisten Ruhrgebietsvereine gehörten, erhöhte seine Mitgliedszahl von 140 000 Mitgliedern in 900 Vereinen im Jahr 1920 auf 250 000 Mitglieder in 1 700 Vereinen im Jahr 1925.⁹ In der Nähe zu den großen Zechen des Ruhrgebiets entwickelten sich bald Mannschaften mit überwiegend proletarischen Mitgliedern und proletarischem Anhang, unter anderem aus dem Umfeld der polnischen und der masurischen Migration. In vielen Vereinen des Reviers finden sich jetzt Menschen mit polnischen beziehungsweise masurischen Namen. Ein Beispiel ist Rot-Weiss Essen: Dem Verein traten seit 1919 zahlreiche Mitglieder mit einschlägigen Namen bei. Diese stellten bis 1939 etwa zehn Prozent der Mitgliedschaft und rekrutierten sich häufig aus Arbeitern der Zeche Emscher in der Nachbarschaft.¹⁰ Auch im sozialistischen Arbeitersport des Ruhrgebiets erscheinen jetzt Sportler mit polnischen Namen.¹¹ Die aktive Mitgliedschaft als Fußballer in einem Verein des Reviers gewann für die Nachkommen der Migranten aus dem 19. Jahrhundert den Charakter einer rationalen Wahl zur Verbesserung ihrer sozialen

Situation und ihrer Wertschätzung.¹² Der höherklassige Fußball im Ruhrgebiet wurde bald stark von Spielern mit einer polnischen oder masurischen Migrationsbiografie geprägt: Von 15 Vereinen, die 1937/38 in den Ligen Westfalen und Niederrhein um die Gaumeisterschaft spielten, schickten alle »in mindestens einer Begegnung Spieler mit polnischen Familiennamen wie beispielsweise Rodzinski, Pawlowski, Zielinski, Sobczak, Lukasiewicz, Tomaszik oder Piontek auf das Spielfeld«. ¹³ Unter allen Spielern, die eingesetzt wurden, führten in dieser Saison 68 einen polnischen Nachnamen. Auch die zeitgenössische deutsche Fußballnationalmannschaft hatte mit Szepan, Kuzorra, Gellesch, Urban, Kobierski, Zielinski und Rodzinski solche Spieler im Tableau.

Der FC Schalke 04 und die deutsche Nationalmannschaft – Entstehung eines »Ruhrvolks«?

Vier der genannten Nationalspieler gehörten dem FC Schalke 04 an, der zwischen 1934 und 1942 sechsmal die deutsche Meisterschaft gewann. Die Mannschaft war gespickt mit Spielern, die polnisch klingende Namen trugen, am bekanntesten waren die Nationalspieler Ernst Kuzorra und Fritz Szepan. Als Schalke 1934 die Meisterschaft zum ersten Mal gewann und das Team vor der Kamera mit Hitlergruß posierte, erschien in der polnischen Sportpresse die Schlagzeile »Die deutsche Meisterschaft in den Händen der Polen«. ¹⁴ Das Fußball-Magazin »Kicker« forderte empört eine deutsche Reaktion, und die Schalker Vereinsführung beeilte sich, das Gegenteil zu beweisen, nämlich, »dass die Eltern unserer Spieler sämtlich im heutigen oder früheren Deutschland geboren und keine polnischen Emigranten sind«. ¹⁵ Gelsenkirchen war das Wanderungszentrum der Masuren, deshalb stammten die Eltern vieler Schalker Spieler aus dem südlichen Ostpreußen, gehörten also zum genannten Kreis der Masuren: »In der ersten Hälfte der 1920er Jahre stellten sie die überwiegende Mehrheit der ersten Mannschaft und auch die Meistermannschaft von 1934 bestand noch zur Hälfte aus Kindern von Zuwanderern aus den preußischen Ostprovinzen«. Die Gelsenkirchener Meistermannschaft aus dem Umfeld der Zeche Consolidation spiegelte so die Migrationsgeschichte des Reviers. Spieler mit polnischer oder masurischer Familienbiografie bürgten ausgerechnet in der Zeit des »Dritten Reiches« für die Spielstärke des Ruhrgebietsfußballs, besonders Schalkes, aber auch der deutschen Nationalmannschaft.

Die nationalsozialistische »Volkstumsforschung«, die antipolnische, rassistische und biologistische Ansätze verfolgte, löste dieses Dilemma da-

durch, dass ihre Vertreter im Revier nur noch Masuren sichteten, und diese für »ihrer Kultur und Denkungsart nach rein deutsch« erklärten, so der Mitarbeiter der »Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet« Eberhard Franke 1934 in der Zeitschrift »Fußball. Illustrierte Sportzeitung«. Der Leiter der »Forschungsstelle« Wilhelm Brepohl sah hier bereits Anzeichen für die »Umvolkung« beziehungsweise Eindeutschung der »minderwertigen, fremden Zuwanderer (allen voran Polen)« und Tendenzen zur Entstehung eines »Ruhrvolks«. Die ideologisch geprägte Denkfigur »Ruhrvolk« blieb nach 1945 weiter wirksam und speiste Erzählungen über gelungene »Integration« bis hin zum angeblichen »Schmelztiegel« Ruhrgebiet.¹⁶ Gegen diese Harmonisierung konfliktreicher Prozesse ist anzuführen, dass in der Zeit, als Spieler mit masurischer oder polnischer Migrationsbiografie im deutschen Elitefußball reüssierten, die Organisationen der polnischen Minderheit im »Dritten Reich« hart verfolgt wurden. Bis 1939 waren bereits 249 Funktionäre der Minderheit in Konzentrationslager verbracht worden.¹⁷ Anfang September 1939, wenige Tage nach dem Überfall auf Polen, wurden alle Organisationen der polnischen Minderheit verboten, das Vermögen wurde beschlagnahmt.¹⁸

Nach dem Zweiten Weltkrieg: Folklorisierung und Harmonisierung

Der Zivilisationsbruch und seine Folgen zwischen 1939 und 1945 wirkten wie eine Wasserscheide auf die kollektive Erinnerung in Deutschland,¹⁹ und diese prägte auch die imaginierte Geschichte des Fußballs im Ruhrgebiet. Das bunte gesellschaftliche Feld des Sports vor 1933 mit polnischen Klubs, jüdischen Vereinen, den katholischen Sportvereinen der Deutschen Jugendkraft und den zahlreichen Vereinen der sozialistischen Arbeitersportbewegung²⁰ wurde genauso wenig erinnert wie die konflikt- und repressionsreiche Geschichte der polnischen und masurischen Zuwanderung. Dabei waren die Kinder und Enkel der Migrant*innen, wie ein Essener Beispiel zeigt, ständig präsent: »Jerosch, Kosinski, Pisarski, Majewski, Mieloszyk, Radziejewski und Rynkowski, so hießen die Spieler der ersten Mannschaft der Sportfreunde Katernberg zwischen 1945 und 1950.«²¹

Das Ruhrgebiet zog mit der Weiterführung der Steinkohleförderung nach dem Krieg stetig Arbeitskräfte an. Der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen unter den Bergleuten verdreifachte sich zwischen 1947 und 1950.²² Zechenvereine spielten weiter eine Rolle bei der Integration dieser Menschen und nahmen viele von ihnen auf. Bei Schalke begann der

Oberschlesier Georg Rudinger, der eigentlich Rudzki hieß, sein Engagement in der Spielzeit 1948/49 und zog bald zur Alemannia nach Aachen weiter. Am Beispiel des SV Sodingen zeigte sich paradigmatisch die Kontinuität der alten polnischen und masurischen Erwerbsmigration. Als sich der Verein 1955 für die Endrunde der deutschen Meisterschaft qualifizierte, hatte die Hälfte der Mannschaft polnisch beziehungsweise masurisch klingende Namen wie Sawitzki, Kropla, Lika, Nowak, Adamik, Dembski und Konopczinski. Sie waren zwar im Ruhrgebiet geboren, aber stammten in der dritten Generation aus der Zuwanderung vor dem Ersten Weltkrieg.

Im Elitefußball gab es Spieler wie Hans Tilkowski, 1935 geboren, als »Mann im Wembley-Tor« für die deutsche Nationalmannschaft spätestens seit 1966 eine deutsche Fußball-Legende.²³ Tilkowski hat eine Musterbiografie: Der Athlet ist der Sohn eines Bergmanns aus Dortmund-Husen, der Sozialdemokrat und Gewerkschaftler war, und wuchs in der Zechenkolonie der Zeche Kurl auf, wo er seine ersten Erfahrungen als Straßenfußballer sammelte. Sein Großvater war aus dem westpreußischen Schöneberg (Ostaszewo) in den Bergbau des Ruhrgebiets eingewandert. Die Karriere begann er als Torwart bei Westfalia Herne, Höhepunkte seiner Laufbahn erlebte der Fußballer bei Borussia Dortmund und dann als Vizeweltmeister bei der Weltmeisterschaft in England 1966. Viele andere Beispiele, die von einer solchen Kontinuität zur polnischen Migration zeugten, existierten im Ruhrgebiet. In der Öffentlichkeit herrschten jedoch jetzt anekdotenhafte, folklorisierende und harmonisierende Erzählungen, die die Geschichte der »alten« Migration im Prinzip als geschichtslos und konfliktfrei ganz im Sinne der »Ruhrvolk«-Ideologie ad acta legten. In diesen Kontext gehören auch Statements prominenter Politiker verschiedener parteipolitischer Couleur.²⁴ Unterschwellig verwies dieses Narrativ bereits auf die Vorstellung, dass die Zuwanderung abgeschlossen und bewältigt sei.

Özil, Gündoğan und Andere: Die »neue« Migration und ihre Spuren im Ruhrgebietsfußball

Die seit dem Anwerbeabkommen mit der Türkei (1961) ins Ruhrgebiet zuwandernden Türken fanden ebenfalls einen Wanderungsschwerpunkt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und Arbeit im Bergbau. 1982 waren 83 Prozent der von der Ruhrkohle AG beschäftigten ausländischen Arbeiter Türken, die anders als Polen und Masuren staatsrechtlich Ausländer waren.²⁵ Seit dem Anwerbestopp 1973 und dem Familiennachzug kam

es bald zur Community-Bildung in den städtischen Ballungsgebieten. Um die Jahrtausendwende lebten von den damals etwa 2,1 Millionen türkischen Staatsbürgern in Deutschland, darunter geschätzt 350 000 bis 500 000 Kurden, etwa ein Drittel in Nordrhein-Westfalen.²⁶ Fußball war für die männlichen Angehörigen der türkischen Communities von Anfang an ein strukturierendes Element ihrer Freizeitkultur. Zur Irritation des organisierten deutschen Sports und der einheimischen Bevölkerung organisierten sich die türkischen Arbeiter, die wie ihre italienischen, spanischen, griechischen und jugoslawischen Kollegen als »Gastarbeiter« bezeichnet wurden, in eigenen Vereinen. Die »Suggestion der Geschichtslosigkeit« (Ulrich Herbert) für die Zuwanderung nach Deutschland hatte die Erinnerung an polnische und andere Vereine gründlich getilgt. Nachdem ausländische Mannschaften länger um den sogenannten Gastarbeiterpokal gespielt hatten, erlaubte der Westdeutsche Fußballverband seit der Saison 1971/72 ihre Teilnahme am regulären Ligenbetrieb.²⁷ Damit begann die auch auf dem Spielfeld nicht immer konfliktfreie Integration dieser Mannschaften in den organisierten deutschen Fußball. Türkische Mannschaften dominierten bald die Zahl der ausländischen Mannschaften im Ruhrgebiet, und in der Saison 2009/10 spielten hier fünfzig türkische Klubs.²⁸ Sukzessive wich im Verband und in der Öffentlichkeit die Reserve gegenüber den »ethnischen« Klubs, ihre Brückenfunktion im Integrationsprozess und ihre sozialpräventiven Aufgaben wurden wertgeschätzt.²⁹

Die Mehrheit der männlichen Migranten im Ruhrgebiet kickten jedoch in deutschen Vereinen,³⁰ und erstaunlich bleibt in der Phase des fortschreitenden Einbürgerungsprozesses der Zuwanderer seit dem Ende der 1990er Jahre die späte Integration besonders von Spielern mit türkischer Migrationsbiografie in den deutschen Elitefußball. Im Prinzip illustriert diese Bestandsaufnahme die These, dass Einbürgerung nicht gleich Integration ist. Denn am Beispiel der im Ruhrgebiet aufgewachsenen und ausgebildeten Spieler Nuri Şahin sowie der Brüder Hamit und Halil Altıntop,³¹ die für die türkische Nationalmannschaft optierten, und dem Gegenbeispiel der aus Gelsenkirchen stammenden Fußballer Mesut Özil³² und Ilkay Gündoğan, die für das deutsche Team antraten, zeigt sich die Zerrissenheit der türkischen Minderheit in Deutschland. Für die Fans in der türkischen Community war die Lage eindeutiger: Bei einer Umfrage unter Fußballfans nach ihrem favorisierten Klub votierten im Jahre 2008 39,0 Prozent für Galatasaray Istanbul, 29,6 Prozent für Fenerbahçe Istanbul und 9,1 Prozent für Beşiktaş Istanbul. Schalke 04 landete mit 4,3 Prozent weit abgeschlagen dahinter, Borussia Dortmund brachte es auf 2,3 Prozent, aber beide Ruhrgebietsvereine lagen immerhin noch vor Bayern München mit 2,2 Prozent.³³

Der Gelsenkirchener Özil, dessen Großväter als Zecharbeiter aus der türkischen Kohleregion um Zonguldak Mitte der 1960er Jahre zugewandert waren, avancierte indessen bis zu seinem Rücktritt im Sommer 2018 zum Modell einer gelungenen Integration und wurde 2010 durch einen Besuch der Kanzlerin in der Umkleidekabine des Berliner Olympiastadions in dieser Rolle bestätigt und nobilitiert.³⁴ Das Ruhrgebiet kann so bis heute durch die lange Zuwanderungsgeschichte verknüpft mit der Zivilreligion Fußball als Beispiel für die – wenn auch nicht konfliktfreie – sozial-kulturelle Kreativität in ethnisch-heterogenen Erfahrungsräumen gelten. Dies betrifft den Elitefußball wie den Amateursport, letzterer symbolisch präsentiert durch Mesut Özils Bruder Mutlu, der lange für Firtina Spor 95 Gelsenkirchen in der Kreisliga B auflief, und Ilkay Gündogans Bruder Ilker, der für Blau-Weiß Gelsenkirchen in der Kreisliga A die Fußballschuhe schnürte.

Von Lore Karlowski zu Fatmire Alushi: Frauenfußball und Migration im Revier

Die Entwicklung des Frauenfußballs im Ruhrgebiet wurde massiv durch das bis 1970 bestehende Verbot durch den Deutschen Fußball-Bund (DFB) behindert. Trotz dieser Diskriminierung existierten schon in den 1950er Jahren Frauenfußballmannschaften im Revier, die den Stamm für eine inoffizielle Nationalmannschaft bildeten, die bis 1963 70 »Länderspiele« austrug. Protagonistinnen des Frauenfußballs im Revier waren die »Nationalspielerinnen« Brunhilde Zawatzky von Fortuna Dortmund und Lore Karlowski von Kickers Essen, die beide aus Zuwandererfamilien stammten. Der Vater von Lore Karlowski mit masurischer Migrationsbiografie arbeitete als Bergmann auf der Zeche Nordstern.³⁵ Die Frauen aus der »neuen« Migration, darunter Flüchtlinge aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg, mussten nicht mehr mit den patriarchalischen Vorstellungen des DFB kämpfen. Im Verband hatten sich inzwischen Kräfte durchgesetzt, die den Frauenfußball sogar als »Überlebenschance für die Vereine« sahen.³⁶ Hindernisse resultierten eher aus den Traditionen agrarischer Gesellschaften, die die gesellschaftliche Rolle der Frau ähnlich vormodern wie der alte DFB definieren.³⁷ Vorbild und Modellfall einer Emanzipation aus diesem Umfeld ist die Nationalspielerin Fatmire Alushi, 1988 als Fatmire Bajramaj im Kosovo in einer albanischen Familie geboren und 1992 mit ihrer Familie vor den serbischen Übergriffen gegen Muslime unter Lebensgefahr nach Remscheid geflohen.³⁸ Sie spielte für den FCR

2001 Duisburg, dann für den 1. FFC Turbine Potsdam, für den 1. FFC Frankfurt und für Paris Saint-Germain. Mit der deutschen Nationalmannschaft wurde sie Weltmeisterin (2007), zweifache Europameisterin (2009, 2013) und Bronzemedaillegewinnerin bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking. 2011 wurde Alushi »Fußballerin des Jahres« in Deutschland und spielte, mehrfach ausgezeichnet, im Grunde die Rolle für den Frauenfußball, die Mesut Özil bis 2018 für den Elitefußball der Männer als Beispiel gelungener Integration vorlebte. Die Fußballerin äußerte sich dabei kritisch zur Rolle eines orthodoxen Islam für eine Karriere im Sport.³⁹

Schluss: Vom Selbstbild einer Region

Das von der Montanindustrie bestimmte Ruhrgebiet war während des »Zeitalters der Kohle«⁴⁰ eine Einwandererregion, die zuerst von polnisch und masurisch sprechenden Menschen, dann von Vertriebenen und Flüchtlingen, schließlich in der Zeit der »Gastarbeiter« von Arbeitern aus den Anrainerstaaten des Mittelmeerraums, besonders von türkischen Migranten, bestimmt wurde, ein heterogener *ethnoscape* par excellence. Die Vereinskultur des Fußballs im Revier wurde seit dem Ersten Weltkrieg stark von den Zuwanderern geprägt. Eine Ausstellung in Essen, die sich 2015 dem Thema widmete, hat mit ihrem Titel »Von Kuzorra zu Özil« zu Recht dieser historischen Evidenz das Sigel aufgedrückt.⁴¹ In der Selbstreflexion des Reviers in Museen, wissenschaftlicher und populärer Publizistik sowie Politikerstatements beziehungsweise Äußerungen von Vereinspräsidenten spielt die multikulturelle Zusammensetzung von Spielern, seit einiger Zeit auch Spielerinnen, in der Regel keine Rolle. Hier überwiegt deutlich der Rekurs auf das Arbeitsethos der Bergleute und die bergmännisch bestimmte Kultur. Dies gilt nicht nur für die Innenperspektive, sondern auch für den Blick von außen. Als der FC Schalke 04, das Paradebeispiel einer multikulturellen Mannschaft schon seit den 1920er Jahren, 1997 den UEFA-Cup gewann, galt die Mannschaft der »Süddeutschen Zeitung« aus München als »Malocherbrigade« und »Arbeiterklub«.⁴² Trainer der Mannschaft war der Niederländer Huub Stevens, Torschützenkönig des Turniers der Schalker Marc Wilmots, ein Belgier.

Der Beitrag erschien erstmals in der APuZ-Ausgabe 1-3/2019 »Ruhrgebiet« vom 7. Januar 2019.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Michael Walker, Where Coal was King and Football was a Religion, 19.12.2014, www.independent.co.uk/sport/football/premier-league/where-coal-was-king-and-football-was-a-religion-9937185.html; ders., Up there. The North-East Football Boom & Bust, Liverpool 2014; Diethelm Blecking, Integration through Sports? Polish Migrants in the Ruhr, Germany, in: *International Review of Social History* 23/2015, S. 275–293, hier S. 276 f.
- 2 Stand vom 23. Juli 2018, zusammengestellt in Dietrich Schulze-Marmeling, Der Fall Özil. Über ein Foto, Rassismus und das deutsche WM-Aus, Göttingen 2018, S. 179 f.
- 3 Vgl. Christoph Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978, S. 23–43.
- 4 Vgl. Andreas Kossert, Kuzorra, Szepan und Kalwitzki. Polnischsprachige Masuren im Ruhrgebiet, in: Dittmar Dahlmann/Albert S. Kotowski/Zbigniew Karpus (Hrsg.), Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2005, S. 169–181.
- 5 Vgl. Brian McCook, Polnische industrielle Arbeitswanderer im Ruhrgebiet («Ruhrpolen») seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Klaus J. Bade et al. (Hrsg.), *Enzyklopädie Migration in Europa: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn u. a. 2008, S. 870–879, hier S. 871.
- 6 Vgl. Diethelm Blecking, Die Geschichte der nationalpolnischen Turnorganisation »Sokół« im Deutschen Reich 1884–1939, Münster 1987.
- 7 Vgl. Christiane Eisenberg, »English sports« und deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800–1939, Paderborn 1999, S. 178–214.
- 8 Vgl. Kleßmann (Anm. 3), S. 165 f. Polnische Migranten, die aus dem Ruhrgebiet nach Nordfrankreich einwanderten, spielten eine wichtige Rolle in der dortigen Fußballkultur und stellten Spieler für die französische Nationalmannschaft. Siehe Marion Fontaine, Football, Migration, and Coalmining in Northern France, 1920s–1980s, in: *International Review of Social History* 23/2015, S. 253–273.
- 9 Vgl. Dietmar Osses, Von der deutschen Vielfalt zur Gleichschaltung. Fußball im Ruhrgebiet zwischen den Kriegen, in: ders. (Hrsg.), Von Kuzorra bis Özil. Die Geschichte von Fußball und Migration im Ruhrgebiet, Essen 2015, S. 37–47, hier S. 39.
- 10 Eine ausführliche Darstellung der Verhältnisse in Essen und ein quellenkritischer Hinweis auf die Problematik der Identifikation polnischer Zuwanderer über ihre Namen bei Britta Lenz, Vereint im Verein? Städtische Freizeitkultur und die Integration von polnischen und masurischen Zuwanderern im Ruhrgebiet zwischen 1900 und 1939, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 2006, S. 183–203. Über Rot-Weiss Essen siehe ebd., S. 196–201.
- 11 So im Essener Arbeiter-Turn- und Sportverein Schonnebeck, der Mitglied im sozialistischen Arbeiter-Turn- und Sportbund war. Von 1923 bis 1929 waren durchgängig im Vorstand Migranten vertreten, Bergleute und Arbeiter mit polnischen Namen. Vgl. ebd., S. 201.
- 12 Vgl. Blecking (Anm. 6), S. 198.

- 13 Britta Lenz, »Gebürtige Polen« und »deutsche Jungen«: Polnischsprachige Zuwanderer im Ruhrgebietsfußball im Spiegel von deutscher und polnischer Presse der Zwischenkriegszeit, in: Diethelm Blecking/Lorenz Peiffer/Robert Traba (Hrsg.), Vom Konflikt zur Konkurrenz: Deutsch-polnisch-ukrainische Fußballgeschichte, Göttingen 2014, S. 100–113, hier S. 105.
- 14 Przegląd Sportowy (Sportrundschaу), zit. nach ebd., S. 100.
- 15 Dieses und alle folgenden Zitate bei Lenz (Anm. 13), S. 102, S. 105, S. 109f.
- 16 Vgl. Wilhelm Brepohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung, Recklinghausen 1948. Vgl. z. B. Richard C. Murphy, Gastarbeiter im Deutschen Reich. Polen in Bottrop 1891–1939, S. 184. Zu den Narrativen, die häufig zu politischen Statements über gelungene Integration verdichtet wurden, vgl. Diethelm Blecking, Sport and Immigration in Germany, in: The International Journal of the History of Sport 8/2008, S. 955–973, hier S. 956, S. 967, Anm. 10.
- 17 Vgl. Valentina Maria Stefanski, Die polnische Minderheit zwischen 1918 und 1939/45, in: Dagmar Kift/Dietmar Osses (Hrsg.), Polen-Ruhr: Zuwanderung zwischen 1871 und heute, Essen 2007, S. 33–43, hier S. 42.
- 18 Vgl. Blecking (Anm. 6), S. 207.
- 19 Vgl. Phillip Ther, Soll und Haben: Warum das deutsche Kaiserreich kein Nationalstaat war, in: Le Monde diplomatique, Mai 2005, S. 16f.
- 20 Vgl. Osses (Anm. 9), S. 40ff.
- 21 Lenz (Anm. 10), S. 203.
- 22 Vgl. für diesen Abschnitt Bartholomäus Fajak, Schmelztiegel Ruhrgebiet. Eine Spurensuche zwischen Oberliga und Bundesliga, in: Osses (Anm. 9), S. 71–79, hier S. 73f.
- 23 Vgl. zur Biografie Hans Ost/Hans Tilkowski, Und ewig fällt das Wembley-Tor – Geschichte meines Lebens, Göttingen 2006.
- 24 Vgl. Blecking (Anm. 16), S. 967, Anm. 10.
- 25 Vgl. ebd., S. 962.
- 26 Zahlen und weitere Belege bei Diethelm Blecking, Polish Community before the First World War and Present-Day Turkish Community Formation – Some Thoughts on a Diachronic Comparison, in: John Belchem/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Irish and Polish Migration in Comparative Perspective, Essen 2003, S. 183–197, hier S. 190ff.
- 27 Vgl. Ole Merkel, Verbandspolitik im Wandel. Der Umgang mit zugezogenen Menschen seit der Zeit der Gastarbeiter, in: Osses (Anm. 9), S. 107–115, hier S. 108.
- 28 Vgl. Daniel Huhn/Hannes Kunstreich/Stefan Metzger, Türkisch geprägte Fußballvereine im Ruhrgebiet und in Berlin, Münster 2011, S. 145f.
- 29 Vgl. Merkel (Anm. 27), S. 110ff.
- 30 Da Statistiken die Nationalität nicht ausweisen, lassen sich keine belastbaren quantitativen Aussagen machen.
- 31 Zu Şahin und Hamit Altıntop vgl. Schulze-Marmeling (Anm. 2), S. 30. Zu Halil Altıntop siehe »Warum sollte ich nur Döner essen?« – Halil Altıntop im Gespräch mit Ronny Blaschke, in: Diethelm Blecking/Gerd Dembowski, Der Ball ist bunt. Fußball, Migration und die Vielfalt der Identitäten in Deutschland, Frankfurt/M. 2010, S. 38–42.
- 32 Vgl. »Die türkischen Fans respektieren meine Entscheidung«. Mesut Özil im Gespräch mit Mike Glindmeier, in: ebd., S. 69ff.

- 33 Vgl. Blecking (Anm. 23), S. 964.
- 34 Vgl. Mesut Özil, *Die Magie des Spiels. Und was du brauchst um deine Träume zu verwirklichen*, Köln 2017, S. 33 ff. Die Diskussion um die symbolische oder tatsächliche Rolle Özils beim Scheitern der deutschen Nationalmannschaft während der Weltmeisterschaft in Russland 2018 wird bei Schulze-Marmeling (Anm. 2) diskutiert. Vgl. Diethelm Blecking, *Fußball und Migration in Deutschland*, in: Schulze-Marmeling (Anm. 2), S. 161–178, hier S. 170 ff.
- 35 Vgl. Vanja Mandic, *Frauenfußball und Migration im Ruhrgebiet. Von Emanzipationshebeln, Wiederholungen und einer anderen Geschichte*, in: Osses (Anm. 9), S. 127–135; dies., Lore Barnhusen, geborene Karlowski, *Nationalspielerin trotz Verbots*, in: ebd., S. 154 f.
- 36 So der ehemalige DFB-Präsident Theo Zwanziger, zit. nach Mandic (Anm. 35), S. 132.
- 37 Für eine differenzierte Sicht vgl. das Interview mit der Filmemacherin Aysun Bademsoy, die mehrere Dokumentarfilme über migrantischen Frauenfußball gedreht hat: *Doppelt benachteiligt? Die türkischen Mädchen nahmen sich einfach den Platz. Aysun Bademsoy im Gespräch mit Gerd Dembowski*, in: Blecking/Dembowski (Anm. 31), S. 111–118.
- 38 Vgl. Vanja Mandic, Fatmire Alushi. *Vom Flüchtling zur Weltmeisterin*, in: Osses (Anm. 9), S. 194 f.
- 39 Vgl. Mandic (Anm. 35), S. 134. Ursula Zender geht der Frage nach, warum der Organisationsgrad türkisch-muslimischer Migrantinnen im Sport im Allgemeinen so gering ist. Vgl. Ursula Zender, *Sportengagements türkisch-muslimischer Migrantinnen. Der Einfluss von Kultur, Religion und Herkunftsfamilie*, Wiesbaden 2018.
- 40 Vgl. den Katalog zur Ausstellung auf Zeche Zollverein Franz-Josef Brüggemeier/Michael Farrenkopf/Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.), *Das Zeitalter der Kohle. Eine europäische Geschichte*, Essen 2018.
- 41 Für das Begleitbuch zur Ausstellung vgl. Osses (Anm. 9).
- 42 Vgl. Stefan Goch, *Zwischen Mythos und Selbstinszenierung: Fußball im Ruhrgebiet und das Image der Region*, in: *Westfälische Forschungen 2013*, S. 103–118, hier S. 113; Diethelm Blecking, »Das Revier ist ein Mythos«, Interview von Jan Mohnhaupt, in: *ballesterer, Fußballmagazin 149/2020*, S. 29–31.

Jan Dinter

Politischer Strukturwandel?

Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet

Der Abschied von den Kumpeln und Steigern, der 2018 überall im Ruhrgebiet wehmütig gefeiert wurde, ist nicht nur das nachträgliche Ende einer längst vergangenen wirtschaftlichen Ära. Er erinnert auch an gesellschaftliche und politische Säulen, die die Region lange getragen haben, sowie an wirtschaftliche Wandlungsprozesse, deren Bewältigung die politische Agenda des Ruhrgebiets über Jahrzehnte bestimmte und andere Themen bisweilen verdrängte. Was bleibt vom Bergbau? »Vielleicht der Zusammenhalt, den wir unter und über Tage hatten«, hoffen die Malocher. Daraus spricht eine gewisse Sehnsucht nach Zeiten, in denen die Welt in den Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet noch überschaubar war. Das waren – vielleicht mit einem verklärten Blick – Zeiten, in denen die Charakterisierung des Ruhrgebiets als »Schmelzriegel« vor allem positiv besetzt war: eine von der Industrie angetriebene Region, in der durch das Zusammenwirken verschiedenster Kulturen Wohlstand entstand. Oder aber eine Zeit, in der Politik und Gesellschaft in Form einer »Sozialpartnerschaft« eine Einheit bildeten.

Das heute häufig vermittelte Bild der Region ist jedoch ein anderes: Es ist die Rede von »Arbeitslosigkeit, Armut und Tristesse«,¹ hinter dem Bild des Schmelzriegels steht immer häufiger auch die Warnung, dass soziale und kulturelle Spannungen mit Explosionsgefahr verbunden sind. Im Jahr vor dem Bergbau-Aus machte die »Herzkammer der Sozialdemokratie« eher als neue Hochburg der AfD Schlagzeilen.² Wie aber lassen sich Veränderungen in Politik und Gesellschaft nach langer Kontinuität erklären? Und sind sie wirklich Anzeichen eines tief greifenden politischen Wandels im Revier?

Das Politikmodell Ruhrgebiet: Ein Rückblick

Das Bild des Ruhrgebiets als stabile Hochburg der SPD ist eng verknüpft mit dem frühen Niedergang der Montanindustrie. Insbesondere die Bewältigung des Strukturwandels führte überhaupt erst zur Herausbildung dessen, was viele die spezifische »regionale politische Kultur« des Ruhrgebiets nennen.³ Zwar übertrugen sich die von der Montanindustrie geprägten patriarchalischen Strukturen, in denen die Bevölkerung im Ruhrgebiet umfassend mit Wohnraum, Gesundheitseinrichtungen oder Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten versorgt wurde,⁴ bereits in der wirtschaftlichen Hochphase des Reviers auch auf die Politik. Die Konsenskultur eines »Elitenkartells« aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften half, »Konflikte möglichst gar nicht erst aufkommen zu lassen oder zumindest nicht offen auszutragen«.⁵

Allerdings kamen die Anlässe für eben solche potenziellen Konflikte vor allem mit der ersten Kohlenkrise. Die für die Politik im Ruhrgebiet über Jahrzehnte prägende Vorherrschaft der SPD ging auf den ersten Blick paradoxerweise deshalb erst mit dem Rückgang der Arbeiterschaft einher.⁶ »Die Bergbaukrise im Ruhrgebiet, die der von der CDU geführten Bundesregierung angelastet wurde, das außergewöhnlich enge Bündnis zwischen SPD und den Gewerkschaften in diesem Lande (...) und die starke Stellung der SPD in den Kommunen«⁷ begründeten letztlich die Hegemonie der Partei. Ihr Markenkern im Ruhrgebiet war dann ein über Jahrzehnte fortbestehendes »regionales Politikmodell der Sozialpartnerschaft«.⁸ Während es der Politik im Revier zunächst darum ging, die als vorübergehend angesehenen Krisen der Montanindustrie und ihre Folgen abzuschwächen, sollte mit der Einsicht, dass der Niedergang von Kohle und Stahl kaum aufzuhalten ist, ebendieser so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden. Eine umfassende Koalition aus (lokaler) Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften verfolgte damit die zentralen Ziele, soziale und politische Stabilität sowie gleichzeitig großindustrielle Infrastrukturen zu sichern.⁹ Dieser von korporatistischen Strukturen und Konsenssuche geprägte Politikstil fand Anklang bei der Bevölkerung des Ruhrgebiets. Der Schutz vor den Folgen wirtschaftlicher Krisen machte sie resistent gegen ein »defensives Misstrauen gegen ›die da oben‹«.¹⁰ Der Politikstil wurde zudem als authentischer Ausdruck einer »Kultur des kleinen Mannes«¹¹ akzeptiert. Das Modell der »basisnahen Stellvertretung«¹² funktionierte, weil die von vielen geteilten Probleme zusammen mit einer großen Verteilungsmasse Anreize zur Kooperation schufen, die sich am Ende für alle – Wirtschaft, Bürger und Politik – lohnen würde.¹³ Der

Zusammenhalt in der Krise schuf zudem ein »Wir-Gefühl«, das bis heute noch die Identität der Region prägt.¹⁴

So kam es, dass die SPD bei den Bundestagswahlen von 1965 bis 2002 im Ruhrgebiet immer Stimmanteile jenseits der 50 Prozent erhielt. Und auch bis heute ist ihr Bundestagswahlergebnis im Ruhrgebiet mindestens zehn Prozentpunkte höher als im Rest Deutschlands. Auf diesen Vorsprung konnte sich die Partei bis zuletzt noch mit leicht unterschiedlichem Ausmaße bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen verlassen. Bei den Kommunalwahlen entfallen auf die Sozialdemokraten seit 1948 – bis auf 1999 – ebenfalls immer die meisten Stimmen. Seit 1999 rangiert sie im Schnitt der Ruhrgebietsstädte um 40 Prozent. Damit ist sie in 39 der 53 Stadträte die stärkste Partei. Sie stellt zudem in sieben von elf kreisfreien Städten des Regionalverbands Ruhr den Bürgermeister, insgesamt sind 24 der 55 (Ober-)Bürgermeister sozialdemokratische Parteimitglieder.

Region der Vielfalt oder Region der Gegensätze?

Bis heute ist das politische Ruhrgebiet daher eher durch die Dominanz der SPD denn durch politische Vielfalt gekennzeichnet. Wenn also vom »vielfältigen Ruhrgebiet« die Rede ist, kann sich dies nur sehr bedingt auf die politische Landschaft beziehen. Abseits von der Politik trifft diese Charakterisierung aber in mannigfacher Weise zu. In erster Linie spielt sie auf die starke (Arbeits-)Immigration in die Region an, den daraus resultierenden hohen Migrantenanteil in der Bevölkerung und die damit verbundene kulturelle Vielfalt der Ruhrgebietsbevölkerung. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts erlebte die Region durch die frühe Industrialisierung einen breiten Zuzug sogenannter Ruhrpolen, in den 1950er und 1960er Jahren kamen durch die Anwerbeabkommen »Gastarbeiter« aus Italien, Spanien, Griechenland oder der Türkei in das Ruhrgebiet. Seit über 150 Jahren ist daher »Fremdsein (...) ziemlich normal« in der Region, und die Menschen sind vor allem durch die gemeinsame Arbeit und Lebenswelt, später durch die geteilten Erfahrungen des Strukturwandels »trotz aller Unterschiede der Herkunft, der Vorstellungswelten, Mentalitäten und Verhaltensweisen« zusammengewachsen.¹⁵ Bereits früh wurde das Ruhrgebiet daher als »Einwandererregion par excellence« beschrieben.¹⁶ Auch bis heute wird die Region gerne als »Weltmeister in Sachen Integration« bezeichnet.¹⁷

Vielfältig ist das Ruhrgebiet zweifelsohne auch mit Blick auf Identitäten, Zugehörigkeiten oder (Verwaltungs-)Strukturen. Zwar ist das Ruhrgebiet ein wichtiger geteilter sozialer Bezugsraum der hier lebenden Bevölke-

rung, mit dem sich mitunter mehr Menschen identifizieren können als mit der Stadt, in der sie leben; sei es als »Heimat« oder einfach als Ort, von dem man nie wegziehen möchte.¹⁸ Aber die »Metropole der kleinen Räume, in der sich Vorteile einer Großstadt mit dem Leben in dorfähnlichen Stadtteilen verbinden«¹⁹ entstand in dezentralen Siedlungen rund um Schachtanlagen und wuchs erst durch die fortschreitende Industrialisierung zu einem metropolenähnlichen Raum zusammen.²⁰ Entsprechend stark ist auch noch heute die Bindung an die kleinteiligen Stadtteilstrukturen. Das lässt sich auch auf Politik und Verwaltung übertragen: Als die Verteilungsmasse im Laufe der zurückgehenden wirtschaftlichen Stärke der Montanindustrie kleiner wurde, rückte Konkurrenz und Kirchturmdenken zunehmend an die Stelle der Kooperation.²¹ Deshalb sind die einzelnen Städte noch heute die wichtigsten politischen Arenen – nur wenige Kompetenzen wurden auf den gemeinsamen Regionalverband Ruhr (RVR) übertragen.

Heute ist die regionale Gesellschaft im Ruhrgebiet aber zweifelsohne auch von der Vielfalt der individuellen Lebenswelten geprägt. Denn auch im Ruhrgebiet hat, spätestens mit der Schrumpfung der Montanindustrie, die gesamtgesellschaftliche Individualisierung eingesetzt. Genauso wie anderswo ist auch im Ruhrgebiet eine moderne heterogene Gesellschaft an die Stelle der homogenen Arbeitergesellschaft gerückt.²² Für sich genommen, ist das keine Besonderheit dieser Region. Zusammen mit der Individualisierung und abnehmender wirtschaftlicher Stärke haben sich innerhalb des Ruhrgebiets aber eine überdurchschnittliche soziale Ungleichheit und deren räumliche Konzentration entwickelt. Die Erwerbslosigkeit, die Armut, das Bildungsniveau und der Migrantanteil sind generell im Ruhrgebiet höher als im Rest von Nordrhein-Westfalen oder der Bundesrepublik. Gerade die ehemaligen Arbeiterviertel im Norden der Region haben sich zu benachteiligten Quartieren entwickelt,²³ in denen »Arme, Alte, Ausländer und Alleinerziehende«²⁴ aufeinandertreffen. Dem stehen verhältnismäßig wohlhabende Stadtteile mit gänzlich anderer Sozialstruktur gegenüber. Weil im Zuge der Individualisierung das einende Element der geteilten Arbeits- und Lebenswelt abhandengekommen ist und zusätzlich die sozialen Gegensätze gerade im Ruhrgebiet enorm zugenommen haben, sind auch die trennenden Elemente der kulturellen Heterogenität in den Vordergrund der gesellschaftlichen Wahrnehmung gerückt. Toleranz, die Vorteile der Zuwanderung und gelebte Integration gehören zwar zum Selbstbild der Ruhrgebietsbewohner. Zugleich besteht aber auch ein ausgeprägtes Bewusstsein für Spannungen und Probleme durch kulturelle Vielfalt und soziale Ungleichheiten.²⁵

Im qualitativen Teil der Studie »Kommunikationsstress im Ruhrgebiet« beschreiben Bewohner des Ruhrgebiets beispielsweise eine Entwicklung einer »Parallel-« und »Zweiklassengesellschaft«. In dieser Studie aus dem Jahr 2018 wird auch das ambivalente Bild der Ruhrgebietsbevölkerung zum Zusammenleben in der Region dokumentiert: Über 69 Prozent der Bewohner des Ruhrgebiets sind demnach der Auffassung, dass Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen das Ruhrgebiet bereichern. Zugleich haben aber auch über 53 Prozent der Menschen im Ruhrgebiet das Gefühl, die Region würde »in einem gefährlichen Maß überfremdet«. Viel deutlicher noch werden die sozioökonomischen Ungleichheiten in der Region als Gefahr wahrgenommen: Der Aussage, dass die großen Unterschiede zwischen Arm und Reich im Ruhrgebiet eine Gefahr für die Gesellschaft seien, stimmten fast 89 Prozent der Befragten aus dem Ruhrgebiet zu.²⁶

Die Polarisierung sozialer Lagen hat auch einen entscheidenden Einfluss auf die Demokratie im Ruhrgebiet. Bei der Bundestagswahl 2017 hatte der Wahlkreis Duisburg II bundesweit die geringste Wahlbeteiligung. Nur 64,8 Prozent der Wahlberechtigten machten hier von ihrem Stimmrecht Gebrauch.²⁷ Im gesamten Ruhrgebiet lag die Wahlbeteiligung zudem 2,7 Prozent niedriger als im Bundes- und 1,9 Prozent niedriger als im Landesschnitt. In dieser Deutlichkeit ist die niedrigere Wahlbeteiligung im Ruhrgebiet neu – allerdings zeichnete sich bereits seit der Bundestagswahl 1990 eine leicht unter dem Landesniveau liegende Wahlbeteiligung im Ruhrgebiet ab. Viel auffälliger ist aber, dass bei den zurückliegenden Wahlen die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen den einzelnen Ruhrgebietswahlkreisen deutlich größer geworden sind. Seit der Bundestagswahl 2009 liegt die Standardabweichung der Beteiligungsquoten der Ruhrgebietswahlkreise – also die durchschnittliche Differenz der Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis zur Wahlbeteiligung im gesamten Ruhrgebiet – bei mindestens 3,5 Prozent. Essen II war bei der Bundestagswahl 2017 mit 67,6 Prozent beispielsweise der Wahlkreis mit der zweithöchsten Beteiligung in NRW, Essen III mit 79,5 Prozent wiederum der Wahlkreis mit der landesweit sechsthöchsten Wahlbeteiligung.²⁸ Diese Unterschiede zeigten sich 2017 auch bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl sehr deutlich. Während Essen IV mit 74,2 Prozent landesweit die zweithöchste Wahlbeteiligung verzeichnen konnte, sind Duisburg III (53,1 Prozent), Duisburg IV – Wesel V (54,2 Prozent) und Gelsenkirchen II (55,2 Prozent) die Schlusslichter im Land.²⁹ Schaut man noch ein wenig tiefer und betrachtet die Unterschiede in der Wahlbeteiligung auf Stadtteilebene, lassen sich in den Städten des Ruhrgebiets schon seit vielen Jahren

noch deutlichere Unterschiede von 30 bis über 40 Prozentpunkte zwischen den einzelnen Wahlbezirken feststellen.³⁰ Die negative Entwicklung politischer Teilhabe verläuft dabei parallel zur Polarisierung sozialer Lagen. In jenen Stadtteilen, in denen sich soziale Benachteiligungen – Arbeitslosigkeit, geringe Kaufkraft oder Bildung – anhäufen, ist auch die Wahlbeteiligung niedrig. So werden die ohnehin sozioökonomisch benachteiligten Quartiere im Revier zu beinahe »demokratiefreien Zonen«.³¹

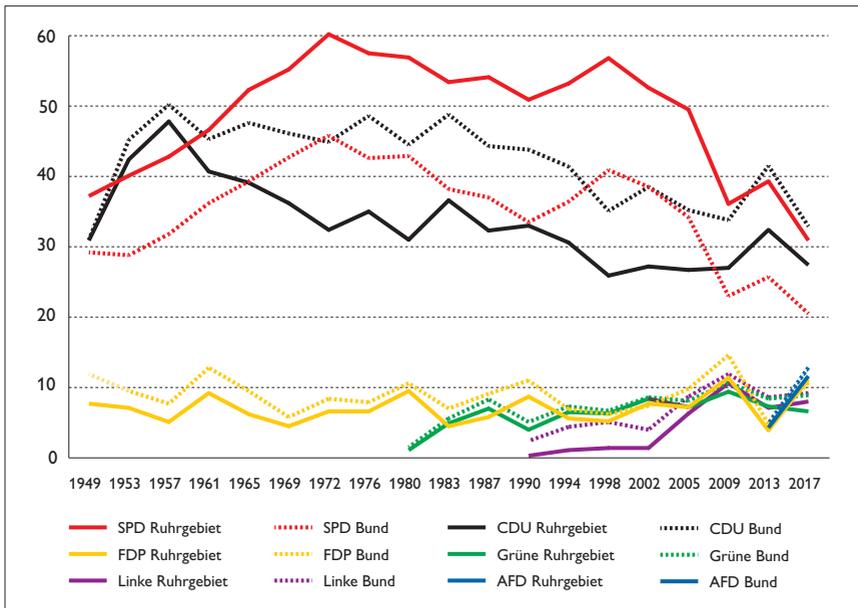
Die Region lässt sich inzwischen also eher als Region der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch politischen Gegensätze charakterisieren, die sich spätestens seit dem »langen Abschied von der Kohle« auf der Suche nach dem verbindenden Element befindet. Dabei ist soziale und sozialräumliche Ungleichheit politischer Teilhabe kein Spezifikum des Ruhrgebiets.³² In großen Städten oder Metropolen lassen sich die gleichen Entwicklungen beobachten, die es auch im Ruhrgebiet gibt. Besonders ist – zumindest für Deutschland – aber, dass so deutliche Gegensätze in diesem Ausmaß auf engem Raum so viele Menschen betreffen.

Von der Herzkammer der Sozialdemokratie zur AfD-Hochburg?

An der heutigen Sozialstruktur des Ruhrgebiets lässt sich erkennen, dass es die Politik in der Region zwar erfolgreich vermochte, die Folgen des Niedergangs von Kohle und Stahl abzufedern und damit soziale Konflikte sowie extreme Verarmung anders als in vielen anderen europäischen Industrieregionen größtenteils zu vermeiden. Sie verpasste es aber, die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen nachfolgender Generationen gleichermaßen zu sichern.³³ Dass eine vornehmlich der Verwaltung des und dem Schutz vor dem Strukturwandel verpflichtete Politik selbst irgendwann genau diesem Strukturwandel zum Opfer fallen könnte, zeichnete sich bereits Ende der 1990er Jahre ab. Zu diesem Zeitpunkt brachen die Ergebnisse der SPD im Land und in den Städten im Revier ein erstes Mal ein (*Abbildung*). Bei der Kommunalwahl 1999 wurde der Partei in vielen Städten des Ruhrgebiets eine »Arroganz der Macht« vorgeworfen.³⁴ Denn die Kehrseite des ruhrgebietstypischen Politikmodells war, dass der enge Bund zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und (kommunal-)politischen Eliten häufig Einfallstor für Vetternwirtschaft und Vorteilsnahme war. Die seit den 1960er Jahren für die politische Landschaft des Ruhrgebiets prägende Dominanz der SPD begann aber genauso wie anderenorts vor allem an der Wirkung gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse zu bröckeln – die im Vergleich zum Rest der Bundesrepublik oder aber ande-

ren europäischen Demokratien im Ruhrgebiet maximal etwas verspätet einsetzte. Traditionelle Milieubindungen nahmen generell ab,³⁵ und auch an Ruhr und Emscher wurde die Wählerschaft volatiler. Trotzdem rangiert die SPD bei Wahlen bis heute relativ konstant zehn Prozentpunkte über dem Bundestrend der Partei, während die CDU zwischen fünf und neun Prozentpunkte schlechter als im Rest der Republik abschneidet.

Abb.: Bundestagswahlergebnisse in den Städten des Regionalverbandes seit 1949



Quelle: Bundeswahlleiter, Regionalverband Ruhr.

Im Vorfeld des Wahljahres 2017 vermuteten viele Beobachter aber, das Ruhrgebiet könne zur Hochburg der rechtspopulistischen AfD werden.³⁶ Auf großflächigen Plakaten warb die Partei im Wahlkampf zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2017 mit dem Konterfei des zur AfD gewechselten ehemaligen SPD-Politikers Guido Reil in Bergmanns-Kluft und dem Zitat: »Im Herzen Sozi. Deshalb bei der AfD. Glückauf, mein NRW«. Bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr warb die AfD mit dem Zitat: »Ich bin dabei, weil die SPD die Interessen der kleinen Leute nicht mehr vertritt.« Diese Beispiele zeigen sehr plakativ, dass die Wahlkampfstrategie der

Rechtspopulisten im Revier zum einen sehr deutlich auf die von Historikern beschriebene »spezifische politische Kultur« des Ruhrgebiets ausgerichtet ist. Offensichtlich will die Partei gezielt politischer Ausdruck eben jener »kleinen Leute« sein, die sich über Jahrzehnte von der SPD vertreten fühlten, und unzufriedene SPD-Wähler für sich gewinnen. Zum anderen will die Partei jene sogenannten Modernisierungsverlierer ansprechen, die vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwäche und der sozialen Polarisierung gerade im Ruhrgebiet vermutet werden.

Als Erklärung für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa, der AfD im Speziellen, haben sich in der Politik, den Medien und auch der Wissenschaft vor allem zwei Erklärungsmuster entwickelt. Zum einen wird vermutet, dass Menschen die AfD wählen, weil sie »Präferenzen für die kulturelle Homogenität und die politische sowie wirtschaftliche Autonomie der Gesellschaft halten«.³⁷ Zum anderen wird vermutet, dass die Erfolge der AfD mit der steigenden Zahl der von negativen Folgen der Globalisierung betroffenen Menschen zu erklären ist. Dieser These folgend wäre die Partei gerade für sozial benachteiligte Menschen in strukturschwachen Regionen attraktiv.³⁸ Die sogenannten kleinen Leute und Nichtwähler zählen neben Protestwählern, Eurogegnern und liberal-konservativen Bürgerlichen auch nach Angaben des AfD-Bundesvorstands zu den Zielgruppen der Partei.³⁹

Bei einer oberflächlichen Betrachtung sahen viele die These vom Erfolg der AfD in den »deutschen Armenhäusern« nach der nordrhein-westfälischen Landtags- sowie der Bundestagswahl bestätigt und verwiesen plakativ auf das Ruhrgebiet.⁴⁰ Tatsächlich war die Partei bei beiden Wahlen in einigen Ruhrgebietswahlkreisen erfolgreich. Bei der Landtagswahl 2017 lagen die 15 Wahlkreise mit dem besten AfD-Ergebnis im Ruhrgebiet,⁴¹ bei der Bundestagswahl waren die aus Sicht der Partei 13 besten Wahlkreisergebnisse in Nordrhein-Westfalen Ruhrgebietswahlkreise.⁴² In diesen Gebieten lag die AfD in der Spitze bei über 15 beziehungsweise 17 Prozent. Im Schnitt aller 53 RVR-Städte lag die Partei mit 9,5 Prozent bei der Landtagswahl allerdings »nur« etwa zwei Prozentpunkte über dem Landesschnitt.⁴³ Bei der Bundestagswahl lag sie im Ruhrgebiet mit 11,4 Prozent ebenfalls zwei Prozent über Landesschnitt. Verglichen mit dem bundesweiten Stimmanteil der AfD von 12,6 Prozent war das Ergebnis der Partei im Ruhrgebiet allerdings unterdurchschnittlich.⁴⁴ Unter den 55 »westdeutschen« Wahlkreisen mit AfD-Ergebnissen über dem Bundeschnitt liegen auch lediglich vier im Ruhrgebiet.⁴⁵ Als Gesamtes betrachtet kann man die Region daher nicht als Hochburg der Rechtspopulisten bezeichnen. Gerade aber in den als »benachteiligt« identifizierten ehemali-

gen Arbeiterquartieren, die von hoher Arbeitslosigkeit, einem hohen Migrantenanteil, geringem Einkommen, niedriger Bildung und auch niedriger Wahlbeteiligung gekennzeichnet sind, konnte sie Erfolge verzeichnen.⁴⁶

Betrachtet man nur diese raumbezogenen Aggregatdaten, könnte man also schnell zu dem Schluss kommen, die AfD liefere der SPD gerade in ihren Ruhrgebietshochburgen den Rang ab, weil sie die »kleinen Leute« und »Modernisierungsverlierer« überzeugen konnte. Allerdings lassen Zusammenhänge, die auf Aggregatebene bestehen, keinen Schluss auf individuelle Zusammenhänge zu. Man kann also nicht sicher sagen, ob es gerade jene Wähler mit niedrigem »sozialem Status« waren, die in den Ruhrgebietsstadtteilen die AfD wählten. Studien zur Wählerschaft der AfD sind in der Frage, ob die AfD gerade von dieser Wählerklientel bevorzugt wird, uneinig. Viele Untersuchungen weisen eher daraufhin, dass es eben nicht in einem überdurchschnittlichen Maße die »Modernisierungsverlierer« sind, die eher ihr Kreuz bei den Rechtspopulisten machen.⁴⁷ Nun könnte das Ruhrgebiet eine Ausnahme von der Regel sein. Vergleicht man die Wahlkreise, in denen die AfD erfolgreich war, sind es gerade die Ruhrgebietshochburgen, die sich substanziell von allen anderen durch ein »schlechtes Ergebnis in nahezu allen makroökonomischen Kennzahlen« unterscheiden.⁴⁸ Aber wahrscheinlicher ist, dass sich der überdurchschnittliche Erfolg der Populisten im »Revier« nicht nur durch die Modernisierungsverlierer-These erklären lässt, sondern auch hier viele verschiedene Faktoren einen Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten im Ruhrgebiet haben.

Zunächst haben Studien nachweisen können, dass nicht unbedingt jene Wähler mit der AfD sympathisieren, die tatsächlich sozialen Abstieg erfahren haben – die also erwerbslos geworden sind, über ein niedriges Einkommen verfügen oder geringe Qualifikationen vorweisen können. Vielmehr stimmen diejenigen häufiger für die Partei, die besonders »pessimistisch in die Zukunft schauen oder den Eindruck haben, ihre Situation nicht positiv beeinflussen zu können.«⁴⁹ Die negativen Entwicklungen, die in den ehemaligen Arbeitervierteln im Ruhrgebiet räumlich erfahrbar werden, können eben diese Sorge vor dem »sozialen Abstieg« auch oder insbesondere bei den Quartiersbewohnern mit nominell höherem »sozialem Status« verstärken. Potenziell schürt zudem ein Diskurs über das Ruhrgebiet, der noch immer von einem eher schlechten Image und Schlagzeilen wie »Problemregion Nr. 1« geprägt ist, Ängste vor sozialem Abstieg.

Die Forschung hat weiterhin zeigen können, dass das Gefühl kultureller Bedrohung deutlich wichtiger für die Identifikation mit der AfD ist als das Gefühl sozialer Bedrohung. Es seien gerade jene Menschen, die Zuwanderung negativ bewerten, die sich mit der Partei identifizieren. Diese Ein-

stellungen verschärfen sich teilweise bei jenen, die einen niedrigen sozialen Status aufweisen.⁵⁰ Die sozialräumliche Struktur des Ruhrgebiets, in der sich viele Bewohner mit niedrigem Einkommen und schlechter Bildung in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil sammeln, könnte daher dazu geführt haben, dass gerade hier Zuwanderer und »Flüchtlinge als Konkurrenten um Arbeitsplätze und um Sozialleistungen«⁵¹ wahrgenommen wurden und dadurch die Wahl der AfD attraktiver wurde. Allerdings lässt sich auch zeigen, dass in den sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen des Ruhrgebiets neben dieser »sozialen Konkurrenz« durch Migranten das Gefühl vorherrscht, dass die soziale Infrastruktur verschwindet und die Politik sich der Probleme aus der Lebensrealität der Menschen verweigert.⁵²

Die Unzufriedenheit mit anderen Parteien ist daher neben dem Gefühl kultureller Bedrohung womöglich ein noch wichtigeres Motiv für AfD-Wähler im Ruhrgebiet. Die Entscheidung, die AfD zu wählen, war bei der Bundestagswahl 2017 bei zwei Dritteln beispielsweise durch die »Enttäuschung über andere Parteien« zu erklären.⁵³ Im Ruhrgebiet scheint die Unzufriedenheit mit der Politik etwas höher zu sein als im Rest Deutschlands. Die Zustimmung zu der Aussage, dass Politiker sich nicht darum kümmern würden, was »Menschen wie ich denken«, stimmten an Ruhr und Escher laut der Studie »Kommunikationsstress im Ruhrgebiet« beispielsweise mehr Befragte zu als in vergleichbaren deutschlandweiten Studien.⁵⁴ Dabei erscheint es naheliegend, dass eine politische Landschaft, die über Jahrzehnte von der Dominanz einer Partei geprägt war, in Zeiten generell hoher Unzufriedenheit mit der Politik für die Anti-Eliten-Rhetorik populistischer Parteien empfänglich ist. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Individualisierung könnte dies zum entscheidenden Erklärungsfaktor für den überdurchschnittlichen Erfolg der AfD in ehemaligen (und relativ betrachtet noch immer bestehenden) SPD-Hochburgen im Ruhrgebiet werden.

Kommt der politische Strukturwandel im Ruhrgebiet?

Das Wahljahr 2017 hat auf elektoraler Ebene einige Änderungen im politischen Ruhrgebiet hervorgerufen. Der größte Wandel im regionalen Gleichgewicht der Parteien liegt jedoch bereits gut ein Jahrzehnt zurück, als die im Revier dominante SPD in den Wahlen rund um die Jahrtausendwende ihre deutlichsten Stimmverluste hinnehmen musste. Langfristig gesehen, lassen sich diese Wandlungsprozesse vor allem mit generellen Trends und gesellschaftlichen Veränderungen erklären, die keinesfalls regionalspezifisch sind. Wahlverhalten ist auch im Ruhrgebiet volatil geworden.

Die Parteien sind in der Region zwar noch immer stärker (SPD) beziehungsweise schwächer (CDU) als im Rest der Republik. Die Schwankungen folgen aber dem gleichen Muster wie auf Bundes- oder Landesebene. Tendenziell lässt sich eine langsame Angleichung des regionalen an das bundesweite Parteiensystem erkennen. In diesem Sinne lässt sich auch der Erfolg der AfD im Ruhrgebiet vorrangig nicht regionalspezifisch erklären. Denn sowohl die große soziale Spaltung als auch die hohe kulturelle Vielfalt und die damit verbundenen Probleme in der Region sind schon viele Jahrzehnte Kennzeichen des Ruhrgebiets. Trotzdem haben sich die Einstellungen zu Migration und Integration im Allgemeinen und zum Islam im Besonderen im Ruhrgebiet erst zu dem Zeitpunkt verändert, zu dem die Flüchtlingspolitik und die AfD die politische Debattenlage in ganz Deutschland dominiert haben⁵⁵ Die im gesamten Ruhrgebiet leicht und in einigen Teilen deutlich überdurchschnittlichen Wahlergebnisse der AfD lassen sich entsprechend auch nur durch eine Vielzahl von Faktoren erklären, die jede für sich genommen vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Struktur der Region womöglich eine stärkere Wirkung entfalten. Nicht zu unterschätzen ist dabei sicherlich, dass Unzufriedenheit mit der Politik wahrscheinlicher wird, wenn über Jahrzehnte Pluralisierung und Wandel kaum einen Ausdruck im regionalen Parteiensystem finden und Machtwechsel ausbleiben.

Die Frage nach einem Wandel in Gesellschaft und Politik im Revier geht aber über die Frage von Wahlergebnissen hinaus. Der Zusammenhalt von Bürgern und Politikern wird im Ruhrgebiet immer noch als vergleichsweise stark wahrgenommen. Zugleich besteht über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg eine starke Bindung an die lokale Politik im Revier.⁵⁶ Während sich also die gesellschaftlichen Probleme im Ruhrgebiet in kleinen Räumen sammeln, nehmen die Bürger Politiker gerade auf der niedrigsten Ebene als ansprechbar und für ihre Wünsche empfänglich wahr. Gleichzeitig zeigt sich, dass die meisten Probleme der Ruhrgebietskommunen nur gemeinsam gelöst werden können. Entsprechend hat sich auch die Struktur der regionalen Demokratie entscheidend verändert, indem mit dem RVR und dem Ruhrparlament eine gemeinsame Institution für die gesamte Region entstanden ist. Entscheidend wird daher sein, ob die regionale Demokratie mittelfristig die Vorteile der Responsivität lokaler Politik wahren und gleichzeitig die gemeinsame Lösungskompetenz durch interkommunale Zusammenarbeit stärken kann.

Der Beitrag erschien erstmals in der APuZ-Ausgabe 1-3/2019 »Ruhrgebiet« vom 7. Januar 2019.

Anmerkungen

- 1 Wolfram Goetz, Ruhrgebiet – Arbeitslosigkeit, Armut und Tristesse, 7.8.2016, www.deutschlandfunk.de/ruhrgebiet-arbeitslosigkeit-armut-und-tristesse.724.de.html?dram:article_id=362393.
- 2 Vgl. Peter Sieben/Daniel Sobolewski, Ruhrgebiet wird zu AfD-Hochburg des Westens, 25. 9. 2017, www.derwesten.de/staedte/essen/ruhrgebiet-wird-zu-afd-hochburg-des-westens-das-wollen-spd-bundestagsabgeordnete-aus-dem-revier-dagegen-tun-id212038381.html.
- 3 Vgl. Stefan Goch, Das Ruhrgebiet – Die Entstehung einer Region?, in: Geographische Revue 1/2001, S. 23–42, hier S. 32.
- 4 Jörg Bogumil et al., Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen 2012, S. 15.
- 5 Ebd.
- 6 Karl Rohe, Parteien und Parteiensysteme in Nordrhein-Westfalen, in: Wolfram Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen. Fünfzig Jahre später, Essen 1996, S. 8–26, hier S. 19.
- 7 Ebd., S. 18.
- 8 Goch (Anm. 3), S. 33.
- 9 Vgl. Bogumil et al. (Anm. 4), S. 14–17.
- 10 Goch (Anm. 3), S. 33.
- 11 Bernd Faulenbach, Mitbestimmung und politische Kultur im Ruhrgebiet, in: Helmut Martens/Gerd Peter (Hrsg.), Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung, Wiesbaden 1989, S. 216–228.
- 12 Goch (Anm. 3), S. 32.
- 13 Vgl. Bogumil et al. (Anm. 4), S. 18.
- 14 Vgl. Bernd Faulenbach, Merkmale und Entwicklungslinien der politischen Kultur des Ruhrgebiets, in: Rainer Bovermann/Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996, Essen 1996, S. 365–377.
- 15 Stefan Goch, Durcheinander war immer. Migration, Fremdsein, Ankommen, Weggehen, Verschmelzen im Ruhrgebiet, in: Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) (Hrsg.), Integrationserfahrungen im Ruhrgebiet. Erfolgsfaktoren und Innovationspotenziale, Bonn 2018, S. 53–65, hier S. 53.
- 16 Karl Rohe, Vom Revier zum Ruhrgebiet: Wahlen – Parteien – Politische Kultur, Essen 1986, S. 72.
- 17 Alfried Schmitz, Das Ruhrgebiet – seit 200 Jahren im permanenten Wandel, 16.6.2016, www.deutschlandfunk.de/neuere-und-neueste-geschichte-das-ruhrgebiet-seit-200.1148.de.html?dram:article_id=357389.
- 18 Karl-Rudolf Korte/Jan Dinter, Bürger, Medien und Politik im Ruhrgebiet. Einstellungen – Erwartungen – Erklärungsmuster, Wiesbaden 2019.
- 19 Ebd.
- 20 Vgl. Goch (Anm. 3), S. 37; Bogumil et al. (Anm. 4), S. 15.
- 21 Vgl. ebd.
- 22 Vgl. Goch (Anm. 15), S. 53.

- 23 Vgl. Sebastian Jeworutzki et al., Räumlich segregierte Bildungsteilhabe in NRW und im Ruhrgebiet, in: Jörg-Peter Schröpfer et al. (Hrsg.), *Wege zur Metropole Ruhr*, Bochum 2017, S. 27–224, hier S. 195 ff.
- 24 Goch (Anm. 15), S. 62.
- 25 Vgl. Korte/Dinter (Anm. 18).
- 26 Vgl. ebd.
- 27 Jan Dinter et al., *Wahlnachlese 2017: Einflussreiche Medien – Hohe Mobilisierung – Neue Partei – Schwierige Koalitionsbildung*, in: *Einsichten und Perspektiven* 4/2017, S. 44–61.
- 28 Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen, *Bundestagswahl 2017. Rangfolge*, www.wahlergebnisse.nrw.de/bundestagswahlen/2017/aktuell/wahlbeteiligung.shtml.
- 29 Ders., *Landtagswahl 2017. Rangfolge*, www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/wahlbeteiligung.shtml.
- 30 Vgl. Michael Kaeding/Stefan Haußner/Morton Pieper, *Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung*, Wiesbaden 2016.
- 31 Goch (Anm. 15), S. 62.
- 32 Vgl. zur Übersicht Kaeding/Haußner/Pieper (Anm. 30).
- 33 Bogumil et al. (Anm. 4), S. 18.
- 34 Goch (Anm. 3), S. 35.
- 35 Vgl. exemplarisch Uwe Jun, *Wandel des Parteien- und Verbändesystems*, in: *APuZ* 28/2009, S. 28–34.
- 36 Vgl. Peter Berger, *Partei ohne Revier*, 15. 8. 2016, www.fr.de/politik/spd-in-nrw-partei-ohne-revier-a-333786; Moritz Küpper, *Revolte im Revier*, 15. 11. 2016, www.deutschlandfunk.de/afd-bedroht-ruhr-spd-revolte-im-revier.724.de.html?dram:article_id=371469.
- 37 Holger Lengfeld, *Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 2/2017, S. 209–232, hier S. 211.
- 38 Vgl. ebd.; Knut Bergmann/Matthias Diermeier/Judith Niehues, *Ein komplexes Gebilde. Eine sozioökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2/2018, S. 243–264.
- 39 Vgl. ebd., S. 246.
- 40 Vgl. ebd., S. 259.
- 41 Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen, *Landtagswahl 2017. Rangfolge*, www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/afd.shtml.
- 42 Ders., *Bundestagswahl 2017. Rangfolge*, www.wahlergebnisse.nrw.de/bundestagswahlen/2017/aktuell/afd.shtml.
- 43 *Metropole Ruhr, Landtagswahl in der Metropole Ruhr*.
- 44 *Metropole Ruhr, Bundestagswahl in der Metropole Ruhr*.
- 45 Vgl. Bergmann/Diermeier/Niehues (Anm. 37), S. 259.
- 46 Vgl. exemplarisch den *Wahlatlas der Stadt Essen*, Amt für Statistik, *Wahlen in Essen*, September 2017, <https://webapps.essen.de/instantatlas/wahlatlas/atlas.html?indicator=i0&date=Hauptwahl%202015&indicator2=i0&date2=Stichwahl%202015>.

- 47 Vgl. zur Übersicht Bergmann/Diermeier/Niehuës, S. 245.
- 48 Ebd., S. 257.
- 49 Dies., Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2017, S. 57–75.
- 50 Vgl. Holger Lengfeld/Clara Dilger, Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie 3/2018, S. 181–199.
- 51 Ebd., S. 196.
- 52 Johannes Hillje, Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Berlin 2018, S. 24.
- 53 Infratest dimap, Bundestagswahl 2017, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE>.
- 54 Vgl. Korte/Dinter (Anm. 18).
- 55 Manfred Güllner/Judith Leicht, Integration im Ruhrgebiet. Meinungen und Einstellungen der Bewohner des Ruhrgebiets zu Migranten allgemein und zum Islam, in: BAPP (Anm. 15), S. 66–73.
- 56 Vgl. Korte/Dinter (Anm. 18).

Von der Industrieregion zur Wissensregion Strukturwandel im Ruhrgebiet

Mit dem Ende des deutschen Steinkohlenbergbaus im September 2018 endete eine Ära von 150 Jahren Industriegeschichte mit außerordentlichen Wohlstandsgewinnen, aber auch erheblichen Eingriffen in die Naturlandschaft. Für viele Menschen im Ruhrgebiet ist dies kein besonderes Ereignis mehr, da der Rückzug des Steinkohlenbergbaus sich schon lange hinzieht.

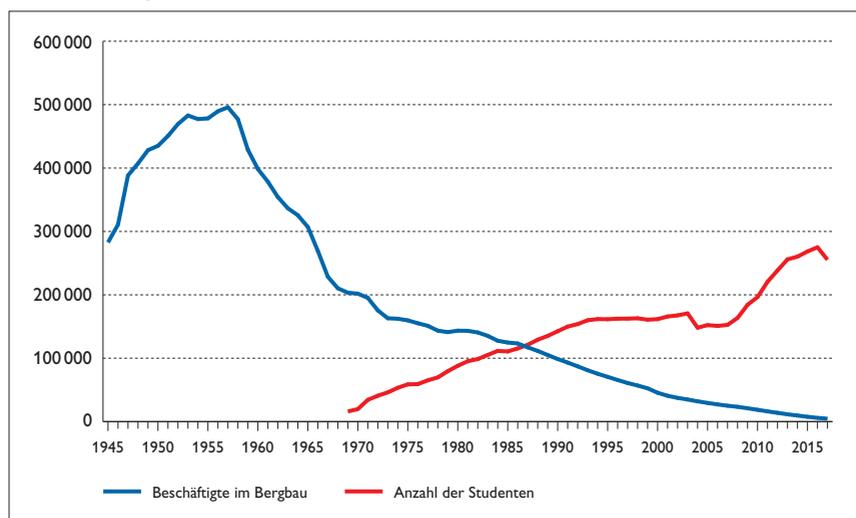
Das Ruhrgebiet wurde durch einen Wachstumskern rund um Kohle und Stahl nachhaltig geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die alten Montanstrukturen aufgrund der herausragenden Bedeutung der Grundstoffindustrie für den Wiederaufbau Europas und des Kohlemangels wieder errichtet und das Ruhrgebiet zum schwerindustriellen Zentrum Deutschlands. Zunächst erzielten die Montanunternehmen Wachstumsraten, die deutlich über dem bundesrepublikanischen Durchschnitt lagen, was sich wiederum positiv auf die Lohnentwicklung in der Region auswirkte. Ein hohes Lohnniveau verfestigte aber die sektoralen Strukturen, Nicht-Montanbranchen siedelten sich in anderen westdeutschen Regionen an. In den 1960er Jahren endete die Wachstumsphase des Montansektors, schon seit den 1950er Jahren gibt es Zechenstilllegungen, und die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung von Kohle und Stahl ging seitdem massiv zurück. Allerdings erschwerten die Dominanz der altindustriellen Montanstrukturen und ihre Beharrungskräfte den Strukturwandel.

Beschäftigungsaufbau wurde seit den 1960er Jahren zunächst vor allem im Bildungs- und Wissenschaftsbereich sowie in der Automobilindustrie (vor allem Opel) realisiert. Seit den 1990er Jahren wurde der Strukturwandel forciert und verstärkt auch Bereiche der mittelständischen Produktionswirtschaft ins Auge gefasst. Heute gibt es neue wirtschaftliche

Standbeine und »Leitmärkte« in der Logistik, Chemie und Gesundheitswirtschaft, aber auch im Bereich der digitalen Kommunikation, Ressourceneffizienz, Informations-, Nano- und Werkstofftechnologien.¹

Besonders deutlich wird der Strukturwandel im Ruhrgebiet beim Vergleich der Bergbaubeschäftigten und der Studentenzahl. Während im Ruhrgebiet 1960 noch 400 000 Beschäftigte im Steinkohlenbergbau arbeiteten, sind es Ende 2018 nur noch einige wenige (*Abbildung 1*), die sich vor allem um die Sicherung der Grubenwässer kümmern. Studenten gab es damals nicht. Die erste Universität, die Ruhr-Universität Bochum, wurde 1962 gegründet; 1965 wurde der Lehrbetrieb aufgenommen. Ende der 1950er Jahre war Bochum die Stadt mit den meisten Zechen Europas, von denen die letzte (Zeche Hannover) 1973 geschlossen wurde, später Standort industrieller Massenfertigung (Opel, Nokia). Heute gibt es im Ruhrgebiet gut 260 000 Studenten in fünf Universitäten, einer Kunsthochschule und 13 weiteren Hochschulen sowie über 45 000 Beschäftigte, die direkt oder indirekt von den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen abhängen. Das Ruhrgebiet hat inzwischen europaweit die dichteste Hochschullandschaft.

Abb. 1: Anzahl von Bergbaubeschäftigten (Kohle) und Studierenden im Ruhrgebiet



Quelle: Landesbetrieb für Information und Technik, NRW; Regionalverband Ruhr; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistik der Kohlewirtschaft e. V.

Die Debatte um den Strukturwandel an der Ruhr hat sich mittlerweile gedreht. Prägen jahrzehntelang Schlagzeilen über hohe Dauerarbeitslosigkeit, Armut und Verödung städtischer Räume den Diskurs, gibt es mittlerweile auch viele positive Nachrichten. Der wirtschaftliche Aufholprozess setzt sich fort, nachhaltige Strategien zur ökologischen Umgestaltung und der integrierten Stadtentwicklung werden mehr und mehr zum Thema² und die Hochschulen zum Treiber der Stadtentwicklung. Wir werden auf diese Aspekte im Folgenden eingehen.

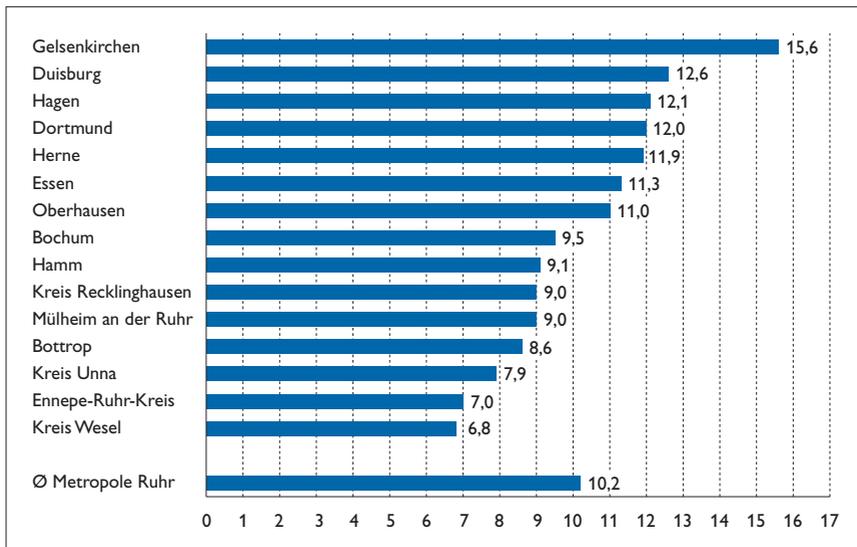
Wirtschaftlicher Aufholprozess und ökologische Umgestaltung

Der wirtschaftliche Aufholprozess setzt sich fort. Es gibt wirtschaftliche Kerne mit hoher Spezialisierung und internationaler Sichtbarkeit, wie beispielsweise in den Feldern Gesundheitswirtschaft (mit über 350 000 Beschäftigten), digitale Kommunikation, Logistik oder chemischer Industrie. Im Ruhrgebiet sind heute bereits über 77 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig. Für den Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet sind sowohl der Wissenssektor als auch die Gesundheitswirtschaft/sozialen Dienste bedeutsam geworden.³ Die Dienstleistungslücke ist nicht nur geschlossen, Jobs entstehen mehrheitlich im tertiären Sektor beziehungsweise in »gemischten« Strukturen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich weiter erhöht, dennoch hinkt das Ruhrgebiet bei einigen zentralen Wirtschaftsindikatoren weiter hinterher. So liegt in einzelnen Städten, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, die Erwerbslosigkeit noch immer deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.⁴ Betrug die Erwerbslosigkeit 2005 bundesweit durchschnittlich 11,7 Prozent, sind es 2018 nur noch 5,3 Prozent. Im Ruhrgebiet ist sie von über 14 Prozent 2005 auf 8,7 Prozent (November 2018) zurückgegangen. Im März 2021 liegt die bundesweite Quote, auch infolge der Corona-Pandemie, bei 6,2 Prozent, im Ruhrgebiet sind es – allerdings mit großen Differenzen zwischen den Kommunen – 10,2 Prozent (*Abbildung 2*).

Der tertiäre Sektor ist nicht der alleinige Wachstumsträger, da viele Dienstleistungen weiterhin an industrielle Aktivitäten gekoppelt sind. Gerade anhand der Digitalisierung wird die wechselseitige Durchdringung deutlich (etwa digitale Gesundheits- und Wohntechnologien, urbanes Bauen und Wohnen sowie Logistik). Nachhaltige Produktentwicklungen und damit auch Beschäftigung entstehen immer häufiger an Schnittstellen verschiedener Kompetenzfelder. Dabei ist es uninteressant,

ob neue Tätigkeiten dem Industrie- oder Dienstleistungssektor zugeordnet werden, der Strukturwandel hat diese Sichtweise längst überholt. Ob Volkswagen Infotainment mit über 400 Beschäftigten in Bochum zum Dienstleistungs- oder Industriesektor gehört, ist nebensächlich. Wichtig ist, dass sich kreative Unternehmen in Kooperation mit Wissenschaftseinrichtungen im Ruhrgebiet ansiedeln.

Abb. 2: Arbeitslosenquoten in der Metropole Ruhr in Prozent, Stand März 2021



Quelle: Regionalstatistik Ruhr.

Im Bereich der ökologischen Umgestaltung des Ruhrgebiets sind insbesondere die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) und der Emscherumbau zu nennen. Letzterer zielt auf eine ökologische Umgestaltung des Flusses. Hier hat die Emschergenossenschaft in den vergangenen 20 Jahren etwa 4,5 Milliarden Euro verbaut: Es wurden vier dezentrale Kläranlagen gebaut, 429 Kilometer Abwasserkanäle neu verlegt und auf 326 Kilometern Gewässer renaturiert. 2021 wird dieses Projekt abgeschlossen sein, und die frühere »Kloake« Emscher ist vollkommen abwasserfrei, ein gigantisches Projekt ökologischer Sanierung des nördlichen Ruhrgebiets und das größte Infrastrukturprojekt Europas. Weiterhin sind Projekte zur Energie- und Ressourceneffizienz (wie etwa Innovation City) zu nennen. Seit 2009 gilt Bottrop mit der Innovation City als Best-Practice-

Beispiel für Klimaschutz und zieht (als traditionelle Bergbaustadt) viele Besucher an, die sich informieren wollen, wie es hier gelingt, durch ökologische Modernisierung bis 2020 fast 40 Prozent weniger CO₂ zu emittieren.⁵

Die lange Transformation zu einer Wissensregion

Der Wandel des Produktionssystems in Richtung wissensintensiver Sektoren spiegelt sich gut in den verschiedenen Hochschulen der Region wider. Das Ruhrgebiet ist damit auf dem Weg, von der Region mit dem »Pulsschlag aus Stahl« zur Wissensregion, in der es viele Hochschulen, Forschungs- und Beratungseinrichtungen gibt. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind eine Grundbedingung für kreative Wissensnetzwerke, allerdings sind sie autonome Organisationen mit spezifischen Kulturen und müssen deshalb sensibel in regionale Innovationsstrategien eingebaut werden. Dies wurde 2018 auch vom Wissenschaftsrat klar formuliert.⁶

Das Vorhandensein von Hochschulen und Forschungseinrichtungen allein reicht nicht aus, um alle Standorte im Ruhrgebiet erfolgreich neu zu positionieren, wenngleich manche Neuansiedlungen die Potenziale des Ruhrgebiets gut demonstrieren können – etwa die Ansiedlung des Bosch-Tochterunternehmens Escrypt in Bochum auf dem Gelände des ehemaligen Opelwerkes, die darauf hinweist, wie wichtig die wissenschaftliche Infrastruktur für die Ansiedlung neuer Unternehmen ist, in diesem Fall das an der Ruhr-Universität profilierte Thema IT-Sicherheit.⁷ Die erfolgreiche Fokussierung auf Sicherheit im Internet als ein Zukunftsprojekt wird auch dadurch unterstützt, dass die Ansiedlung eines neuen Max-Planck-Institutes für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre in Bochum realisiert wurde. Deshalb sollte weiterhin an der Profilierung von Zukunftsprojekten gearbeitet und eine Strategie der Förderung des Wissensaustausches an den Schnittstellen verwandter Kompetenzfelder verfolgt werden (etwa im Feld der Mobilität oder der Energieeffizienz) – was inzwischen auch ansatzweise in vielen Ruhrgebietskommunen passiert. Insbesondere an den Übergängen werden weitaus bedeutendere systemische Innovationen hervorgebracht als in ihren Kernen, wenngleich auch dort durch die Digitalisierung ein Restrukturierungsbedarf (gerade für kleinere und mittelgroße Unternehmen) entsteht. In Zukunft werden immer mehr qualitativ hochwertige, auf die Kundenwünsche zugeschnittene sowie durch Wissensintensität gekennzeichnete Produkte, eingebettet in eine Fülle von Dienstleistungsangeboten, zu einem Charakteristikum der Wirtschaft werden.

Der Begriff »Wissensregion« impliziert jedoch mehr als Wissenschaftsregion, die zentral auf die Ausbildungs- und Forschungskapazitäten in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zielt. Das Wachstumspotenzial der Wissenschaft soll durch eine aktivierende Standortpolitik und offensive Unternehmensstrategien ausgeschöpft werden, bei denen es nicht mehr zuerst um die kostengünstigere Herstellung des Herkömmlichen gehen kann. Ziel soll vielmehr die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sein. Um aus Wissen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, kommt es darauf an, relevante Wissensbestände zu identifizieren, sich diese anzueignen, miteinander in Netzwerken zu verknüpfen, dann zu Problemlösungen zusammenzuführen und sie für die Anwendung bereitzustellen und umzusetzen. Diese anspruchsvolle Aufgabe wird jedoch schwieriger dadurch, dass durch die Globalisierungs- und Digitalisierungsschübe der Zeitdruck für die Herstellung neuer Produkte und Dienstleistungen enorm gewachsen ist.

Die Gründungsintensität im Ruhrgebiet ist allerdings sowohl in den innovationsstarken Wirtschaftsbereichen als auch insgesamt gegenüber dem Landes- und Bundesdurchschnitt schwächer ausgeprägt. Trotz politischer Bemühungen seit Mitte der 1980er Jahre konnte die Region diesen Rückstand bislang noch nicht kompensieren. Zwar gibt es hinsichtlich der Quantität inzwischen eine hohe Dichte an Innovations-, Technologie- und Gründerzentren sowie entsprechende Beratungsangebote, aber die Ausgründungsquote aus Hochschulen und damit auch die regionalökonomischen Effekte der Wissenschaftslandschaft sind noch immer steigerungsfähig.

Expansion des Gesundheitssektors

Es waren nicht die industriellen Sektoren, die in den vergangenen Jahrzehnten verantwortlich für die Schaffung vieler Arbeitsplätze im Ruhrgebiet waren, sondern vor allem gesundheitsbezogene Branchen haben den Strukturwandel geprägt und die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur fortgesetzt. Die Spannbreite reicht von der ambulanten und stationären Versorgung (dem traditionellen Gesundheitswesen) über die Medizintechnik und die Gesundheitshandwerke bis hin zum Servicewohnen für pflegebedürftige Menschen oder der Medical Wellness. Inzwischen arbeiten im Ruhrgebiet über 350 000 Menschen in der Gesundheitswirtschaft, das sind rund 19,8 Prozent aller Erwerbstätigen – mehr als der Anteil aller Beschäftigten in den industriellen Kernen. Für die Wirtschaft des Ruhrgebiets haben die Gesundheitsbranchen eine über dem Bundes- und Lan-

desdurchschnitt liegende hohe Dynamik, und die Gesundheitswirtschaft ist ein heimlicher »Gewinner« des Strukturwandels.

Das Thema »Gesundheit« wird immer wichtiger, erst recht in der alternenden Gesellschaft. An der Debatte um Digitalisierung zeigt sich zudem, dass Gesundheitsthemen eines der bedeutsamsten Anwendungsfelder für High-Tech-Lösungen sind – von Big Data über die Nanotechnik bis hin zu den Biotechnologien. Am Beispiel der Gesundheitswirtschaft kann auch die weit verbreitete These aus der Innovationsforschung belegt werden, dass es nicht mehr die relativ isolierten Schlüsselakteure sind, die kurzfristig neuen Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen, sondern vielmehr die Verknüpfung von Akteuren immer zentraler wird. Gerade regionale Innovationsprozesse verlaufen nur dann erfolgreich, wenn die Steuerung von heterogenen Netzwerken in einem räumlichen und sozialen Kontext gelingt, was erhebliche organisatorische Lernprozesse von den Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik verlangt.⁸ Man kann von einem »neuen« Strukturwandel sprechen, der sich durch eine wachsende Bedeutung hybrider Wertschöpfungsnetzen auszeichnet und deshalb nicht mit den Instrumenten des »alten« Strukturwandels im Sinne rigide getrennter Handlungsfelder von Politik und Unternehmen zu bewältigen ist. Nur mit integrierten Konzepten und einer strategischen Intensivierung der Wissensströme zwischen den verschiedenen Akteuren auf regionaler Ebene können die Herausforderungen gemeistert werden. Dies gilt insbesondere für eine traditionell industriell ausgerichtete Region wie dem Ruhrgebiet.

Lebensqualität als Standortfaktor

In einer globalen Wissensgesellschaft hängt die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes wesentlich von verschiedenen Standortfaktoren ab. Standortfaktoren sind im Allgemeinen Eigenschaften, die die Attraktivität eines Ortes beziehungsweise einer Region für ein Unternehmen bestimmen. Über die Qualität der Standortfaktoren in einer Stadt oder Region konstituiert sich die Standortattraktivität. Grob kann zwischen weichen und harten, sowie gestaltbaren und unveränderlichen Standortfaktoren unterschieden werden. Harte Standortfaktoren sind quantifizierbare Strukturdaten über einen Ort und dessen Umgebung wie beispielsweise die Verkehrsanbindung (Straße, Schiene, Wasser, Luft), der Arbeitsmarkt (qualitativ und quantitativ), das Flächenangebot (Größe, Zuschnitt des Grundstücks, Grundstückspreise und Altlasten), die Lage zu den Bezugs- und Absatzmärkten, die Energie- und Umweltkosten, lokale Steuern und

Abgaben sowie Förderangebote (Subventionen, Befreiung von lokalen Steuern und Abgaben, Investitionszulagen).

Weiche Standortfaktoren sind nur schwer messbar. Es kann zwischen weichen, unternehmensbezogenen Faktoren, wie das Wirtschaftsklima einer Stadt beziehungsweise einer Region, das Stadt- und Regionsimage, die Branchenkontakte, die Hochschul- und Forschungseinrichtungen, das innovative Milieu und weichen personenbezogenen Faktoren, wie die Qualität des Wohnens und Wohnumfeldes, die Qualität von Schulen und anderen Ausbildungseinrichtungen, die Qualität der sozialen und kulturellen Infrastruktur, die Umweltqualität und dem Freizeitwert unterschieden werden. Aus der Sicht der Regionalforschung gewinnen weiche Standortfaktoren an Bedeutung, ohne dass die Rolle der harten Standortfaktoren negiert wird.⁹ Insbesondere der Ausbau der Lebensqualität bündelt wesentliche Elemente weicher Standortfaktoren. Hier geht es um die Fortentwicklung der räumlichen Bedingungen vieler Stadtteile – durch Verbesserung des Wohnungsbestands, den Neubau von Wohnungen unterschiedlicher Ansprüche, durch Regeneration abgewerteter Quartiere, durch nachhaltige Verbesserung der Mobilitätsverhältnisse und durch attraktivere Freizeit- und Freiraummöglichkeiten.

Bezieht man die erwähnten Standortfaktoren nun auf das Ruhrgebiet, erkennt man Schwächen und Stärken. Nach Ansicht einer neuen Studie für den Regionalverband Ruhr gibt es »attraktive kulturelle Angebote, kulturelle Offenheit, günstige Mieten, ein dichter ÖPNV, wenngleich auch oft überlastet, und die Nähe zu Flughäfen, aber auch eine kritische Masse an unternehmerischen Kooperationspartnern und Kunden sowie potenziellen Gründern, spezialisierte Fachkräftepools und leistungsfähige Forschung in Zukunftsfeldern. Im heutigen Standortwettbewerb sind das entscheidende Stärken.«¹⁰ Auch wenn dieses Zitat recht optimistisch klingt, können die Verkehrsanbindungen, das kulturelle Umfeld und das allgemeine Preisniveau im Ruhrgebiet zweifelslos als gut angesehen werden. Im Gegensatz zu manchen Regionen in Ostwestfalen-Lippe, dem südlichen Münsterland oder Südwestfalen ist auch die Verfügbarkeit von Fachkräften im Ruhrgebiet durchaus zufriedenstellend. Bezüglich des Standortfaktors Gewerbeflächen besteht allerdings auch durch die positiven Ansiedlungsentwicklungen der vergangenen Jahre Handlungsbedarf. Analysen im Rahmen des gewerblichen Flächenmanagement Ruhr haben gezeigt, dass rund die Hälfte aller gewerblich-industriellen Flächenpotenziale mit Nutzungsrestriktionen belastet sind und damit dem Markt nicht zur Verfügung stehen. Auch bezüglich der Attraktivität als Wohnstandort gibt es noch Luft nach oben.¹¹ Die Ansiedlung neuer Unternehmen (etwa von

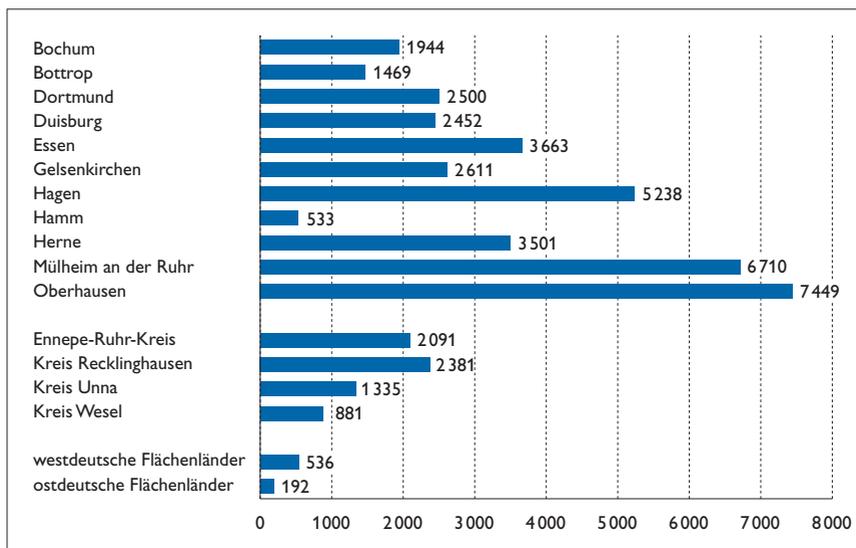
Start-Ups) oder die Expansion bestehender Unternehmer kann beispielsweise an der fehlenden Bereitschaft von Mitarbeitern, »mitzuziehen«, scheitern. Lebensqualität ist so gesehen mehr als ein weicher und auf den sozialen Zusammenhalt in einer Region und die Daseinsvorsorge (etwa mit Blick auf Gesundheit und Pflege, Mobilität) ausgerichteter Indikator, der im Ruhrgebiet insbesondere in den Stadtteilen (Quartieren) anschaulich wird, sondern auch ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor. Und da das Ruhrgebiet im Vergleich zu anderen Metropolen einen niedrigeren Anteil an Hochqualifizierten hat, muss man sich um diese Gruppen und die von ihnen nachgefragte öffentliche Infrastruktur kümmern.

Ein Problem in diesem Zusammenhang ist die mangelnde finanzielle Handlungsfähigkeit mancher Städte und Gemeinden (*Abbildung 3*). Von 2000 bis 2017 ist für die Ruhrgebietskommunen ein ungebremstes Wachstum der Liquiditätskredite (vormals Kassenkredite) zu konstatieren (ähnlich in Kommunen mit strukturellen Altlasten vor allem in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hessen und Rheinland-Pfalz). Liquiditätskredite sind im Grunde genommen nichts anderes als ein überzogenes Girokonto oder ein Dispokredit, dem keine Werte gegenüberstehen. Sie sind daher ein guter Indikator für die strukturelle Verschuldung im Ruhrgebiet. Dieses Schuldenwachstum hat sich entkoppelt von der Wirtschaftskonjunktur und der Lage in den übrigen nordrhein-westfälischen Kommunen (mit Ausnahme des ebenfalls hoch verschuldeten bergischen Städtedreiecks und einiger weiterer kreisfreier Städte). Mit 3049 Euro je Einwohner entsprachen die Liquiditätskredite 2017 im Ruhrgebiet ihren Höhepunkt. 2018 und 2019 gelang es auch im Ruhrgebiet durch Haushaltsüberschüsse die Liquiditätskredite auf nunmehr 2701 Euro/Einwohner zu reduzieren. Der Abstand zu den anderen Kommunen wurde aber nicht verringert. Die Liquiditätskredite im Ruhrgebiet entsprechen dem 5-fachen des Durchschnittes der westdeutschen Flächenländer und dem 14-fachen des Durchschnittes der ostdeutschen Flächenländer. Insgesamt machen die Liquiditätskredite im Ruhrgebiet 37,4 Prozent der gesamtdeutschen Liquiditätskredite der kommunalen Kernhaushalte aus.

Seit 2002 erfolgte ein fast linearer Anstieg bis 2012. Ein wesentlicher Auslöser war der massive Einbruch der Steuereinnahmen 2001 bis 2003 bei gleichzeitig stark steigenden Sozialausgaben, die von den ausgezeherten Haushalten der Ruhrgebietskommunen kurzfristig nicht aufgefangen werden konnten. Der steile Schuldenanstieg rief Folgekosten in Form von Zinsen hervor. Seit 2012 flacht der Anstieg immer stärker ab vor dem Hintergrund des von der letzten Landesregierung aufgelegten Stärkungspaktes Stadtfinanzen, aber auch der guten Einnahmenentwicklung aus Steu-

ern und Schlüsselzuweisungen sowie erhöhten Kostenbeteiligungen des Bundes bei den Sozialausgaben. Hätte man 2017 mit der Tilgung dieser Kredite begonnen und dafür 10 Euro je Einwohner eingesetzt würde es dennoch bis zum Jahr 2321 dauern, die Überziehungskredite abzulösen.¹² Hieran erkennt man die Notwendigkeit einer Altschuldenentlastung, die für die Ruhrgebietskommunen die wichtigste Strukturförderungsmaßnahme wäre. Hier muss die jetzige Landesregierung aktiv werden, ähnlich wie dies auch schon in Hessen, dem Saarland und in Rheinland-Pfalz praktiziert wird, insbesondere nachdem der Bund 2020 dauerhaft einen 25 Prozent höheren jährlichen Anteil an den kommunal zu tragenden Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) übernommen hat.

Abb. 3: Liquiditätskredite im Kernhaushalt am 31.12.2016 in Euro je Einwohner



Quelle: Martin Junkernheinrich/Gerhard Micosatt, Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2020. Erfolgreiche Konsolidierung in 2019 ... und dann kam die nächste Krise, Essen 2020.

Ein weiteres, schon bekanntes, aber immer noch virulentes Problem sind die nach wie vor vorhandenen Segregationseffekte im Ruhrgebiet.¹³ Viele Stadtteile, die ursprünglich gemischt belegt waren, entmischen sich über die

Zeit, was objektive Gründe (den Wohnungsmarkt) und subjektive Gründe (symbolische Identifikation) hat. Diese Entwicklungen sind in allen Großstädten zu beobachten. Es gibt Viertel, in denen junge Menschen und Familien die Mehrheit, und andere, in denen sie die Minderheit der Haushalte darstellen. Einwanderer ziehen in der Regel dorthin, wo schon andere Einwanderer gleicher Herkunft leben. Im Vergleich zu anderen Großstädten in Nordrhein-Westfalen leben aber im Ruhrgebiet überdurchschnittlich viele Menschen in Stadtteilen, in der ethnische, demografische und soziale Segregation kumuliert auftreten. Ohne zusätzliche Förderung wird die steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften im Ruhrgebiet und den dort expandierenden Wirtschaftsbranchen nicht zu gewährleisten sein. Lokale Anstrengungen müssen demnach auf eine Verringerung der Bildungsbenachteiligungen von Kindern hinwirken, die in finanziell und sozial prekären Verhältnissen aufwachsen. Soziale Fragmentierung führt zu sozialer Exklusion und Rückzugsverhalten. Diese Probleme sind mittlerweile erkannt, aber nicht immer leicht abzustellen. Der wichtigste Einflussfaktor sind Investitionen in Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabechancen. Benachteiligte Sozialräume müssen und werden bereits zum Teil besonders gefördert nach dem Motto »Ungleiches muss ungleich behandelt werden«, allerdings gibt es hier noch einiges zu tun.

Zukunftsvision für das Ruhrgebiet: Die ökologisch umgestaltete Wissensregion

Verschiedene Beispiele aus anderen Regionen zeigen, dass der Strukturwandel besser bewältigt wird, wenn der Wandel durch eine »Change Story« unterstützt wird. Daran mangelt es derzeit noch etwas im Ruhrgebiet. Nach dem Industriezeitalter hat sich zwar eine Wissenschaftslandschaft aufgebaut, der Umbruch wird aber noch zu wenig von überzeugenden Zukunftsentwürfen begleitet. Eine ökologisch umgestaltete Wissensregion, wie oben angedeutet, könnte ein solcher Entwurf sein. Hierzu braucht es weitere mutige Schritte in diese Richtung und noch mehr Kooperation zwischen Kommunen, Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen. So sollte die regional oft unübersichtliche Palette an kleineren Technologiezentren, Transferstellen und Beratungseinrichtungen im Umkreis von Universitäten und Hochschulen überprüft und daraufhin relativ rasch Maßnahmen zur effizienzorientierten Bündelung dieser Einrichtungen eingeleitet werden. Denn um eine regionale Kooperationskultur auch außen wirksam zu etablieren, spielt die transparente

Organisationsstruktur von Netzwerken und deren Akteuren eine wichtige Rolle. Ohne eine Modernisierung dieser Organisationsformen sind die Herausforderungen schwer zu meistern.

Zudem gewinnen neben den harten die weichen Standortfaktoren in letzter Zeit immer mehr an Bedeutung im Wettbewerb der Regionen. Das direkte Lebensumfeld, die Wohnangebote, aber auch die umliegenden Naherholungsgebiete und die Natur spielen hierbei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das Ruhrgebiet hat frühzeitig die Weichen auf Wandel gestellt und die negativen Altlasten der Montanindustrie nach und nach beseitigt. Die IBA Emscher Park ist nur ein gutes Beispiel, das verdeutlicht, wie erfolgreich der Wandel des Ruhrgebiets als postmontaner Wohn- und Lebensraum verlaufen ist. Hier zeigt sich paradigmatisch ein nachhaltiger, ökologischer Umbau einer traditionellen Industrielandschaft. Dies lässt sich auch an der Renaturierung der Emscher studieren. Die dadurch gewonnene höhere Lebensqualität lässt sich an vielen Orten im Ruhrgebiet beobachten, wo die Renaturierung bereits abgeschlossen ist. Gerade vor dem Hintergrund der ökologischen und demografischen Herausforderungen und Erschöpfungssymptomen bei den traditionellen politischen Institutionen wird der Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit und Eigenverantwortung auf lokaler Ebene eine große Bedeutung beigegeben.

Auch die Quartiersorientierung ist wichtig, wenn sichtbare Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen im Ruhrgebiet erzielt werden sollen. Das Quartier ist eine Handlungsebene, die losgelöst von »abstrakten« Programmen, die nicht selten für einen Großteil der Bevölkerung (insbesondere in benachteiligten Quartieren) eher unsichtbar sind, direkte Verbesserungen und Aufwertungen für die Bewohner nach sich ziehen. Mit einer »reflexiven« Architektur, die bauliche und infrastrukturelle Elemente mit sozialen Technologien der Gemeinschaftsbildung modellhaft verknüpft, können attraktive Lebensräume gestaltet werden, die sowohl für junge Menschen und Familien als auch für ältere, an Sicherheit orientierte Menschen interessant sind. Um eine offensive Standortpolitik zu etablieren, kommt es zentral darauf an, sie nicht als reaktiv gegenüber Problemlagen zu begreifen, sondern als Hebel für konstruktive und kreative Gestaltungsmöglichkeiten zu verstehen.¹⁴

Die Wissensinfrastruktur ist im Ruhrgebiet inzwischen weitgehend vorhanden, und auch spezifische Kompetenzfelder haben sich herauskristallisiert. Eine funktionale Differenzierung¹⁵ zwischen den Städten und Branchen wird zunehmend akzeptiert, und das Kirchturmdenken geht, wenn auch langsamer als erhofft, zurück. Zukünftig wird es darauf ankommen, die Projekte zur Energie- und Ressourceneffizienz und insgesamt zur öko-

logischen Umgestaltung der Region strategisch effizienter in Konzepte der Stadtentwicklung einzubetten. Es wird darauf ankommen, ob eine Vermittlung zwischen den Organisationskulturen der einzelnen Akteure (von den Unternehmen, den Hochschulen, der Verwaltung) nicht nur verbal gelingt, sondern sich auch in funktionsfähigen Projekten und Strukturen realisiert. Zukunftsträchtige Innovationen werden nur noch dann zustande kommen, wenn Ressourcen und Potenziale aus unterschiedlichen Bereichen, Branchen und Betrieben miteinander verknüpft werden. Hier ist strategisches Management gefordert, um die heterogenen regionalen Netzwerke zu erfolgreichen »Treibern« zu formen. Dies kann in Ruhrgebietsstädten ansatzweise beobachtet werden, muss aber noch stärker kommuniziert werden.¹⁶ Auch könnten hier die Emscher-genossenschaft sowie der RVR als vorhandene Klammern regionaler Zusammenarbeit eine treibende Rolle spielen.

Das Ruhrgebiet steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Prägen jahrzehntelang Schlagzeilen über die hohe Dauerarbeitslosigkeit, Armut und Verödung städtischer Räume den Diskurs, so gibt es mittlerweile aber viele positive Nachrichten. Unsere Diagnose aus dem Jahr 2012 »Viel erreicht – wenig gewonnen« muss heute positiver formuliert werden. Der Strukturwandel geht weiter in Richtung des Aufbaus einer wettbewerbsfähigen und ökologischen Wissensregion. Eine wichtige Stärke des Ruhrgebietes ist die Kombination aus einer dichten und exzellenten Wissenschaftslandschaft, günstigen Immobilienpreisen und einem hohen Kultur- und Freizeitwert. Damit diese Stärke wirken kann, müssen die weiteren Standortfaktoren verbessert werden. Um stärker in die manchmal in die Jahre gekommene Infrastruktur investieren zu können, eher abgehängte Stadtteile wieder einzubinden und die Wohnortqualität weiter zu steigern, ist trotz der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre eine Altschuldenentlastung unabdingbar, selbst für mittlerweile ansonsten gut aufgestellte Städte wie beispielsweise Bochum. Nur dann bleibt die in den vergangenen Jahren entstandene Handlungsfähigkeit in den kommunalen Haushalten erhalten, insbesondere dann, wenn schlechtere Zeiten kommen, wie sich dies angesichts der Corona-Krise mehr als deutlich abzeichnet.

Der Beitrag erschien erstmals in der APuZ-Ausgabe 1-3/2019 »Ruhrgebiet« vom 7. Januar 2019 und wurde in Teilen aktualisiert.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Jörg Bogumil et al., Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen 2012; Prognos AG/InWIS, Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet für die Regionalpolitik, Berlin 2016; zur Wissenschaft vgl. Bernd Kriegesmann/Matthias Böttcher/Torben Lippmann, Wissenschaft als Wirtschaftsfaktor mit Zukunftspotenzial, in: Michael Farrenkopf et al. (Hrsg.), Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019, S. 435 ff, zu den Leitmärkten siehe die fortlaufende Berichterstattung durch die Business Metropole Ruhr, <https://www.business.ruhr/invest>.
- 2 Vgl. Franz Lehner/Hans-Peter Noll, Ruhr: Das Zukunftsprojekt, Essen 2016; Jan Polívka/Christa Reicher/Christoph Zöpel, Raumstrategien Ruhr 2035+: Konzepte zur Entwicklung der Agglomeration Ruhr, Dortmund 2017.
- 3 Vgl. die Beiträge in Elke Dahlbeck/Josef Hilbert (Hrsg.), Gesundheitswirtschaft als Motor der Regionalentwicklung, Wiesbaden 2017; Rolf G. Heinze/Joachim Lange/Werner Sesselmeier (Hrsg.), Neue Governancessstrukturen in der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden 2018; Stephan Grohs/Rolf G. Heinze/Katrin Schneiders, Mission Wohlfahrtsmarkt, Baden-Baden 2014; Business Metropole Ruhr: Wirtschaftsbericht Ruhr 2020, Essen 2020.
- 4 Vgl. Klaus-Heiner Röhl et al., Die Zukunft des Ruhrgebietes. Wirtschaftliche Lage und Potenziale des größten deutschen Ballungsraumes, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 2018.
- 5 Vgl. Stefan Scheytt, Schaut auf diese Stadt!, in: Brand Eins 12/2018, S. 24–29.
- 6 Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu regionalen Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen, Köln 2018. Zur Wissenslandschaft Ruhrgebiet vgl. Matthias Kiese, Strukturwandel 2.0: Das Ruhrgebiet auf dem Weg zur Wissensökonomie?, in: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie 2/2019, S. 69 ff sowie die Beiträge in Farrenkopf et al. (Anm. 1) und in Jens Adamski et al. (Hrsg.), Forschung, Kultur und Bildung, Essen 2020.
- 7 Bis 2023 werden auf dem ehemaligen Opel-Gelände insgesamt etwa 6000 Arbeitsplätze entstehen; das sind doppelt so viele wie zum Zeitpunkt der Schließung der Opelwerke, davon etwa 3300 mit unmittelbarem Bezug zur Universität.
- 8 Vgl. die Beiträge in Rasmus C. Beck/Rolf G. Heinze/Josef Schmid (Hrsg.), Zukunft der Wirtschaftsförderung, Baden-Baden 2014; Rasmus C. Beck/Josef Schmid, Regionale Modernisierungspolitik, in: Fabian Hoose/Fabian Beckmann/Anna-Lena Schönauer (Hrsg.), Fortsetzung folgt. Kontinuität und Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft, Wiesbaden 2017, S. 139–154.
- 9 Vgl. Jörg Lahner, Regionalökonomie und Standortfaktoren in der Wirtschaftsförderung, in: Jürgen Stember et al. (Hrsg.), Handbuch Innovative Wirtschaftsförderung. Moderne Konzepte kommunaler Struktur- und Entwicklungspolitik, Wiesbaden 2020, S. 461.
- 10 Vgl. Hanno Kempermann et al., Auf dem Weg zu einer starken Region. Zukunftspotenziale der Metropole Ruhr. Studie für den Regionalverband Ruhr 2020, S. 6; vgl. auch die Beiträge in Wolfgang Roters/Horst Gräf/Hellmut Wollmann (Hrsg.), Zukunft

- denken und verantworten. Herausforderungen für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2020, insb. S. 531 ff.
- 11 Vgl. Jörg Bogumil, Bochum als Shootingstar der Wissensarbeit. Ein gutes Beispiel für den Strukturwandel im Ruhrgebiet, in: Karsten Rudolph/Daniela Rütter (Hrsg.), Bochum. Von hier aus, Münster 2021, S. 177–194, hier S. 177 ff.
 - 12 Vgl. Martin Junkernheinrich/Gerhard Micosatt, Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2020. Erfolgreiche Konsolidierung in 2019 ... und dann kam die nächste Krise, Essen 2020, S. 36.
 - 13 Vgl. Sebastian Jeworutzki/Jörg-Peter Schräpler/Stefan Schweers, Soziale Segregation – Die räumliche Ungleichverteilung von SGB-II-Bezug in NRW, in: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (Hrsg.), Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf 2016, S. 405–452; Ruhr Future GmbH/Regionalverband Ruhrgebiet (Hrsg.), Bildungsbericht Ruhr 2020, Essen 2020, S. 32–40.
 - 14 Ein gutes Beispiel für eine innovative Standortpolitik ist das Modellvorhaben »Problemimmobilien« der Stadterneuerungsgesellschaft Gelsenkirchen, einer Tochtergesellschaft der Stadt Gelsenkirchen, die bisher über 40 »Schrottimmobilien« in schwierigen Stadtteilen aufgekauft hat, diese neu gestaltet und beispielsweise für studentisches Wohnen öffnet und die Stadtteile damit aufwertet. Vgl. zum sozialökologischen Umbau des Ruhrgebietes auch die Beiträge in Rolf G. Heinze/Uli Paetzl/Torsten Bölting (Hrsg.), Wasser, Wohnen, Werte. Genossenschaften schaffen Mehrwert, Essen 2019.
 - 15 Funktionale Differenzierung meint die Aufteilung von Tätigkeiten, Aufgaben und Funktionen auf Personen, Organisationen, Städte und andere Einrichtungen, die sich jeweils für diese Tätigkeiten, Aufgaben und Funktionen spezialisieren. In einer funktional differenzierten regionalen Wirtschaft machen also nicht alle das Gleiche, sondern jede Stadt entwickelt für bestimmte Aktivitäten besondere Kompetenzen und günstige Rahmenbedingungen. Vgl. Jörg Bogumil et al. (Anm. 1), S. 11.
 - 16 Vgl. die Beiträge in Jörg Bogumil/Rolf G. Heinze (Hrsg.), Auf dem Weg zur Wissenschaftsregion Ruhr. Regionale Kooperationen als Strategie, Essen 2015; zu Bochum die Beiträge in Rudolph/Rütter (Anm. 11).

Lausitz

Endspiel in der Lausitz?

In einer Nacht im November fühlt sich Görlitz auf einmal an, wie Berlin schon lange nicht mehr ist. Zwar ist wie jeden Abend bereits viel Licht und Leben aus den Straßen geflohen, zwar wacht der große Philosoph Jakob Böhme einsam über den Friedenspark, er sitzt auf seinem Sockel, zu Recht, aber wie immer, wenn man an einem Denkmal vorbeiläuft, kann auch hier die Frage keimen, wie klein sich jede Gegenwart macht, die zu ehrfürchtig das Vergangene ehrt. Zwar kriecht auch die Kälte in dieser Nacht im November 2019 so langsam in alle Knochen, aber an der Ecke desselben Parks schwingt auch eine Holztür auf und hinter dieser Holztür raucht und trinkt die Hoffnung.

Wer vorher noch nie im Café Hotspot gewesen ist, der muss sich in dieser Nacht sofort an sowie in Ort und Stelle verlieben. Junge Menschen sitzen in Knäueln hier und dort herum, sie spielen Skat oder sprechen wechselnd in verschiedenen Sprachen und das in einem Bundesland, wo man sonst oft nur verschiedene Sorten Sächsisch zu hören bekommt. Das Café Hotspot versteht sich selbst als »interkultureller Erprobungsraum«, es geht hier ernsthaft, aber äußerlich unangestrengt darum, einander zuzuhören, zu verstehen, zu helfen, ganz gleich ob jemand aus Görlitz kommt oder von sonstwo auf der Welt, ganz gleich ob er Hilfe für den nächsten Umzug braucht oder eine Idee einbringen will für die Stadt und das Zusammenleben. Und wem danach ist, der kann hier auch seinen Magen als interkulturellen Erprobungsraum zur Verfügung stellen und zum Beispiel vom polnischen Haselnusswodka probieren, auch das gehört ja zur europäischen Idee, gerade hier im Dreiländereck.

Der Name dieses wunderbaren Cafés lässt sich wie ein Funksignal ausbringen, er steht letztlich für die ganze Region. Sie ist in Gänze ein Hotspot deutscher Gegenwart und die konnotative Ambivalenz dieses Wortes kommt nicht von ungefähr. Die Lausitz steht einmal mehr vor einer gewaltigen Herausforderung, die in der Sprache von Politik und Nachricht-

ten oft nur kühl »Strukturwandel« genannt wird. Strukturwandel bedeutet aus Perspektive der Lausitz zunächst einmal: Stress. Dass er auch eine Chance bedeuten kann, gerät deswegen oft in Vergessenheit. Dabei gilt es, beidem, dem Stress und der Chance, hinreichend Aufmerksamkeit zu schenken, anders lässt sich die Lausitz nicht begreifen.

Zunächst zum Stress. Ein großer Teil des regionalen Stolzes und der regionalen Identität speiste sich in der Lausitz lange aus dem Bergbau. Wie man sich das vorzustellen hat, war 2018 in der popkulturellen Wiederauferstehung des Liedermachers Gerhard Gundermann noch einmal zu erfahren. Wer den Film von Andreas Dresen sah, der schaute sich auch die Liedzeilen von Gundermann wieder an, und wer Glück hatte, blieb dabei an diesen Zeilen aus »Brigitta« hängen: »Ich war 'n Bergmann, weiter hab' ich nüscht gelernt/Ich hab dieses Land in jedem Winter treu gewärmt.« Dass die Zeiten sich ändern, weiß nicht nur Bob Dylan, in dessen Vorprogramm Gundermann einmal spielte. Wie schnell es gehen kann und dass Braunkohle mittlerweile bei vielen Menschen synonym steht für die Gräueltaten des Menschen an der Natur, das ist fordernd. Ein politisches Ergebnis dieser Veränderung ist der für spätestens 2038 terminierte Kohleausstieg in Deutschland. Der zeitliche Rahmen für den Stress ist damit gesetzt.

Die Lausitz hat seit 1990 wie kaum eine andere Region Deutschlands gelitten. Die Natur litt, vorher noch mehr als seitdem, unter der Braunkohle, die Braunkohle litt unter den politischen Entwicklungen, und auch sonst brachen reihenweise große Industrien fort. Derlei Rückschläge verlängerten ihre Wirkung in die Demografie und nährten eine Erzählung vom Abstieg, die letztlich auch den politischen und gesellschaftlichen Raum übel vergiftete, auch dies ließ sich in Görlitz besonders gut spüren, im Oberbürgermeisterwahlkampf des frühen Sommers 2019.

Die AfD hatte mit dem Kandidaten Sebastian Wippel Chancen, den ersten OB-Posten in Deutschland überhaupt zu besetzen. Ihm gegenüber standen die Kandidaturen des späteren Siegers Octavian Ursu (CDU) und vor allem die der Grünen Franziska Schubert. Die Wahlkämpfe von Wippel und Schubert offenbarten eine Bruchlinie der Lausitz. Notwendigerweise verkürzt betrachtet, machten hier zwei politische Lager zwei sehr unterschiedliche Angebote. Das erste Angebot lautete, die Verhältnisse möglichst radikal zu schützen, also unbedingt zu bewahren, was und wie es schon immer war (beziehungsweise imaginiert wurde). Das zweite Angebot lautete, den gewaltigen Veränderungsdruck auf die Region anzuerkennen, anzunehmen und schrittweise Ideen der Anpassung zu entwickeln.

Diese Bruchlinie ist auch in der Retrospektive dieser politischen Auseinandersetzung interessant. Das Wählerpotenzial der AfD in der Lausitz ist

enorm, das haben weitere Wahlen mehrfach erwiesen. Es sind nicht allein ältere Bürger, die diese Partei stützen. Sie wird von einer Sehnsucht getragen, die auch jüngere Jahrgänge in Teilen erfasst, einer Sehnsucht nach der Beständigkeit alter Ordnungen. Wie sehr man dieser Sehnsucht trauen kann und wie aussichtsreich es ist, sich auf diese zu verlassen, muss und darf jeder für sich selbst definieren. An der Gegenposition, die die Grünen in einem anderen Wahlkampf auch mal mit der schönen Nena-Zeile paraphrasierten, Zukunft werde aus Mut gemacht, lässt sich zumindest gedanklich schneller und leichter der Weg vom Stress zur Chance finden.

Stress, Chance, Zukunft. Das Zusammenspiel dieser Kräfte auch anderswo im Osten beschäftigt mich schon eine Weile, und ich habe für mich eine Maßeinheit erfunden, um dieses Zusammenspiel zu messen. Ich nenne diese Maßeinheit Deutschland-Dioptrien. Mein Deutschland-Dioptrienwert liegt bei ungefähr +50, ich bin also deutschlandweitsichtig. Praktisch sieht das so aus, dass ich auf Überlandfahrten durch den Osten generell und ganz besonders eben in der Lausitz oft durch Orte komme, in denen ich nicht anders kann, als mich zu fragen, wie sieht es hier einmal aus, in fünfzig Jahren?

Die Orte, in denen ich mich das frage, haben Gemeinsamkeiten. In ihnen hängen Rollläden vor Fenstern wie schwere Lider vor müden Augen. In ihnen kleben Zettel an Türen von Geschäften und berichten von deren Aufgabe: »Liebe Kunden, nach 35 Jahren ...«. In diesen Orten kommt mir oft der Esel aus den Bremer Stadtmusikanten in den Sinn. Jener Esel, der behauptete, etwas Besseres als der Tod sei überall zu finden.

Sooft ich diese Orte dann wieder verlasse, nie verlassen sie mich. Der Grund dafür liegt in den düsteren Prognosen, die über dem Osten liegen wie ein tief dräuender Himmel. Diese Prognosen haben die Frage des Ob schon beantwortet und bislang nur offengelassen, wo genau und wie heftig es bald knallen und gewittern wird. Rund 3,7 Millionen vor allem jüngere Menschen haben den Osten seit 1990 verlassen, ein Viertel seiner Gesamtbevölkerung. Das Durchschnittsalter ist auch deswegen von 37,9 auf 46,3 Jahre gestiegen. Fast drei Viertel derer, die noch im Osten leben, wohnen im ländlichen Raum. Ihr Vermögen, ihr Lohn, folglich ihr Steueraufkommen – alles liegt im Durchschnitt deutlich unter dem Niveau des Westens, und wenn es mal wieder ein »Ranking der Regionen« in Deutschland gibt, ist klar, wo die roten Laternen leuchten. Sie hängen in der Lausitz, sie hängen in Mansfeld-Südharz, in Vorpommern-Greifswald, im Altmarkkreis Salzwedel.

Die Bürgermeisterin des sächsischen Pulsnitz erzählte vor ein paar Jahren, ihr Ort sei ein Schwerpunkt der Altenpflege und das vierte Pflege-

heim gerade fertiggestellt und eingerichtet worden, »bis zur letzten Tasse«. Eröffnen konnte sie es trotzdem nicht, es fehlte an Bewerbern für die Arbeitsplätze in dem Heim. Der Bürgermeister von Rothenburg in der Oberlausitz sagte, seine Leute im Ort würden den eigenen Markt nur noch »die toten Augen von Rothenburg« nennen, so viele stumpfe Schaufenster gebe es dort, so wenige offene Geschäfte. Der Bürgermeister von Johanngeorgenstadt im Erzgebirge erwiderte, das Problem habe er so nicht, denn einen richtigen Markt gebe es bei ihm nicht mehr.

In Sebnitz habe ich einen Pfarrer mal gefragt, wie viele Beerdigungen, Taufen und Hochzeiten er im Jahr durchführe. Er sagte, Hochzeiten seien es etwa zwei, Taufen vielleicht zehn, Beerdigungen locker fünfzig. In Zittau erzählte mir eine ältere Frau, es gehe schon lange nicht mehr darum, ob man bei Krankheit einen guten Arzt finde. »Man muss froh sein, wenn man überhaupt einen findet!« Und wo wir jetzt gerade doch schon wieder in die Lausitz zurückgekehrt sind: Der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Ragnitz sagte in einer Diskussion zur Zukunft der Region, eigentlich könne man »über jeden Arbeitsplatz froh sein, der nicht entsteht, weil wir ihn sowieso nicht besetzen könnten«.

In Sachsen-Anhalt trat in einem Landtagswahlkampf eine satirische Initiative auf und schlug vor, nur Halle und Magdeburg zu erhalten und den weiten Rest des Landes einfach aufzuforsten. Es passierte mehr als einmal, dass auf diesen Vorschlag nicht nur Gelächter folgte, sondern Leute so ein lüsternes »Warum eigentlich nicht?«-Gesicht machten. Nie vergessen werde ich eine Veranstaltung in Pirna, auf der eine Studie vorgestellt wurde. Es ging um urbane Wachstumszentren und auch um die Frage, wie die Zukunft außerhalb dieser aussehen könnte. Meine Heimat Sachsen war auf einer Karte wie so oft ziemlich kräftig eingefärbt, und als ich in der Legende nachlas, was es mit dieser kräftigen Farbe auf sich hatte, blieben mir Luft und Spucke weg: Die meisten Orte im ländlichen Raum, so lautete der offizielle und nicht gänzlich satirische Vorschlag an die Politik, solle man »palliativ begleiten«.

Ich sehe die Statistik und die Prognosedaten, ich höre die Geschichten – und ich frage mich, was das alles gemessen in Deutschland-Dioptrien bedeutet. Ist der demografische Kipppunkt bereits erreicht, und forschen wir zum Beispiel die Lausitz irgendwann einfach auf, und das wäre ja auch nicht weiter schlimm, weil vor allem ein Beitrag zum Klimaschutz? Oder ist dieses Endspiel um einen ganzen Landesteil noch nicht verloren, ist es womöglich grundsätzlich gar nicht zu verlieren, weil auch das Überleben des ländlichen Raums keine Frage des Ob ist, sondern nur eine des Niveaus?

Wenn ich in der Frage eines sicher weiß, dann, dass ich keine Ahnung habe. Ich weiß ja nicht mal, ob es schon ein Wert an sich ist, wenn irgendwo Menschen wohnen. Ob das besser ist, als wenn da niemand wohnte. Ich weiß aber, dass trotz Freizügigkeit und gleichwertiger Lebensverhältnisse und trotz allem anderen, was noch so im Grundgesetz steht, nicht jedes Straßendorf aufrechterhalten werden wird. Die Frage ist also nur, ob gerade etwas stirbt – oder ob es schon gestorben ist und der Tod sich bislang nur versteckt wie bei einem Baum, der von außen noch im Leben steht, während drinnen schon die Fäule tobt.

Es ließen sich etliche Bereiche nennen, in denen Systeme kollabieren werden, von der medizinischen Versorgung über den Feuerwehnnachwuchs bis zum Busfahrplan. Aber dann bliebe am Ende wieder nur ein bequemer Grusel beim Aus-der-Ferne-Betrachten des Endzeit-Thrillers Demografie. Und so düster die Aussichten für einige Regionen speziell im Osten sind, so oft haben sich in der Vergangenheit Aussichten dann überraschend doch einmal geändert. Die »Österreichische Neue Tageszeitung« titelte schon 1959: »Sozialstaat ist in der Sackgasse – Wer zahlt morgen die Renten?« Und sechs Jahre zuvor hatte Adenauer die damalige Bevölkerungsentwicklung mit dem ziemlich voreiligen Satz kommentiert: »Dann sterben wir ja aus.«

Gegen die Prognosedaten stehen auch viele Pioniere und Bürgerinnen, Ehrenamtliche und Bürgermeisterinnen in den abgehängten und abgerankten Regionen. Sie geben den genannten Zahlen trotz aller Schwierigkeiten ein oft erstaunlich fröhliches Gesicht – und eine Zukunftslaune, die so langsam von der Depression fortgeht in Richtung Sven Regeners Delmenhorst: »Erst wenn alles scheißegal ist, macht das Leben wieder Spaß.«

Es sind Menschen, die mehr Vertrauen in ihre Stadt haben als in kalte Extrapolationen irgendwelcher Daten. Und es kann doch sein. Es kann sein, dass gerade in den Regionen, die nicht unter so einem hohen sozialen und wirtschaftlichen Druck stehen wie gegenwärtig die größeren Städte, sich neue Formen des Zusammenlebens etablieren. Formen, in denen das Wachstum materiellen Wohlstands nicht mehr das dominante (und auf hohem Niveau ein bisschen dumme) Ziel allen Strebens ist. Es kann sein, dass die durchaus noch jungen Leute, die zum Beispiel in der Lausitz gerade zunehmend Verantwortung übernehmen für ihre Heimat, auf lange Sicht genauso belebend wirken wie zuletzt die Leuchtturmpolitik und der Rückzug des Staates aus der Fläche abtötend gewirkt hatten. Es kann sein, dass Regionen sich in den nächsten Jahren gesundsterben, dass sie einige Orte aufgeben und dafür einen kräftigen zivilen Kern so stärken, dass dort Geschäfte geöffnet bleiben und die Häuser entgegen aller Pro-

gnosen nur nachts ihre Rolllädenlider senken. Und solange solche Dinge sein können, ist das Endspiel nicht vorbei. Der Glaube daran kann mithelfen, selbst Zahlenberge zu versetzen.

Damit das geschieht, muss von diesen Menschen mindestens genauso umfangreich erzählt werden, wie oft über die Ängste und auch die Ressentiments von Menschen berichtet wird. Es muss erzählt werden vom Kühlhaus in Görlitz, in dem staatliche Prepper zu DDR-Zeiten Vorräte einlagerten, um in Ernstfällen die Bevölkerung versorgen zu können – und wo heute junge Menschen mit großer Eigenleistung Räume und ein Klima schaffen, in dem andere junge Menschen Platz finden, sich zu entwickeln. Es muss erzählt werden von dem gar nicht mehr so jungen Oberbürgermeister von Weißwasser, Torsten Pötzsch, der den Wettlauf in seiner Stadt angenommen hat, der Überalterung und Fortzug mit Mitstreitern die Entwicklung eines soziokulturellen Zentrums entgegenstellt, in dem es an guten Tagen schlichtweg wieder brummt vor Leben. Es muss erzählt werden von vielen jungen Frauen, die sich in der Lausitz vernetzen und die teilweise in Stadträte eingezogen sind, um dort sehr verengte Perspektiven wieder zu erweitern. Es muss erzählt werden von Thomas Zenker, der als Oberbürgermeister von Zittau die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas mitgetragen hat, die mindestens in ein paar Köpfen mal wieder wichtige Funken schlug und in Erinnerung rief: Nicht alles wird kleiner, hört auf, ist schlecht. Es gibt immer noch Anfänge.

Es ist hilfreich und erbaulich, sich mit jenen zu unterhalten, die jetzt nicht nur den Stress erleben, sondern die vor allem die Zukunft in größerem Umfang noch erleben werden. Da trifft es sich ganz gut, dass in der Nacht im November im Café Hotspot auch Lukas Rietzschel an der Bar sitzt. Rietzschel, 1994 in Räckelwitz in Ostsachsen geboren, hat einen Entwicklungsroman über seine Heimat geschrieben. Sein Buch heißt »Mit der Faust in die Welt schlagen«, und es verhandelt bedrückend Konflikte und Ratlosigkeiten, wie sie in den Biografien hier weder zufällig noch selten auftreten.

Die Lausitz ist das Revier von Rietzschel, er hat sich, nach ein paar Jahren in Kassel, neu verschossen in seine Heimat. Kassel muss man wollen, das schon, aber das gilt für die Lausitz nicht minder, und Lukas Rietzschel hat Bock, das kann man so sagen. Bevor er da gleich selbst ins Detail geht, kommt noch eine Art Haftungsausschluss. Die Zeit könne man natürlich nicht zurückdrehen, die Abwanderung nicht, deswegen auch nicht die Überalterung. Selbst die frühere Innovationskraft der Lausitz lässt sich auch mit 18 Milliarden Euro staatlicher Umbauhilfe nicht einfach wieder aufdrehen wie ein Heizkörper an einem hässlichen Wintertag. Aber das

heiße eben nicht, dass man gar nichts tun könne. Rietzschel wünscht sich, dass nicht wieder nur Straßen gebaut und Sanierungen gefördert werden. Er wünscht sich, dass am besten jetzt seine Heimat zu einer Art Modellregion, zu einem Labor wird, in dem nicht alle aufs Bruttoinlandsprodukt schielen und sich von ihm sagen zu lassen, wie glücklich sie gerade sein dürfen und sollten. Wirtschaft komplett neu organisieren, Ökologie in den Mittelpunkt nehmen, ja, warum denn eigentlich nicht? »Dass das nicht passiert, ärgert mich wie Sau«, sagt Rietzschel.

Er wünscht sich auch, dass die Leute sich wieder mehr Zeit nehmen, zum Beispiel für das Fragen nach Identität. Herausfinden, wer und was da mal war, wo ich herkomme. Die Wurzeln spüren, darüber Halt finden, eine Verantwortung entwickeln und empfinden für die eigene Heimat. Das wären seine Wünsche, aber statt Interesse an der Zukunft und Wissen um Vergangenheit wuchert überall ja nur noch Echtzeit. Im Internet ist alles Leben eine Story, mit 24 Stunden Maximalhaltbarkeitsdatum – und dann, sagt Rietzschel, »haben wir auch noch eine große Koalition, die keine richtige Idee von Zukunft vermittelt, alle sind irgendwie im Jetzt gefangen und der einzige Weg da raus führt angeblich zurück, wenn überhaupt«.

In der Lausitz läuft gerade der langsamste Countdown der Welt weiter, noch knapp 19 Jahre bis zum Kohleausstieg. Wie mutig und schön wäre es, wenn sie in der Lausitz mit dem Geld, das sie jetzt zur Abfederung dieses Ausstiegs bekommen, mal wirklich etwas komplett Anderes und Neues anstellen würden, außerhalb aller bisherigen Pfade. Das ganze Land könnte davon profitieren. Es geht also in der Lausitz, ganz grundsätzlich gesprochen, um eine wichtige Wurst. Und wie man sich im Konkreten gut verhält, wenn es um die Wurst geht, auch dafür hatte Lukas Rietzschel bei einem anderen Treffen schon mal einen Vorschlag unterbreitet, zur Mittagszeit, bei einem kurzen Stopp zum Lunch in einer Fleischerei. Rietzschel hatte zügig zwei Käsewiener mit Kartoffelsalat bestellt, eine solide Wahl, aus Erfahrung. Erst danach aber hatte er sich etwas Zeit genommen, in die Auslage geschaut und gesehen, dass auch komplett andere Varianten ein gutes Essen ergeben hätten. Ein Aha-Moment für mehr Flexibilität im Leben. Oder anders formuliert, aus der Sicht und mit den spontanen Worten von Lukas Rietzschel: »Boah, Brühpolnische, auch geil!«

Der Beitrag erschien zuerst in der APuZ-Ausgabe 6-7/2020 »Lausitz« vom 3. Februar 2020.

Energie für die Zukunft

Das Kombinat »Schwarze Pumpe« und die sozialistische Wohnstadt Hoyerswerda

Inmitten endloser Kiefernwälder an der Fernstraße zwischen Spremberg und Hoyerswerda befand sich seit langer Zeit schon der Gasthof »Zur Schwarzen Pumpe«. Der seltsame Name, so will es eine Legende, stammte aus dem Dreißigjährigen Krieg. Um die schwedische Soldateska von Plünderungen abzuhalten, hatten die Bewohner des Gehöfts die Pumpe mit schwarzer Farbe bestrichen. Dies war das übliche Zeichen dafür, dass in der Gegend die Pest hauste. So war es damals gelungen, die fremden Söldner fernzuhalten. Das Straßendorf in der Trattendorfer Heide blieb für lange Zeiten einer jener Orte, von denen der Volksmund meint, dass sich hier Fuchs und Hase »Gute Nacht« sagen. Dies sollte sich Mitte der 1950er Jahre auf dramatische Weise ändern.

An einem Frühlingstag im Jahre 1955 betrat ein Fremder den Schankraum des Gasthofes, berichtet eine Reportage drei Jahre später.¹ Der Ankömmling, der mit dem Bus vom Bahnhof Spremberg gekommen war, setzte sich an einen freien Tisch und bestellte ein Bier. In die abgelegene Gegend verirrte sich nur selten ein auswärtiger Gast, zumal einer mit Anzug und lederner Aktentasche, wie sie damals höhere Angestellte oder Funktionäre der Partei mit sich führten. In der Kneipe wurde es nun mucksmäuschenstill. In letzter Zeit war einiges durchgesickert. In den Wäldern der Umgebung hatte man Autos mit Berliner Kennzeichen und Vermessungstrupps gesehen. Also sprachen die Leute den Fremden an, um herauszufinden, was in der Gegend vor sich ging. Laut der Reportage von 1958 entwickelte sich die Unterhaltung zu einer Art erster Informationsveranstaltung über die großen Pläne, die Partei und Regierung der DDR mit der Region hatten. Offenbar waren die Bewohner der Region weder

informiert noch gefragt worden. Über solche Nebensächlichkeiten gingen die Entscheidungsinstanzen der jungen Republik hinweg wie die Bulldozer über die Heidelandschaft der Lausitz. Für die Partei zählte nur, die Energiebasis für die großen Aufbaupläne zu schaffen. Alles andere hatte dahinter zurückzustehen.

Noch am gleichen Tag wurde dem Wirt mitgeteilt, dass in seine Gaststätte der Aufbaustab des geplanten Energiekombinats einziehen würde. Die beiden Gästezimmer wurden sofort bezogen. Im Tanzsaal, der Schankstube und dem Vereinszimmer eröffnete das Büro sein vorläufiges Hauptquartier. Die Mitarbeiter meldeten sich am Telefon mit: »Hier Aufbaustab Schwarze Pumpe ...«. So wurde der Gasthof in der Trattendorfer Heide Namensgeber des größten Energiekombinats der DDR.

Energiebasis für die Volkswirtschaft

Seit dem ersten Fünfjahrplan von 1951 bis 1955 war der Aufbau der Schwerindustrie das vorrangige Ziel der Wirtschaftsentwicklung. Zugunsten der Stahlproduktion und des Maschinenbaus wurden andere Bereiche der Wirtschaft stark vernachlässigt. Das betraf auch solche in Mitteldeutschland traditionell starke Industriezweige wie Textilindustrie, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Das Dogma vom Primat der Schwerindustrie folgte dem sowjetischen Vorbild und war deswegen nicht zu hinterfragen. Selbst der massive Unwille der Bevölkerung über die schlechte Versorgung, wie er bei dem Volksaufstand am 16./17. Juni 1953 zum Ausdruck kam, änderte diese wirtschaftspolitische Orientierung nur zeitweilig.

Dabei war die Ausgangslage für die Schwerindustrie alles andere als günstig. Während die Bundesrepublik 1949 über 121 meist moderne Hochöfen verfügte, waren es in der DDR nur vier veraltete Anlagen. Stahl- und Walzwerke fehlten völlig. Diesen Rückstand galt es aufzuholen. Durch den Verlust von Oberschlesien und der Unterbrechung der Verbindungen zum Ruhrgebiet lagen die herkömmlichen Standorte der deutschen Kohle- und Erzförderung sowie der Stahlproduktion außerhalb der DDR. Auch Importe aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei vermochten den Bedarf langfristig nicht zu decken. Die DDR hatte allerdings eines im Überfluss: Braunkohle. Und sie hatte hervorragende Wissenschaftler und Techniker, die sich daran machten, Verhüttungsverfahren auf Braunkohlenbasis zu entwickeln. Auf der Grundlage älterer Versuchsreihen entwickelte das Institut für technische Brennstoff-

verwertung der Bergakademie Freiberg zwischen 1945 und 1951 ein Verfahren zur Verkokung von Rohbraunkohle zu Braunkohlen-Hochtemperaturkoks (BHT). Nach ersten Erfolgen in Lauchhammer beantragte der Minister für Schwerindustrie, Fritz Selbmann, im September 1953 den Produktionsbeginn. Doch bald schon wurde klar, dass die Kapazitäten in Lauchhammer nicht ausreichen würden.

Auf dem IV. Parteitag der SED, der vom 30. März bis 6. April 1954 in Berlin tagte, wurden die Weichen für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft gestellt. Im Bericht des Zentralkomitees der SED heißt es dazu: »Die wichtigste Aufgabe in der Industrie ist die Entwicklung der Brennstoffindustrie, vor allem des Braunkohlenbergbaus, der Energieerzeugung und einiger Zweige der chemischen Industrie. Diese Zweige müssen in den nächsten Jahren solch ein Entwicklungstempo erhalten, ihnen müssen solche Investitionen gewährt werden, dass das Zurückbleiben der Brennstoff- und Energiebasis der Deutschen Demokratischen Republik hinter den Erfordernissen der Wirtschaft und der Bevölkerung beseitigt wird und dass sie einen Entwicklungsvorsprung gegenüber den anderen Zweigen der Volkswirtschaft unserer Republik erhalten.«²

In erstaunlich kurzer Frist wurde ein Projekt für ein riesiges Energiekombinat fertiggestellt und die Standortentscheidung für das Areal im Niederlausitzer Braunkohlerevier gefällt. Rohkohlegewinnung und Brikettproduktion sollten hier zusammen mit der Veredelung in Elektroenergie, Gas und Koks in einem vernetzten Betrieb stattfinden. Ein Riesenwerk sollte förmlich aus dem Boden gestampft werden, ebenso alle dazugehörigen Einrichtungen, von den Verkehrsverbindungen über die Wasserversorgung bis hin zu den Unterkünften für die Werktätigen mit Schulen, Kindergärten, Polikliniken und Kultureinrichtungen.

»Gewaltige Perspektiven«

Am 23. Juni 1955 setzte der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates seine formelle Unterschrift unter das Projekt. Am 29. Juli berichtete das »Neue Deutschland« auf der ersten Seite über den Bau des Kokskombinates »Schwarze Pumpe«. »Gewaltige Perspektiven unserer Braunkohlenindustrie im zweiten Fünfjahrplan«, jubelte das Zentralorgan der SED. Auch von der sozialistischen Stadt bei Hoyerswerda war bereits die Rede. Der Artikel zitierte aus der Rede von Selbmann vor den Abgeordneten des Bezirkstages Cottbus: »Die DDR ist der größte Braunkohlenproduzent der Welt. In diesem Jahr wird die Fördermenge erstmals 200 Millionen Tonnen über-

steigen. Im Jahre 1936 betrug die Förderung dagegen nur 97,5 Millionen Tonnen. Diese gewaltige Entwicklung unserer Braunkohlenindustrie im ersten Fünfjahrplan wird auch in den folgenden Fünfjahrplänen fortgesetzt werden.«³

Bis 1960 sollte sich die Braunkohleförderung gegenüber 1955 um 127 Prozent steigern. Eine Reihe neuer Tagebaue sollten angelegt und neue Brikettfabriken errichtet werden. Im Senftenberger Revier, so der Minister für Schwerindustrie, lagerten nämlich noch ungeheure Braunkohlenvorräte. Vorläufige Schätzungen würden bis zu 30 Milliarden Tonnen gehen. Vier neue Tagebaue sollten aufgeschlossen werden. Von jährlich 61 Millionen Tonnen im ersten Fünfjahrplan würden die Senftenberger Kumpel ihre Förderung auf 107 Millionen Tonnen im zweiten Fünfjahrplan erhöhen. Die Lausitz entwickle sich damit zum größten Braunkohlenrevier der Welt, hieß es in dem Artikel stolz.

Man ging davon aus, dass die Senftenberger Kohle eine für die Verkokung günstige chemische Zusammensetzung hätte. Das ermögliche, die Produktion immer mehr von Rohbraunkohle und Briketts auf veredelte Brennstoffe, wie Koks und Gas, umzustellen. Damit würden auch die in der Braunkohle enthaltenen Kohlewertstoffe in Form von Teer und Leichtöl restlos gewonnen werden können. Deshalb war es vorgesehen, den Brikettfabriken Kokereien anzuschließen, in denen die Briketts entgas und in Koks umgewandelt werden. Im Raum zwischen Hoyerswerda und Spremberg, so sah es der Perspektivplan vor, sollte das größte Kokskombinat der Republik, »Schwarze Pumpe«, entstehen. Der Bau dieses Industriegiganten, für den die Regierung 1,1 Milliarden Mark ausgeben würde, war für Mitte 1956 geplant und sollte nach drei Baustufen 1964 abgeschlossen sein. »Gewaltige Perspektiven eröffnen sich vor unserer Braunkohlenindustrie, Perspektiven, die von der ununterbrochenen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates künden«, beschloss das »Neue Deutschland« seinen Bericht.⁴

Die sozialistische Wohnstadt

Das Tempo war in der Tat rasant. Bereits am 31. August 1955 vollzog Minister Selbmann den ersten Spatenstich. Von der Standortentscheidung bis zum Baubeginn waren nicht einmal anderthalb Jahre vergangen. Die bis dahin abgelegene Region wurde gründlich durcheinandergewirbelt. Aus der ganzen DDR strömten Arbeitskräfte in die beschaulichen Kleinstädte der Niederlausitz, insbesondere nach Hoyerswerda.

Das kleine Ackerbürgerstädtchen mit Schloss und Renaissancerathaus entwickelte sich zu einer sozialistischen Wohnstadt für die Arbeiter des Kombinats »Schwarze Pumpe«. 1955 beschloss die Regierung der DDR den Bau einer neuen Stadt mit 38000 Einwohnern. »[D]ie Hoyerswerdaer Neustadt wird aus Arbeiterwohnungen mit allem Komfort – Zentralheizung, Müllschlucker usw. bestehen«, hieß es in einem Zeitungsartikel vom 30. August 1955.⁵ Geplant waren eine Großwäscherei, Kindergärten, Kinderkrippen und andere Einrichtungen. »Im Mittelpunkt der Stadt soll ein Hochhaus entstehen. Die künftige Stadtsilhouette wird schon dadurch voll Rhythmus und Bewegung sein. Es ist weiter eine besonders interessante Aufgabe für die Architekten, dafür zu sorgen, dass das künftige Hoyerswerda, obwohl es aus der alten und der neuen Stadt bestehen wird, ein geschlossenes Ganzes bildet.«⁶

Von dem Hochhaus und der dynamischen Skyline war später nicht mehr die Rede. Der Wohnungsbau hatte absolute Priorität. Entlang einer Hauptverkehrsstraße zum Bahnhof sollten sieben Wohnkomplexe mit einem jeweils gleichen funktionalen Aufbau entstehen, noch im selben Jahr erfolgte die erste Grundsteinlegung. Zunächst wurden Ziegelbauten errichtet. Das Tempo reichte aber längst nicht aus. Ein erheblicher Teil der Erbauer des Werks war immer noch in Barracken untergebracht und konnte seine Familien nicht nachkommen lassen. Gute Wohnungen waren eine Voraussetzung, um Arbeitskräfte aus anderen Teilen der DDR in die wenig attraktive Gegend zu locken. Also musste das Baugeschehen vorangetrieben werden. Dadurch entwickelte sich Hoyerswerda zum Experimentierfeld für die damals modernsten Methoden der Großblockbauweise, die später in allen Bezirken der DDR übernommen wurden und bis heute das Gesicht der Städte prägen.

Am 15. Juni 1957 erfolgte im Wohnkomplex I in der damaligen John-Schehr-Straße, der heutigen Otto-Damerau-Straße, die Grundsteinlegung des Blocks 2 bis 10 durch den Minister für Aufbau der DDR, Heinz Winkler. Erstmals wurde die Großblockbauweise in Anwendung gebracht, das heißt, vorgemauerte Blöcke wurden mit dem Kran versetzt. Doch in Hoyerswerda entstand praktisch eine ganz neue Stadt von Großplattenhäusern. Im gleichen Jahr begann in der Nähe die industrielle Produktion von Großplatten. Das Werk hatte eine Jahreskapazität von 700 Wohnungen. Die Platten verließen das Werk bereits verputzt. Fenster und Türen waren schon eingesetzt. Auch Treppen, Decken, Keller und Balkone waren vorgefertigt. Die neue Bauweise kam auch in anderen Städten zum Einsatz, auch in Ost-Berlin. Später sprach man landläufig von »Altneubauten«, denn die Wohnungen waren recht klein und einfach in der Ausstattung. Die neuen Wohnkomplexe von Hoyerswerda bestanden ausschließlich aus

solchen Neubauten. Seit den 1960er Jahren entstanden noch höhere Plattenbauten mit sogenannten Vollkomfortwohnungen. Insgesamt lebten rund 90 Prozent der Einwohner der Stadt in der Platte, wie man damals sagte.

Die Industrialisierung des Bauens war bei allem Stolz auf die hohen Produktionsziffern auch das Problem. Die Wohngebiete waren mitsamt der Kindereinrichtungen, Schulen und Kaufhallen von extremer Eintönigkeit. Selbst die praktischen kurzen Wege zwischen Wohnung, Einkaufsmöglichkeit, Ambulatorium und so weiter konnten nicht darüber hinwegtrösten, dass die Stadt vor allem Trostlosigkeit ausstrahlte, genauer gesagt, dass es gar keine richtige Stadt war, sondern eine Aufreihung von durchgeplanten Wohnkomplexen, von denen es schließlich zehn gab.

1955 lebten 7 555 Menschen in Hoyerswerda, 1981 erreichte die Bevölkerungsentwicklung mit 71 124 Einwohnern ihren Höhepunkt. Bis in die 1980er Jahre wurden vier Neubaugebiete mit insgesamt 2 998 Wohnungen in die Kiefernwälder der Umgebung gesetzt. Parallel entstanden Kindergärten, Schulen, Kaufhallen, Badestellen, Schwimmbäder und gastronomische Einrichtungen. Am 1. Mai 1984 öffnete ein Haus der Berg- und Energiearbeiter im Stil des Berliner Palastes der Republik seine Pforten. Neben Eisenhüttenstadt, dem früheren StalinStadt, entstand so ein zweites Denkmal sozialistischen Städtebaus mit all seinen funktionalen Vorteilen und in all seiner beklemmenden Monotonie.

Das Kombinat

In drei Bauabschnitten sollten bis 1963 zwei Großraumhochbunker mit einem Fassungsvermögen von jeweils 24 000 Tonnen Braunkohle, eine Aufbereitungsanlage für Braunkohlenhochtemperaturkoks (BHT-Koks), drei Großkraftwerke und drei Brikettfabriken entstehen. Am 30. April 1959 konnten die wichtigsten Objekte der ersten Baustufe, die Brikettfabrik und das Kraftwerk West, in Betrieb genommen werden. Damit war ein gutes Drittel der offenbar zeitlich viel zu knapp geplanten Vorhaben erfüllt. Es folgten die beiden weiteren Ausbaustufen, die 1973 mit ungefähr zehn Jahren Verzögerung abgeschlossen wurden. »Schwarze Pumpe« lieferte nun einen beträchtlichen Teil der für die Wirtschaft und die Haushalte notwendigen Energie in Form von Briketts, Gas, Strom und Koks. Nach den Maßstäben einer wirtschaftlichen Rechnungsführung war der Betrieb aber wohl immer unrentabel.

Doch solche Bilanzen waren angesichts der planwirtschaftlich geleiteten volkseigenen Betriebe reine Zahlenspielerien, Gewinn und Verlust in der

Planwirtschaft nur theoretische Größen. Zudem wurden seit den 1970er Jahren immer neue Betriebe aus der ganzen DDR dem Stammbetrieb »Schwarze Pumpe« zugeordnet. Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom 20. Oktober 1969 wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1970 das »Gaskombinat Schwarze Pumpe« (GSP) gegründet. Die Kombinatbildung sollte damals die Entscheidungsprozesse konzentrieren. Dies war die Antwort auf die Politik des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) der 1960er Jahre, die sich die Verlagerung von Verantwortung auf die untere Ebene zum Ziel gesetzt hatte. In einer nach der Wende von ehemaligen Ökonomen und Ingenieuren der »Schwarzen Pumpe« verfassten Darstellung der Betriebsgeschichte heißt es dazu lapidar: »[D]ie besonders in den achtziger Jahren zunehmende Hinwendung zur zentralistischen Leitung und Planung fügte aber den Kombinat und seinen Betrieben erheblichen ökonomischen Schaden zu und engte die potentiellen Möglichkeiten und den Spielraum für die Gestaltung der erweiterten Reproduktion ein.«⁷

Den Kern des neu gebildeten »Gaskombinat Schwarze Pumpe« (GSP) bildete das Kohleveredelungskombinat, also der alte, 1955 gegründete Betrieb. Er hatte sich ökonomisch und organisatorisch stabilisiert und übernahm nun die Rolle des Stammbetriebes des GSP. Hier lag die Verantwortung für die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs an Stadtgas, Erdgas und Produkten der Kohleveredelung wie Teere und Öle. Zum Stammbetrieb gehörten nun auch alle Ferngasleitungen und Unterspeicher, die über das gesamte Gebiet der DDR verteilt waren. Die Projektierung und der Bau von Ferngasleitungen sowie das Institut für technische Brennstoffverwertung der Bergakademie Freiberg waren ebenfalls dem GSP angeschlossen. Das Ausbleiben von Lieferungen zwang auch das Kombinat »Schwarze Pumpe«, mit hohen Kosten Ersatzteile selbst zu produzieren. »Da es aber zur Gewährleistung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unerlässlich war, die Betriebe ständig zu modernisieren und zu rationalisieren, wurde auch das Kombinat Schwarze Pumpe gezwungen, einen eigenen Rationalisierungsmittelbaubetrieb, im Prinzip einen Maschinenbaubetrieb aufzubauen, um fehlende Zulieferungen auszugleichen.«⁸

Ein zusätzliches Problem entstand durch eine zentrale Festlegung der Parteiführung, die alle Produktionsbetriebe der DDR verpflichtete, Konsumgüter zu produzieren. Dafür sollten zwei Prozent der Kapazität freigestellt werden. Mit dieser an sich gut gemeinten Maßnahme sollte die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs verbessert werden. Die Versorgungslücken waren vor allem durch die überstürzte und ökonomisch unsinnige Verstaatlichung von Privatbetrieben 1972 entstanden. Nun sollten durch administrative Maßnahmen diese selbstverschuldeten Defizite ausge-

glichen werden. Für ein Gaskombinat mit einer Jahresproduktion von acht Milliarden Mark war es schwierig, zwei Prozent der Produktionskapazität auf Konsumgüter umzustellen. Dennoch schaffte man es, in den betriebseigenen Werkstätten Pkw-Anhänger und Wohnwagen in hoher Qualität herzustellen. Der Wohnanhänger »Lausitz 310« wurde im Einzelhandel angeboten und fand reißenden Absatz. Allerdings war die Produktivität gering, die Kosten zu hoch und die Produktion von Pkw-Zubehör somit unrentabel.

Mit der Zuordnung von Betrieben der Kohle- und Gasindustrie entstand ein zusätzlicher Bedarf an Investitionen, was sich als sehr problematisch erwies, da einige der Betriebe in der Vergangenheit auf Verschleiß gefahren worden waren. Sie waren nicht mehr in der Lage, die einfache Reproduktion ihrer Anlagen zu gewährleisten. Beispielsweise erhielt der Braunkohleveredelungsbetrieb Espenhain über viele Jahre keine ausreichenden Mittel für die Erneuerung seiner Produktionsanlagen. Der Betrieb sollte sogar stillgelegt werden, musste dann aber trotz dramatischer Umweltbelastungen weiterarbeiten. Die DDR stand in den 1980er Jahren mit dem Rücken zur Wand. Sie kämpfte verzweifelt gegen eine gewaltige Schuldenlast an. Gleichzeitig durfte der Lebensstandard der Bevölkerung aus Sorge um die politische Stabilität nicht angetastet werden. Deswegen wurden die Modernisierung der Infrastruktur, die Grundlagenforschung, die Denkmalpflege und der Umweltschutz sträflich vernachlässigt.

Noch folgenschwerer waren die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen zur Primärenergie. Seit den beginnenden 1960er Jahren hatte die DDR auf sowjetisches Öl und Gas gesetzt. Diese Grundstoffe sollten in den modernen Chemiewerken der DDR in exportfähige Fertigprodukte verwandelt werden. Angesichts der steigenden Weltmarktpreise, die auch die Sowjetunion seit Beginn der 1980er Jahre forderte, stieß diese Wirtschaftspolitik an ihre Grenzen. Neuerlich wurde wie in den 1950er Jahren auf die einheimische Braunkohle gesetzt, die 1989 fast 70 Prozent Anteil an allen Energieträgern aufwies. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik waren es 1989 nur 8,5 Prozent.

Die daraus resultierenden Umweltschäden waren dramatisch. Nur 52 Prozent der im Zeitraum 1949 bis 1989 durch Tagebaue zerstörten Flächen waren wieder nutzbar gemacht worden. Statt wirtschaftlicher Effizienz oder gar Umweltschutz zählten nur die absoluten Produktionsziffern. Die Braunkohleindustrie erreichte nur 45 Prozent der Arbeitsproduktivität vergleichbarer Werke in der Bundesrepublik. Dieser Raubbau ging nicht zuletzt auf Kosten der 15 016 Mitarbeiter, die unter schwersten Bedingungen dafür sorgten, dass die Energieversorgung der Industrie und der Haushalte bis zum bitteren Ende aufrechterhalten blieb.

Zerstörung eines Mythos

»Schwarze Pumpe« war von Anfang an mehr als nur ein Industriebetrieb. Das Werk war Teil der großen mythologischen Erzählung vom Heldenzeitalter der jungen Republik. Der Mythos handelte davon, wie aus dem kargen Sandboden der Niederlausitz Großbetriebe und neue Städte gestampft wurden. Das war der Stoff, aus dem Legenden gewoben wurden. Doch es ging nicht allein um die Goldgräberstimmung der ersten Jahre. In den volkseigenen Kombinat und den angeschlossenen Wohnsiedlungen sollte eine neue Welt mit neuen Menschen geschaffen werden. »Sozialistisch arbeiten, sozialistisch leben, sozialistisch lernen« lautete die Losung. Auf dem Reißbrett der Technokraten und Ideologen entstand eine Zukunftsvision. Noch in den 1960er Jahren schien auf der Basis von Wissenschaft und Technik alles möglich. Die schöne neue Welt des Kommunismus entstand nach den Vorstellungen der Partei auf den Großbaustellen des Landes, die Arbeit dort wurde in Büchern und Filmen verherrlicht. Das war zum Teil reine Agitation. Doch ohne Zweifel fiel der utopische Anspruch insbesondere bei Intellektuellen auf fruchtbaren Boden.

Die Partei schickte in jenen Jahren ihre Künstler auf den sogenannten Bitterfelder Weg. Namensgebend für diesen kulturpolitischen Kurs war eine Schriftstellerkonferenz im Kulturhaus der Chemiewerker in Bitterfeld im April 1959 gewesen. Die Dichter sollten sich unter die Arbeiterklasse mischen und sich dort geistig befruchten lassen. Die Arbeiter ihrerseits sollten die Höhen der Kultur erstürmen und Schriftsteller dabei erste Hilfestellung leisten. So machte sich 1959 das junge Schriftstellerpaar Brigitte Reimann und Siegfried Pitschmann auf den Weg nach Hoyerswerda. Sie begannen, in »Schwarze Pumpe« zu arbeiten, und verpflichteten sich, einen Zirkel Schreibender Arbeiter zu gründen. Brigitte Reimann, die, wie ihre Aufzeichnungen zeigen, ansonsten durchaus kritisch reflektierte, schrieb am 12. September 1959 in ihr Tagebuch: »Vorige Wochen waren wir in Hoyerswerda; (...) H. ist überwältigend, das Kombinat von einer Großartigkeit, dass ich den ganzen Tag wie besoffen herumliefe. Beschreibungen will ich mir hier versagen – H. und das Kombinat werden noch oft genug – falls dies literarisch überhaupt zu bewältigen ist – in Erzählungen oder sogar einem Roman auftauchen.«⁹ Einige Monate später liest sich das schon ganz anders. Am 21. Januar 1960 vertraut sie ihrem Tagebuch an: »Diese ganze Stadt Hoyerswerda war mir unsympathisch in ihrer aufdringlichen Neuheit (obgleich ich recht gut weiß, was die schönen und komfortablen sonnigen Wohnungen für unsere junge Stadt und für die Bewohner bedeuten, die zum größten Teil aus engen und

beengenden Verhältnissen kommen); sie hat keine Tradition, keine Atmosphäre, sie ist nur modern.«¹⁰ So schwankte Brigitte Reimann zwischen Enthusiasmus und kritischer Distanz.

Bis zum frühen Tod der Schriftstellerin 1972 und dem Erscheinen des nachgelassenen und von der Zensur verstümmelten Romanfragments »Franziska Linkerhand« 1974 war es noch ein weiter Weg. Bereits der Literaturzirkel war eine Enttäuschung. Es erschienen nur vier Leute. In »Schwarze Pumpe« wie auch anderswo erhob sich die Arbeiterliteratur kaum über das Niveau von Brigadetagebüchern oder gereimten Leitartikeln. Doch das war es nicht allein. Die junge Frau wurde von den SED-Dogmatikern verdächtigt und verleumdet. Ihr Mann wurde nach der Vorlage seines ersten Romanentwurfs durch die vernichtende Kritik der SED-Funktionäre in einen Selbstmordversuch getrieben. Auch Hoyerswerda als Stadt verlor mit dem sinkenden politischen Enthusiasmus in den Augen der Dichterin an Schönheit. Die Wohnblocks ähneln nun »einer Bienenwabe ... vollgestopft mit bedrohlich fremden Menschen«. So wurde der Roman »Franziska Linkerhand« zu einer Geschichte der Desillusionierung. »Es muss sie geben, die kluge Synthese zwischen Heute und Morgen, zwischen tristem Blockbau und heiter lebendiger Straße, zwischen dem Notwendigen und dem Schönen, und ich bin ihr auf der Spur, hochmütig und ach, wie so oft, zaghaft, und eines Tages werde ich sie finden«.¹¹ Dies sollte sich als Illusion erweisen. Es gab diese Synthese nicht – weder in Hoyerswerda noch anderswo.

Als der Mythos »Schwarze Pumpe« starb, blieb allein die Poesie des Ortes. Der jung verstorbene Baggerfahrer und Liedermacher Gerhard Gundermann fühlte sich dieser von Braunkohlegruben und Kraftwerken gemarterten Landschaft verbunden. In dem Lied »Straße nach Norden«, das er 1998 auf seinem letzten Konzert vorstellte, heißt es:

*»zuerst komm ich in schwarze pumpe übern berg
und da schimmert in der sonne das nagelneue kraftwerk
das sieht aus als ob ein ufo hier gelandet wär
es glänzt wie gelogen und passt hier nicht richtig her*

*nebenan verdienten einst vierzehntausend ihr brot
die sind vom wind verweht und die alte dreckschleuder ist tot
vom wind verweht ist auch der russ die ganze dicke schicht
heut verheizen sie ihr giftmüll und das gift das sieht man nicht*

(...)

*ich hab ein schönes auto da muss ich nicht mehr drunterliegen
und das autoradio von diesem auto kann einhundert sender rankriegen
doch die songs bei denen ich meine unschuld verlor
kommen in dem autoradio nicht mehr vor
und ich seh auf der strasse nach norden«*

Das Ende der »Pumpe« war für ihn ein Abschied ohne Ankunft. Die Melancholie der Erinnerung schwebt bis heute über dem Ort. Die alten Anlagen sind verschwunden und auf dem Gelände stehen blitzsaubere und umweltfreundliche Anlagen in der Landschaft »als ob ein ufo hier gelandet wär«.

In Hoyerswerda begann nach der Wende der Wegzug der Einwohner. Das Werk arbeitete nun nur noch mit einem Bruchteil der alten Belegschaft. Die Arbeitslosigkeit griff noch mehr als in anderen Städten um sich, viele Bewohner zogen weg. Die Bevölkerung halbierte sich bis 2015 nahezu. Parallel vollzog sich der euphemistisch als Rückbau deklarierte Abriss von Neubauten. Die Wohnviertel aus den 1950er Jahren, auch das Haus in der Otto-Damerau-Straße, haben den Schrumpfungsprozess bisher gut überstanden. Das gesamte Wohngebiet ist erstklassig saniert. Die Bäume und Sträucher sind gewachsen und verbreiten das Flair einer Gartenstadt. Doch gegen den Eindruck der Sterilität helfen weder planwirtschaftliche Großprojekte noch marktwirtschaftliche Investitionshilfen und Steuervergünstigungen. Auch nach einem guten halben Jahrhundert schwebt über dem Wohnkomplex I immer noch der Geist der rationalisierten Planstadt.

Das nahe gelegene Spremberg, das von den Neubauplanungen der DDR weniger berührt war, hat sich den Namenszusatz »Perle der Lausitz« verliehen, und das nicht ganz zu Unrecht. Der alte Stadtkern blitzt vor Sauberkeit und Wohlstand. Sogar die Gaststätte »Schwarze Pumpe«, in dem 1998 von Spremberg eingemeinden Ortsteil Terpe, hat die Zeiten überdauert. Der alte Name des Gasthofes ist unter dem neuen Anstrich verschwunden, und in dem renovierten Haus befindet sich eine Automatenspielhalle. Doch es scheint sich nur selten ein Gast in die abgelegene Gegend zu verirren. Nur wenige Schritte weiter beginnt die Heidelandschaft, wo sich heute wieder Fuchs und Hase »Gute Nacht« sagen. Die abwehrende Wirkung der schwarz gestrichenen Pumpe scheint die Epochen überdauert zu haben.

Der Beitrag erschien zuerst in der APuZ-Ausgabe 6-7/2020 »Lausitz« vom 3. Februar 2020.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Heinrich Goeres, Entdeckungsreise Schwarze Pumpe, Berlin (DDR) 1958.
- 2 Bericht des Zentralkomitees auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 31. März 1954, Berlin (DDR) 1954, S. 12.
- 3 In Senftenberg wird größtes Kokskombinat entstehen, in: Neues Deutschland, 29.7.1955, S. 1.
- 4 Ebd.
- 5 Rudolf Reinhardt, Am Wirtshaus »Schwarze Pumpe« steht ein weißer Pfahl, in: Neues Deutschland, 30.8.1955, S. 3.
- 6 Ebd.
- 7 50 Jahre Industriestandort Schwarze Pumpe. Aufbau und Entwicklung des Kombinats Schwarze Pumpe zu einem Kohleveredelungs- und Gaskombinat, o. O. 2005, S. 89.
- 8 Ebd.
- 9 Brigitte Reimann, Ich bedaure nichts. Tagebücher 1955–1963, Berlin 2000, S. 120.
- 10 Ebd., S. 131.
- 11 Brigitte Reimann, Franziska Linkerhand, München 2005, S. 582.

Region im Wandel

Eine kurze Geschichte der Lausitz(en)

Quert man auf der A4 bei der Fahrt von Dresden nach Görlitz die Oberlausitz oder streift auf der A13 die Niederlausitz, verrät die blaue Beschilderung vor den Ausfahrten noch nichts von einer der Besonderheiten der Region.¹ Diese erschließt sich erst, wenn man die Autobahn verlässt und die gelben Orts- sowie die Straßenschilder der Region in näheren Augenschein nimmt. Große Kreisstadt Bautzen/Wulke wokrjesne město Budyšin, Lübbenau (Spreewald)/Lubnjow (Błota) – diese Zweisprachigkeit verweist auf die Minderheit der Sorben, die seit Jahrhunderten neben der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung ihre Kultur und Sprache behauptet hat; das Obersorbische zählt allerdings für die Soziolinguistik zu den gefährdeten, das Niedersorbische sogar zu den ernsthaft gefährdeten Sprachen.² Auch der ursprünglich eine feuchte Niederung oder ein Sumpfland anzeigende Name der Region leitet sich vom Sorbischen ab und bezeichnete das Siedlungsgebiet der slawischen Lusizer, die sich um 700 im Gebiet der heutigen Niederlausitz niederließen, aus dem die germanische Vorbevölkerung spätestens im 6. Jahrhundert abgewandert war. Auf das Siedlungsgebiet der slawischen Milzener und Besunzener wurde der Name Lausitz erst wesentlich später übertragen: Von Böhmen kommende Kaufleute, die das noch im 13. Jahrhundert nach den Hauptorten Bautzen und Görlitz benannte Gebiet durchquerten, um die (Nieder-) Lausitz zu erreichen, sprachen von einer »oberen Lausitz«. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts fand diese Bezeichnung zunächst in der latinisierten Variante – »Lusatia Superior« –, dann im 16. Jahrhundert in der deutschsprachigen Form Eingang in die Amtssprache. Erst seither bürgerten sich »Niederlausitz« und »Oberlausitz« als regionale Selbstbezeichnungen ein.

Vom Landesausbau zur Reformation

Die Situation der Wenden – so die deutsche Fremdbezeichnung für die Sorben – hatte sich seit dem 10. Jahrhundert entscheidend verändert: Zunächst waren die von ihnen besiedelten Regionen in den Herrschaftsbereich des deutschen Königtums integriert, christianisiert und wechselnden regionalen Herrschaftsträgern zugewiesen worden. Vor allem aber waren dann ab der Mitte des 12. Jahrhunderts im Zuge der deutschen Ostsiedlung bäuerliche Siedler insbesondere aus Flandern, (Nieder-)Sachsen, Thüringen und Franken zugewandert,³ die zusätzliche Ackerflächen erschlossen und neue Dörfer anlegten. Dazu kam im 13. Jahrhundert der mit Klostergründungen – Dobrilugk und Neuzelle in der (Nieder-)Lausitz, Marienthal und Marienstern in der späteren Oberlausitz – verbundene Landesausbau durch kirchliche Einrichtungen, und nicht zuletzt wurde im 13. und 14. Jahrhundert eine Vielzahl von Städten gegründet. Teilweise erfolgte die Aufsiedlung durch deutsche Zuwanderer und Sorben gemeinsam, sodass mitunter die deutsche Bevölkerung in der sorbischen Mehrheit aufging, teilweise kam es – etwa im Falle von Deutschbaselitz und Wendischbaselitz – zum Nebeneinander von Deutschen und Sorben. Und auch in den Städten konnte die sorbische Bevölkerung ein eigenständiges Leben führen. Städte wie Hoyerswerda und Muskau galten als »wendische Flecken«, und in Bautzen lag der Anteil der Sorben an der Bevölkerung bei etwa 35 Prozent. Damit unterschied sich die Entwicklung in der (Nieder-)Lausitz und in den Ländern Bautzen und Görlitz grundsätzlich von den weiter westlich um Elbe und Saale gelegenen slawischen Siedlungsgebieten, wo es zu einer relativ raschen sorbischen Assimilation kam. Dass diese in den Regionen unterblieb, die im späten Mittelalter zu Nieder- und Oberlausitz wurden, wird in der Regel auf eine gewisse Dezentralität und geringeren Homogenisierungsdruck zurückgeführt, der sich sowohl von häufigen Herrschaftswechseln ableitete als auch von der Tatsache, dass die Landesherrschaft nur partiell vor Ort war.

Letzteres galt speziell auch für die böhmische Periode. Böhmen war zwar zuvor schon in der Region präsent gewesen, übernahm diese aber nach 1319 unter Zurückdrängung und Ausschaltung der beiden Konkurrenten – der wettinischen Markgrafen von Meißen und der wittelsbachischen Markgrafen von Brandenburg – erst in Teilen, bis 1370 in Gänze. Die beiden durch die böhmische Krone konturierten Markgraftümer Ober- und Niederlausitz, so die sich nun durchsetzende offizielle Nomenklatur, wurden der Krone Böhmen staatsrechtlich inkorporiert und standen damit unter einer gemeinsamen Landesherrschaft, führten aber ihr

jeweiliges Eigenleben. Ein Ausdruck dieser Autonomie war die Ausbildung eigener ständischer Korporationen, also des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Herrschaft über Land und Leute ausübenden Lokalgewalten, vor allem des Adels und der Städte, aber auch der grundbesitzenden Klöster. Die niederlausitzischen Stände schlossen sich seit dem frühen 15. Jahrhundert zu gemeinschaftlichen Handlungen gegenüber dem fernen Landesherrn zusammen, und als ihr Versammlungsort setzte sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts endgültig Lübben durch. In ihren Reihen dominierte der Adel, da die ökonomische Bedeutung der Städte Luckau, Calau, Lübben und Guben nur gering war, allein Guben zu einem bedeutenderen Handelsort aufstieg. In der Oberlausitz fanden die sich im Laufe des 14. Jahrhunderts formierenden Stände auf der Bautzener Ortenburg zusammen, um ihre Interessen gegenüber dem Landesherrn zu artikulieren. Für die Oberlausitz ist hier die starke Position der Städte hervorzuheben, deren energischer Ausdruck das 1346 geschlossene Bündnis der Städte Bautzen, Görlitz, Kamenz, Löbau, Lauban und Zittau war. Wie sehr dieser Sechsstädtebund zur begrifflichen Klammer regionaler Identität wurde, kam in der darauf rekurrierenden Landesbezeichnung »terra hexapolitana« beziehungsweise »Sechsstädteland« zum Ausdruck.⁴

Die urbane Verdichtung in der Oberlausitz, die auch als eine »Brückenlandschaft« bezeichnet wird, war auf deren Transitfunktion zurückzuführen, verlief doch mit der in den Quellen zumeist »Hohe Straße« genannten via regia die bedeutendste Ost-West-Verbindung der Vormoderne durch die Region.⁵ Im Wesentlichen die Wegstrecke zwischen Frankfurt am Main und Breslau bezeichnend, berührte diese in der Oberlausitz unter anderem Kamenz, Bautzen und Görlitz. Seit 1319 mit dem Stapelrecht privilegiert – durchziehende Kaufleute waren verpflichtet, ihre Waren vorübergehend niederzulegen und zum Verkauf anzubieten –, war Görlitz neben Leipzig im 15. und 16. Jahrhundert zwischen Erfurt und Breslau die bedeutendste Kommune an der via regia. Ober- und Niederlausitz sowie Schlesien und Mähren waren die Nebenländer in dem auf das Kernland Böhmen zugeschnittenen Herrschaftskomplex der Corona Regni Bohemiae – der böhmischen Krone, die ihren Herrschaftsmittelpunkt in Prag hatte. Die geringe Präsenz der Landesherren in den Nebenlanden, die in den Lausitzen fast nie persönlich erschienen und sich dort durch Landvögte vertreten ließen, blieb für die Austarierung von fürstlichem Herrschafts- und ständischem Mitwirkungsanspruch nicht folgenlos, zumal der schmale Umfang des landesherrlichen Besitzes – in der Niederlausitz beschränkte er sich auf das Amt Lübben – die königlichen Handlungsmöglichkeiten zusätzlich begrenzte. Wie störanfällig diese Konstellation war, zeigte sich

beim Übergang der böhmischen Krone an das Haus Habsburg,⁶ die durch einen die starke Position der Stände signalisierenden Wahlakt erfolgte: Ferdinand I. wurde 1526 allerdings nur von den Ständen Böhmens zum König gewählt; die Stände der Nebenlande waren von der Wahl ausgeschlossen und erkannten ihn jeweils unabhängig voneinander an.

Das Verhältnis von Krone und Ständen war in der Folgezeit in Finanzanlässen von stets schwierigen Aushandlungsprozessen zwischen fordernder königlicher Zentralgewalt und bewilligenden ständischen Partikulargewalten geprägt. Vor allem war es im Zeitalter der Reformation auch die religiöse Frage, die das Verhältnis zwischen Fürst und Landständen belastete. Für die Habsburger, die selbst in ihren österreichischen Stammländern mit einer protestantischen Ständeopposition zu kämpfen hatten, war das Prinzip des *Cuius regio, eius religio*, wonach der Landesherr den Konfessionsstand seines Territoriums bestimmte, zunächst weder in Böhmen noch in den Nebenländern der böhmischen Krone durchsetzbar. Hier verlagerte sich die Entscheidung für oder gegen die Reformation von der fürstlich-zentralstaatlichen Ebene auf jene der Landstände, also Adel und Städte. Die Reformation, die aufgrund des Prinzips der Verkündigung des Gotteswortes in der Volkssprache in den Lausitzen auch wichtige Impulse für die Entwicklung einer sorbischen Sprach- und Buchkultur gab, setzte sich dabei seit den 1520er Jahren nahezu vollständig durch. Anders als in einem auf konfessionelle Geschlossenheit hinarbeitenden Fürstenstaat gab es aufgrund der ständischen Struktur des Landes aber auch Ausnahmen. In der Oberlausitz blieben die vier geistlichen Landstände – die Zisterzienserkloster Marienstern und Marienthal, das Kloster der Magdalenerinnen in Lauban und das Domstift Bautzen – mitsamt ihren Grunduntertanen bei der alten Kirche, sodass 13 katholische Pfarrstellen erhalten blieben, vier davon im sorbischen Sprachgebiet. In der Niederlausitz hielt sich immerhin das grundbesitzreiche Zisterzienserkloster Neuzelle, das dann bis in die preußische Ära im 19. Jahrhundert ein Vorposten des Katholizismus blieb.

Pluralität in der Vormoderne

Zwar fehlte es nicht an Versuchen der Habsburger, mit harter Hand durchzugreifen, etwa im sogenannten Pönfall 1547, als der oberlausitzische Sechsstädtebund wegen des Vorwurfs der Illoyalität und Befehlsverweigerung abgestraft wurde. Anders als später dann in den österreichischen Erbländen und in Schlesien und Böhmen blieb in den Lausitzen eine gezielte Rekatholisierungspolitik aber aus. Diese im Territorialstaat der Frühen Neu-

zeit eigentlich nicht vorgesehene Pluralisierung machte namentlich die gemischtkonfessionelle Oberlausitz zu einem Experimentierfeld: Die Bautzener St. Petri-Kirche wurde seit 1524 von Protestanten und Katholiken gemeinsam genutzt und war damit wohl im gesamten Reichsgebiet die erste Simultankirche. Zugleich kam es zu einem verstärkten Austausch von Personen und Ideen mit den Nachbarregionen: Aus Schlesien und Böhmen kamen Protestanten in die Oberlausitz, um dort in Grenz- und Zufluchtskirchen den Gottesdienst zu besuchen, emigrierte Geistliche pflegten grenzübergreifende Kontakte und stabilisierten den Kryptoprotentismus in Böhmen. So gesehen ist es wohl nicht nur Zufall, dass sich im Länderdreieck von Lausitzen, Böhmen und Schlesien Beispiele für eine eigene, sich von der Amtskirche teilweise entfernende Spiritualität finden lassen. An den Görlitzer Mystiker Jakob Böhme ist hier ebenso zu denken wie an die seit den 1720er Jahren von Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf als einem Hauptvertreter des Pietismus geförderte, weit über die europäischen Grenzen hinaus agierende Herrnhuter Brüdergemeine.⁷ Und nicht zuletzt finden sich frühe Ansätze, religiöse Toleranz theoretisch zu begründen. Der Kamenzer Ratsherr und Bürgermeister Theophil Lessing zog mit seiner 1669 an der Universität Leipzig verteidigten Dissertation die Lehren aus den konfessionellen Verwerfungen des Dreißigjährigen Krieges und kam zu dem Schluss, dass die Obrigkeiten um des öffentlichen Friedens willen verschiedene Religionen zulassen sollten. Sein ebenfalls in Kamenz geborener Enkel Gotthold Ephraim Lessing wurde dann zu einem der Vordenker der in der Aufklärung geführten Toleranzdebatte.

Der Dreißigjährige Krieg hatte insbesondere seit den 1630er Jahren und dem Eingreifen des schwedischen Königs Gustav Adolf nicht nur Leid und Zerstörung gebracht – wiederholte Brandschatzungen in der Niederlausitz oder der große Stadtbrand in Bautzen 1634 sind hier zu nennen –, sondern auch einen Herrschaftswchsel. Dass sich der sächsische Kurfürst Johann Georg I. auf der kaiserlich-habsburgischen Seite profilierte und in der ersten Kriegsphase als kaiserlicher Kommissar in den Lausitzen und den schlesischen Erbfürstentümern agierte, hatte seinen Preis: Als Sachsen die Rechnung für die Kriegskosten präsentierte, sah sich der Kaiser außerstande, diese zu begleichen. Nieder- und Oberlausitz wurden stattdessen 1623 an Kursachsen verpfändet und dann mit dem Traditionsrezess von 1636 dauerhaft übergeben.⁸

Beide Lausitzen behielten nach dem Herrschaftswchsel ihren Sonderstatus insofern, als eben nun die sächsischen Kurfürsten bei Regierungsantritt jeweils die Huldigung der Stände einholen und diesen weiterhin erhebliche Mitbestimmungsrechte einräumen mussten. Zugleich

hatte das neue Unterstellungsverhältnis zur Folge, dass die Zäsuren der sächsischen Politik auf die Region durchschlugen, wobei Nieder- und Oberlausitz erneut und auf ganz unterschiedliche Weise zu Transitregionen wurden. Hier ist zum einen die sächsisch-polnische Personalunion zu nennen: 1697 zog August der Starke mit großem Gefolge durch die Oberlausitz, um in Görlitz den Ausgang der polnischen Königswahl abzuwarten und dann durch das seinerzeit noch habsburgische Schlesien zur Krönung nach Warschau weiterzuziehen. Dieses Durchzugsrecht war für Sachsen von substanzieller Bedeutung. Die Okkupation Schlesiens durch Preußen in den seit 1740 geführten Schlesischen Kriegen berührte deshalb die sächsischen Interessen massiv. Namentlich der auch als dritter Schlesischer Krieg apostrophierte Siebenjährige Krieg, den Friedrich II. 1756 mit dem Einmarsch in die Niederlausitz und der anschließenden Besetzung ganz Sachsens eröffnete, führte dabei zu schweren Belastungen und Zerstörungen, etwa 1757 in Zittau. Nach dem Siebenjährigen Krieg hatten sich die Gewichte im preußisch-sächsischen Nachbarschaftsverhältnis verschoben: Schlesien war nunmehr endgültig preußische Provinz, Preußen selbst hatte sich im europäischen Mächtesystem etabliert und war im Reich neben dem Haus Habsburg zur zweiten deutschen Großmacht aufgestiegen.⁹ Parallel dazu musste Sachsen seine machtpolitischen Ambitionen begraben. Nach dem Ende der sächsisch-polnischen Union mussten nach 1763 mit dem als *Rétablissement* bezeichneten Reformprogramm der Wiederaufbau des Landes und die Schuldentilgung vorangetrieben werden. Sachsen und die Lausitzen befanden sich zugleich politisch in einer wenig beneidenswerten Zwischenlage. Dies galt nicht nur in Bezug auf den preußisch-österreichischen Dualismus, sondern vor allem im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert in der Ära der Koalitionskriege, in denen Sachsen und die Lausitzen aufgrund ihrer geostrategischen Lage zu Hauptschauplätzen wurden. Dass sich das 1806 von Napoleon zum Königreich erhobene Sachsen nicht früh und energisch genug von Frankreich absetzte, sollte nach der Leipziger Völkerschlacht vom Oktober 1813 fatale Folgen haben: Auf dem Wiener Kongress konnte zwar die angestrebte Totalannexion durch Preußen verhindert werden, aber etwa 60 Prozent des sächsischen Territoriums und über 40 Prozent der Bevölkerung gingen an Preußen beziehungsweise die preußischen Provinzen Brandenburg und Schlesien über – darunter die Niederlausitz und ein Teil der Oberlausitz. Und auch die Sechsstädte wurden auseinanderdividiert, fielen doch Görlitz und Lauban an die preußische Oberlausitz, während Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau bei Sachsen blieben.¹⁰

Wandel in einer Wirtschaftsregion

Diese Entwicklung war allerdings nicht gleichbedeutend mit einer starren Trennung, die Grenzen blieben vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht fluide: Die in der sächsischen und preußischen Oberlausitz dominante Textilwirtschaft entwickelte sich schon im 18. Jahrhundert in einem Dreiecksverhältnis mit Böhmen und Schlesien.¹¹ Eisenbahnverbindungen wie Berlin–Breslau 1846, Dresden–Görlitz 1847 oder Berlin–Görlitz 1867 förderten zudem eher ein Zusammenwachsen der Regionen. Und auch die Landwirtschaft oder Hausindustrie waren von »kleinräumiger Mobilität« und der Durchlässigkeit der Grenzen abhängig.¹² Die Teilung der Lausitzen schlug sich viel deutlicher im rechtlichen Rahmen nieder, hatte Preußen seit 1810 doch ein liberaleres Gewerbegesetz. Dennoch konnten vor allem in Lauban oder Görlitz die Innungen zumindest bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1845 die Verwendung neuer Produktionstechniken erfolgreich verhindern. In Sachsen war dies formal gar bis 1861 der Fall. Allerdings war hier mit der Verfassungsreform von 1831 und der damit verbundenen Anpassung der oberlausitzischen Partikularverfassung der alte Rechtsrahmen angegriffen worden: Über gewerbliche Ansiedelungen entschieden zwar weiterhin Städte und Rittergüter. Die Aufhebung des Innungszwangs 1831 bewirkte aber schon in der Mitte der 1840er Jahre, dass sich bislang städtische Handwerke und Gewerbe in hoher Dichte auch auf dem Land ansiedelten und die für die sächsische Oberlausitz typische Siedlungsform des Industriedorfs entstand – Landgemeinden mit teils mehr als 2000 Einwohnern und oft nur einem mittelständischen Arbeitgeber, zumeist aus der Textilwirtschaft.¹³ Mit dem Deutschen Zollverein 1834, dem Norddeutschen Bund sowie schließlich der Reichseinheit 1871 vereinheitlichten sich die Rahmenbedingungen dann nochmals überregional.

Während im sächsischen Süden ebenso wie in der preußischen Oberlausitz vor allem in und um Görlitz oder Lauban sowie im niederlausitzischen Spremberg, Forst und Cottbus die Textilherstellung dominierte, waren die nördliche Ober- wie auch die Niederlausitz in der Fläche dagegen von Land- und Forstwirtschaft geprägt. Erst die Erschließung der Braunkohlevorkommen im Zuge der Industrialisierung, die damit verbundene Entwicklung von Zuliefer- und Verwertungsindustrien sowie die Erzeugung von Energie in Kraftwerken änderten dies grundsätzlich. Hinzu kamen die sich nach 1871 etablierende Glasindustrie im Raum Weißwasser und der schon in den 1850er Jahren einsetzende Fahrzeug- und Maschinenbau vor allem in der sächsischen Oberlausitz, beispielsweise in Bautzen oder Zittau, sowie die Metallverarbeitung etwa in Lauchhammer oder in Fürs-

tenberg – 1950 Ausgangspunkt der Stahlproduktion in Stalinstadt, dem heutigen Eisenhüttenstadt.

Diese wirtschaftliche Kartierung war mit Transformationen in Aufschwung, Krisen oder Kriegen verbunden: Beide Lausitzen waren Orte des Aufbruchs ins Energiezeitalter – das Zeitalter von Straßenbahnen, Heimbeleuchtung und Elektrogeräten, die ihrerseits auch in beiden Regionen hergestellt wurden. Beide Lausitzen waren sozioökonomisch und deswegen politisch prekäre Räume in Zeiten fehlenden Absatzes, etwa in der Textilwirtschaft im Ersten Weltkrieg, in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 oder im Kontext der Demontagen nach 1945. In Erwin Strittmatters autobiografischer Trilogie »Der Laden«, die im niederlausitzischen Bohsdorf und in Spremberg spielt, wird diese Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis in die DDR und unter Einbeziehung der Zweisprachigkeit der Region eindrücklich geschildert. Und beide Lausitzen waren auch Orte der Kriegsproduktion und der Fremd- wie Zwangsarbeit: Vor allem ab 1943 wurden zahlreiche Industriebetriebe in die vor Luftangriffen scheinbar sichere Oberlausitz verlegt, wo Häftlinge der Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Flossenbürg und Groß-Rosen zur Arbeit gezwungen wurden.

Insbesondere die Wirtschaftszweige Textil und Kohle dominierten, charakterisierten und transformierten die Lausitzen dabei von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1990er Jahre: Nach 1949 entstanden hier einerseits jene für die prekäre Konsumgüterversorgung der DDR notwendigen Prestigeprojekte wie die Produktion von Jeansstoffen im VEB Baumwollweberei und Veredelung Neusalza-Spremberg, der mehr als 70 Betriebe mit 15 000 Arbeitern vereinte. Ganz ähnliche Prozesse der wirtschaftlichen Verdichtung lassen sich andererseits auch im 1952 gegründeten »Kohle- und Energiebezirk« Cottbus beobachten, der mit ober- und niederlausitzischen Orten wie Schwarze Pumpe, Jänschwalde, Boxberg, Nochten oder Welzow-Süd verbunden ist. Eines der Zentren dieser Entwicklung war Hoyerswerda, das von rund 7 400 Einwohnern 1950 auf über 65 500 im Jahr 1971 anwuchs. Die Schriftstellerin Brigitte Reimann hat diese Entwicklung mit ihren sozialen Verwerfungen in »Franziska Linkerhand« erzählt – und vermutete das Ende dieser Entwicklung schon in den 1960er Jahren: »Die Kohle geht zuende, vielleicht ist Hoy[erswerda] in zwanzig Jahren eine Geisterstadt wie die verlassenen Goldgräber-Siedlungen.«¹⁴ Tatsächlich brachte dieser mit der Transformation nach 1989 verbundene Niedergang aber nicht nur eine massive Abwanderung mit sich, sondern auch die immense Aufgabe, wie mit den Altlasten und den Verlusten dieser Landschaftsausbeutung umzugehen ist – angefangen bei den etwa 90 weg-

gebaggerten und in der überwiegenden Mehrheit sorbischen Orten in beiden Lausitzen.¹⁵ Dieser Strukturwandel mit all seinen Folgen für die Identität der Region wurde über Jahrzehnte vom lyrischen Werk des Dichters Kito Lorenc begleitet.

Von der Eigenständigkeit zur Integration

Deutet die Wirtschaftsgeschichte beider Lausitzen mehr auf eine Verflechtung, lässt sich dies in politischer Hinsicht nach 1815 kaum noch feststellen: Die Sonderstellung der Oberlausitz seit dem 17. Jahrhundert wurde de facto schon mit der Integration der oberlausitzischen Stände in den Sächsischen Landtag 1817 beendet. Damit galten alle sächsischen Gesetze auch in der Oberlausitz – abgesehen von einigen wenigen Sonderrechten, die bis 1920 erhalten blieben. Spätestens hier begannen die Lausitzen in der bereits bestehenden Verwaltung aufzugehen und sukzessive von den politischen Landkarten zu verschwinden: Die 1835 gegründete Kreisdirektion beziehungsweise spätere Kreishauptmannschaft Bautzen wurde im Zuge der wirtschaftlichen Krise 1932 aufgelöst und mit der Kreishauptmannschaft Dresden vereinigt, schon in den 1920er Jahren etablierte sich immer mehr die Bezeichnung »Ostsachsen«. 1943 wurde auch diese Verwaltungsgliederung aufgelöst. In Preußen war die Tendenz zur staatlichen Zentralisierung ohne partikuläre Sonderrechte noch stärker und von Beginn an ausgeprägt: Die preußische Oberlausitz wurde in den Regierungsbezirk Liegnitz integriert und damit einer bestehenden Verwaltungsgliederung innerhalb der preußischen Provinz Schlesien zugeordnet. Gleiches galt für die nun preußisch-niederlausitzischen Gebiete und deren Eingliederung in Brandenburg. Das Moment der Trennung auf der identifikatorischen Ebene zeigte sich dabei vor allem in der preußischen Oberlausitz. Denn von jenen 53 Orten, die am Ende des 19. Jahrhunderts ihrem Namen im Bahn- oder Postverkehr den Begriff »Oberlausitz« oder die Abkürzung »O.-L.« hinzufügten, lag der Großteil in Preußen beziehungsweise nun in Schlesien. Neben der landständischen Verfassung waren aber auch andere traditionelle Institutionen wie der Sechsstädtebund von der Teilung betroffen, die Delegierten der vier sächsischen Städte Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau traten letztmalig 1868 zusammen.

Die von den preußischen Reformen geprägte Gesetzgebung schlug sich ab 1815 in der Niederlausitz und der schlesischen Oberlausitz auch in der Tolerierung von Minderheiten wie den Juden nieder, die sich in sächsischen Gebieten erst nach 1867 frei niederlassen durften und dies vor allem in den

größeren Städten taten. Gerade die Abwesenheit und regelrechte Unsichtbarkeit dieser kleinen Minderheit im sächsischen Teil der Oberlausitz trug vor dem Ersten Weltkrieg auch zum Erfolg des politischen Antisemitismus bei: Als bei den Reichstagswahlen 1903 22 der 23 Reichstagswahlkreise des »roten Königsreichs« Sachsen an die Sozialdemokraten gingen, fiel der oberlausitzische Wahlkreis Bautzen–Kamenz–Bischofswerda an die antisemitische Reformpartei. Die jüdische Minderheit war lokal teils stark assimiliert beziehungsweise integriert, ihre wenigen Angehörigen überlebten den Holocaust weitgehend nicht.

Deutlich anders gestaltete sich von Anfang an der Umgang mit der viel größeren sorbischen Minderheit, die nach dem Wiener Kongress mit fast 200 000 Angehörigen nun vor allem in Preußen lebte, weitere rund 50 000 Sorben wohnten in der sächsischen Oberlausitz. Der »nationalen Wiedergeburt« und dem neuen Selbstbewusstsein setzte insbesondere der preußische Staat immer mehr Repressionen entgegen, die sorbische Sprache und die Schulpolitik standen hier im Fokus. 1918/19 mündete dies in wiederbelebte Autonomiebestrebungen und die Idee, sich der jungen Tschechoslowakei anzuschließen. Die Nationalsozialisten schränkten dann vor allem die kulturellen Aktivitäten der sorbischen Minderheit in den Lausitzen immer mehr und mit dem Ziel ein, ihre ideelle wie religiöse Basis zu zerstören. Dies änderte sich erneut nach 1945, als wieder eine Loslösung der sorbischen Gebiete der Lausitzen von Deutschland zur Debatte stand – und die Sorben in Widerspruch zu den neuen Machthabern brachte. Erst 1948 wurden zuerst in Sachsen und dann auch in Brandenburg die Wahrung ihrer Rechte sowie eine begrenzte kulturelle und wissenschaftliche Autonomie offiziell anerkannt. Dem folgte beispielsweise die Gründung von Sprachschulen sowie 1951 des Sorbischen Instituts in Bautzen und Cottbus oder die Einrichtung eines Instituts für Sorabistik an der Universität Leipzig. In beiden Lausitzen blieb die kulturelle Eigenständigkeit der Sorben aber vonseiten der SED umstritten, bereits 1958 wurde sie aufgegeben. Erneut begann der Kampf um den Erhalt der eigenen Kultur und Identität, der auch in der Gegenwart für die heute noch etwa 20 000 Sorben in Brandenburg sowie etwa 40 000 in Sachsen nicht abgeschlossen ist.¹⁶

Der Zweite Weltkrieg brachte in Nieder- wie Oberlausitz teils massive Kampfhandlungen und Zerstörungen etwa in Lauban, Bautzen oder Forst mit sich und war von der Unterbringung und Versorgung zahlreicher Flüchtlinge vor allem aus Schlesien und Nordböhmen geprägt – im Mai 1945 bestand beispielsweise die Hälfte der Bevölkerung des Stadtkreises Görlitz aus Vertriebenen.¹⁷ Zudem bedeutete das Ende des Krieges erneute territoriale Veränderungen sowie eine weitere vom Zentra-

lismus geprägte Periode. Denn zwischen 1945 und 1989 gab es keinen staatlichen Willen, zu einem Ausbau von Partikularrechten der Regionen zurückzukehren – eher war das Gegenteil der Fall: Die Potsdamer Konferenz bestätigte im August 1945 die Auflösung des Landes Preußen und die Neiße als Grenze zwischen deutschem und polnischem Gebiet. Die östliche preußische und einst sächsische Oberlausitz gehörte nun also zu Polen, im Juli 1950 wurde dies symbolträchtig in der geteilten Stadt Görlitz/Zgorzelec und im »Görlitzer Abkommen« von polnischen Vertretern und solchen der gerade mit Souveränität ausgestatteten DDR endgültig besiegelt. Die Auflösung der Länder und die Bildung von Bezirken im Juli 1952 erfolgten zudem unter regionalen Identitäten entgegenlaufenden und vor allem wirtschaftlichen Prämissen – die oberlausitzischen Kreise Weißwasser und Hoyerswerda etwa mit ihren Braunkohlevorkommen wurden dem »Kohle- und Energiebezirk« Cottbus und damit dem niederlausitzischen Gebiet zugeschlagen. Die ohnehin nicht mehr vorhandene Eigenständigkeit in den Lausitzen war mit diesen Entwicklungen faktisch beendet und erlebte auch nach der politischen Wende von 1989 keine Neuaufgabe. Zwar kehrten die 1952 abgetrennten Kreise nach deutlich ausgefallenen Volksabstimmungen an Sachsen zurück. Weder dort noch in Brandenburg fanden die Lausitzen aber in ihren historischen Grenzen beziehungsweise als Verwaltungsgliederungen Berücksichtigung – in der sächsischen Verfassung von 1992 wird die Oberlausitz beispielsweise gar nicht mehr erwähnt.

Transformation und Identität

Der mit dem politischen und sozialen Wandel sowie der wirtschaftlichen Transformation verbundene Wegfall von Arbeitsplätzen nach 1990 brachte teils massive und örtlich zwischen 20 und 30 Prozent liegende Bevölkerungsverluste mit sich, Hoyerswerda schrumpfte beispielsweise von rund 69 000 Einwohnern 1990 auf etwa 38 000 in 2009. Kaum einer vermochte diesem mit vielen Verlusterfahrungen verbundenen Prozess – ebenso aber auch der Zerstörung des Naturraumes der Lausitzen bereits in den 1980er Jahren – eine so hörbare Stimme zu verleihen wie der Liedermacher und »singende Baggerfahrer« Gerhard Gundermann.¹⁸ Gleichzeitig gelang es aber auch, vor allem urbane Industriestandorte des Fahrzeug- und Maschinenbaus etwa in Bautzen zu erhalten sowie mit »Leuchtturmprojekten« wie dem Lausitzring oder dem Cargolifter zumindest kurzzeitige regionale Erfolge zu verzeichnen. Die Fertigungshalle des Letzteren beherbergt heute das Erlebnisbad Tropical Island, das auf die vor allem mit

der Renaturierung von Tagebaugebieten – die Auswilderung des Wolfes eingeschlossen – und der Schaffung großer Seenlandschaften verbundene Tourismuswirtschaft verweist, die fraglos ein weiteres Standbein beider Regionen werden kann. Im Spreewald oder im Zittauer Gebirge hat der Tourismus schon seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und bis heute Bedeutung. Gleiches gilt für die von Innenstadtsanierungen nach 1990 profitierenden Städte wie das als »Pensionopolis« vermarktete Görlitz/Zgorzelec.¹⁹ Hinzu kommen Hochschulstandorte wie Cottbus oder Görlitz-Zittau, eine reichhaltige Museumslandschaft sowie die Transitlage der Lausitzen als »Brückenlandschaft« zwischen Ost und West, Nord und Süd.

Als allerdings – und dies ist die Kehrseite dieser Medaille – 1991 die mit verfehlter DDR-Integrationspolitik, aber auch mit schneller Vereinigung und schwieriger Transformation eng verbundenen Gewaltausbrüche gegen Migranten stattfanden, lag mit Hoyerswerda eines der Epizentren auch in der sächsischen Oberlausitz – und damit in einer Region mit fehlender Zuwanderungserfahrung, einem massiven Strukturwandel und der Grenznahe zu Polen beziehungsweise Tschechien, allesamt bis heute beständige Themen des politischen Diskurses. Den nach 1990 mühsam erhaltenen Arbeitsplätzen etwa in der Braunkohle mit ihrer Zu- und Ablieferstruktur folgte 2019 der beide Lausitzen erneut einende Braunkohleausstieg, der EU-Osterweiterung schon 2004 die zunehmende Bedeutungslosigkeit von Staatsgrenzen. Rückte Letzteres die Lausitzen genau genommen wieder in die Mitte Europas, so deutet beides – wirtschaftliche wie soziale Unsicherheit und eine immer wieder auch politisch instrumentalisierte Grenzkriminalität – auf ein weiteres Signum in der Gegenwart: Folgt man den jüngsten Wahlergebnissen, tendiert in Nieder- wie Oberlausitz ein Viertel der Bevölkerung zunehmend zu rechtsnationalen Antworten auf die etwa mit Migration oder Klimawandel verbundenen Fragen unserer Zeit. Die sorbische Minderheit gerät zunehmend ins Visier von Rechtsextremisten. Lukas Rietzschel hat diese gesellschaftlichen Erosionen nach der Transformation in seinem bei Hoyerswerda spielenden Roman »Mit der Faust in die Welt schlagen« (2018) eindrücklich für die Zeit zwischen 2000 und 2015 aus der Perspektive eines Jugendlichen erzählt. Im Sommer 2020 war die Region bundesweit mit sogenannten stillen Protesten gegen die Corona-Politik an der Bundesstraße 96 in den Schlagzeilen, die die Ober- mit der Niederlausitz verbindet und bis nach Rügen führt.

Zwischen simplifizierendem Pessimismus und fragilem Optimismus changierend, zeichnet sich hier also ein Bild in Grautönen. Und auch wenn die beiden Lausitzen auf absehbare Zeit wohl kaum territoriale Sonder-

rechte oder gar Eigenständigkeit zurückerhalten werden, so ist ihre Eigen-
geschichte – und hier vor allem die der vergangenen 200 Jahre – noch
immer ein Objekt der Aushandlung: Der von 1994 bis 2008 bestehende
»Niederschlesische Oberlausitzkreis« um Weißwasser und Niesky mag ein
Ausdruck dessen sein, dass der mit der jüngeren Geschichte der Region
verbundene Prozess des Suchens und Definierens einer klaren regionalen
Identität zwischen Sachsen und Preußen-Schlesien-Brandenburg auf der
einen sowie zwischen Nieder- und Oberlausitz auf der anderen Seite noch
immer nicht abgeschlossen ist. Gleiches gilt aber noch viel mehr für den
Prozess des Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft, in dem sich
die Lausitzen aber genau genommen schon seit mehr als 200 Jahren befin-
den und der seinerseits nicht erst eine Erfindung des vom Braunkohleaus-
stieg geprägten Jahres 2019 ist.

*Der Beitrag erschien zuerst in der APuZ-Ausgabe 6-7/2020 »Lausitz« vom
3. Februar 2020 und wurde an einer Stelle aktualisiert.*

Anmerkungen

- 1 Die Abschnitte zur Vormoderne schrieb Winfried Müller, jene zum 19. bis 21. Jahrhundert Swen Steinberg. Die Autoren danken Klaus Neitmann (Potsdam) für zahlreiche wichtige Hinweise und Anregungen. Vgl. als Überblickswerke Rudolf Lehmann, *Geschichte der Niederlausitz*, Berlin 1963; Joachim Bahlcke (Hrsg.), *Geschichte der Oberlausitz. Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, Leipzig 2001; Winfried Müller/Lars-Arne Dannenberg/Edmund Pech/Swen Steinberg, *Oberlausitz (Kulturlandschaften Sachsens, Bd. 4)*, Leipzig 2011; Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann/Uwe Tresp (Hrsg.), *Die Nieder- und Oberlausitz. Konturen einer Integrationslandschaft, Bd. 1–2*, Berlin 2013/14.
- 2 Zur sorbischen Geschichte und Kultur siehe die Website des Sorbischen Instituts Bautzen/Cottbus unter www.serbiski-institut.de sowie Peter Kunze, *Kurze Geschichte der Sorben. Ein kulturhistorischer Überblick*, Bautzen 2017.
- 3 Vgl. Enno Bünz (Hrsg.), *Ostsiedlung und Landesausbau in Sachsen. Die Kührener Urkunde von 1154 und ihr historisches Umfeld*, Leipzig 2008.
- 4 Vgl. Gunter Oettel/Volker Dudeck (Hrsg.), *650 Jahre Oberlausitzer Sechsstädtebund 1346–1996*, Bad Muskau 1997.
- 5 Vgl. Winfried Müller/Swen Steinberg (Hrsg.), *Menschen unterwegs. Die via regia und ihre Akteure*, Dresden 2011.
- 6 Vgl. Joachim Bahlcke/Volker Dudeck (Hrsg.), *Welt – Macht – Geist. Das Haus Habsburg und die Oberlausitz 1526–1635*, Görlitz–Zittau 2002.
- 7 Vgl. Gisela Mettele, *Weltbürgertum oder Gottesreich? Die Herrnhuter Brüdergemeine als globale Gemeinschaft 1760–1857*, Göttingen 2009.
- 8 Vgl. Frank Müller, *Kursachsen und der Böhmisches Aufstand 1618–1622*, Münster 1997.
- 9 Vgl. Frank Göse et al. (Hrsg.), *Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft*, Dresden 2014.
- 10 Vgl. Ulrike Höroldt/Sven Pabstmann (Hrsg.), *1815: Europäische Friedensordnung – Mitteldeutsche Neuordnung. Die Neuordnung auf dem Wiener Kongress und ihre Folgen für den mitteldeutschen Raum*, Halle 2017; Thomas Brechenmacher/Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann (Hrsg.), *Die Nieder- und Oberlausitz. Konturen einer Integrationslandschaft, Bd. 3*, Berlin 2014.
- 11 Vgl. Lars-Arne Dannenberg/Matthias Herrmann/Arnold Klaffenböck (Hrsg.), *Böhmen – Oberlausitz – Tschechien: Aspekte einer Nachbarschaft*, Görlitz–Zittau 2006.
- 12 Vgl. Katrin Lehnert, *Die Un-Ordnung der Grenze. Mobiler Alltag zwischen Sachsen und Böhmen und die Produktion von Migration im 19. Jahrhundert*, Leipzig 2017; Lutz Vogel, *Aufnehmen oder abweisen? Kleinräumige Migration und Einbürgerungspraxis in der sächsischen Oberlausitz 1815–1871*, Leipzig 2014; Katrin Lehnert/ders. (Hrsg.), *Kleinräumige Mobilität und Grenzwahrnehmung im 19. Jahrhundert*, Dresden 2010.
- 13 Vgl. Swen Steinberg, *Industriedörfer. Konstitution und Forschungsperspektiven einer modernen Siedlungsform*, in: *Volkskunde in Sachsen 30/2018*, S. 69–90.
- 14 Zit. nach Jana Fink, *Sehnsucht nach Identität. »Franziska Linkerhand« als Medium der Auseinandersetzung Brigitte Reimanns mit sich selbst*, Hamburg 2014, S. 41.
- 15 Vgl. Frank Förster, *Verschwundene Dörfer im Lausitzer Braunkohlenrevier*, Bautzen 2014.

- 16 Vgl. Edmund Pech/Dietrich Scholze, Zwischen Zwang und Beistand. Deutsche Politik gegenüber den Sorben vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart, Dresden 2003.
- 17 Vgl. Markus Lammert, Die Stadt der Vertriebenen. Görlitz 1945–1953, Görlitz 2012.
- 18 Vgl. Andreas Leusink (Hrsg.), Gundermann. Von jedem Tag will ich was haben was ich nicht vergesse ..., Berlin 2018.
- 19 Vgl. Erika Steinert/Norbert Zillich (Hrsg.), Perspektive Pensionopolis! Anfragen an eine alternde Gesellschaft am Beispiel der Europastadt Görlitz/Zgorzelec in der Euroregion Neiße, Bern 2007.

Die Landtagswahlen 2019 in der Lausitz Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts?

Bei den brandenburgischen und sächsischen Landtagswahlen 2019 lag die AfD in der Lausitz mit 32,8 Prozent der Zweit- beziehungsweise Listenstimmen¹ klar vorn; zudem gewann sie fast zwei Drittel der Direktmandate in der Region.² Die langjährigen Regierungsparteien SPD (Brandenburg) und CDU (Sachsen) waren nur noch in wenigen Wahlkreisen erfolgreich. Mit diesem Ergebnis schnitt die AfD in der an der Grenze zu Polen gelegenen ländlichen Region, die unter anderem durch die Braunkohleförderung geprägt ist, deutlich erfolgreicher ab als landesweit. Ist das Wahlergebnis Ausdruck einer neuen Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie?

Die Konfliktlinientheorie galt in der Politikwissenschaft lange Zeit als etwas überholt. Sie besagt, dass wichtige Parteien in Phasen grundlegenden gesellschaftlichen Wandels entstanden sind, etwa während der Industriellen Revolution. Der Wandel ging mit sozialen Konflikten einher, und die Parteien dienten dazu, Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen in diesen Konflikten politisch zu vertreten.³ Allerdings schien die Theorie die Entwicklung der Parteien seit dem Zweiten Weltkrieg weniger gut erklären zu können. Parteien wurde insgesamt eine abnehmende gesellschaftliche Verankerung bescheinigt. In den postsozialistischen Transformationsgesellschaften, zu denen mit Ostdeutschland auch die Lausitz gehört, sind Parteibindungen noch deutlich schwächer ausgeprägt und das Wahlverhalten oft volatil.

Doch die Konfliktlinientheorie ist wieder da. Seit einigen Jahren wird vermutet, dass im Zuge von Globalisierung und europäischer Integration ein neues *cleavage* zwischen weltoffenen, kulturell liberalen Kosmopoliten sowie regional und national orientierten Kommunitaristen entstanden sei.⁴ Auch von einem Stadt-Land-Konflikt ist oft die Rede. Unsere nach-

folgende Analyse schließt an diese Forschung an, kommt jedoch zu etwas anderen Schlüssen. Wir werten die Wahlergebnisse in der Lausitz im Zeitverlauf seit 1990 und im Vergleich mit anderen Regionen des jeweiligen Bundeslandes aus. Dabei finden wir Indizien für eine neue Spaltung entlang der Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie, die wir genauer beschreiben. Dem Konzept von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan folgend, bezieht sich der Zentrum-Peripherie-Konflikt, wie wir unten genauer erläutern, nicht auf Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen, sondern auf Differenzen zwischen zentralstaatlichen Eliten und Bevölkerungsgruppen, die Minderheiten sind oder sich entsprechend wahrnehmen.

Konfliktlinien – mehr als nur Dissens

Das Konfliktlinienmodell setzt bei den tief wurzelnden gesellschaftlichen Interessen an. Anders als alltagspolitische Meinungsverschiedenheiten werden als *cleavages* langfristige, strukturell angelegte Konflikte bezeichnet, die sich nur schwer politisch befrieden lassen. Die widerstreitenden Positionen müssen nicht zwangsläufig durch Parteien repräsentiert sein.⁵ Da Parteien jedoch im Kampf um Wählerstimmen und politischen Einfluss daran interessiert sind, gesellschaftliche Stimmungslagen aufzugreifen, ist es nicht unwahrscheinlich, dass sie solche strukturellen Konflikte abbilden.

Eine Partei kann als Treiber einer Konfliktlinie fungieren, die bei ihrer Gründung noch keine größere Rolle spielte, oder sie kann zur Projektionsfläche für einen Metakonflikt werden, ohne dass sie dies zunächst selbst beabsichtigte. Die AfD etwa startete als Anti-Euro-Partei, weist aber heute mit ihren klimaschutz- und einwanderungskritischen sowie gegen »die« politischen Eliten gerichteten Aussagen ein gewandeltes programmatisches und rhetorisches Profil auf. Reagieren andere Parteien auf solche (Um-)Positionierungen mit einer polarisierend-abwehrenden Strategie, so kann sich die Konfliktlinie weiter vertiefen und zu einer allgemeinen Mobilisierung beitragen. Die Entstehung eines *cleavage* äußert sich unter anderem in der Themensetzung im Wahlkampf, in einer höheren Wahlbeteiligung und in Veränderungen des Abstimmungsverhaltens.

Zu den früheren Konfliktlinien zählt diejenige zwischen Zentrum und Peripherie. Sie entstand im Zuge der Nationalstaatsgründung – in Deutschland im 19. Jahrhundert – zwischen der zentralstaatlichen Elite und Repräsentanten von ethnischen, sprachlichen oder religiösen Minderheiten. Ferner wurde ein Stadt-Land-Konflikt als Folge der Industrialisie-

rung identifiziert. Wir nehmen an, dass die Wahlergebnisse in der Lausitz Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts sind, wenngleich in einer an die Gegenwart angepassten Form. Im Landtagswahlkampf ging es weniger um die Globalisierung, sondern vor allem um die (vermeintlich) fehlende Responsivität der Politik gegenüber strukturellen Interessen des ländlichen Raums speziell jenseits der Ballungsgebiete. Zu diesem Befund passt die Zentrum-Peripherie-Metapher besser als andere Konfliktlinien.

Die Parteien und der Braunkohleausstieg

In ihren Programmen für die Landtagswahlen 2019 präsentierten die Parteien mögliche Lösungen für die Probleme, die in der Gesellschaft Unzufriedenheit auslösen: mangelnde Bürgernähe von Verwaltung und Politik, Unterrichtsausfall, fehlende Arztpraxen, sporadische Busverbindungen, schlechte Digitalversorgung und die Ausdünnung der Polizeipräsenz in der Fläche. Viele dieser Probleme sind in der ländlichen Peripherie – wie der Lausitz – besonders relevant. Die Versprechen von Parteien, die in Land oder Bund bereits regier(t)en und damit die Chance hatten, die Schwierigkeiten zu beheben, werden dabei naturgemäß kritischer betrachtet als Forderungen von neuen Akteuren wie der AfD.

Analog zur Asylpolitik auf der Bundesebene gab es bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen mit der Gegnerschaft zum Kohleausstieg ein neues Thema, bei dem sich die AfD von den anderen Parteien in besonderer Weise abhob und dadurch profilieren konnte. Es ist vor allem in der Lausitz als Braunkohlerevier hoch emotionalisierbar, denn schon mit dem Systemwechsel 1989/90 erlebten die Menschen dort einen umfassenden Strukturbruch, der sich neben der neu erlangten politischen Freiheit in einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen äußerte. Da auch das gesellschaftliche und kulturelle Leben in der DDR weitgehend über die Arbeitskollektive organisiert war und sich gleichwertige Beschäftigungsformate nur mühsam schaffen ließen, zog der wirtschaftliche Umbruch erhebliche Konsequenzen bis weit in das persönliche Leben nach sich. Es folgte eine umfassende Abwanderung, die die regionale Gesellschaftsstruktur änderte, denn es gingen vor allem Höhergebildete, Junge und Frauen.

Dennoch ließen spätestens seit 2014 die meisten Parteien in Brandenburg und Sachsen keinen Zweifel daran, dass sie über kurz oder lang eine Energiewende anstreben, die einen erneuten Strukturwandel in der Lausitz erforderlich macht. Inhaltlich lagen dabei die Positionen von Bündnis 90/Die Grünen und jene der AfD am weitesten auseinander. Die brandenburgi-

schen Grünen, die 2014 einen Ausstieg aus der Braunkohleförderung bereits für 2030 anvisiert hatten, verzichteten 2019 zwar auf ein konkretes Datum, forderten aber einen verbindlichen, raschen Ausstiegsfahrplan.⁶ Demgegenüber blieb der Landesverband in Sachsen bei 2030 als dezidiertem Ziel.⁷

Im Gegensatz dazu forderte die AfD im Wahlkampf 2019 die Beibehaltung des Braunkohleabbaus. Sie übernahm damit eine Position, die zuvor lange CDU und FDP⁸ vertreten hatten, und wählte weit schärfere Worte als noch vor den Landtagswahlen 2014: »Wahnsinn Kohleausstieg: linksgrüne Ideologen opfern die Lausitz – Niedergang vorprogrammiert«,⁹ hieß es etwa im Programm der brandenburgischen AfD.

Während vor den Landtagswahlen 2014 oft noch nicht erkennbar gewesen war, wie die Parteien den Strukturwandel in der Lausitz wirtschaftlich und sozial bewältigen wollten,¹⁰ waren fünf Jahre später alle Wahlprogramme in dieser Hinsicht ausführlicher. Dadurch versuchten die Parteien, dem Eindruck entgegenzutreten, sie setzten ihr ökologisches Ziel scheinbar planlos gegen die Interessen der betroffenen Menschen durch. Allerdings wurden durch die umfassendere Thematisierung auch der Aufwand, die Komplexität und Abhängigkeit der Pläne von externer Finanzierung deutlicher sichtbar – von der nötigen Ansiedlung gleichwertig entlohnter Industriearbeitsplätze bis hin zur Beschaffung von Bundes- und EU-Fördergeldern.¹¹

Zu den Vorschlägen hinsichtlich der Bewältigung des Strukturwandels zählten die Fortsetzung der Sanierung der (ehemaligen) Tagebaue und der Ausbau des Tourismus, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Förderung der Forschung zu innovativen Technologien an den Hochschulen (unter anderem der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg), der Ausbau von Bahnstrecken und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Diese Wirtschaftsförderungsmaßnahmen sollen durch weitere flankiert werden. In den östlichen Bundesländern haben allerdings viele Menschen bereits erlebt, dass ähnliche Aktivitäten trotz großer politischer Anstrengungen nicht wie gewünscht fruchteten.

Die AfD in Brandenburg und Sachsen sowie die sächsische FDP schlugen vor den Wahlen jeweils die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone vor, um die Lausitz frühzeitig auf ein mögliches Ende der Kohleförderung vorzubereiten. Die brandenburgische AfD sprach sich zur Stärkung der Lausitz auch für eine weitere Lehramtsausbildungsstätte für naturwissenschaftlich-technische Fächer und Berufsschullehrer in Cottbus aus, die sächsische AfD für Infrastrukturverbesserungen. Damit versuchten die Landesverbände der Partei, sich als Energiewendegegner zu profilieren und zugleich, wie die anderen Parteien auch, standortpolitische Vorschläge zu formulieren.¹²

Tab.: Lausitzer Wahlkreise in Brandenburg und Sachsen 1990–2019

Jahr	Wahl- beteiligung in Prozent	Zweit-/Listenstimmenanteile in Prozent						
		CDU	SPD	PDS/ Linke	Grüne	FDP	AfD	Andere rechte Parteien ¹
Lausitzer Wahlkreise in Brandenburg								
1990	66,3% (-0,8PP)	33,8% (+4,4PP)	33,4% (-4,8PP)	12,8% (-0,6PP)	6,5% (+0,1PP)	6,6% (+/-)	n. a.	1,6% (+0,7PP)
1994	55,3% (+1,0PP)	21,8% (+3,1PP)	52,4% (-1,7%)	17,1% (-1,6 PP)	2,7% (-0,2PP)	2,2% (+/-)	n. a.	1,2% (+0,1 PP)
1999	56,0% (+1,7PP)	27,7% (+1,2PP)	40,5% (+1,2PP)	21,4% (-2,0PP)	1,3% (-0,6PP)	1,8% (+0,1PP)	n. a.	6,8% (+0,4PP)
2004	56,7% (+0,3PP)	20,3% (+0,9PP)	30,8% (-1,1PP)	27,3% (-0,7PP)	2,2% (-1,4PP)	3,3% (+/-)	n. a.	8,4% (+1,7PP)
2009	66,2% (-0,9PP)	21,1% (+1,3PP)	32,6% (-0,4PP)	27,3% (+0,1PP)	3,9% (-1,7PP)	6,8% (-0,4PP)	n. a.	4,8% (+0,9PP)
2014	50,3% (+2,4PP)	25,3% (+2,3PP)	34,2% (+2,3PP)	15,9% (-2,7PP)	3,5% (-2,6PP)	1,2% (-0,3PP)	13,1% (+0,9PP)	3,2% (+0,8PP)
2019	62,3% (+1,0PP)	16,0% (+0,4PP)	26,1% (-0,1PP)	9,3% (-1,4PP)	5,7% (-5,1PP)	4,6% (+0,5PP)	30,1% (+6,6PP)	n. a.
Lausitzer Wahlkreise in Sachsen								
1990	70,5% (-2,3PP)	56,5% (+2,6PP)	16,8% (-2,3PP)	10,7% (+0,5PP)	n. a.	5,3% (-1,1PP)	n. a.	0,8% (+0,1PP)
1994	60,0% (+1,6PP)	59,4% (+1,3PP)	15,6% (-1,0PP)	16,5% (+/-)	3,1% (-1,0PP)	1,9% (+0,2PP)	n. a.	1,6% (+0,3PP)
1999	61,5% (+0,4PP)	58,2% (+1,3PP)	9,0% (-1,7PP)	22,2% (+/-)	1,8% (-0,8PP)	1,2% (+0,1PP)	n. a.	3,0% (+0,1PP)
2004	60,6% (+1,0PP)	40,6% (-0,5PP)	7,7% (-2,1PP)	24,2% (+0,6PP)	3,7% (+1,4PP)	6,5% (+0,6PP)	n. a.	10,7% (+1,5PP)
2009	53,1% (+0,9PP)	42,9% (+2,7PP)	9,1% (-1,3PP)	19,4% (-1,2PP)	4,0% (-2,4PP)	10,4% (+0,4PP)	n. a.	7,8% (+1,7PP)
2014	49,9% (+0,8PP)	40,9% (+1,5PP)	10,3% (-2,1PP)	17,2% (-1,7PP)	3,4% (-2,3PP)	4,0% (+0,2PP)	12,4% (+2,7PP)	6,8% (+1,7PP)
2019	67,3% (+0,8PP)	34,9% (+2,7 PP)	5,6% (-2,1PP)	7,8% (-2,6PP)	4,5% (-4,1PP)	4,4% (-0,1PP)	34,8% (+7,3PP)	0,8% (+/-)

In Klammern ist die Differenz zum landesweiten Ergebnis in Prozentpunkten angegeben. Blau hinterlegt ist die zweitstimmstärkste Partei; bei einem Abstand von weniger als einem Prozentpunkt sind die betreffenden Parteien mit einem helleren Blauton markiert.

1 Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland (ADMP), Bund freier Bürger – Die Offensive, DVU, Freiheitliche Partei Deutschlands, Ja zu Brandenburg, NPD, Offensive D, Pro Deutschland, Republikaner, Sächsische Volkspartei (SVP)

n. a. = nicht angetreten

Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen der Landesämter für Statistik.

Polarisierte Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung

In Brandenburg gehört in zehn der 44 Wahlkreise die Mehrheit der Städte und Gemeinden zur Lausitz; in Sachsen trifft dies auf neun der 60 Wahlkreise zu.¹³ Damit lebt in Brandenburg fast jeder fünfte und in Sachsen fast jeder siebte Wahlberechtigte in der Lausitz. Das ist eine strukturelle Minderheit, die dennoch Relevanz entfalten kann. Die Menschen dort zeigten sich bereits seit Längerem aktiv in der Vertretung ihrer Interessen. Bei den meisten Urnengängen seit 1990 lag hier die Wahlbeteiligung über dem Landesdurchschnitt, wobei die Unterschiede zwischen den Lausitzer Wahlkreisen und dem landesweiten Wert bis zu 2,4 Prozentpunkte betragen (*Tabelle*).

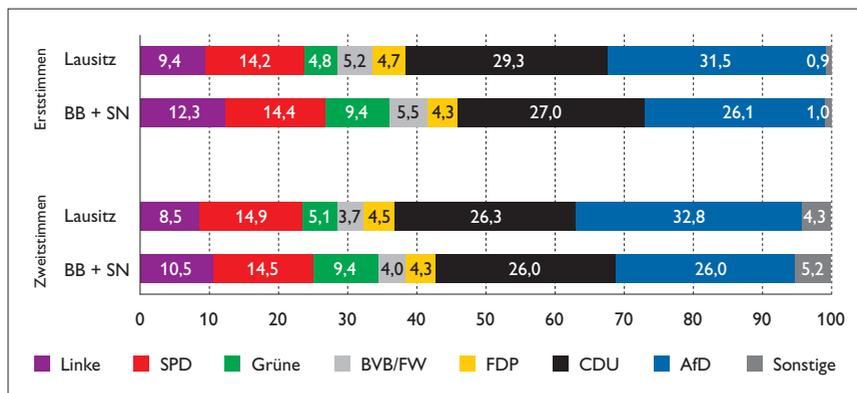
Auch an den Landtagswahlen im September 2019 beteiligten sich die Lausitzer mit 64,9 Prozent etwas stärker als alle Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und Sachsen (64,5 Prozent) sowie deutlich häufiger als die Einwohner anderer ländlicher Regionen, wie Ostprignitz-Ruppin (55,1 Prozent), Uckermark (55,2 Prozent), Nordsachsen (61,0 Prozent) und Vogtland (62,3 Prozent). In Sachsen gehören die Lausitzer Landkreise Bautzen (67,6 Prozent) und Görlitz (66,9 Prozent) zu den Gebieten mit einer über dem landesweiten Durchschnitt liegenden Wahlbeteiligung (66,5 Prozent). Gleiches gilt in Brandenburg (61,3 Prozent) für Cottbus (61,6 Prozent) und den angrenzenden Landkreis Spree-Neiße (65,5 Prozent).¹⁴ Es gibt also offenbar eine erhöhte Motivation, Signale an die Politik auszusenden.

Auch die Wahlentscheidungen selbst deuten auf eine neue Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie hin. Als wichtigste Protagonisten treten dabei AfD und Bündnis 90/Die Grünen hervor. In der Lausitz lag die AfD mit 32,6 Prozent der Zweitstimmen fast sieben Prozentpunkte über dem Gesamtwert für Brandenburg und Sachsen. Demgegenüber hatte vor allem Bündnis 90/Die Grünen unterdurchschnittliche Stimmenanteile zu verbuchen; die Umwelt- und Klimaschutzpartei ist hier nur etwa halb so stark wie auf Landesebene. Mit zwei bis drei Prozentpunkten ist die Differenz zum landesweiten Abschneiden bei Die Linke geringer, aber immer noch erkennbar. Für die CDU (mit Ausnahme der Erst- beziehungsweise Direktstimmen), die SPD, Freie Wähler und FDP sind keine großen Differenzen zu beobachten (*Abbildung 1*).

Der große Wahlerfolg der AfD in der Lausitz wird mit Blick auf die Veränderungen bei den Direktmandaten gegenüber der Landtagswahl 2014 besonders deutlich: Von den 30 Wahlkreisen in Brandenburg und Sachsen, in denen die meisten Erst- beziehungsweise Direktstimmen¹⁵ auf Bewerberinnen und Bewerber der Partei entfielen, befinden sich zwölf in der Lausitz. Vor allem im brandenburgischen Teil der Region war die

AfD erfolgreich; dort verdrängte sie in sieben der zehn Wahlkreise CDU und SPD von der Spitzenposition. In Sachsen trifft dies auf fünf von neun Wahlkreisen zu (Abbildung 2).

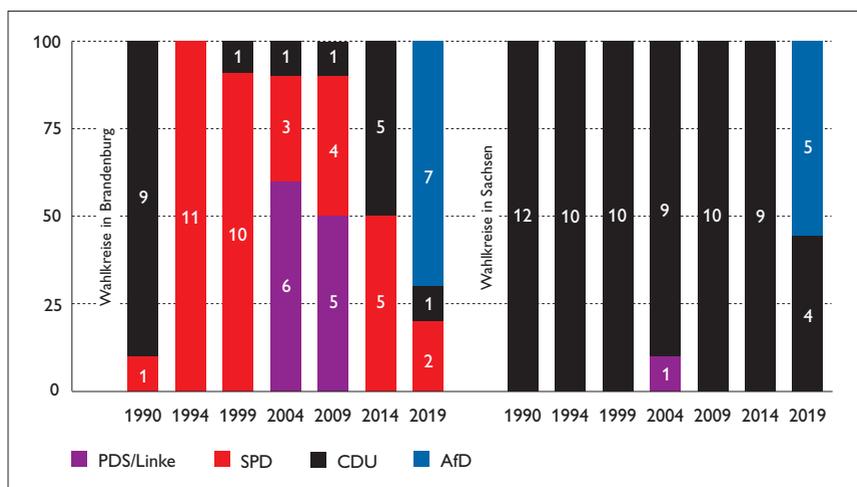
Abb. 1: Ergebnisse der Landtagswahlen 2019 in Prozent



Anmerkungen: In Sachsen gibt es Direkt- und Listenstimmen. BVB/FW steht für Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegung/Freie Wähler.

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen der Landesämter für Statistik.

Abb. 2: Direktmandate in den Lausitzer Wahlkreisen seit 1990



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen der Landesämter für Statistik.

Ist die Lausitz repräsentativ für den ländlichen Raum?

Auf den ersten Blick scheint das Wahlverhalten in der Lausitz für Besonderheiten auf dem Land zu stehen. So lag in den sächsischen Landkreisen Bautzen und Görlitz der Listenstimmenanteil der AfD (zusammen 34,8 Prozent) vergleichsweise graduell über dem Durchschnittswert für alle Landkreise von 31,2 Prozent und zeigte damit nur kleine Abweichungen zu anderen Orten im ländlichen Raum. Auf den zweiten Blick offenbart sich jedoch, dass die Ergebnisse das Wahlverhalten speziell in der östlichen Peripherie und besonders das der peripheren ländlichen Räume repräsentieren.

Auffallend hohe Stimmengewinne der AfD traten bislang überwiegend im Osten Deutschlands auf, und dort wiederum in den infrastrukturell schlechter gestellten und von Abwanderung betroffenen Gebieten. Zudem zeigt sich in Brandenburg ein differenziertes Muster: Hier lag der Zweitstimmenanteil der AfD in den Lausitzer Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße (zusammen 32,5 Prozent) weit über dem landesweiten Mittel der ländlichen Wahlkreise (24,3 Prozent). Auch in Cottbus (26,8 Prozent) schnitt die AfD wesentlich besser ab als im Durchschnitt der vier kreisfreien Städte in Brandenburg (19,4 Prozent). Dies spricht für eine gewisse Sonderstellung der Lausitz; innerhalb des Bundeslandes ergibt sich kein konsistentes »ländliches« und »städtisches« Wahlverhalten.

Der Kontrast der Lausitz zum Rest des Landes entsteht – wenngleich in abgeschwächter Form – auch mit Blick auf Bündnis 90/Die Grünen: In den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße (zusammen 4,5 Prozent) war der Stimmenanteil für die Partei halb so hoch wie in allen Landkreisen (9,9 Prozent), wobei die einzelnen Wahlkreise in Brandenburg stark differierten. Bei den kreisfreien Städten unterscheidet sich Cottbus (8,3 Prozent) – ungefähr auf dem Niveau von Frankfurt/Oder (9,1 Prozent) und Brandenburg an der Havel (11,9 Prozent) liegend – deutlich von der Landeshauptstadt Potsdam mit 22,2 Prozent. Es bestehen also erhebliche Differenzen zwischen der Lausitz und anderen strukturschwachen Regionen jenseits der prosperierenden Großstädte Berlin und Potsdam einerseits sowie den Gebieten, in denen das urbane Berlin einen Abstrahlereffekt entfaltet beziehungsweise großstädtische Wählerinnen und Wähler diffundieren, andererseits. Diesem Muster entsprechen auch die Uckermark (26,0 Prozent für die AfD) oder in Sachsen der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (33,9 Prozent).

In den »Speckgürteln« und Einzugsgebieten großer Städte wird anders gewählt, durchaus auch in Dörfern. Die beschriebenen Abweichungen lassen sich als »Hinweis auf die Unzufriedenheit mit den bestehenden

Verhältnissen«¹⁶ interpretieren: »In der Lausitz hat die Zukunft der gesellschaftlichen Konflikte schon begonnen«, interpretierte Günter Platzdasch in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« das Wahlergebnis.¹⁷ Es besteht die Gefahr, dass sich diese Konflikte zwischen der ländlichen Peripherie und den urbanen Verdichtungsräumen in den kommenden Jahren verstärken und verfestigen.

Motivlagen: Lausitz-spezifische Interessen und allgemeiner Protest

Die beschriebenen Indikatoren des Wahlverhaltens deuten darauf hin, dass lausitzspezifische Interessen die Wahl der AfD nicht vollständig erklären, sondern allgemeiner Protest gegen »die« Politik und (frühere) Sparmaßnahmen der Landesregierungen mitsamt des (auch von anderen Parteien) kritisierten Rückzugs des Staates aus der Fläche ebenfalls eine wichtige Rolle spielte. Ob zutreffend oder nicht – viele Wählerinnen und Wähler haben den Eindruck, dass großstädtische Eliten über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Gleichzeitig verzichten sie darauf, über die Mitgliedschaft in Parteien oder anderen Organisationen dauerhaft Interessenkanäle in die Politik zu nutzen. Aber auch (teils ehemalige) Mitglieder von Regierungsparteien sind nicht selten von ihrer Partei enttäuscht, da diese aus ihrer Sicht zu viele Kompromisse gegenüber den Koalitionspartnern eingehen.

Bei den Wahlen unterstützten viele Menschen die AfD, die kein geschlossenes rechtes Weltbild haben und die in der Vergangenheit Parteien wählten, die bereits regier(t)en. Dies spricht dafür, dass sie die Bilanz der Politik für ihr Lebensumfeld skeptisch betrachteten. Sie begrüßen die parlamentarische Präsenz einer Partei, die in besonderer Weise anstehende politische Entscheidungen in Zweifel zieht, weiteren Wandel rhetorisch drastisch abwehrt und für die bisherige Politik nicht verantwortlich ist. Infolge ihrer Position im Parteiensystem muss die AfD keine Kompromisse mit Koalitionspartnern und keine finanziellen Spielräume im Blick behalten.

Genau lassen sich die Wahlmotive allerdings nicht bestimmen, denn die Datenlage speziell zur Lausitz ist begrenzt. Landesweiten Wahltagebefragungen zufolge votierten 70 Prozent aller AfD-Wählerinnen und -Wähler in Sachsen und 43 Prozent jener in Brandenburg »wegen ihrer politischen Forderungen«¹⁸ für die Partei. Welche inhaltlichen Positionen genau gemeint sind, bleibt jedoch offen, denn die AfD äußerte sich in den Wahl-

kämpfen zu vielen Themen. Im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohle ist aufschlussreich, dass es sachsenweit 88 Prozent und in Brandenburg 90 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler begrüßten, dass die Partei »in der Klimadebatte den anderen Parteien etwas entgegensetzt«. Dies galt offenbar besonders für die ländlichen Räume der Peripherie, wo die Bündnisgrünen weit unterdurchschnittlich abschnitten.

Ähnlich hoch war mit 87 beziehungsweise 83 Prozent der Anteil der AfD-Wählerinnen und -Wähler, für die die AfD ausweislich der Befragungen die einzige Partei ist, um »meinen Protest gegenüber der Politik ausdrücken« zu können. In Brandenburg befürchteten acht von zehn Personen, die ihre Stimme der AfD gegeben hatten, dass sich das Leben zu stark verändern werde; eine Verschlechterung in den vergangenen Jahren konstatierte fast ein Viertel. Beide Werte sind über alle Parteien hinweg die höchsten.¹⁹ Nochmals unterstreicht dies, dass lausitzspezifische Motive allein die AfD-Wahl nicht erklären.

Mit ihrer Wahlentscheidung nahm die große Minderheit der AfD-Wählerschaft in Kauf, dass die Partei nicht nur Interessenpolitik für die ländliche Peripherie betreibt, sondern auch eine dezidiert rechtspopulistische, gegen bestimmte Minderheiten gerichtete Programmatik vertritt. Dass die anderen Parteien infolgedessen eine Koalition mit ihr ablehnten, war durch die Medienberichterstattung allen klar.

Lausitzinterne Unterschiede

Der Fokus auf das starke Abschneiden der AfD in der Lausitz verstellt indes den Blick darauf, dass die Mehrheit der Menschen auch dort andere Parteien wählte. Dabei zeigen sich starke intraregionale Differenzen. Dies spricht gegen das Vorhandensein einer homogenen politischen Lausitzer Identität. Die möglicherweise im Entstehen begriffene neue Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie erklärt demnach nicht das gesamte Wahlverhalten in der Lausitz, sondern in erster Linie den Erfolg der AfD und das schlechte Abschneiden von Bündnis 90/Grünen.

Dass in Brandenburg die SPD und in Sachsen die CDU ebenfalls besonders gut abschnitten, ist durch unterschiedliche Pfade je nach politisch-administrativer Zuordnung zu erklären. In den brandenburgischen Wahlkreisen der Lausitz war die SPD seit 1994 bei den Zweitstimmen die stärkste politische Kraft; auch hinsichtlich der Direktmandate dominierten lange Zeit die Sozialdemokraten respektive Mitte-Links-Parteien (SPD, PDS beziehungsweise Die Linke). Demgegenüber gewann in den

sächsischen Teilen der Lausitz bis 2014 (fast) ausschließlich die CDU die Direktmandate. Es genoss also in der Lausitz jeweils die Partei des Ministerpräsidenten große Unterstützung, wobei im brandenburgischen Teil der Rückhalt für die SPD wesentlich stärker variierte als jener für die CDU im sächsischen Teil (*Abbildung 2* und *Tabelle*).

Mit Blick auf die Landtagswahlen 2019 ist zu erwähnen, dass sich beide Ministerpräsidenten – Dietmar Woidke (SPD) in Brandenburg und Michael Kretschmer (CDU) in Sachsen – in Lausitzer Wahlkreisen um Direktmandate bewarben. Dies war jedoch nicht ohne Risiko, denn beiden wäre eine Kandidatur in als sicherer geltenden Wahlkreisen möglich gewesen. Das Risiko galt vor allem für Kretschmer, der 2017 seinen Bundestagswahlkreis in Görlitz verloren hatte, nun erstmals bei einer Landtagswahl antrat und sein Direktmandat – ebenso wie Woidke – in einem Wahlkreis mit der AfD als stärkster Partei bei den Zweitstimmen gewann.

Auch die PDS beziehungsweise die Linke schnitt innerhalb der Lausitz unterschiedlich ab. In den brandenburgischen Gebieten konnte sie bei mehreren Wahlen jeweils deutlich höhere Stimmenanteile als auf sächsischer Seite verbuchen. Bei den beiden vorherigen Abstimmungen vor ihrer Beteiligung an der Regierung in Potsdam im Herbst 2009 gewann sie die Direktmandate in fünf beziehungsweise sechs der zehn Wahlkreise. Mit ihrem verstärkten Engagement für den Kohleausstieg ging die Linke in den vergangenen Jahren ein zunehmendes Risiko ein, die Interessen von Teilen ihrer eigenen Wählerschaft nicht mehr abzudecken.

In Sachsen gewann die PDS hingegen lediglich 2004 – also in der Hochzeit der Proteste gegen die Agenda 2010 der damaligen Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Grünen – ein Direktmandat in Hoyerswerda. Im sächsischen Teil der Lausitz erzielten die rechts der CDU zu vertretenden Parteien, zu denen neben DVU, NPD und Republikanern auch die AfD zählt, seit Beginn des Jahrtausends wesentlich bessere Ergebnisse als auf der brandenburgischen Seite.

Diese Befunde lassen sich so interpretieren, dass die einen Lausitzer dezidiert links und die anderen dezidiert rechts wählten, um ihren Protest gegenüber den etablierten Parteien auszudrücken oder ein Votum für abweichende Politikinhalt abzugeben. Die beschriebenen Unterschiede führten letztlich bis einschließlich 2014 dazu, dass in den beiden Teilen der Lausitz unterschiedliche politische Lager die (relative) Mehrheit der Zweitbeziehungsweise Listenstimmen auf sich vereinen konnten. Erst in Gestalt der Wahlerfolge der AfD erfolgte eine Annäherung des Wahlverhaltens der Lausitzer in Brandenburg und Sachsen; dies geschah jeweils zulasten der Partei des Ministerpräsidenten (*Tabelle*).

Auch wenn ein Teil der AfD-Mitglieder- und -Wählerschaft durchaus ein geschlossenes rechtes Weltbild hat, sollte keineswegs ohne tiefer gehende Analysen konstatiert werden, dass es in der Lausitz »[b]raune Wurzeln« und »ein tief verwurzeltes extrem rechts wählendes Milieu«²⁰ gibt, wie unmittelbar nach den Landtagswahlen 2019 mit Blick auf ganz Ostdeutschland behauptet wurde. Gegen diese Annahme spricht, dass die Stimmenanteile der rechts der Union zu verortenden Parteien seit 1990 erheblich variierten und somit keine Indizien für eine größere Stammwählerschaft liefern (*Tabelle*). Hier bedarf es weiterer Forschung, um Zusammenhänge zu verstehen.

Polarisierung auch infolge mangelnder Kontakte

Wesentlich ist, dass sich die Polgruppen in dem sich abzeichnenden Konflikt – Anhänger von Bündnis 90/Grünen beziehungsweise AfD – im Alltagsleben wenig begegnen. Sie tragen diesen Kampf also kaum direkt, sondern eher virtuell-medial aus; den ländlichen Wahlkreisen der Lausitz stehen die Zentren und hier zuvorderst die jeweilige Landeshauptstadt, Potsdam und Dresden, gegenüber. Wie in den ländlichen Lausitzer Wahlkreisen lag auch in den Landeshauptstädten die Wahlbeteiligung mit 72,2 Prozent in Dresden und 69,3 Prozent in Potsdam deutlich über dem Durchschnitt des jeweiligen Bundeslandes von 66,5 beziehungsweise 61,3 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen waren hier, wie erwähnt, viel erfolgreicher als im Rest des jeweiligen Landes. In Potsdam und Dresden konnten die Grünen ebenso wie in Leipzig erstmals bei einer Wahl in Ostdeutschland Direktmandate gewinnen. Für diesen Wahlerfolg war die Profilierung als erklärte Gegner der AfD sehr wichtig.

Die alte Kontakthypothese,²¹ die postuliert, dass wenig Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen wechselseitige Ängste und Abwehr befördern, während stabile Interaktionen und gemeinsame Erfahrungen ihnen entgegenwirken können, wurde in der deutschen Debatte der vergangenen Jahre überwiegend angeführt, um die im Vergleich weiter verbreitete Fremdenfeindlichkeit respektive Rassismus in den östlichen Bundesländern zu erklären. Sie lässt sich aber auch als Annahme hinsichtlich einer Spaltung der Gesellschaft zwischen peripheren Räumen und verdichteten urbanen Zentren (nicht nur) auf Ostdeutschland übertragen. Bleibt es bei diesen eher spärlichen Kontakten und fehlenden gemeinsamen Handlungszielen, würde dies zur Verstetigung der Konflikte beitragen.

Eine neue Konfliktlinie?

Die aufscheinende neue Konfliktlinie repräsentiert einen an die Gegenwart angepassten Konflikt zwischen Zentren und (insbesondere ländlicher) Peripherie, nimmt aber auch Elemente eines Stadt-Land- und Globalisierungskonflikts auf. In den Landtagswahlprogrammen der Parteien spielten vor allem Interessen der ländlichen strukturschwachen Regionen im Kontext der Energiewende und des Gefühls des »Abgehängtseins« eine wichtige Rolle. Die AfD ist mittlerweile die einzige politisch relevante Partei, die die Energiewende ablehnt und damit den Menschen in der Lausitz verspricht, sich dafür einzusetzen, dass alles »beim Alten« bleibt.

Die Grenzen des Konfliktlinienansatzes sehen wir darin, dass er zwar das Erstarken neuer Parteien – hier der AfD – erklärt, nicht aber die Wahl der anderen Parteien und das unterschiedliche Abschneiden von SPD und CDU innerhalb der Lausitz. Um einen Sieg der AfD zu verhindern, unterstützte die Mehrheit der Wählerschaft unterschiedliche Parteien. Hierfür müssen andere Faktoren, wie regionale Pfade, hinzugezogen werden. Wir konnten außerdem zeigen, dass sich Konfliktlinien nicht in einer Region selbst manifestieren müssen, sondern im Kontrast der Region zu anderen Landesteilen. Die Ortsverschiedenheit der Wählerschaften kann zu ihrer Verstärkung beitragen.

Ob dies tatsächlich geschieht, hängt von verschiedenen Faktoren ab und ist daher nicht prognostizierbar. Dass sich im Gegensatz zu 2014 alle Parteien in Brandenburg und Sachsen in ihren Wahlprogrammen zur Lausitz explizit und zunehmend konkret äußerten, kann ein Zeichen dafür sein, dass die Politik auf erhebliche Stimmenverschiebungen bei Wahlen reagiert und eine höhere Sensibilität für die Interessenlagen vor Ort entwickelt. Die Landtagswahlprogramme lesen sich als Beiträge zu einem entsprechenden Diskurs. Durch eine höhere Responsivität der politischen Entscheidungen gegenüber der regionalen Wählerschaft, eine stärkere Präsenz der Entscheidungsträgerinnen und -träger vor Ort sowie überregionale Begegnungs- und Dialogangebote könnte die Konfliktlinie möglicherweise abgemildert werden. Dann wäre der elektorale Erfolg der AfD in der Lausitz nicht der Startpunkt einer nachhaltigen Änderung im Parteiensystem, sondern ein vorübergehender Trend, um in drastischer Form auf spezifische Interessenlagen hinzuweisen.

Der Beitrag erschien zuerst in der APuZ-Ausgabe 6-7/2020 »Lausitz« vom 3. Februar 2020.

Anmerkungen

- 1 In Sachsen wird die Zweitstimme »Listenstimme« genannt.
- 2 Die Zahlen gelten, wenn die Ergebnisse der 15 vollständig und der vier überwiegend in der Lausitz liegenden Wahlkreise (*Tabelle*) addiert werden.
- 3 Vgl. Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives*, New York 1967, S. 1–64.
- 4 Siehe u. a. Wolfgang Merkel, *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie*, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017, S. 9–23; Pieter de Wilde et al. (Hrsg.), *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Cambridge 2019; Liesbet Hooghe/Gary Marks, *Cleavage Theory Meets Europe's Crises*: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: *Journal of European Public Policy* 1/2018, S. 109–135.
- 5 Vgl. Andrea Römmele, *The Cleavage Structure and the Emerging Party Systems in East and Central Europe*, in: Kay Lawson/dies./Georgi Karsimeonov (Hrsg.), *Cleavages, Parties, and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*, New York 1999, S. 11–24, hier S. 22.
- 6 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg, *Gutes Morgen, Brandenburg!* (Landtagswahlprogramm 2014), S. 23; dies., *Brandenburg fairwandeln* (Landtagswahlprogramm 2019).
- 7 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Sachsen, *Weltoffen. Ökologisch. Gerecht* (Landtagswahlprogramm 2019), S. 40.
- 8 Die brandenburgischen Liberalen, die sich 2014 noch kritisch gegenüber der Energiewende geäußert hatten, sprachen fünf Jahre später davon, dass der Braunkohleausstieg »früher oder später unumgänglich« sei. FDP Brandenburg, *Brandenburg wächst mit seinen Menschen* (Landtagswahlprogramm 2019), S. 22f.
- 9 AfD Brandenburg, *Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019*, S. 82.
- 10 So hieß es damals beispielsweise bei den sächsischen Grünen noch allgemein: »Über das GRÜNE Klimaschutzgesetz werden wir die großen wirtschaftlichen Potenziale der Energiewende für BürgerInnen, Kommunen, Handwerk und Mittelstand erschließen«. Bündnis 90/Die Grünen Sachsen, *Sachsens Chancen nutzen* (Landtagswahlprogramm 2014), S. 7. Die Lausitz tauchte als solche nur im Zusammenhang mit der Förderung der kulturellen Entfaltung der sorbischen Bevölkerung auf.
- 11 Die brandenburgische Linke etwa sprach sich für die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in der Lausitz aus. Die Grünen erklärten, mit Bundesmitteln eine medizinische Fakultät in der Lausitz gründen zu wollen, und forderten ein EU-Programm zur Gestaltung des Strukturwandels im Zuge der Umstellung auf erneuerbare Energien, das auch für die Lausitz genutzt werden könne.
- 12 In mehreren Wahlprogrammen tauchte die Lausitz auch im Zusammenhang mit der sorbischen Minderheit auf, die gefördert werden sollte. Aus Platzgründen lassen wir diesen aus unserer Sicht für das Wahlverhalten nachrangigen Aspekt außer Acht. Zur sorbischen Minderheit siehe den Beitrag von Fabian Jacobs und Měto Nowak in diesem Band (*Anm. d. Red.*).

- 13 2019 lagen die brandenburgischen Wahlkreise 38 bis 44 sowie die sächsischen Wahlkreise 52, 53 und 55 bis 60 vollständig in der Lausitz; die Wahlkreise 28, 29 und 36 in Brandenburg sowie der Wahlkreis 54 in Sachsen umfassten zumindest mehrheitlich Gemeinden und Städte aus der Lausitz. Demgegenüber befand sich der brandenburgische Wahlkreis 37 zu weniger als der Hälfte auf Lausitzer Gebiet.
- 14 Auch in den brandenburgischen Landkreisen Dahme-Spreewald (63,7 Prozent) und Elbe-Elster (61,9 Prozent), zu denen jeweils ein »Lausitzer« Wahlkreis gehört, lag die Wahlbeteiligung über dem landesweiten Mittelwert. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz (59,4 Prozent) allerdings lag deutlich unter dem Referenzwert.
- 15 In Sachsen wird die Erststimme »Direktstimme« genannt.
- 16 Oliver Haustein-Teßmer, Warum die Wahlergebnisse für die Lausitz schwierig sind, 1.9.2019, www.lr-online.de/nachrichten/meinungen/landtagswahlen-2019-schwieriges-ergebnis-fuer-brandenburg-und-sachsen_aid-45522263.
- 17 Günter Platzdasch, In der Lausitz hat die Zukunft der gesellschaftlichen Konflikte schon begonnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.2019, S. N3.
- 18 Forschungsgruppe Wahlen, Wahlanalyse Sachsen 2019, 3.9.2019, www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_Sach190903.pdf. Für Brandenburg siehe www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_Bran190902.pdf.
- 19 Die referierten Zahlen sind den Wahltagsbefragungen von Infratest dimap entnommen. Siehe <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-BB>; <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-SN>.
- 20 Christian Booß, Braune Wurzeln? Thesen zu den Erfolgen des Rechtspopulismus im Osten, 4.9.2019, www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/296068/braune-wurzeln.
- 21 Für den Ursprung des Ansatzes siehe Gordon Allport, *The Nature of Prejudice*, Cambridge 1954.

Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz

Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt

Was ist das eigentlich – Strukturwandel? Dieser Begriff wird ganz selbstverständlich verwendet, um grundlegende Veränderungen sozialer, wirtschaftlicher und administrativer Abläufe und Gewohnheiten zu fassen. Wandel klingt dabei sanft, als ginge es um ein geschmeidiges Hinübergleiten von einem Vorher in eine erstrebenswerte Zukunft. Etwas scheint an den alten Strukturen nicht mehr zu funktionieren, was deren Anpassung an neue Gegebenheiten nötig macht. Entweder stimmen die Ergebnisse nicht mehr oder ihre Voraussetzungen haben sich verändert. Beides trifft zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Lausitz, eine Region in Brandenburg, Sachsen und Polen, zu.

Ehemals Zentrum des Braunkohlenbergbaus der DDR, musste die Lausitz schon nach 1989/90 einen immensen Strukturbruch verarbeiten. Das anvisierte Ende der Braunkohleverstromung bis spätestens 2038 fordert die Region nun erneut. So erstrebenswert der Kohleausstieg vor dem Hintergrund der ökologischen Krise ist, so herausfordernd ist der Weg dahin für die Lausitz und all jene, die nach Antworten auf die Frage suchen: Wohin soll es gehen in der Lausitz?

In diesem Beitrag rücken wir diejenigen in den Mittelpunkt, die den erneuten Strukturwandel gestalten. Durch sie ist zu erfahren, wie schwierig es ist, dem zum Teil noch unbekanntem Neuen den Weg zu bahnen. Die Widerstände gegen Veränderungen sind erheblich und müssen verstanden werden, um diese Transformation auf demokratischem Wege zu ermöglichen. Ausgehend von einer Beschreibung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen leiten wir aus fünf Perspektiven zwei zentrale Wesensmerkmale – Gleichzeitigkeit und Unsicherheit von Strukturwandel – und kollektive Herausforderungen ab. Wir schließen mit Vorschlägen zum Strukturwandel der Lausitz.¹

Strukturwandel – auf ein Neues

Bis zum Ende der DDR war die zentrale Funktion der Lausitz der Abbau und die Verstromung der Braunkohle für das halbe Deutschland Ost. Mit zuletzt 80000 direkt Beschäftigten setzte die Kohle den ökonomischen, sozialen und sogar kulturellen Rahmen über mehrere Generationen hinweg.² Als infolge des Zusammenbrechens der DDR und ihrer Volkswirtschaft über 90 Prozent der Arbeiter*innen in der Kohle entlassen und zahlreiche Kraftwerke und Tagebaue geschlossen wurden, zerbrachen Gewohnheiten und Sicherheiten. Nicht nur in der Kohle gingen Arbeitsplätze verloren. Zwischen 1995 und 2015 zog knapp jede*r fünfte Bewohner*in aus der Lausitz weg.³ Mit der Einführung des bundesdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystems vollzog sich der Strukturwandel unsanft und rasch.

Die verbliebenen Kraftwerke und Tagebaue befeuern den Konflikt um die ökologische Verträglichkeit und die Folgen für Menschen und Landschaft. Unter den zehn emissionsintensivsten Industrieanlagen Europas finden sich alle drei Lausitzer Braunkohlekraftwerke.⁴ Die Reste der Kohleindustrie sollen nun stillgelegt werden, damit Deutschland seine Emissionsziele erreicht.⁵ Was bedeutet diese Perspektive für den Strukturwandel in der Region?

Seit der Bundestagswahl 2017 haben sich die Debatten intensiviert. Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass sowohl nationale als auch internationale Ziele zur Emissionsminderung nicht einzuhalten sind, solange die Kohlekraftwerke weiterlaufen. In den vergangenen Jahren verschob sich die Debatte vom Ob zum Wann des Kohleausstiegs. Die Große Koalition setzte im Juni 2018 die Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« (KWSB, auch Kohlekommission genannt) ein, deren hart errungener Kompromiss den Kohleausstieg bis spätestens 2038 vorsieht. Die Lausitz sowie die anderen Reviere werden umfangreiche Strukturhilfen erhalten. Innerhalb der KWSB spielte die Lausitz eine herausgehobene Rolle,⁶ nicht zuletzt aufgrund der vergleichsweise komplexen Situation vor Ort sowie der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg 2019. Aus Sicht vieler Lausitzer*innen ist der beschleunigte Kohleausstieg mit hohen sozioökonomischen Lasten verbunden. Viele sorgen sich nicht nur um die Arbeitsplätze im Bergbau, sondern auch darum, dass die Region weiter an Bedeutung verlieren könnte.

Während der Kohleausstieg deutschlandweit großen Zuspruch erfährt, sind in der Lausitz weniger Menschen davon überzeugt als im Rest des Landes.⁷ Bemerkenswert ist jedoch, dass die Debatten der vergangenen

zwei Jahre auch die Einstellungen in der Region verändert haben. Während Lausitzer Kohlebefürworter*innen den Ausstieg noch vor wenigen Jahren grundsätzlich ablehnten oder einen späteren Ausstieg verlangten, fordern sie nun, das verabredete Ausstiegsdatum 2038 einzuhalten. Die Möglichkeit, dass der Ausstieg auch noch früher kommen könnte – nicht zuletzt aufgrund übergeordneter energiewirtschaftlicher Dynamiken –, sorgt für Beunruhigung in der Region.

Sollten die finanziellen Zusagen eingehalten werden, werden in der Lausitz in den kommenden zwei Jahrzehnten etwa 17 Milliarden Euro Strukturwandelförderungen zu investieren sein. Davon fließt ein Drittel direkt an die Bundesländer, die übrigen Gelder werden durch die entsprechenden Bundesministerien in den betroffenen Regionen eingesetzt. Legislativ verankert werden die entsprechenden Bestimmungen im Strukturstärkungsgesetz⁸ sowie im Kohleausstiegsgesetz. Für Landesregierungen, Bürgermeister*innen, Strukturwandelorganisator*innen und Engagierte bedeutet das, belastbare Visionen und leistungsfähige Governancestrukturen zur Umsetzung zukunftsweisender Projekte finden zu müssen, die wirkungsvoll und integrativ sind. Impulse, die Strukturpolitik insgesamt setzen kann, dürfen aber nicht überschätzt werden.⁹

Die Mittel sollen in der Lausitz zur Ansiedlung von wissenschaftlichen Instituten sowie zum Ausbau von Straßennetz, Bahnverbindungen und digitaler Infrastruktur verwendet werden. Hinzu kommen Pläne in den Bereichen Energiewirtschaft (unter anderem Wasserstofftechnologien), Gesundheit und Tourismus. Ein eindeutiges Bekenntnis, alle Maßnahmen auf das Ziel einer möglichst emissionsarmen Lausitz auszurichten, fehlt jedoch bisher. Vielmehr beziehen sich viele Hoffnungen weiterhin auf – teils nicht nachhaltige¹⁰ – Großstrukturen, die den Wegfall der bisherigen Industriearbeitsplätze ersetzen sollen.

Angesichts der teilweise traumatischen Erfahrungen im Strukturbruch der 1990er Jahre hat das Vertrauen in die etablierten politischen Akteur*innen abgenommen. Viele Bürger*innen fühlen sich und ihre Themen nicht mehr repräsentiert. Rechtspopulistische Strömungen katalysieren diese politische Entfremdung in der Region und nutzen sie zur »populistischen Mobilisierung«,¹¹ zu beobachten auch bei den sächsischen und brandenburgischen Landtagswahlen im September 2019, in denen die rechtsnationalistische AfD mit 23,5 Prozent in Brandenburg und 27,5 Prozent in Sachsen jeweils zweitstärkste Kraft hinter SPD beziehungsweise CDU wurde.¹² Sie hatte sich im Wahlkampf, wie bereits in der Landtagswahl 2014, nicht nur als Anti-Establishment-Partei artikuliert,¹³ sondern sich auch klar für die Braunkohle ausgesprochen. Damit ist es ihr besonders in der Lausitz

gelingen, Wähler*innen für sich zu mobilisieren.¹⁴ Einerseits wurden die Karten nun durch die Wahlergebnisse neu gemischt, da die Ministerpräsidenten zwar weiterregieren können, jedoch jeweils in einer neuen Konstellation. Andererseits wird es ein Balanceakt sein, über die nächsten Jahre sowohl vorzeigbare Erfolge zu erreichen als auch dem weiter gewachsenen Rechtspopulismus in der Region zu begegnen. Es wird sich zeigen, ob Mitwirkung und Beteiligung, wie sie in beiden Koalitionsverträgen der neuen Landesregierungen¹⁵ angelegt sind, umgesetzt werden.

Fünf Einblicke in die Lausitz

Wer Potenziale und Grenzen des Strukturwandels verstehen will, muss auf diejenigen schauen, die schon heute damit umgehen müssen. Im Strukturwandel kommt diesen Personen eine weitreichendere Funktion zu: Sie müssen gleichzeitig ihre alten Rollen ausfüllen und neue Ideen entwickeln, für diese werben und Konflikte um divergierende Ziele austragen. Mit dem Auslaufen der Kohle wird es zu Verschiebungen im institutionellen und kulturellen Gefüge der Region kommen. Darauf müssen die Akteur*innen heute, so sie ihre Aufgaben als Bürgermeister*innen, Wirtschaftsförder*innen oder Regierungsmitglieder ernst nehmen, reagieren. Nachfolgend stellen wir fünf Personengruppen vor, die typische Strukturwandelperspektiven abbilden. Aus der Beschreibung ihrer Dispositionen lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, was ihre jeweiligen Bedürfnisse im Strukturwandel sind. Die Grundlage dieser kurzen, verdichteten Erzählungen einzelner Akteur*innen und Personen sind teilnehmende Beobachtungen, Interviews und Erfahrungen aus unserem Forschungsprojekt. Wir kooperieren mit den geschilderten Akteur*innengruppen darüber hinaus auch im Rahmen von wissenschaftlichen Beratungen.

Bürgermeister*innen

In der vergleichsweise dünn besiedelten Lausitz sind die mittelgroßen Städte zentrale Ankerpunkte. Bürgermeister*innen engagieren sich hier, teils beharrlich und unter Umständen, die sie selbst nur bedingt beeinflussen können, für eine lebenswerte Region. Dass die Lebensverhältnisse jenen in den bundesdeutschen Großstädten nicht gleich sind, ist auch ihnen klar. Auch der Rückblick auf frühere Strukturwandelenerfahrungen inklusive mancher Enttäuschung hat sie geprägt. Entsprechend pragmatisch reagieren sie auf die vielversprechenden Ankündigungen, dass in Zukunft

zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen werden. Unter ihnen finden sich viele Macher*innen, einige ernüchterte Mangelmanager*innen und wenige Utopist*innen.

Durch die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Lausitz erlebt auch die kommunale Ebene in den vergangenen Jahren einen Bedeutungszuwachs. Ob in der Strukturwandelkommission oder auf EU-Veranstaltungen – neuerdings sind Vertreter*innen beispielsweise der »Lausitzrunde«, einem selbstinitiierten Bündnis von betroffenen Kommunen im Braunkohlerevier, gefragte Gesprächspartner*innen.¹⁶ Der Strukturwandel stärkt die Vernetzung untereinander, gleichzeitig entstehen neue Konkurrenzen. Kommunen, die heute noch an der Kohle hängen, grenzen sich von denen ab, die sich schon länger umorientieren mussten. Die Grenzen der Lausitz werden hier neu verhandelt. Viele der Bürgermeister*innen sind der Kohle und dem Energieunternehmen LEAG nach wie vor eng verbunden.¹⁷ Einige haben jedoch erkannt, dass diejenigen im Vorteil sind, die als Pionier*innen den Wandel mitgestalten, anstatt ihn zu bekämpfen.

Der durch den Kohleausstieg induzierte Strukturwandel bedeutet für Bürgermeister*innen in der Lausitz eine zusätzliche Herausforderung. Viele Kommunen mussten über längere Zeit mit geringen Mitteln auf Bevölkerungsrückgang und Überalterung reagieren. Um an Förderungen von Land und Bund teilzuhaben, müssen sie jetzt neue Verwaltungskapazitäten aufbauen, die zuvor teils abgebaut wurden. Um dem Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen, brauchen sie vorzeigbare Erfolge.

Lausitzbeauftragte

Die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen haben den Strukturwandel in der Lausitz zur Chefsache erklärt und neue Schnittstellen in die Region geschaffen. Die Lausitzbeauftragten der beiden Bundesländer sind in den Staatskanzleien verortet, sollen aber direkt in der Lausitz als Ansprechpartner*innen fungieren. Sie stehen für einen Wandel von Strukturen auch in den politischen Institutionen selbst.

Als Verbindung in die Region einerseits, zu übergeordneten Politikebenen andererseits, sind ihre Aufgaben divers: Erklären, Kommunizieren, Zuhören, Beschwichtigen, Repräsentieren und Umsetzen gehören dazu. Gemeinsam mit den Landesministerien verhandeln sie auf der Arbeitsebene mit Bund und EU die Rahmenbedingungen der Strukturhilfen. Neben erfolgreicher Strukturpolitik und prestigeträchtigen Ansiedlungen sollen sie dafür sorgen, dass die Lausitz zu einer sogenannten Modellregion für den Strukturwandel wird.¹⁸ Gleichzeitig arbeiten sie darauf hin, Ent-

scheidungen über Zuwendungen und Governancestrukturen möglichst auf der Landesebene zu konzentrieren.

Die Landesregierungen und mit ihnen die Lausitzbeauftragten könnten für die strukturpolitischen Weichenstellungen aus den teils gescheiterten Bemühungen der vergangenen Jahrzehnte in Ostdeutschland lernen, was bisher jedoch nicht zu erkennen ist. Auch sind bisher von ihnen kaum transformative Veränderungen und sozial-ökologische Impulse für den Strukturwandel ausgegangen. Der Spagat zwischen Erhalt von Arbeitsplätzen und neuen Industrieansiedlungen ist schwer zu bewältigen. Auch sind die Landesregierungen über Jahrzehnte stabile Partnerinnen der Kohleindustrie gewesen und somit in den etablierten Denkstrukturen verhaftet. Angesichts von Umfang und Gleichzeitigkeit vieler Entwicklungen sind auch die Lausitzbeauftragten überlastet, versuchen aber zugleich, Optimismus zu verbreiten.

Engagierte

In der Lausitz haben sich vielfältige zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Strukturen entwickelt, die die Lausitzer Zukunft jenseits der Kohle heute schon denken und leben. Einige davon sind aus der Umweltbewegung hervorgegangen. Diesen Engagierten steht ein gravierender Wandel bevor, denn die geübten Anlässe und Auslöser ihres Handelns, das heißt Tagebauerweiterungen oder Umsiedlungen, werden bald nicht mehr stattfinden.

Die Kohle längst hinter sich gelassen haben jene, deren Themen beispielsweise Industriekultur, ökologische Landwirtschaft, verwaiste Bahnhöfe oder digitale Bildung sind. Viele von ihnen bearbeiten damit auch die Folgen der Strukturbrüche der 1990er Jahre. Sie sind in ihrer eigenen Weise hoch engagiert, weil sie die Strukturschwäche der Zivilgesellschaft mit Geist, Witz, Kreativität und hohem persönlichem Aufwand kompensieren.

Leben und wirken in der Lausitz heißt für sie, ihre eigenen Geschicke an die Region zu binden und die Grenzen zwischen Arbeit und Engagement aufzulösen. Sie sind stark vernetzt, aber auch strukturell überfordert. Finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen sind so knapp, dass sie in hohem Maße von Zuwendungen der öffentlichen Hand abhängig sind. Damit entsteht eine Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Ressourcen. Ihre Wirkung im unmittelbaren Umfeld ist erheblich, doch können zusätzliche Herausforderungen oder Gelegenheiten oft nicht erkannt und wahrgenommen werden. Sie gehören meistens zur mittleren Generation und damit zur Gruppe derer, die in großen Teilen in den 1990er Jahren

abgewandert ist. Die vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen, dass die Ressourcen knapp sind und nichts geschieht, wenn es nicht in Eigenregie angegangen wird, prägen diese speziellen und unverzichtbaren Lausitzer Engagierten.

Strukturwandelorganisator*innen

Dass der Strukturwandel kommen würde, war und ist den politischen Akteur*innen bewusst. Deswegen haben sie im Rahmen ihrer administrativen Möglichkeiten versucht, Ressourcen für das Vorausdenken bereitzustellen. Ein Resultat davon ist die Zukunftswerkstatt Lausitz, die versucht, Entwicklungspfade der Lausitz zu identifizieren und dabei möglichst viele Bürger*innen und Stakeholder zu involvieren.

Gerade bei den Zukunftsentwickler*innen entsteht aufgrund der noch unsicheren Förderstrukturen eine Situation, in der komplexe Fragen und Prozesse unter Vollgas entwickelt werden müssen, um insgesamt ein Schnecken tempo zu erreichen. Der Gegendruck von Bürgermeister*innen, Engagierten und Bürger*innen ist dabei spürbar: Die einen haben eine veritable Strukturwandelp hobie entwickelt, die sie gegen jede, wenn auch nur imaginierte Veränderung ins Feld führen. Die anderen wiederum versuchen, ihre Position für die Zukunft möglichst zu optimieren, auch wenn das auf Kosten gemeinsamer Positionierungen geht.

Das Fehlen potenter, nicht staatlicher Institutionen, wie beispielsweise Stiftungen, führt dazu, dass die Strukturwandelorganisator*innen von den kommunalen Verwaltungen beauftragt wurden, die wiederum das größte institutionelle Beharrungsvermögen aufweisen. Während die Chance auf die Bildung einer Verantwortungsgemeinschaft greifbar ist, können beziehungsweise wollen die Auftraggeber*innen nicht anders, als kreative Lösungen, innovative Methoden und selbstständiges Handeln durch Verwaltungsvereinbarungen, minutiöse Mittelbescheide und langsame Entscheidungswege fast bis zum Stillstand einzuhegen. Dass die Lausitz obendrein noch in zwei Bundesländern und in Polen liegt, regional weitläufig und infrastrukturell schlecht erschlossen ist, macht es für das Zukunftsdenken noch schwieriger, denn es geht gleichzeitig um das Was, das Wie und auch noch um das Wo.

Auszubildende

Im Strukturwandeldiskurs der Lausitz stehen die unter 25-Jährigen im Fokus, die gerne in der Region bleiben würden.¹⁹ Darunter kommt jenen

einen Schlüsselrolle zu, deren Eltern nach dem Umbruch 1989/1990 nicht abgewandert sind, die das familiär verankerte Narrativ der Strukturbruchfolgen kennen und sich heute fragen: Gehen oder Bleiben?

Die Auszubildenden des Energieunternehmens LEAG nehmen eine besondere Rolle ein. Ihre Ausbildung wäre früher eine Garantie für berufliche Entwicklung, guten Lohn und eine stabile Perspektive in der Region gewesen. Mit dem Kohleausstieg ändert sich auch ihr Status: In der Berufsschule sind sie nicht mehr stolze Azubis der LEAG, sondern von ihren Schulkolleg*innen kritisch hinterfragte »Klimasünder«.²⁰ Greta Thunberg ist über Nacht zur Symbolfigur ihrer Generation, aber nicht für die Auszubildenden selbst geworden. Nur wenige außerhalb ihres Umfeldes können ihre Argumente gegen die Umsetzung der Energiewende nachvollziehen.

Ob sie nach ihrer Ausbildung übernommen werden, ist ungewiss. In Workshops erfahren wir, dass diese Veränderungen die häufig regional und kulturell verwurzelten Auszubildenden verunsichern. Biografisch und familiär stark mit der Kohleindustrie verbunden, ist für sie noch ungeklärt, wo ihr Platz in der Transformation sein kann. Sie verärgert, dass ihr erfahrungsbasiertes Denken, wie eine Energiewende gestaltbar wäre, bestenfalls am Rande vorkommt, obwohl sie als Auszubildende in der Energiebranche viele Einblicke liefern können. Peu à peu müssen sie neue Orientierungspunkte entwickeln, um ihr Wissen und ihre Ressourcen so in die Strukturwandeldynamik zu integrieren, dass sie sich selbst zum unverzichtbaren Bestandteil des Wandels werden lassen.

Gleichzeitigkeit und Unsicherheit

Die fünf beschriebenen Personengruppen teilen, dass sie damit konfrontiert sind, gleichzeitig stattfindende Prozesse zu erfassen und zu konzeptualisieren, die auch noch in unterschiedlichen Dringlichkeiten auftreten. Nach der deutschen Wiedervereinigung war Hoffnung auf Verbesserung eine Triebfeder des Aufbruchs. Die Enttäuschungen von damals und die Verdrängung an den sozialen, geografischen und politischen Rand stehen heute als Hemmnisse vor einigen der Strukturwandelakteur*innen.²¹ Zuweilen stecken sie auch in ihnen selbst. Dies verstärkt die Krisenwahrnehmung, da progressive und strukturkonservative Positionen miteinander ringen. Die Belastbarkeit demokratischer und administrativer Verfahren kommt an ihre Grenzen, da sie selbst angezweifelt werden.

Die Lausitzbeauftragten versuchen, mehrere parallele Entscheidungsprozesse zu koordinieren, während die Strukturwandelorganisator*innen

beklagen, dass die konkrete Gestaltung von Strukturwandel ausgebremst wird, solange Entscheidungswege und politische Ideen für eine zukunftsfähige Lausitz unklar bleiben. Lausitzer Bürgermeister*innen wollen schnelle Erfolge vor Ort zeigen, doch ihr Verhältnis zu den außerhalb der Lausitz skizzierten optimistischen Szenarien ist gespalten. In einem Klima hoher Dringlichkeit sind sie gleichzeitig laut und abwartend, hängen doch ihre Spielräume von Entscheidungen der Bundes- und Landesebene ab.

Die hier skizzierten Akteur*innen erleben den Strukturwandel in sehr unterschiedlichen Phasen. Während die Progressiv-Engagierten bereits beweisen, dass alte Fabrikhallen auch als Co-Working-Spaces funktionieren, kämpfen Strukturwandelorganisator*innen um Gehör in den Landratsämtern. LEAG-Azubis sehen sich stigmatisiert, weil ihr »neues« Wissen und ihre »neue« Position doch schon heute zum Gestern gehören. Die Bürgermeister*innen vollführen einen kommunikativen Spagat: Sie sprinten von der LEAG-Veranstaltung zur Eröffnung des Co-Working-Space und müssen beides wichtig und gut finden. Die Problemdiagnosen der verschiedenen Akteur*innen unterscheiden sich daher berechtigterweise sehr voneinander.

Allen Akteur*innen gemeinsam sind hingegen die Strukturunsicherheiten und damit einhergehende Konkurrenzen um stabilisierende Ressourcen. Von Engagierten bis Azubis wird deutlich, dass das Bestehende und damit die Orientierungspunkte bröckeln. Hier verdichten sich auch überregionale Trends, die im Strukturwandel jedoch stärker hervortreten, darunter die demografische und infrastrukturelle Entwicklung ländlicher Räume im Allgemeinen, die Digitalisierung oder der Trend zur postindustriellen Gesellschaft. Angesichts dessen sind Selbstverständlichkeiten und Selbstverständnisse volatil.

Lausitzbeauftragte und ihre Landesregierungen versuchen mittlerweile, den sich zäh vollziehenden Wandel voranzubringen und dabei in den kurzen Legislaturperioden Erfolge zu zeigen. Wie die Lausitzer*innen selbst zu Akteur*innen und Ressourcen des Wandels werden können, bleibt für sie zurzeit noch eine offene Frage. Ist eine stärkere Beteiligung der Bürger*innenschaft jenseits von Wahlen ein probates Mittel? Die Herausforderung besteht darin, Bürger*innen nicht bloß zur Legitimierung und Akzeptanzsteigerung bereits getroffener Entscheidungen zu beteiligen, sondern bereits in Entscheidungsfindungsprozesse einzubeziehen.

Herausforderungen im Strukturwandel

Aus den beiden grundlegenden Dynamiken – Gleichzeitigkeit und Strukturunsicherheiten – ergeben sich Hürden im Strukturwandel. Die Erfahrungen des Strukturbruchs in den 1990er Jahren sind tief im kollektiven Gedächtnis verankert, und derzeitige Herausforderungen – beispielsweise die soziale, demografische und infrastrukturelle Erosion ländlicher Räume – wiegen umso schwerer. Kohleausstieg und Strukturwandel sorgen dafür, dass seit Jahrzehnten schwelende **Konflikte** über den Umgang mit gesellschaftlichem Wandel nicht zur Ruhe kommen. Die Hoffnung auf eine Beruhigung der Region hat sich nicht erfüllt, auch weil die Verbindlichkeit des KWSB-Kompromisses bisher unklar bleibt. Gesellschaftliche Gruppen haben sich darauf eingerichtet, ihre Position in Abhängigkeit von der Kohle – pro oder contra – zu definieren. Den Bezugspunkt Kohleindustrie loszulassen, nach vorne zu schauen und Verantwortungsgemeinschaften durch sektorenübergreifende Kooperationen zu schaffen, scheint aktuell noch schwierig.

Überzogene Erwartungen an den Strukturwandel machen Enttäuschungen wahrscheinlich. So erklären Bund und Länder die Lausitz zur europäischen Modellregion für den Strukturwandel. Diese Zielsetzung liest sich schon 20 Jahre vor dem Ende der Kohle wie eine Anleitung zum Scheitern. Eine so symbolträchtige Rahmung erfordert eine soziale und kulturelle Entwicklung, die nicht *top down* verschrieben werden kann. Ehrlicher wäre es zuzugeben, dass nicht jede*r Einzelne vom Strukturwandel profitieren wird und dass auch der erneute Wandel der Region für manche schmerzlich wird. Zudem sollte das Beharrungsvermögen von Institutionen und Organisationen nicht unterschätzt werden, deren Funktionen sich durch den Kohleausstieg verändern.

Derzeit sind die **Mitgestaltungsmöglichkeiten** für Lausitzer*innen im Strukturwandel ungenügend; auch so lassen sich die Ergebnisse der Landtagswahlen lesen. Wenn Bürger*innen bei wegweisenden Zukunftsentscheidungen nicht beteiligt werden, drücken sie ihr Unbehagen und Missfallen unter anderem in Wahlen aus. Mit finanziellen Ankündigungen allein werden sie nicht für den Wandel gewonnen. Es müssen die Versäumnisse der 1990er Jahre behoben werden, wo die heute verbreitete Wahrnehmung der **Fremdbestimmung** entstanden ist. Die Gleichzeitigkeit von massiver Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Finanzschwäche und Verwaltungsumbau hat die Erfahrung verfestigt, dass Veränderungen zu struktureller Überforderung führen und dass wichtige Entscheidungen immer außerhalb der Region getroffen werden.

Es ist bisher unklar, welche Rolle Nachhaltigkeit in all ihren Aspekten im Strukturwandel in der Lausitz spielen soll. Der Kohleausstieg ist nicht gleichzusetzen mit einem Wandel hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Im Gegenteil, Bundesregierung und Landesregierungen zögern, konsequent neue Wege zu beschreiten. Die Folge ist, dass **nicht nachhaltige Strukturen** fortbestehen. Auch ist die Versuchung groß, ein wiederum dominantes Großunternehmen in die Region zu locken, anstatt die mittelständischen und kleinteiligen Stärken der Region zu nutzen. Resilienz, das heißt die Fähigkeit, Krisen mit endogenen Kräften zu meistern, fördert dieser Weg nicht. Durch die Fortschreibung nicht nachhaltiger Wirtschaftsmodelle und Lebensweisen wird die Chance vertan, dass die Lausitz als zukunftsfähige Region einen strategischen Vorteil gewinnt.

Die beschriebenen Herausforderungen machen deutlich: Der Strukturwandel in der Lausitz braucht Zeit und sollte nicht mit Erwartungen überfrachtet werden. Die anstehende Transformation ist ein Anlass, damit Lausitzer*innen sich darüber verständigen können, in welcher Zukunft sie leben wollen – in wirtschaftlicher, sozialer, politischer, ökologischer und kultureller Hinsicht. Konflikte sind dabei unvermeidlich, können jedoch produktiv wirken. Was aber braucht es konkret für die Region? Wie können Bürgermeister*innen, Lausitzbeauftragte, Engagierte, Strukturwandelorganisator*innen, junge Auszubildende und Andere Protagonist*innen des Wandels werden?

Der Strukturwandel wird ausgelöst und flankiert von der Bundesebene, umgesetzt und gestaltet werden muss er jedoch lokal. Dazu sind **Spielräume** auf der lokalen und regionalen Ebene nötig, in denen die Akteur*innen bestenfalls kooperativ lernen und auch scheitern dürfen. Bürger*innen, Bürgermeister*innen und Engagierte müssen Gelegenheiten finden, in denen sie ihr Wissen und ihre Ideen aufdecken und einbringen können. Nach jahrzehntelangem Ausharren, wie in Berlin, Potsdam oder Dresden entschieden wird, müssen Ownership und Gestaltungswille in politischen Prozessen erst ausgebaut werden. Lokales Wissen muss stärkere Berücksichtigung finden, denn die Lausitz ist schon aufgrund ihrer Geschichte voller Strukturwandelexpert*innen. Für die bundes- und landespolitischen Weichenstellungen bedeutet dies, dass Entscheidungen über Projekte und Förderprioritäten auch in der Lausitz selbst getroffen werden müssen. Das verändert jedoch Routinen und verkleinert Entscheidungsspielräume etablierter politischer Akteure*innen. Im besten Fall kann sich aber so ein Mentalitätswandel vollziehen, in dem Erfolge im Strukturwandel auch als die eigenen verstanden werden. Von größeren Spielräumen und Vertrauen in ihre Kompetenzen profitierten so gut wie alle von uns beschriebenen Gruppen.

Dieser Ansatz schlägt sich in **neuen Formen der Mitbestimmung und strukturierter Beteiligung** nieder, die die demokratischen Verfahren ergänzen können. Beteiligung bietet hierbei die Gelegenheit, eine gemischte Gruppe von Bürger*innen zu erreichen, die über Interessengruppen hinausgeht. Beteiligung und Mitbestimmung können daher zu besseren Ergebnissen im Strukturwandel führen,²² da die lokalen Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden. Auch kann sich die Selbstwirksamkeit derjenigen erhöhen, die sich bisher übergangen fühlen. Erste Schritte in diese Richtung wurden in der Lausitz im Rahmen der Zukunftswerkstatt bereits unternommen, bisher allerdings mit geringer Reichweite und Wirkung. Die konsequente und kontinuierliche Übung im Miteinander auch über Meinungsgrenzen hinweg ist in der Lausitz ebenso wie an vielen anderen Stellen noch schwer. Beteiligungsverfahren dürfen jedoch nicht nur zur Akzeptanzbeschaffung verwendet werden, vielmehr müssen sie echte Gestaltungsspielräume eröffnen. Vorschläge dazu, welche Rolle unter anderem Bürgerausschüsse im Strukturwandel spielen können, haben wir an anderer Stelle bereits ausgearbeitet.²³

Angesichts der oben beschriebenen Unsicherheiten ist es zudem notwendig, zu klären, welche Rolle Nachhaltigkeit im Strukturwandel spielen soll. Hierfür braucht es zunächst einen Verständigungsprozess innerhalb der Lausitz. Nicht nur das Ob, auch das Wie ist hier noch eine offene Frage. Fördermittelgebende müssen sich aber ebenfalls positionieren, welchen Stellenwert **Nachhaltigkeit** in der Entwicklung früherer Bergbauregionen jenseits des Kohleausstiegs haben soll. Wandel kann dabei auch als Chance verstanden werden, verschiedene Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen und integriert zu denken, um nicht in einigen Jahren die nächsten Enttäuschungen durch Niedriglohnjobs oder fehlgeleitete Infrastrukturinvestitionen zu provozieren.

Auf kultureller Ebene kann dieser Fokus weiterhin dazu beitragen, **die symbolische Dimension der Kohle von der ökonomischen zu entkoppeln**. Nur so kann es gelingen, die vergangene Bedeutung der Kohle und der Menschen in dieser Industrie zu würdigen und trotzdem das Ende des fossilen Zeitalters ernsthaft ins Auge zu fassen. Trotz des anvisierten Kohleausstiegs ist dieses Ziel ja noch bei Weitem nicht erreicht, weder in den kohlenenahen Industriezweigen noch in der hegemonialen Lebensweise im Allgemeinen. In jedem Fall ist es für die Lausitz aber wichtig, diejenigen, die bisher von der Kohle leben, nicht zu verteufeln und ihre Expertise für den Strukturwandel mit an Bord zu holen. Beispiele aus Schottland, Nordfrankreich oder dem Ruhrgebiet können hier Impulse geben, wie das Erbe der Region trotz des Wandels fortbestehen kann. Eine stärkere Besinnung

auf Nachhaltigkeit kann weiterhin dazu beitragen, den kulturellen Reichtum zu würdigen, den die Lausitz genießt. Dies betrifft nicht zuletzt die sorbische und wendische Kultur in der Region,²⁴ die in der Vergangenheit besonders unter der Abaggerung von Dörfern gelitten hat.

Abschließend lässt sich sagen, dass der Kohleausstieg in der Lausitz stellvertretend für weitere unabdingbare sozialökologische Transformationen stehen kann. Die strukturelle Herausforderung, in relativ kurzer Zeit interdependente Entscheidungen in von Unsicherheit geprägten Kontexten zu treffen, wird dabei eher größer als kleiner. Mit dem Strukturwandel in der Lausitz eröffnet sich nun eine Gelegenheit, politische, administrative und ökonomische Strukturen auf Nachhaltigkeit umzustellen.

Der Beitrag erschien zuerst in der APuZ-Ausgabe 6-7/2020 »Lausitz« vom 3. Februar 2020.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag beruht auf den Erkenntnissen aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt »Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz« am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam (Förderkennzeichen 03SF0561). Unser Dank gilt unseren Kolleginnen und Kollegen aus diesem Forschungsprojekt, deren wertvolle Kommentare und Gedanken in diesen Beitrag eingeflossen sind.
- 2 Vgl. Öko-Institut, Die deutsche Braunkohlenwirtschaft. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen, Studie im Auftrag von Agora Energiewende und der European Climate Foundation, Berlin 2017, S. 83 ff.
- 3 Vgl. Gunther Markwardt/Stefan Zundel, Strukturwandel in der Lausitz. Eine wissenschaftliche Zwischenbilanz, in: Ifo Institut, Ifo Dresden berichtet 3/2017, S. 17–22; Julian Schwartzkopff/Sabrina Schulz, Zukunftsperspektiven für die Lausitz. Was kommt nach der Kohle?, 2015, www.e3g.org/library_asset/zukunftsperspektiven-fur-die-lausitz.
- 4 Vgl. The European Pollutant Release and Transfer Register (E-PRTR), Member States Reporting under Article 7 of Regulation (EC) No 166/2006, 2015 Data.
- 5 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Referentenentwurf eines Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen, 27.8.2019.
- 6 Vgl. Konrad Gürtler/David Löw Beer/Jeremias Herberg, Scaling Just Transitions. Legitimation Strategies in Coal Phase-out Commissions in Canada and Germany, in: Political Geography 2021, <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102406>; dies./Tobias Haas, Wie legitim ist der Kohlekompromiss? Spannungsfelder und Verhandlungsdynamiken im Prozess der Kohlekommission, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2021, <https://doi.org/10.1007/s41358-021-00261-8>.
- 7 Vgl. Daniela Setton, Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2018. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, IASS Study, Potsdam 2019.
- 8 Vgl. BMWi (Anm. 5).
- 9 Vgl. das Projekt »Strukturwandel in Kohleregionen als Prozess ökonomischer und sozialökologischer Transformation – Handlungsmöglichkeiten für einen sozialverträglichen Strukturwandel im Lichte der klimapolitischen Ziele«, www.ifo.de/node/42996.
- 10 Als nicht nachhaltig erachten wir solche Vorhaben, Strukturen und Lebensweisen, die die Bedürfnisse der heutigen Generation so erfüllen, dass die Möglichkeiten künftiger Generationen gefährdet werden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Die von der Brundtland-Kommission vorgenommene Definition von Nachhaltigkeit wird durch die Agenda 2030 mit den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) gefüllt. Nicht nachhaltig ist also, was diesen in Bundes- und Landesstrategien übersetzten Zielen fundamental entgegensteht. Bezogen auf den Strukturwandel wären dies unter anderem Investitionen in klimaschädliche fossile Strukturen oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse.
- 11 Vgl. Christoph Kopke/Alexander Lorenz, »Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD«. Die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg im Frühjahr 2015, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 221–235.

- 12 Vgl. Landeswahlleiter Brandenburg, Ergebnisse der Landtagswahl am 1.9.2019; Landeswahlleiterin Sachsen, Ergebnisse der Landtagswahl am 1.9.2019.
- 13 Vgl. Kopke/Lorenz (Anm. 11).
- 14 Siehe dazu auch den Beitrag von Astrid Lorenz und Hendrik Träger in diesem Band. [Anm. d. Red.]
- 15 Vgl. SPD/CDU/Bündnis 90/Die Grünen, Ein neues Kapitel für Brandenburg. Gemeinsamer Koalitionsvertrag, 2019, S. 21, S. 66; SPD/CDU/Bündnis 90/Die Grünen, Gemeinsam für Sachsen. Koalitionsvertrag 2019 bis 2024, 2019, S. 2, S. 32, S. 38, S. 57, S. 111.
- 16 Beispielhaft seien hier die Deklaration europäischer Bürgermeister für einen gerechten Übergang (*just transition*) oder die Aktivitäten der kommunalen Vertreter in der EU Coal Regions in Transition Platform genannt.
- 17 Das Lausitzer Braunkohleunternehmen LEAG ist einer der größten Arbeitgeber in der Region und entstand 2016 durch den Verkauf der Braunkohlesparte von Vattenfall AB an die tschechische EPH-Gruppe und deren Partner PPF Investments.
- 18 Vgl. Koalitionsvertrag Brandenburg (Anm. 15), S. 66.
- 19 Vgl. Victoria Luh/Julia Gabler/Jeremias Herberg, Sie wollen bleiben: IASS Workshops mit Auszubildenden in der Lausitzer Braunkohleindustrie. IASS Workshop Summary, 2020.
- 20 Gespräch mit Ausbilder, Kraftwerk Jänschwalde, 10.9.2019.
- 21 Vgl. Victoria Luh, Randständigkeit. Der Lausitzer Kohleausstieg im Kontext gesellschaftlicher Entkopplungserfahrung nach 1989. Eine Ethnographie im Landkreis Spree-Neiße, Masterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin 2019.
- 22 Vgl. Patrizia Nanz/Claus Leggewie, Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin 2016.
- 23 Vgl. Johannes Staemmler et al., Die Lausitz nach den Wahlen – aktive Beteiligung fest verankern, 6.9.2019, www.iass-potsdam.de/de/blog/2019/09/die-lausitz-nach-den-wahlen-aktive-beteiligung-fest-verankern.
- 24 Siehe dazu auch den Beitrag von Fabian Jacobs und Měto Nowak in diesem Band (Anm. d. Red.).

Mehrwerte schaffen

Wie der Strukturwandel in der Lausitz von der sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit profitieren kann

Die Lausitz befindet sich vor allem seit dem 19. Jahrhundert immer wieder in wirtschaftlichen Strukturwandelprozessen. Sei es die Modernisierung der Landwirtschaft, der Aufbau der Kohle-, Textil- und Glasindustrie, die Entwicklung des Tourismus insbesondere seit der Erschließung des Spreewalds durch die Eisenbahn von Berlin aus Ende der 1860er Jahre, der massive Ausbau der Industrie in der DDR, die Deindustrialisierung nach 1990 oder der Ausbau der Kreativwirtschaft und des Dienstleistungssektors – wirtschaftlicher Strukturwandel ist weder ein singuläres noch ein überraschendes Ereignis.

Auch die ethnische und sprachliche Struktur der Lausitz befindet sich in einem dauerhaften Wandlungsprozess. Im Rahmen der Völkerwanderung ließen sich slawische Stämme in der zu der Zeit weitgehend siedlungsleeren Region nieder, machten sie urbar und gaben ihr den Namen Łužyca, der auf Sumpfland verweist. Durch die mittelalterliche Ostkolonisation nahm der deutsche Bevölkerungsanteil stetig zu.¹ Begleitet durch Germanisierungsprozesse von Kirche, Staat, Schule und Gesellschaft führte dies vor allem ab dem 19. Jahrhundert in weiten Teilen der Ober- und Niederlausitz zur Ablösung des Sorbischen² als Umgangssprache durch das Deutsche. Verstärkt wurde dies durch Industrialisierungs- und gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, aber auch durch weiteren deutschen Bevölkerungszug ab der Mitte des 20. Jahrhunderts. Daher gibt es – abgesehen von wenigen Gemeinden in der Oberlausitz – heute keine mehrheitlich sorbischen Kommunen und nur noch wenige erstsprachlich-sorbische Milieus. Die Mehrheit der Sorbinnen und Sorben spricht kein Sorbisch. Sorbisch-deutsche Mehrsprachigkeitskompetenz ist, wenn überhaupt in der Region, eher auf sorbischer denn auf deutscher Seite anzutreffen.³

Dennoch ist die historisch gewachsene Mehrsprachigkeit ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen aktuell im Fokus stehenden, vom Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffenen Strukturwandelregionen Deutschlands. Für die Region Lausitz existieren keine einheitlich definierten, verbindlichen Grenzen administrativer, natur- und kultur-räumlicher oder historischer Art. Sie ist im Inneren äußerst heterogen. Es gibt vorwiegend landwirtschaftlich und dörflich geprägte Räume ebenso wie altindustrialisierte und industrialisierte, eher kleinstädtische Gebiete und schließlich in der Mitte die Großstadt Cottbus/Chóšebuz mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Historisch gehörte die Lausitz nie zu einem einheitlichen administrativen Gebilde. Bis heute ist sie auf verschiedene Staaten aufgeteilt. Einst waren das Brandenburg/Preußen und Sachsen, aber auch Böhmen und Polen. Heute sind es Deutschland, Polen und (je nach Definition) auch Tschechien. Die Grenzverläufe innerhalb der Lausitz variierten dabei immerzu. Somit durchliefen die verschiedenen Teile der Lausitz auch stets unterschiedliche politische, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Entwicklungen. Historisch gesehen, sind die über Jahrhunderte andauernde slawische Prägung der Region sowie die deutsch-slawische Beziehungsgeschichte das einzige verbindende Element der gesamten Lausitz. Wie die daraus resultierende Mehrsprachigkeit im Sinne regionaler Identität und räumlicher Selbstdefinition im aktuellen Strukturwandelprozess fruchtbringend genutzt werden kann, wird im Folgenden ausgelotet.

Sorbisches Siedlungsgebiet

Als territorialer Ausgangspunkt für diese Überlegungen dient das aktuelle sorbische Siedlungsgebiet. Es ist nicht zu verwechseln mit dem einstigen slawischen Siedlungsgebiet oder dem Gebiet, in dem generell heute Sorbinnen und Sorben leben. Es handelt sich um einen Rechtsbegriff, mit dem die Länder Brandenburg und Sachsen den territorialen Anwendungsbereich von einigen Minderheitenrechten definieren. Dieser umfasst Gemeinden und Gemeindeteile, in denen beispielsweise ein Mindestmaß an öffentlicher Zweisprachigkeit und an sorbischen Bildungsangeboten vorzuhalten sind. Damit verfügen diese Kommunen über eine Infrastruktur, um Sorbisches sichtbar zu machen, Mehrsprachigkeit zu fördern und aufrechtzuerhalten.

Die Definition und Begrifflichkeit ist in den beiden Bundesländern nicht identisch. Insbesondere in Brandenburg ist die Zugehörigkeit von Kommunen zum Siedlungsgebiet seit nunmehr 25 Jahren Diskussionsstoff. Der

durch Artikel 25 der Landesverfassung von 1992 vorgegebene Terminus »angestammtes Siedlungsgebiet« weist zum einen eine historische und »nicht deutsche« Konnotation auf, die zahlreiche Abwehrreaktionen bei mit dem Sorbischen nicht (mehr) verbundenen Einwohnerinnen und Einwohnern entsprechender Gemeinden hervorruft. Maßgeblich für die Zugehörigkeit waren von 1994 bis 2014 laut Sorben/Wenden-Gesetz ein enges Lagekriterium in bestimmten Ämtern sowie der Nachweis von Sprache und Kultur.⁴ Die prekäre Sprachsituation und Fehleinschätzungen in den 1990er Jahren bezüglich vorhandener sorbischer Selbstidentifikation bei der Umschreibung des Lagekriteriums gepaart mit einer kommunalen, vor allem von Befürchtungen finanzieller Folgelasten durch die öffentliche Zweisprachigkeit genährten Tendenz, sich als nicht zugehörig zu erklären, führten dazu, dass aus sorbischer Sicht das juristisch festgestellte Siedlungsgebiet nicht dem tatsächlich wahrgenommenen entsprach.⁵ Nach einer Novellierung 2014 sah das nunmehrige Sorben/Wenden-Gesetz ein gelockertes Lagekriterium und den Nachweis von lediglich Sprache oder Kultur sowie eine zweijährige Möglichkeit der Neufeststellung der Zugehörigkeit von Gemeinden oder Gemeindeteilen durch das Land vor.⁶ Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen. Einige Gerichtsprozesse, in denen sich Gemeinden gegen die Zuordnung zum angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden wehren, sind jedoch noch anhängig. In Sachsen lief ein ähnlicher Feststellungsprozess im Vorfeld der Erarbeitung des Sächsischen Sorbengesetzes (Sächs-SorbG), das 1999 verabschiedet wurde. Es enthält eine abschließende Liste der Gemeinden und Gemeindeteile des sorbischen Siedlungsgebietes.

Auffällig ist, dass sowohl im Alltagsverständnis als auch in der sorabistischen Literatur⁷ und der Medienberichterstattung Funktion und Definitionskriterien des »angestammten Siedlungsgebietes« bis heute kaum reflektiert werden. Häufig werden Sprach- und Siedlungsgebiet, historische und aktuelle Gebietsbeschreibungen gleichgesetzt und wenig hinterfragt, auf welcher Datengrundlage und mit welchen »Sorben«-Definitionen die entsprechenden Gebiete beschrieben wurden und werden. In der aktuellen Rechtsordnung wird das Sorbisch-Sein nicht an die Sprachbeherrschung gebunden. Jeder und jedem steht die (nicht nachprüfbare) Selbstidentifikation mit dem Sorbischen frei.⁸ Das auch daraus resultierende Fehlen von Statistiken zu den nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland kollidiert mit einer oft verbreiteten Erwartungshaltung vermeintlich klarer (gegebenenfalls quantitativer) Sprachgebietsabgrenzungen.⁹

Die Summe der Kommunen des sorbischen Siedlungsgebiets bildet den territorialen Rahmen für die Maßnahmen des Minderheitenschutzes, um Bildungs- sowie eine kulturelle Infrastruktur vorzuhalten. Alltägli-

che sorbische Sprachanwendungen und Mediennutzungen, die vielfältigen Aktivitäten im Umgang mit dem sorbischen kulturellen Erbe sowie die Tätigkeiten sorbischer Institutionen und Vereine finden darin eingebettet vorwiegend auf kommunaler Ebene statt, wo sorbische Sprache und Kultur durch kommunalpolitisch und zivilgesellschaftlich engagierte Bewohnerinnen und Bewohner verhandelt, gelebt und weiterentwickelt werden.

Sorbische Bildungsinfrastruktur

Seit den 1950er Jahren wurde eine sorbische Bildungsinfrastruktur aufgebaut, die das formelle Erlernen der beiden Schriftsprachen Niedersorbisch und Obersorbisch ermöglicht. In derzeit 42 Kindertagesstätten, 40 Grundschulen, neun Oberschulen, vier Gymnasien – und hier insbesondere den beiden sorbischen Gymnasien in Cottbus/Chóšebuz und Bautzen/Budyšin – wird derzeit jeweils eine der sorbischen Sprachen als Begegnungs-, Fremd-, Zweit- und in Sachsen auch als Muttersprache vermittelt. Es handelt sich bei allen Schulen um staatliche Regelschulen mit sorbischen Bildungsangeboten. Für die Kindertagesstätten wurde das immersive »Witaj«-Konzept¹⁰ entwickelt und ab 1998 umgesetzt, an das sich in Brandenburger Schulen der bilinguale Witaj-Unterricht beziehungsweise in Sachsen das Modell »2plus« anschließen. Mit diesem über Jahrzehnte aufgebauten bilingualen Bildungssystem verfügt die Lausitz über ein Knowhow, das oft übersehen wird, wenn andernorts punktuell bilinguale Angebote erprobt oder aufgebaut werden. Die überwiegend fakultativen Angebote stehen allen offen, nicht nur Kindern und Jugendlichen aus sorbischen Familien. Somit ist das historisch gewachsene mehrsprachige Potenzial der Region partizipativ angelegt und für alle zugänglich. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für eine positive Wertschätzung der sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit in der Lausitz.

Derzeit nur im Land Brandenburg gibt es zudem eine etablierte Infrastruktur in der Erwachsenenbildung. Die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur bietet nicht nur Sprachkurse in unterschiedlichen Formaten und für verschiedene Zielgruppen an. Sie vermittelt auch historisches Wissen sowie künstlerische und handwerkliche Techniken und bietet damit eine wichtige Plattform für den Erhalt von Sprache und Kultur einerseits und den gesellschaftlichen Austausch in der Niederlausitz andererseits. In der Oberlausitz gibt es Sprachkurse, die beispielsweise durch das Witaj-Sprachzentrum oder in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen organisiert werden.

Die universitäre Lehre als eigenständiges Fach Sorabistik und zur Lehrkräfteausbildung für den Sorbischunterricht ist derzeit länderübergreifend an der Universität Leipzig angesiedelt.¹¹ Fachspezifische sorabistische Lehre ist vereinzelt an diversen nationalen und internationalen Universitäten und Fachhochschulen anzutreffen. Sie weist jedoch keine Kontinuität auf und ist abhängig vom Wissen und Interesse der jeweiligen Dozentinnen und Dozenten. Das Einwirken auf Diskurse und gesellschaftliche Prozesse in der Lausitz ist in allen Fällen begrenzt.

Sorbische kulturelle Infrastruktur

Im Zuge der DDR-Minderheitenpolitik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein Netzwerk kultureller Einrichtungen aufgebaut, um einen institutionell geförderten Rahmen für die kulturellen Aktivitäten und die Rezeption sorbischer Sprache und Kultur zu schaffen. Nach der politischen Wende von 1989 blieb die Struktur grundsätzlich erhalten, wurde teilweise transformiert und erweitert. Gestützt auf eine Protokollnotiz zum Einigungsvertrag wurde 1991 die Stiftung für das sorbische Volk gegründet, um in gemeinsamer Finanzierung durch den Bund, den Freistaat Sachsen und das Land Brandenburg die materielle Grundlage für die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur zu schaffen.¹² Zu den geförderten Institutionen der Stiftung gehören das Sorbische Nationalensemble als professionelles sorbisches Tanz- und Musiktheater mit den Sparten Orchester, Chor und Ballett und der Domowina-Verlag zur Publikation sorbischer Bücher, Zeitschriften und Zeitungen sowie deutschsprachiger Bücher über sorbische Themen. Des Weiteren zählen das Sorbische Institut als außeruniversitäre Forschungseinrichtung zur Erforschung der Sprache, Kultur und Geschichte der Sorben sowie die im Sorbischen Institut integrierte Sorbische Zentralbibliothek und das Sorbische Kulturarchiv dazu. Als einziges professionelles bikulturelles Theater Deutschlands wird das Deutsch-Sorbische Volkstheater gefördert, zudem als museale Einrichtungen zu sorbischer Kultur und Geschichte in der Niederlausitz das Wendische Museum in Cottbus/Chóšebuz und in der Oberlausitz das Sorbische Museum in Bautzen/Budyšin.

Auch die Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur und die Domowina – Bund Lausitzer Sorben e. V. mit ihrem Witaj-Sprachzentrum werden von der Stiftung für das sorbische Volk gefördert. Die Domowina wurde 1912 als Dachverband sorbischer Vereine und Vereinigungen gegründet. Insgesamt 7300 Mitglieder in zahlreichen Ortsgruppen, fünf

Regionalverbänden und 13 überregional wirkenden Vereinen organisieren hier als wesentlicher Teil der sorbischen Zivilgesellschaft ihre kulturellen Aktivitäten. Als Interessenvertreterin und Sprecherin des sorbischen Volkes ist sie zudem die Schnittstelle zur Verhandlung vieler kultur- und bildungspolitischer sowie infrastruktureller Angelegenheiten.¹³

Sorbisch-deutsche Mehrsprachigkeit als Mehrwert

Das Mit-, Neben- und mitunter auch Gegeneinander der verschiedenen angestammten und migrantischen Sprachen, Kulturen und Identitäten hat über die Jahrhunderte soziokulturelle Traditionen und Innovationen in der Bewältigung multikultureller und mehrsprachiger Kontexte hervorgerufen. Das gilt auch für die Bildung und Aushandlung regionaler und lokaler Identitäten. Vor allem die gewachsene Lausitzer Mehrsprachigkeit, wie sie in der heutigen Bildungslandschaft und der kulturellen Infrastruktur lebendig ist, stellt dabei einen Mehrwert dar. Dieser Mehrwert zeigt sich nicht nur im Zusatz an kulturellem Wissen und interkulturellen Kompetenzen, sondern auch in materiellen Werten, die allerdings bisher nur in relativ geringem Umfang als solche erkannt, erschlossen und für die Region »in Wert gesetzt« werden. Die Herausforderung für die sorbische Gemeinschaft beziehungsweise die Minderheitenpolitik in der Lausitz wäre es daher in erster Linie, zu einer Entfaltung dieser sorbischen Mehrwerte ideeller wie materieller Art beizutragen. Erstrebenswert wäre es einerseits, damit die Überlebensfähigkeit sorbischer Sprache und Kultur im Siedlungsgebiet zu erhöhen, und andererseits – damit einhergehend – zu einer positiven regionalen Entwicklung der gesamten Lausitz beizutragen.

Dass gezielte Minderheitenpolitik in Zeiten struktureller Umbrüche einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl leisten kann, zeigt sich am Beispiel des Strukturwandels in der Region Südtirol (Italien) der 1970er und 1980er Jahre. Im Zuge der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatus von 1972 wurde das Zusammenleben der drei dortigen Sprachgruppen der Italiener, Deutschen und Ladinern neu geregelt. Südtirol entwickelte sich infolge von der ärmsten Region Italiens zur wirtschaftlich stärksten Region.¹⁴ Dabei wurde der Fokus auf die Stärkung des ländlichen Raumes nach der einfachen Formel gelegt: Bleiben die materiellen Lebensgrundlagen der Minderheitenangehörigen erhalten oder werden gar verbessert und das soziokulturelle wie natürliche Lebensumfeld intakt, sind das die besten Voraussetzungen für das Überleben einer Minderheitenkultur. Die neu entwickelten Grundsätze in der Raumplanung zielten auf eine endo-

gene Dorfentwicklung – von innen heraus. Dies umfasste beispielsweise die Pflege und Nutzung bestehender Bausubstanzen anstatt der Ausweisung neuer Bauflächen, was zugleich dem Umweltschutz und dem Erhalt bestehender Kulturlandschaften diente. Zudem setzte man sowohl bei der öffentlichen und kulturellen Infrastruktur als auch bei der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe konsequent auf flächendeckende Erschließung mittels einer sogenannten dezentralen Konzentration. Ziel war es, jedes Gehöft mit Straßen-, ÖPNV- und Medienanschlüssen auszustatten und gleichzeitig kurze Wege zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Kulturangeboten und Gewerbebezonen zu ermöglichen. Die Effekte dieser Entscheidung, die Region vom Einzelgehöft her zu denken und zu organisieren statt allein von urbanen Ballungszentren aus, haben nicht nur Angehörige von Minderheitenkulturen im ländlichen Raum zum Bleiben und Zurückkehren bewegt und lokale Strukturen gestärkt. Diese Minderheitenpolitik, über einen eigenen Regionalhaushalt organisiert und durch weitere Maßnahmen wie der Etablierung von drei Amtssprachen flankiert, hat wesentlich zum kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung sowie zur Prägung der Marke »Südtirol« beigetragen.

Auch wenn die minderheitenrechtlichen Rahmenbedingungen in Südtirol anders gestaltet sind als in der Lausitz, lässt sich die Logik hinter den erfolgreichen endogenen Entwicklungsprozessen in Südtirol in gewissem Sinne übertragen. So besitzen die Kommunen im sorbischen Siedlungsgebiet mit ihrer angestammten Mehrsprachigkeit ähnliche endogene Entwicklungspotenziale, die es im Zusammenwirken der Kommunen sowie regionalen und überregionalen gesellschaftlichen Institutionen zu erkennen und zu nutzen gilt. Entsprechende Maßnahmen für das Gemeinwohl, die zugleich dem Schutz der bedrohten sorbischen Sprachen gemäß der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats von 1992 dienen, ließen sich beispielsweise durch die gezielte Nutzung der Handlungsspielräume der Kommunen entwickeln und umsetzen, wie sie 1985 in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung verankert wurden.

Regionale Entfaltung von Mehrwerten

Um den Mehrwert der Lausitzer sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit für die Region auszuschöpfen, muss der Zusatz an damit verbundenen kulturellen Wissensbeständen, interkulturellen Kompetenzen sowie materiellen Werten zunächst als solcher erkannt und erschlossen sein. Ein reiches regio-

nales Wissen liegt etwa in den verschiedensten lokalen Ausdrucksformen des immateriellen Kulturerbes. Traditionelle Handwerkstechniken, regionale sorbische Dialekte, Lieder, Tänze oder Flurnamen gehören ebenso dazu wie der Brauch der Vogelhochzeit, das Zampern oder das Osterreiten. Letztere wurden zusammen mit vielen weiteren gesellschaftlichen Bräuchen und Festen der Sorben im Jahreslauf 2014 in das bundesweite Verzeichnis »Immaterielles Kulturerbe« aufgenommen. Regionales Wissen ist auch historisches Wissen zu den Lausitzer Ortschaften, die zum Großteil eine mehr oder weniger kontinuierliche sorbische Komponente in ihren Entwicklungsgeschichten besitzen. Zudem schärft die sorbisch-deutsche Mehrsprachigkeit das Bewusstsein für kulturelle Vielfalt. Sie bietet eine erweiterte Identifikationsmöglichkeit mit der Heimatregion sowie verschiedene Möglichkeiten, sich im Umgang mit kulturellem Anderssein zu üben.

Auch materielle Werte kommen durch die Lausitzer Mehrsprachigkeit zur Geltung. Im Bereich des materiellen Kulturerbes sind das etwa historische Bauformen, Kulturdenkmale, Trachten und andere Lebenszeugnisse sorbischer Kultur. Zudem profitieren Kommunen im sorbischen Siedlungsgebiet von den zusätzlichen finanziellen Mitteln des Bundes sowie Brandenburgs und Sachsens, die in das zweisprachige Bildungswesen und die Minderheitenkulturellen Infrastrukturen fließen. Aus ökonomischer Sicht stellt sich das für die Kommunen als Gewinn heraus, da sie produktive Investitionen darstellen und regionale Wirtschaftskreisläufe ankurbeln und fördern.¹⁵ So führt die rechtlich verbrieft Förderung der historisch gewachsenen Mehrsprachigkeit nicht nur zum Mehraufwand des Unterrichts in der Minderheitensprache, sondern auch zum Betreiben von Kindergärten und Schulen, die nicht nur als Bildungsstätten und gesellschaftliche Mittelpunkte in der Gemeinde, sondern ebenfalls als Wirtschaftsunternehmen mit zusätzlichen Arbeitsplätzen anzusehen sind. Um Gebäude zu errichten und zu erhalten, Lehrmaterialien bereitzustellen und sorbische unterrichtergänzende Projekte in der Region vorzunehmen oder den Schülertransport zu finanzieren, werden hier zum Beispiel Investitionen ökonomisch relevant.

Bevor dieser Zusatz an kulturellen Wissensbeständen, interkulturellen Kompetenzen sowie materiellen Werten von den lokalen Akteurinnen und Akteuren für endogene Entwicklungen genutzt werden kann, müssen Wissenslücken behoben und eventuelle Spannungen und Konflikte gelöst werden, die die Zusammenarbeit vor Ort gegebenenfalls blockieren. Konflikte können sich dabei nicht nur an Themen wie dem Ausstieg aus der Braunkohle oder der Rückkehr des Wolfes entzünden. Es sind auch interethnische Spannungen vorhanden, die etwa im Streit um die

Zugehörigkeit zum sorbischen Siedlungsgebiet zum Ausdruck kommen, aber auch bis hin zu sorbenfeindlich motivierten Straftaten reichen. Dazu gehören zum Beispiel wiederkehrende fremdenfeindliche Übergriffe, rassistische Schmierereien sowie das Übermalen sorbischer Namen auf zweisprachigen Beschilderungen.¹⁶

Bildung und interkultureller Dialog sind hier die Stichworte im Kompetenzbereich von Bildungseinrichtungen in der Region, Schulen und auch sorbischen Institutionen wie dem Witaj-Sprachzentrum und der Schule für niedersorbische Sprache und Kultur. Die Vermittlung lokalen und spezifisch sorbischen Wissens wird bei Letzteren bereits auf die Bedürfnisse vor Ort angepasst. Mit kulturellem Wissen und interkulturellen Kompetenzen ausgestattet, bestehen für die lokalen Akteurinnen und Akteure die nötigen Voraussetzungen, um die sorbisch-deutsche Mehrsprachigkeit für die Region in Wert zu setzen. Strategien zur Sprach- und Kulturrevitalisierung sowie neu zu verhandelnde minderheitenpolitische Maßnahmen zur Sprach- und Kulturförderung tragen in diesem Sinne zum Gemeinwohl bei, stärken damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und haben einen positiven ökonomischen Nebeneffekt. Materielle Wertschöpfungen aus dem kulturellen Erbe heraus finden sich etwa im Bereich des Kulturtourismus, der Kultur- und Kreativwirtschaft oder der ökologischen Landnutzung, die häufig auf lokales, historisches Wissen zu Pflanzen und Anbautechniken zurückgreift und mit der Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten verknüpft ist.

Internationale Perspektiven

Wenn es im Zuge des Strukturwandelprozesses in der Lausitz gelingt, die Potenziale der sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit auszuschöpfen, ist mit einem positiven Image als internationalisierte Region zu rechnen, das auch im grenzüberschreitenden Kontext Mehrwerte zu erzeugen vermag. Durch den Austausch und die Weitergabe von Erfahrungswissen mit anderen slawisch-deutschen Regionen könnte ein wichtiger Beitrag im europäischen Sinne des interkulturellen Dialogs und einer Förderung eines Europas der Regionen geleistet werden. Die slawisch-deutschen Regionen finden sich in deutschsprachigen Staaten mit slawischen Minderheiten, slawischen Staaten mit deutschen Minderheiten und nicht zuletzt in zahlreichen Staaten mit deutschen und slawischen Minderheiten. Neben den slawisch-deutschen Kontakträumen gibt es die Minderheitenregionen in Europa, die mit der Lausitz durch eine gewisse periphere Lage und Grenznähe vergleichbar sind

und in denen Minderheiten mit den gleichen gesellschaftlichen Herausforderungen aus Globalisierung und Digitalisierung konfrontiert sind. Sie alle könnten vom Austausch erfolgreich entwickelter Strategien zur Inwertsetzung ihrer mehrkulturellen Ressourcen profitieren.

Die Lausitz ist durch sorbische Aktivitäten bereits grenzüberschreitend verflochten. Es werden vielseitige Beziehungen sorbischer Akteurinnen und Akteure, Organisationen und Institutionen im deutsch-slawischen Kontakt- raum gepflegt. Darüber hinaus ist die Lausitz etwa über die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten fest eingebunden in ein Netz europäischer Minderheitenregionen. Überall haben angestammte, historisch im ländlichen Raum verwurzelte Minderheiten ähnliche Erfahrungen mit der Industrialisierung, Modernisierung und zunehmenden räumlichen Entflechtung der Lebensräume gesammelt. Sie entwickeln dabei unterschiedliche Strategien, um ihre Minderheitensprache und -kultur auch für die Zukunft lebendig und lebensfähig zu halten. Das umfasst auch die Entwicklung von Perspektiven gerade für jüngere Generationen, auch urbane, als modern konnotierte Lebensperspektiven zu entwickeln. Mit Cottbus/Chóšebuz verfügt die Lausitz über eine Großstadt und ermöglicht das Verbleiben im sorbischen regionalen Kontext, ohne dafür zwingend in benachbarte Großstadt- beziehungsweise Metropolregionen wie Berlin, Leipzig oder Dresden abwandern zu müssen. Die über die Vernetzungen gesammelten Erfahrungen können in der Lausitz ebenfalls eingesetzt werden: Durch die Positionierung als Modellregion europäischer Minderheitenpolitik im slawisch-deutschen Kontaktraum können Einheimische, Zurückkehrende und Neuzuziehende die Region Lausitz neu entdecken. International könnten die Lausitzer Erfahrungen und Prozesse ein attraktives Transfergut sein. Von konkretem Interesse für andere Minderheitenregionen und Länder sollte dabei die Gestaltung des slawisch-deutschen (sowohl sorbischen als auch polnischen und tschechischen) Miteinanders, das Ausprobieren verschiedener Wege der politischen, kulturellen und sozialen Partizipation von Minderheiten und schließlich die Umsetzung gefundener Lösungen sein.

Fazit

Die Lausitz als sorbisch-deutsch-polnisch-tschechische Region umfasst das sorbische Siedlungsgebiet in historischer und aktueller Ausprägung. Eine durch das Miteinander von Mehr- und Minderheiten geprägte Region ist nicht nur als touristisches Ziel attraktiv. Die sozialen, interkulturellen und mehrsprachlichen Kompetenzen sowie die politisch-gesellschaft-

lichen Ressourcen einer solchen Region können als weicher wirtschaftlicher Standortfaktor relevant sein. Darüber hinaus können sie aber auch Ansatzpunkt intensiven internationalen Wissens- und Praxistransfers für Minderheitenpolitik sein, wo sich die Lausitz als europäische, gegebenenfalls auch darüber hinaus reichende, innovative Region für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen eines Strukturwandels im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung profilieren kann.

Der Beitrag erschien zuerst in der APuZ-Ausgabe 6-7/2020 »Lausitz« vom 3. Februar 2020.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Karlheinz Blaschke/Peter Schurmann, Kolonisation, in: Franz Schön/Dietrich Scholze (Hrsg.), Sorbisches Kulturlexikon, Bautzen 2014, S. 198–202.
- 2 Auch: des Wendischen. Besonders in der Niederlausitz hat sich die Selbstidentifikation als wendisch erhalten, weshalb in Brandenburg der Terminus »sorbisch/wendisch« verbreitet ist. Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Text »sorbisch« benutzt.
- 3 Vgl. Roland Marti, Zweisprachigkeit, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 548–550.
- 4 Vgl. § 3 Gesetz über die Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg (Sorben/Wenden-Gesetz – SWG) i. d. F. von 1994.
- 5 Vgl. Měto Nowak, Stillstand, Wandel und Gesetz. Zur Definition des sorbischen Siedlungsgebiets im brandenburgischen Sorben(Wenden)-Gesetz, in: Lětopis 2/2010, S. 4–14.
- 6 Vgl. §§ 3 und 13c SWG i. d. F. von 2014.
- 7 Vgl. z. B. Ludwig Elle, Siedlungsgebiet, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 361–363.
- 8 Vgl. § 2 SWG und § 1 SächsSorbG.
- 9 Vgl. dazu Ludwig Elle, Wie viele Sorben gibt es – noch? Oder: Kann und soll man Minderheiten zählen?, in: Elka Tschernokoshewa/Ines Keller (Hrsg.), Dialogische Begegnungen. Minderheiten – Mehrheiten aus hybridologischer Sicht, Münster 2011, S. 209–223.
- 10 Unter »immersiv« wird hier eine Methode des Spracherwerbs verstanden, bei der das Kind in die zu vermittelnde Sprache »eintaucht«, indem diese von Pädagoginnen und Pädagogen konsequent angewendet wird.
- 11 Vgl. Vereinbarung über eine länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Sorbisch- bzw. Sorbisch/Wendisch-Lehrkräften, Sorabistinnen und Sorabisten, in: Erster Bericht der Landesregierung zur Lage des sorbischen/wendischen Volkes im Land Brandenburg, Landtagsdrucksache 6/7705, S. 161 f.
- 12 Vgl. Martin Völkel/Dietrich Scholze, Stiftung für das sorbische Volk, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 420 f.
- 13 Vgl. Annett Bresan, Domowina, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 102–107.
- 14 Vgl. Christoph Pan, Minderheitenschutz und Wirtschaft, in: ders./Beate Sibylle Pfeil/Paul Videsott (Hrsg.), Die Volksgruppen in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen, Bd. 1, Wien 2016, S. 343–383.
- 15 Vgl. ebd.
- 16 Vgl. etwa Sophie Herwig, »Scheiß Sorben«, brüllen sie, 3.2.2019, www.zeit.de/2019/06/rechtsextremismus-sachsen-sorben-slawische-minderheit-opfer-angriffe.

Verwaistes Erbe

Die Lausitz und die sorbische Kultur in Polen

Kulturen sind grenzübergreifende Gebilde, sie bestehen über Staatsgrenzen hinweg.¹ Von Hand zu Hand oder auch Mund zu Mund weitergegeben, bewahren sie sich ihre besonderen Merkmale unter verschiedenen Regierungen und ungeachtet politischer und administrativer Einheiten. Ähnlich verhält es sich mit Regionen innerhalb eines Staates, die häufig von Verwaltungsgrenzen durchschnitten werden. Eine Folge ist, dass die voneinander getrennten Teile sich unterschiedlich entwickeln, es ergibt sich daraus aber auch die Möglichkeit eines grenzüberschreitenden Dialogs, einer grenzübergreifenden Kooperation.

Eine solche von Grenzen durchzogene Region ist die Lausitz (polnisch: Łużyce).² Sie unterteilt sich in zwei Gebiete, die Ober- und die Niederlausitz (polnisch: Górne/Dolne Łużyce), in denen eine westslawische Minderheit lebt, die Sorben beziehungsweise die Wenden.³ Sie bedienen sich zweier unterschiedlicher Dialekte der sorbischen Sprache, des Obersorbischen und des Niedersorbischen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dem Staatsgebiet Polens (damals der Volksrepublik Polen) ein Teil der Region zugeordnet. In diesem gab es jedoch bald keine ursprünglichen Einwohner mehr, die das kulturelle Erbe der Region hätten pflegen und Elemente der Lausitzer Kultur an zukünftige Generationen weitergeben können.

In diesem Beitrag befasse ich mich vor allem aus heutiger polnischer Perspektive mit der Lausitz und ihrer Kultur. Ich zeige die Entwicklung des sorabistischen Diskurses in Polen auf und stelle Überlegungen zum gegenwärtigen Wissensstand bezüglich dieser Region an. Das Wissen über die Lausitz könnte in vielen unterschiedlichen Formen wirksam eingesetzt werden – im Branding, bei aktivierenden und identitätsstiftenden Maßnahmen oder auch als Element einer deutsch-polnischen grenzübergreifenden Kooperation.

Grenzregion

Die Lausitz wird häufig als »Grenzregion« bezeichnet, mit den Lausitzer Sorben als nationale Minderheit. Die Festschreibung der »Grenznahe« besitzt viele Dimensionen, die leicht zur Banalisierung des Begriffs führen können. Wie die Anthropologin Agnieszka Pasięka bemerkt, ist »der Terminus der ›Grenznahe‹ (...) zu einem der Begriffe geworden, die – wenn sie in den verschiedensten Kontexten ge- oder vielmehr missbraucht werden – ihren analytischen Wert verlieren, ja mitunter sogar sinnentleert erscheinen.«⁴ Um dem vorzubeugen, führt sie weiter aus, sei es »vonnöten, grenznahe Regionen als in einer konkreten Zeit und einem konkreten Raum angesiedelte Orte« zu begreifen, denn »nur ein solcher Standpunkt gestattet es, den gesellschaftspolitischen Kontext, den Einfluss der Politik und die Reaktion der Bewohner dieser Regionen darauf zu beachten, und sich auch der Frage der Ungleichheit, der Diskriminierung und der Marginalisierung zu widmen.«⁵

Was bedeutet der Begriff der Grenznahe für die Sorben? Ein Aspekt hierbei ist sicherlich der ethnische. Die Sorben galten jahrhundertlang als die westlichste »Bastion des Slawentums«; in diesem Kontext werden sie häufig als »eine slawische Insel im deutschen Meer«⁶ bezeichnet. Viele Autoren betonen die Stärke und Widerstandskraft der sorbischen Minderheit, die trotz aller widrigen Umstände und jahrelanger Versuche der Zwangsgermanisierung fortbestand und sich ihre Traditionen, darunter auch die Sprache, bewahrt hat.

Wie die Sorabistin Nicole Dołowy-Rybińska bemerkt, fehlen dieser Enklave in der heutigen Welt feste Grenzen: »Die Sorben sind keine einsame Insel mehr. Auf den ersten Blick unterscheidet sie nichts von ihren Nachbarn; sie tragen die gleiche Kleidung, sehen die gleichen Fernsehprogramme, hören die gleiche Musik, arbeiten in den gleichen Institutionen. Manchmal könnte man meinen, sie führten ein Doppelleben – in einem bestimmten Lebensbereich sind sie Sorben, in anderen Situationen werden sie zu Deutschen.«⁷ Diese Tendenz ergibt sich vor allem aus dem Wandel unserer heutigen Welt, aus den Prozessen der Globalisierung und aus der größeren sozialen Mobilität, sowohl im vertikalen als auch im räumlichen Sinne. Pasięka diagnostiziert in grenznahen Regionen vielfältig abgestufte soziale Beziehungen, die bisweilen eine Vielzahl von Einzel- und Gruppenidentitäten entstehen ließen; diese grenzüberschreitenden oder grenznahen Beziehungen bezeichnet sie treffend als »hierarchischen Pluralismus«.⁸ Der Begriff der »multikulturellen Grenzregion« sei eine Tautologie und werde allzu häufig missbräuchlich verwendet. Ihre eigenen Studien zeigten, dass »die Vielfalt«, die es in grenznahen Regionen gebe, stattdessen

»mit dem tief verinnerlichten Bewusstsein einhergeht, welche der Gruppen die dominierende und normsetzende ist.«⁹ Im Fall der deutsch-sorbischen Beziehungen gebe es keinen Zweifel, dass die Sorben jahrelang die abhängige Minderheit gewesen seien.

Ein weiterer Aspekt, der bei grenznahen Regionen eine Rolle spielt, ist der administrative, das heißt vor allem die Staatszugehörigkeit.¹⁰ Das Gebiet der Lausitz gehörte und gehört seit dem Zweiten Weltkrieg zu mehreren Staaten: DDR, Bundesrepublik Deutschland und Polen (bis 1989 Volksrepublik Polen). Die Teilung der Lausitz durch eine Staatsgrenze hatte schwerwiegende und unumkehrbare Konsequenzen für die Entwicklung der Region und vor allem für die dort lebende Bevölkerung. Den Sorben, die sich auf der polnischen Seite der Grenze wiederfanden, widerfuhr das gleiche Schicksal wie der deutschen Bevölkerung: Sie wurden gezwungen, ihre *domowina*, ihre Heimat, zu verlassen und nach Deutschland überzusiedeln.¹¹ An ihrer Stelle wurden Polen aus dem ganzen Land angesiedelt, unter anderem aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, den sogenannten *Kresy*, die heute zur Ukraine und Weißrussland gehören. Um die Vorgabe zu erfüllen, die neuen polnischen Westgebiete mit dem Rest des Landes zu verschmelzen, wurden deren neue Bewohner – Anhänger der verschiedensten Kulturen und Bräuche – einer strengen kulturellen Homogenisierung unterzogen. Der nach dem Krieg geltende politische Mythos sprach nämlich nicht von einer Angliederung, sondern von der Rückkehr des »Piastenlandes«, der »Wiedergewonnenen Gebiete« nach Jahren der Unfreiheit. Die Siedler aus Ost- und Zentralpolen sollten als »Repatrianten« gelten, die in die westlichen Gebiete als ihre angestammte Heimat zurückkehrten. Aus diesem Grund wurde die Vorkriegsgeschichte der Westgebiete und ihrer damaligen Bewohner in Polen jahrelang verheimlicht und gelegnet.

In der DDR wiederum genossen die Sorben zwar den Status »einer musterhaften, geförderten und staatlich unterstützten Minderheit«,¹² sie zahlten aber dafür den Preis einer Folklorisierung ihrer Kultur, die wie in einem Freilichtmuseum ausgestellt und in Opposition zum modernen (ost)deutschen Lebensstil gesetzt wurde.

Heute verbindet beide Seiten der Grenze eine relativ schwierige wirtschaftliche Situation, die die massenhafte Abwanderung der Bevölkerung zur Folge hat – aus Polen Richtung Deutschland, und innerhalb Deutschlands in westlicher gelegene Bundesländer. Im deutschen Teil der Lausitz leiden die Gemeinschaft und die zwischenmenschlichen Verbindungen darunter, die Region entvölkert sich, und es entsteht eine Kluft zwischen den Generationen, was die Weitergabe der sorbischen Traditionen und Bräuche erschwert. Im polnischen Teil herrscht aufgrund der unsicheren

Wirtschaftslage ein mangelndes Interesse am kulturellen Erbe der Region; viele Menschen im arbeitsfähigen Alter und auch aus der intellektuellen Elite wandern ab, eine Überalterung der Gesellschaft ist die Folge.

Die polnische Lausitz

In Polen wurde die von der neuen Grenze durchschnittene Lausitz in den ersten Nachkriegsjahrzehnten kaum thematisiert. Das hatte vor allem politische Gründe, wie der Literaturwissenschaftler Wojciech Browarny bemerkt. In der Volksrepublik habe man den Namen »Łużyce« als Bezeichnung für das Gebiet »zwischen Kwisa und Nysa Łużycka« tunlichst vermieden, um den – trotz allem – verbrüdernten Nachbarn nicht zu kränken oder des Irredentismus¹³ bezichtigt zu werden.¹⁴ Eben daher rührt die Verbreitung anderer Bezeichnungen für dieses Gebiet mit seiner komplexen Identität und Geschichte, das heute den – umstrittenen – Namen Województwo lubuskie (Woiwodschaft Lebus) trägt und dadurch eine fälschliche Gleichsetzung mit der Ziemia Lubuska, dem Lebuser Land, erfährt.

Erst Mitte der 1970er Jahre erwachte das Interesse an der Lausitz. Zu verdanken ist dies dem Regionalkundler und aktiven Mitglied der Polnischen Gesellschaft für Touristik und Landeskunde Krzysztof R. Mazurski, der vorschlug, das Gebiet »Łużyce Wschodnie« (»Ostlausitz«) zu nennen. Seinen Standpunkt illustrierte er mit folgenden Worten: »Denn man muss es sich klar und deutlich sagen: Auch wenn es hier keine Łużycanie [Lausitzer (mit demselben Begriff werden im Polnischen die Sorben bezeichnet; Anm. d. Übers.)] mehr gibt, so gibt es doch die Łużyce [Lausitz], ebenso wie es Kujawy, Masowsze oder Wielkopolska gibt – auch ohne Kujawianie oder Masowszanie.«¹⁵

Mazurskis Wirken und der von ihm geprägte Begriff »Łużyce Wschodnie« ließen im Gebiet zwischen Nysa Łużycka und Kwisa eine aktive regional- und landeskundliche Bewegung entstehen – deren Aktivitäten sich natürlich auf den Rahmen des Möglichen beschränkten, stand doch die damalige polnische Regierung jeglichen regionalen Bewegungen ablehnend gegenüber. Die Historikerin Małgorzata Ruchniewicz bemerkt, dass »während der ganzen Zeit der Volksrepublik Polen keine besonders förderliche Atmosphäre für die Entwicklung des Regionalismus herrschte«, während zugleich »ein geschichtliches Tabu verhinderte, dass die Geschichte – sowohl der Aspekt der deutschen Vergangenheit als auch die Vergangenheit der polnischen Bevölkerung – zur Gänze erfasst und durchdrungen wurde. Regionale Themen wurden im Schulunterricht

stiefmütterlich behandelt«. ¹⁶ Das hat sich bis heute nicht geändert, zumindest was die formale Bildung betrifft.

Das größte Interesse an der Region »Ostlausitz« zeigte in den 1980er und 1990er Jahren ein landeskundliches Zentrum in Wrocław. Die dortigen Landeskundler gaben der neu gebildeten Bezeichnung einen Inhalt, indem sie wissenschaftliche oder populärwissenschaftliche Artikel zu dem Thema veröffentlichten. Doch auch im grenznahen Raum erlebten die regionalistische Bewegung und der Fremdenverkehr einen Aufschwung, was sich größtenteils auf die günstigere politische Situation zurückführen ließ: Die Überquerung der polnisch-deutschen Grenze war erleichtert worden, es genügte der Personalausweis. Von 1984 bis 1989 erschien die Zeitschrift »Lubskie Zeszyty Historyczne« (»Lubskoer Historische Hefte«) herausgegeben von dem bekannten Regionalkundler Mieczysław Wojewcki. 1984 gründete sich in Działoszyn eine Gruppe namens »Łużyczanie«, im selben Jahr fand in Lubsko die erste sorabistische Sitzung statt. Polnische Sorabisten und Regionalkundler traten in Kontakt mit der Domowina, dem Bund der Lausitzer Sorben in Deutschland.

Wissenschaftlicher und institutioneller Diskurs

Seit die Lausitz in den 1970er Jahren als Thema wiederentdeckt wurde, hat sich in Polen im regionalkundlichen und wissenschaftlichen Bereich viel getan. Insbesondere das Institut für West- und Südslawistik der Universität Warschau ist hier zu nennen, an dem seit 1990 die Zeitschrift »Zeszyty Łużyckie« (»Lausitzer Hefte«) erscheint, in der Wissenschaftler aus Polen und anderen Ländern in slawischen Sprachen, auch auf Ober- und Niedersorbisch, Artikel zur Sprachwissenschaft, zur Geschichts- und Kulturwissenschaft oder aus dem Bereich Soziologie veröffentlichen. ¹⁷ Des Weiteren umfasst die Zeitschrift ein »Literarisches Forum«, in dem literarische Werke in sorbischer Sprache sowie Übersetzungen ins Sorbische vorgestellt werden, sowie eine »Chronik« der wichtigsten Ereignisse rund um die Lausitz, die Lausitzer Regionalkunde und die Sorabistik.

Ein weiteres sehr aktives sorabistisches Zentrum befindet sich in Opole, wo 2004 die polnisch-sorbische Gesellschaft Pro Lusatia gegründet wurde. Sie ist nicht nur verlegerisch tätig – ihre wichtigste Publikation ist das regionalkundliche Jahrbuch »Pro Lusatia. Opolskie Studia Łużycoznawcze«, ¹⁸ das auch regelmäßig die »Dni Łużyckie«, die »Lausitzer Tage«, sowie andere kulturelle oder wissenschaftliche Veranstaltungen organisiert. Als oberste Ziele hat sich Pro Lusatia gesetzt, »1. Wissen über die Geschichte, Kultur

und Gegenwart der sorbischen und der polnischen Nation zu verbreiten, 2. die öffentliche Meinung im Sinne eines polnisch-sorbischen gegenseitigen Interesses und einer Annäherung zwischen Polen und Sorben mitzugestalten, 3. darauf hinzuwirken, dass nationale Minderheiten respektiert und ihre Rechte geachtet werden, insbesondere das Recht auf die Kultivierung der Muttersprache und ein eigenes Schulwesen«. ¹⁹

Bei der Erforschung der Lausitz und der Verbreitung von Wissen über die Region spielen auch Museen auf beiden Seiten der Grenze eine bedeutende Rolle. Auf polnischer Seite gibt es seit 2007 das Muzeum Łużyckie in Zgorzelec, das auf eine Initiative des polnischen Vereins Euroopera zurückgeht, Bildungsveranstaltungen anbietet und Öffentlichkeitsarbeit betreibt, indem es Ausflüge, Vorträge und Picknicks für Zielgruppen aller Altersstufen organisiert.

Das Thema Lausitz in all seinen Facetten – sei es die Ober-, die Nieder- oder auch das künstliche Konstrukt der polnischen »Ostlausitz« – wird, so lässt sich festhalten, heute von polnischen Experten an verschiedenen Wissenschaftszentren recht umfassend erforscht und bearbeitet.

Diskurse in der breiteren Bevölkerung

Am Fall Lausitz zeigt sich allerdings ein spezifisches Ungleichgewicht – eine zahlenmäßige Diskrepanz zwischen der kleinen Gruppe derjenigen, die sich für den Gegenstand interessieren und aktiv werden, und dem Rest der Gesellschaft, der der Möglichkeit zu Beteiligung und Wissenserweiterung passiv gegenübersteht. Die polnisch-sorbischen Kontakte und das Wissen der Menschen in Polen über die Lausitz stellen sich nicht viel anders dar als die polnisch-deutschen grenzübergreifenden Kontakte. Eine Forschungsgruppe an der Universität Zielona Góra hat aufgezeigt, dass diese Kontakte seltener sind, als es angesichts der Nähe zur Grenze und deren Öffnung bei Polens EU-Beitritt 2004 anzunehmen wäre. Dieser Mangel an Interesse wird vor allem bei kulturellen Aktivitäten sichtbar, jedoch auch beim Handel – was eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Region im Allgemeinen sein könnte. ²⁰ Auch die Soziologen Dorota Szaban und Krzysztof Lisowski weisen in einem Beitrag mit dem vielsagenden Titel »Open Borders – Closed Minds« auf das mangelnde gegenseitige Interesse zwischen jungen Menschen in den polnischen und den deutschen grenznahen Regionen hin. ²¹

Ein häufig genannter Grund für das beiderseitige Desinteresse ist die hohe Sprachbarriere zwischen beiden Nationen, die an den anderen pol-

nischen Grenzen (zur Slowakei, Tschechien, Belarus oder der Ukraine) nicht so ausgeprägt ist. Diese Barriere bräuchte aber die polnisch-sorbischen Kontakte nicht zu beeinträchtigen, gehören doch das Polnische wie auch das Sorbische zu den westslawischen Sprachen. In diesem Fall scheint die Ursache eher darin zu liegen, dass die Menschen in Polen nach wie vor nur wenig über die benachbarte sorbische Minderheit wissen und die Sorben mit Deutschen gleichsetzen – wie es auch bei den Zwangsaussiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg geschah.

Meine eigenen Studien, insbesondere das Projekt »Zespoły ludowe – laboratorium etnograficzne« (»Folkloregruppen – ein ethnographisches Laboratorium«),²² bestätigen diese Beobachtung. Von den 24 befragten Laienfolkloregruppen aus ländlichen Gegenden in der Woiwodschaft Lebus (Landkreis Żagan, Żary, Słubice, Międzyzylesie, Zielona Góra, Gorzów) nahmen ganze drei, meist in negativ abgrenzender Weise, Bezug auf die Lausitz und deren Geschichte. In allen drei Fällen stand dies im Kontext der Identitätssuche, denn schließlich ist die eigene Identität verknüpft mit der Identität der Region und der Art, wie diese sich ausdrückt – zumeist durch die Volkstracht oder andere als traditionell wahrgenommene Elemente. In ihrem Schaffen aber verwendete keine der Gruppen lausitzbezogene oder sorbische Elemente. Diese Entscheidung wurde vor allem mit der Andersartigkeit der Sorben begründet:

»Wir sind hier für die Lausitz. Aber als wir nach einer Volkstracht gesucht haben oder so etwas, da sind die Sorben dann doch weiter entfernt – das ist nicht so typisch bei uns in Przewóz. Die sorbische Tracht konnten wir nicht nehmen. Die stand uns nicht zu. Wir haben extra nachgefragt. Wir sind gar nicht mit den Sorben verbunden, also können wir ihre Volkstracht auch nicht nehmen, denn wir haben nichts mit ihnen zu tun. Wir sind die Fremden hier. Wir sind diejenigen, die hergezogen sind.«²³

Interessanterweise treten solche Bedenken in Niederschlesien nicht auf, wo die traditionelle, wie in der Vorkriegszeit gestaltete niederschlesische Tracht sich nicht nur größter Beliebtheit erfreut, sondern den so gekleideten Folkloregruppen sogar ein gewisses Renommee verleiht.

Auch wenn also die Lausitz und die Sorben in Polen oberflächlich bekannt sind, etwa durch Ausflüge und Tagesfahrten über die deutsche Grenze, wird doch eine mangelnde Bereitschaft ersichtlich, sich näher mit dem Thema zu befassen. Im folgenden Zitat setzt ein Mitglied der Folkloregruppe Jarzębina aus Sieniawa Żarska die Sorben mit den Deutschen gleich und bezeichnet die sorbische Volkstracht als »hässlich«:

»Hier gab es früher vor allem die sorbische Volkstracht. Die sorbische. Denn hier sind die Deutschen. Und die wollten uns immer zeigen, dass hier die sorbische Tracht

typisch ist. So dunkle Farben, hässlich! Ich finde die wirklich überhaupt nicht schön! Hier laufen immer noch viele deutsche Frauen herum, wenn ich manchmal nach Deutschland fahre, hier in den Spreewald, mein Mann und ich fahren oft nach Lübbenau zum Kanufahren (...), das sollten Sie mal ausprobieren! (...) Und da haben die sich noch ihre alten Traditionen bewahrt. Ich habe es gesehen, wir waren schon ein paar Mal dort.»²⁴

Die Mitglieder der Folkloregruppen gaben des Weiteren an, dass die Architektur in ihrer Gegend – auf der polnischen Seite der Grenze – »keine sorbischen Elemente« enthalte. Dass die sorbische Minderheit auch hier eine Vergangenheit besitzt, ist ihnen gleichgültig; sie beziehen sich lieber auf die mittelpolnischen Traditionen, vor allem aus der Region Krakau.²⁵

Den Arbeiten von Sorabisten lässt sich entnehmen, dass die Situation sich auf deutscher Seite ähnlich darstellt: Es herrscht eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Engagement einiger Sorben oder auch Deutscher und der Gesamtheit der Sorben und der sorbischen Behörden vor Ort, denen nicht selten die wirtschaftliche Lage wichtiger ist als der Erhalt ihrer Identität. Die niedersorbische Sprache ist im Aussterben begriffen,²⁶ die grenznahe Region entvölkert sich,²⁷ dennoch sind viele wichtige Initiativen zur Erhaltung und Pflege der sorbischen Kultur unterfinanziert – wie beispielsweise das Sprachlernprogramm »Witaj«. »Auf Interesse stoßen die Sorben, ihre Sprache, ihre Kultur vor allem bei den deutschen Intellektuellen. Manche haben die sorbische Sprache aus eigener Initiative so fließend erlernt, dass selbst die Sorben erstaunt sind – so ist es etwa bei Professor Eduard Werner, der beide sorbischen Sprachen ausgezeichnet beherrscht. Er leitet das Institut für Sorabistik der Universität Leipzig, den einzigen Ort weltweit, an dem man Niedersorbische oder Obersorbische Philologie studieren kann.«²⁸

Und so liegt die Zukunft der sorbischen Kultur vor allem in den Händen einiger weniger Enthusiasten und Wissenschaftler, die nicht aus der Gruppe der Sorben selbst, ja nicht einmal aus der grenznahen Region stammen – das beste Beispiel hierfür ist wohl die Gründung einer Sorabistik in Warschau.

Potenzial für Identitätsbildung und grenzübergreifende Kooperation

Mazurkiewicz's Feststellung, dass auf der polnischen Seite der Grenze die Lausitz als Gebiet existiere, auch wenn es dort keine Volksgruppe der Łużyczanie mehr gebe und demzufolge keine Kraft, die eine regionale

Identität schaffen könnte, weist auch auf eine Leerstelle, eine Lücke hin, die den Charakter der Region deutlich beeinflusst. Das Fehlen der sorbischen Bevölkerung hat eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Region, für ihre – zurzeit – schwer greifbare Identität. Unterbrochen wurde vor allem die Kontinuität in der Übermittlung von Kultur, Sprache und Brauchtum der Sorben. Anstelle der Sorben siedelte sich eine Bevölkerung aus vielen verschiedenen Orten Polens an, der es nicht gelungen ist, eine in sich geschlossene, »neue« Tradition zu schaffen. Im Kontext jener Leere, jener Abwesenheit ließe sich das sorbische kulturelle Erbe in Polen als »verwaist« bezeichnen, nach einem Begriff, den der britische Archäologe Jon Price geprägt hat: *orphan heritage*. Von einem »verwaisten Erbe« spricht man, wenn dieses Erbe sich in räumlicher Entfernung von den wahren Erben befindet. Die neuen Erben können es zerstören oder plündern – oder aber es wertschätzen und in den Entstehungsprozess eines neuen lokalen Erbes einbinden.²⁹ Das materielle Erbe der Sorben im polnischen Gebiet der Lausitz wurde jahrelang marginalisiert und vernachlässigt, vor allem die Häuser überließ man dem Verfall. Sorbische Ortsnamen wurden – so wie alle Ortsbezeichnungen in den sogenannten Wiedergewonnenen Gebieten – in polnische umgewandelt. Wie die niedersorbische Aktivistin Maria Elikowska-Winkler treffend feststellt, hat dieses Vorgehen dazu geführt, »dass ein für Wissenschaftler überaus wertvolles Denkmal und Zeugnis der geschichtlichen Wurzeln verlorenging und dass der ethnische und kulturelle Charakter der Region verblasste.«³⁰ Die verwischte Identität der Region war infolgedessen unleserlich auch für die lokale Bevölkerung – und vor allem für die neu zugezogenen Siedler.

Die Lausitz und der Lausitz-Bezug werden manchmal im Sinne eines Brandings zu Werbezwecken genutzt – etwa im Fall von Żary, das sich als die »Hauptstadt der polnischen Lausitz« bezeichnet. Auf der Internetseite der Stadt liest man: »Żary ist die größte Stadt im polnischen Teil der Lausitz, der sich von Bogatynia bis Gubin erstreckt, und verdient daher den Namen »Hauptstadt der polnischen Lausitz.«³¹ Dieser Slogan ist allerdings einigermaßen bedeutungslos, folgen ihm doch keinerlei weitere Bestrebungen, die Erinnerung an die ehemaligen Bewohner wieder aufleben zu lassen oder der grenznahen Region eine neue Identität zu geben. Auf der Website von Żary ist weder eine regionale Charakteristik zu finden, noch weisen bestimmte Ereignisse oder Objekte auf eine eigene Identität der »polnischen Lausitz« hin.

Auch einige NGOs beziehen sich auf die Region Lausitz – in diesen Fällen geht der Werbecharakter allerdings mit tatsächlichen Überlegungen zur Identität und zur Geschichte der Region einher. Ein Beispiel

dafür ist die Lokalna Grupa Działania – Grupa Łużycka («Lokale Aktionsgruppe – Lausitzer Gruppe») aus Lubsko, die unter anderem eine Landkarte des polnischen Teils der Lausitz herausgegeben hat, auf der wichtige historische Orte und Ereignisse beschrieben sowie bedeutende Persönlichkeiten genannt sind. Die Karte umfasst den regionalen Wirkungskreis der Gruppe, die Gemeinden Brody, Gubin, Jasień, Lipinki Łużyckie, Lubsko, Łęknica, Trzebiel und Tuplice.³²

Derartige Aktionen fördern sicherlich den Bekanntheitsgrad der Gegend, darüber hinaus haben sie aber eine nicht zu unterschätzende identitätsstiftende Bedeutung für die Region, die ihre ursprünglichen Bewohner verloren hat. Das Potenzial wird auch in der grenzübergreifenden Kooperation nicht zur Gänze ausgeschöpft. Natürlich arbeiten die wichtigen sorabistischen Zentren sowie deutsche und polnische Museen zusammen – das aber ist in der heutigen Zeit ohnehin eine Selbstverständlichkeit, besonders in Polens West- und Nordgebieten. Das Thema Lausitz wird jedoch nicht breiter erkundet, beispielsweise im Rahmen einer Regionalbildung, dabei würde dies für Kinder und Jugendliche auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze die Chance erhöhen, einander kennenzulernen und besser zu verstehen. Auch werden die Lausitz und die Sorben innerhalb des formalen Bildungssystems beider Länder allenfalls als Randerscheinung behandelt.³³ In breiterem Maße nach außen getragen wird das Wissen über diese Region somit einzig von den Aktivisten aus NGOs, denn mit wissenschaftlichen Publikationen zum Thema lässt sich nur ein kleiner Empfängerkreis erreichen.

Trotz des lebhaften sorabistischen Diskurses in Polen und Deutschland und der Aktivitäten der Sorben vor Ort gibt es also noch einiges zu tun. Das Thema Lausitz und Sorben birgt das Potenzial, den allgemeinen deutsch-polnischen Dialog zu fördern und zu stärken. Dank der grenzübergreifenden Lage der Region und der slawischen Abstammung der Sorben eröffnet sich ein Diskussionsfeld zum Thema dieses kulturellen Erbes, der Wege seiner Übermittlung und Strategien zu seinem Schutz. Fände das Wissen über die Lausitz und ihre sorbischen Bewohner Eingang in den Bildungskanon, so würde es sich auch in anderen Landesteilen verbreiten, während mit einer gezielten finanziellen Unterstützung für die Tätigkeit der NGOs eine regionale Aktivierung auf der Grundlage dieses – zwar manchmal schwierigen, aber dennoch gemeinsamen – deutsch-polnisch-sorbischen Erbes möglich wäre.

Aus dem Polnischen von Lisa Palmes, Berlin. Der Beitrag erschien zuerst in der APuZ-Ausgabe 6-7/2020 »Lausitz« vom 3. Februar 2020.

Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa Arjun Appadurai, *Modernity at Large: Cultural Dimensions of Globalization: Cultural Dimensions in Globalization*, Minneapolis 1996; Zofia Sokolewicz, *Jedność w różnorodności. Europa zintegrowana wobec Europy regionów*, in: Anna Weronika Brzezińska/Jacek Schmidt (Hrsg.), *Regiony i regionalizmy w Europie*, Wrocław 2014, S. 15–34.
- 2 Die Sorben bezeichnen sich auf Obersorbisch als Łužicy Serbja, auf Niedersorbisch als Łužyske Serby. Ober- und Niederlausitz heißen auf Obersorbisch Hornja Łužica und Delnja Łužica, auf Niedersorbisch Górna Łužyca und Dolna Łužyca (*Anm. d. Übers.*).
- 3 Siehe auch den Beitrag von Fabian Jacobs und Měto Nowak in diesem Band (*Anm. d. Red.*).
- 4 Agnieszka Pasięka, *Jak uratować pogranicze? O teoretycznych modach i metodologicznych pułapkach*, in: *Wielogłos Pismo Wydziału Polonistyki UJ 2/2016*, S. 125–144, hier S. 126.
- 5 Ebd., S. 141.
- 6 Nicole Dołowy-Rybińska, *Łużycanie, Niemcy, obywatele świata? – przenikanie się języków i kultur na Łużycach XXI wieku*, in: *Zeszyty Łużyckie 44/2010*, S. 38–53, hier S. 40.
- 7 Ebd.
- 8 Pasięka (*Anm. 4*), S. 137.
- 9 Ebd., S. 138.
- 10 Die verwaltungstechnische Teilung setzt sich innerhalb der Staaten fort: In Deutschland fällt das Gebiet der Lausitz unter die Verwaltung zweier Bundesländer – (Sachsen und Brandenburg), in Polen verteilt es sich auf zwei Woiwodschaften – (Niederschlesien und Lebus).
- 11 Vgl. Krzysztof Mazurski, *Łużycanie po II wojnie światowej we Wrocławiu i w Polsce*, in: Jerzy Tomasz Nowiński (Hrsg.), *Łużyce – bogactwo kultur pogranicza: materiały z Ogólnopolskiego Sejmiku Krajoznawczego, Żary 2000*, S. 25–29.
- 12 Nicole Dołowy-Rybińska, *Języki i kultury mniejszościowe w Europie: Bretońscy, Łużycanie, Kaszubi*, Warszawa 2011, S. 221.
- 13 Als »Irredentismus« wird der Anspruch und das Ziel bezeichnet, die eigene Ethnie in einem Staatsgebiet zusammenzuführen (*Anm. d. Red.*).
- 14 Wojciech Browarny, *Historie odzyskane: literackie dziedzictwo Wrocławia i Dolnego Śląska*, Wrocław 2019, S. 270f.
- 15 Ebd., S. 267.
- 16 Małgorzata Ruchniewicz, *Budowa kłódzkiej tożsamości regionalnej jako zadanie czasopisma »Ziemia Kłódzka« w latach 90. XX w.*, in: Joanna Nowosielska-Sobel (Hrsg.), *Dolnoślązacy? Kształtowanie tożsamości mieszkańców Dolnego Śląska po II wojnie światowej*, Wrocław 2007, S. 61–71, hier S. 63.
- 17 Siehe <http://slawistyka.uw.edu.pl/pl/badania/zeszyty-luzyckie>.
- 18 Vgl. Bożena Itoya, »Pro Lusatia« – nowa nadzieja polskiej sorabistyki, in: *Zeszyty Łużyckie 43/2009*, S. 251–259.
- 19 Siehe <https://prolusatia.pl>.

- 20 Vgl. Beata Trzop, *So Close and Yet So Far ... Lubuskie Inhabitants on the Relations with Their German Neighbours*, in: Elżbieta Opiłowska/Jochen Roose (Hrsg.), *Microcosm of European Integration. The German-Polish Border Regions in Transformation*, Baden-Baden 2015, S. 151–166.
- 21 Dorota Szaban/Krzysztof Lisowski, *Open Borders – Closed Minds. Lubusz Youth on Their Relations with Germans*, in: Opiłowska/Roose (Anm. 20), S. 167–178.
- 22 Siehe <http://fundacjawazka.org/projekty/9,-Zespoly-ludowe-laboratorium-etnograficzne.html>.
- 23 Interview mit der Folkloregruppe Margaretki, Przewóz 2015.
- 24 Interview mit der Folkloregruppe Jarzębina, Sieniawa Żarska 2015.
- 25 Interview mit der Folkloregruppe Gościeszanki, Gościeszkowice 2015.
- 26 Vgl. Tadeusz Lewaszkiewicz, *Dolnołużycki i górnołużycki – języki zagrożone czy wymierające?*, in: *Pro Lusatia* 14/2015, S. 37–53.
- 27 Vgl. Dołowy-Rybińska (Anm. 12).
- 28 Łukasz Adamski/Mikołaj Maśluk, *Ostatni Łużycanie walczą o przetrwanie*, in: *Gazeta Wyborcza*, 6.6.2005, abrufbar unter www.prolusatia.pl/ksiaznica/prasa-o-luzycach/128-ostatni-uczanie-walcz-o-przetrwanie.html.
- 29 Jon Price, *Orphan Heritage: Issues in Managing the Heritage of the Great War in Northern France and Belgium*, in: *Journal of Conflict Archaeology* 1/2005, S. 181–196.
- 30 Maria Elikowska-Winkler, *Język i kultura serbołużycka na wschodzie Dolnych Łużyc*, in: *Zeszyty Łużyckie* 44/2010, S. 58.
- 31 Siehe www.zary.pl/pl/87/stolica_polskich_luzyc.
- 32 Die Karte zum Herunterladen unter www.grupaluzycka.pl/files/2018/10/24/Mapa_LOW.pdf.
- 33 Außer natürlich in den größeren sorbischen Zentren in Deutschland, wie in Cottbus/Chóšebuz und Bautzen/Budyšin, wo es sorbische Gymnasien gibt.

Autorinnen und Autoren

MARTIN BAUMERT

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Montanhistorischen Dokumentationszentrum des Deutschen Bergbau-Museums, Bochum.
martin.baumert@bergbaumuseum.de

STEFAN BERGER

ist Direktor des Instituts für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum und Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets.
stefan.berger@ruhr-uni-bochum.de

DIETHELM BLECKING

ist außerplanmäßiger Professor an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau.
blecking@aol.com

JÖRG BOGUMIL

ist Professor für öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum.
joerg.bogumil@rub.de

DELIA BÖSCH

war bis Anfang 2021 Pressesprecherin und Leiterin Kommunikation der Stiftung Zollverein. Sie ist stellvertretende Leiterin der Smart City-Initiative der Stadt Essen.
post@deliaboesch.com

FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER

war bis zur Pensionierung 2018 Professor für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte an der Universität Freiburg.
f.j.brueggemeier@geschichte.uni-freiburg.de

JULIANE CZIERPKA

ist Juniorprofessorin für Montangeschichte am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum.
juliane.czierpka@rub.de

JAN DINTER

war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Kommunikationsstress im Ruhrgebiet« an der NRW School of Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.
jan.dinter@uni-due.de

SIMON GROSSE-WILDE

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Historische Wissenschaftsforschung der Universität Bielefeld.
simon.grosse-wilde@uni-bielefeld.de

KONRAD GÜRTLER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz« am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam.
konrad.guertler@iass-potsdam.de

RON-DAVID HEINEN

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Interdisziplinären Zentrum für Wissenschafts- und Technikforschung (IZWT) an der Bergischen Universität Wuppertal.
rheinen@uni-wuppertal.de

ROLF G. HEINZE

ist Professor für allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum.
rolf.heinze@rub.de

DIERK HOFFMANN

ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam und stellvertretender Leiter der Abteilung Berlin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.
hoffmann@ifz-muenchen.de

FABIAN JACOBS

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Kulturwissenschaften am Serbski institut/Sorbischen Institut in Budyšin/Bautzen.
fabian.jacobs@serbski-institut.de

JÖRG KEMMERZELL

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt und Mitarbeiter im Kopernikus-Projekt ARIADNE des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.
kemmerzell@pg.tu-darmstadt.de

MICHÈLE KNOTD

ist Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt und leitet den Arbeitsbereich »Vergleichende Analyse politischer Systeme und Integrationsforschung«.
knotd@pg.tu-darmstadt.de

ANNA KURPIEL

ist promovierte Ethnologin und Kulturanthropologin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialwissenschaften des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław beschäftigt.
anna.kurpiel@uwr.edu.pl

ASTRID LORENZ

ist Professorin für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland/Politik in Europa am Institut für Politikwissenschaften der Universität Leipzig und Vorsitzende des Sächsischen Kompetenzzentrums Landes- und Kommunalpolitik.
astrid.lorenz@uni-leipzig.de

Autorinnen und Autoren

VICTORIA LUH

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt »Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz« am IASS Potsdam.
victoria.luh@iass-potsdam.de

HELMUT MAIER

ist apl. Professor für Technik- und Umweltgeschichte am Zentrum für Wissenschafts- und Technikforschung (IZWT) an der Bergischen Universität Wuppertal.
hmaier@uni-wuppertal.de

WINFRIED MÜLLER

war bis 2019 Professor für Sächsische Landesgeschichte an der TU Dresden und bis 2020 Direktor des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden.
winfried.mueller@tu-dresden.de

MĚTO NOWAK

ist Referent des Landesbeauftragten für Angelegenheiten der Sorben/Wenden im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.
meto.nowak@mwfk.brandenburg.de

CORNELIUS POLLMER

ist studierter Volkswirt und Journalist. Zurzeit arbeitet er als Korrespondent der »Süddeutschen Zeitung« in Leipzig.
cornelius.pollmer@sz.de

LUTZ RAPHAEL

ist Senior-Forschungsprofessor und ehemaliger Inhaber der Professur für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier.
raphael@uni-trier.de

JOHANNES STAEMMLER

ist Leiter des Projekts »Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz« am IASS Potsdam.
johannes.staemmler@iass-potsdam.de

SWEN STEINBERG

forscht und lehrt am Arthur Kroeger College of Public Affairs der Carleton University in Ottawa und am Department of History der Queen's University in Kingston/Kanada.
swen.steinberg@queensu.ca

HENDRIK TRÄGER

ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig und stellvertretender Vorsitzender des Sächsischen Kompetenzzentrums für Landes- und Kommunalpolitik.
hendrik.traeger@uni-leipzig.de

STEFAN WOLLE

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Leiter des DDR Museums in Berlin.
stefan.wolle@ddr-museum.de